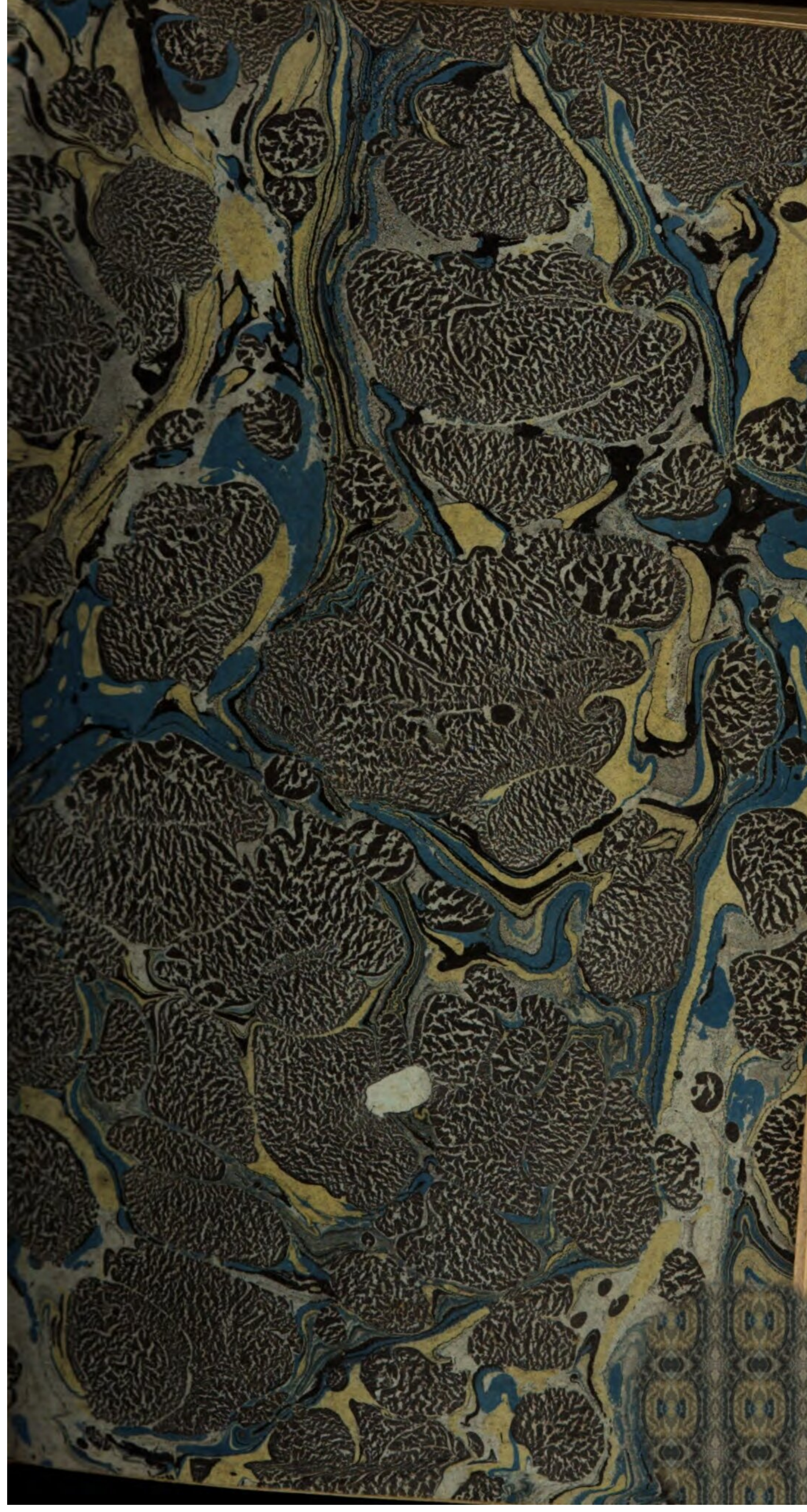










4781

Bibl. Mont

-5

<36632531220011

<36632531220011

Bayer. Staatsbibliothek

H a n d b u c h
der
Staatsverfassung
und
Staatsverwaltung
des
Königreichs Baiern.

V. Band.

1 8 1 2.

München, verlegt von der Redaktion des Regierungsblatts.

Mutatis moribus etiam leges mutari debent, consequen-
ter jura quandoque, secundum varietatem tempo-
rum et rerum indigentiam, intenduntur vel remit-
tuntur.

Aulus Gellius in noct. attic.
Lib. 20. cap. 1.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Inhaltsverzeichnifs.

Zu dem I. Titel §. 4.

Seite

CXXXXIV. Die Territorial - Eintheilung des Königreichs betreffend. - - - -	1—186
CXXXXV. Territorial - Eintheilung des Reichs	
a) Mehrere Kreise betreffend. - - - -	11—143
1) Grenzberichtigung mit dem Großherzog- thume Würzburg. - - - -	14—16
2) Ratifikations - Urkunde über den zwi- schen Baiern und Württemberg am 18. Mai 1810 geschlossenen Staatsvertrag -	17—31
3) Die Besizergreifung der Markgrafschaft Baireuth betreffend. - - - -	32—35
4) Die Organisation der Rentämter im ehema- ligen Fürstenthume Baireuth betreffend.	36—41
5) Die Landgerichts - Eintheilung in der Provinz Ansbach betreffend. - -	42—55
6) Die Grenze zwischen dem Iller - und Ober - Donaukreise betreffend. - -	56
7) Die Besizergreifung des Inn - und Haus- ruck - Viertels betreffend. - - -	57—59

8) Die Organisation der Landgerichte und Rentämter im Inn- und Hausruckviertel betreffend.	60 — 74
9) Die Besizergreifung der Fürstenthümer Salzburg und Berchtesgaden betreffend.	75 — 77
10) Die Organisation der Fürstenthümer Salz- burg und Berchtesgaden.	78 — 91
11) Die Abtretungen im Etsch- und Eisack- Kreise.	92 — 98
12) Die Landgerichts - Eintheilung im Inn- und Eisack - Kreise.	99 — 113
b) Einzelne Kreise betreffend.	114 — 186
I. Mainkreis.	114 — 123
II. Rezatkreis.	124 — 132
III. Regenkreis.	133 — 150
IV. Ober - Donaukreis.	151 — 166
V. Unter - Donaukreis.	167
VI. Illerkreis.	—
VII. Isarkreis.	168 — 170
VIII. Salzachkreis.	171 — 176
IX. Innkreis.	177 — 185
(Zu diesem Titel und §. siehe im Nachtrag von S. 451 — 457.)	

Zu dem I. Titel §. 5.

CXXXXVI. Die bisherigen adelichen Fidei- Kommissen und künftigen Majorate im Kö- nigreiche betreffend.	186 — 266
I. Th. Von der Erlöschung der vormaligen Fidei - Kommissen und den rechtlichen Folgen ihrer Auflösung.	190 — 197

II. Th.	Von der Bildung der künftigen Majorate und den eigenen Rechtsverhältnissen dieses Instituts. - - - - -	198—248
I. Tit.	Von der Bildung der Majorate überhaupt. - - - - -	198—225
II. Tit.	Von den Rechten und Pflichten der Majorats-Besizer. - - - - -	225—241
III. Tit.	Von der Erbfolge in die Majorate. - - - - -	241—244
IV. Tit.	Von der gänzlichen Auflösung der Majorate - - - - -	244—248
Fassions-Instruktion,	nach welcher die Renten dabei ausgewiesen werden. - - - - -	249—251
Instruktion für die in Majorats - Gegenständen	angeordnete geheime Raths-Kommis- sion. - - - - -	252—266
CXXXXVII.	Die künftigen Majorate im Königreiche betreffend. - - - - -	267—270
CXXXXVIII.	Die der königlichen Souveränität unterworfenen, bisher aber im Auslande domizilirenden Fürsten, Grafen und ehemals unmittelbaren adelichen Gutsbesizer betreffend. - - - - -	271—273
CXXXXIX.	Den Bezug der Kriminal - Geld-Strafen bei den Untergerichten der Mediatisirten betreffend. - - - - -	274—275
CL.	Die Fortdauer der von den Gutsherren unter ehemaligen Verhältnissen bei Verleihung der Gewerbs - Konzessionen bedungenen Rekognitionen betreffend. - - - - -	276—278
(Zu diesem Titel und §. siehe im Nachtrag S. 458—462.)		

Zu dem I. Titel §. 7.

CLI. Den Mißbrauch offizieller Arbeiten betreffend.	279—280
CLII. Die Herausgabe baierischer Landkarten betreffend.	281—283
CLIII. Die Theilnahme der Staatsdiener an ausländischen Zeitschriften betreffend.	284—285
CLIV. Edikt über das Indigenat, das Staatsbürger-Recht, die Rechte der Forensen und der Fremden in Baiern	
A. — — — — —	286—309
B. Die in fremden Diensten befindlichen Baiern betreffend.	310—312
C. Die auswärtigen Güter-Besizer betreffend.	313—315

Zu dem I. Titel §. 8.

CLV. Die Nachsuchung fremdherrischer Titel und Dekorationen betreffend.	316—317
CLVI. Den Eintritt der königlichen Staatsdiener in auswärtige literarische Sozietäten betreffend.	318—319
CLVII. Das Verbot des auswärtigen Lotto-spiels betreffend.	320—325
CLVIII. Die Vollstreckung fremdrichterlicher Erkenntnisse betreffend.	326—329

Zu dem II. Titel §. 4.

CLIX. Königliches Familien-Gesetz.	330—355
I. Tit. Von den Personen des königlichen Hauses.	330—333

II. Tit. Von den Heurathen der Prinzen und Prinzessinnen des königl. Hauses.	333—335
III. Tit. Von den Akten über die Geburt, die Vermählungen und die Sterbfälle der königlichen Familie. - - - -	335—337
IV. Tit. Von der Aufsicht des Königs über die Prinzen und Prinzessinnen des kö- niglichen Hauses. - - - -	337—338
V. Tit. Von der Erbfolge. - - -	338—343
VI. Tit. Von Appanagen, Aussteuer und Witthum. - - - -	343—346
VII. Tit. Von dem Hofstaat des königli- chen Hauses. - - - -	346
VIII. Tit. Von dem Privat-Vermögen der Glieder des königlichen Hauses. -	346-347
IX. Tit. Von der Regentschaft und den Vormundschaften. - - - -	347—351
X. Tit. Von der Gerichtsbarkeit über das königliche Haus und von dem Familien- rathe. - - - -	352—555

Zu dem II. Titel §. 11.

CLX. Die künftigen Normen bei den Veräus- serungen der Staats-Realitäten. - -	356—363
CLXI. Die Auflösung der Privat-Lehen be- treffend. - - - -	364—368
CLXII. Die Fassionen der Kron-Lehen, und zur Allodifikation geeigneten Ritter- und mit Jurisdiktion versehenen Beutel-Lehen betreffend. - - - -	369—448
CLXIII. Klassifikation der Belehnungsgebüh- ren. - - - -	449—450

Nachtrag.

Zu dem I. Titel §. 4.

(Seite 151)

Die Verlegung des Landgerichts und Rentamts
Raitenbuch betreffend. - - - - 451—452

(Seite 168)

Die Purifikation der Grenzen zwischen den
Landgerichten Aichach und Friedberg dann
Aichach und Rain betreffend. - - 453—454

Die Vereinigung des Steuer-Distrikts Hohen-
warth mit dem Landgerichte Schrobenhau-
sen betreffend. - - - - 455

(Seite 451)

Die Landgerichte Schwaz und Hall betreffend. 456

Das Rentamt Telfs betreffend. - - - 457

Zu dem I. Titel §. 5.

Die Adels-Matrikel betreffend. - - - 458—462

CXXXIV.

(Zu dem I. Titel §. 4.)

Die Territorial - Eintheilung des König-
reichs betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Nachdem einerseits durch die neueren politischen Verhältnisse die Grenzen Unseres Reiches verschiedene Veränderungen, theils durch Abtretungen, theils durch Zuwachs erlitten haben, andererseits die Verschmelzung mehrerer zuvor fremdartiger Gebietstheile in die bisherigen Kreise durch einen wohlthätigen Uebergang es erleichtert hat, zur Vereinfachung der Verwaltung grössere Territorialmassen zu bilden:

So haben Wir, nach vorgängiger Prüfung der verschiedenen Uns hierüber vorgelegten Plane beschlossen, Unser Reich nunmehr in neun Kreise einzutheilen: nämlich

1. in den Mainkreis,
2. — — Rezatkreis,
3. — — Regenkreis,
4. — — Ober-Donaukreis,
5. — — Unter-Donaukreis,
6. — — Illerkreis,
7. — — Isarkreis,
8. — — Salzachkreis,
9. — — Innkreis.

1. Mainkreis.

Der Mainkreis besteht aus

- a) dem bisherigen Mainkreise, nach Abgang der an das Großherzogthum Würzburg abgetretenen Gebietstheile, und des Landgerichts Höchstadt, welches dem Rezatkreise zugetheilt wird;
- b) aus dem, von dem Großherzogthume Würzburg cedirten Landesstriche an der Sachsen-Koburgischen Grenze;
- c) aus dem Landgerichte Pottenstein, von dem bisherigen Pegnitzkreise;
- d) aus dem Fürstenthume Baireuth oberhalb Gebürgs, welches jedoch rücksichtlich der Finanz-Verwaltung noch abgesondert behandelt wird;

- e) aus den Landgerichten Eschenbach, Kemnath, Waldsassen, Tirschenreuth und Neustadt an der Nab von dem bisherigen Nabkreise.

Der Siz des General-Kreis-Kommissariats ist in Baireuth, der Siz des Appellationsgerichts in Bamberg.

2. Rezatkreis.

Der Rezatkreis enthält

- a) den bisherigen Rezatkreis, mit Ausnahme der an die Krone Württemberg und das Großherzogthum Würzburg abgetretenen Gebietstheile;
- b) das bisher Würzburgische Amt Schlüsselfeld;
- c) das Landgericht Höchstadt vom Mainkreise;
- d) das Fürstenthum Baireuth unterhalb Gebürgs, wobei rücksichtlich der Finanz-Verwaltung die obige Bestimmung wiederholt wird;
- e) den bisherigen Pegnitzkreis, mit Ausnahme des an den Mainkreis abzugebenden Landgerichts Pottenstein.

Der Siz des General-Kreis-Kommissariats, so wie des Appellationsgerichts, ist in Ansbach.

Die Stadt Nürnberg erhält einen eigenen Kommissär.

3. Regenkreis.

Der Regenkreis wird zusammengesetzt aus
a) dem bisherigen Regenkreise, mit Ausnahme der Landgerichte Viechtach, Mitterfels und Straubing, welche dem Unter-Donaukreise zugetheilt werden. Die westlich gelegenen Patrimonialgerichte des Landgerichts Mitterfels verbleiben jedoch bei dem Regenkreise;

b) der Stadt und dem Fürstenthume Regensburg, nebst dem Amte Hohenburg;

c) den Landgerichten Sulzbach, Pfaffenhofen, Amberg, Nabburg, Treswiz, Neunburg vor dem Walde und Waldmünchen vom bisherigen Nabkreise;

d) dem Landgerichte Riedenburg vom bisherigen Altmühlkreise.

Der Siz des General-Kreis-Kommissariats ist in Regensburg, der Siz des Appellationsgerichts in Amberg.

4. Ober-Donaukreis.

Der Ober-Donaukreis bildet sich aus folgenden Bestandtheilen:

- a) von dem bisherigen Ober-Donaukreise aus den Landgerichten Lauingen, Dillingen, Höchstädt, Burgau, Wertingen und Nördlingen, den Besizungen der Grafen Fugger-Glött und Nordendorf, dann den fürstlich-öttingenschen Besizungen, nach Abzug der an die Krone Würtemberg überwiesenen Gebietstheile;
- b) dem bisher königlich-würtembergischen Amte Weiltingen;
- c) dem bisherigen Altmühlkreise, mit Ausschlusse des an den Regenkreis übergehenden Landgerichts Riedenburg;
- d) den Landgerichten Zusmarshausen und Göggingen, dann der Stadt Augsburg von dem bisherigen Lechkreise.

Der Siz des General-Kreis-Kommissariats ist in Eichstädt, der Siz des Appellationsgerichts in Neuburg.

Die Stadt Augsburg erhält einen besondern Kommissär.

5. Unter-Donaukreis.

Der Unter-Donaukreis begreift in sich

- a) den bisherigen Unter-Donaukreis;
- b) die Landgerichte Viechtach, Mitterfels und Straubing vom bisherigen Regenkreise, mit

Ausnahme der westlich gelegenen Patrimonialgerichte des Landgerichts Mitterfels, welche bei dem Regenkreise verbleiben;

c) das Landgericht Eggenfelden, vom bisherigen Salzachkreise;

d) den ganzen Umfang des ehemaligen Landgerichts Schärding, nebst dem an dasselbe grenzenden Theile des Hausruck-Viertels und dem Amte Obernberg.

Der Siz des General - Kreis - Kommissariats ist in Passau, und des Appellationsgerichts in Straubing.

6. Illerkreis.

Der Illerkreis wird zusammengesetzt aus

a) dem bisherigen Illerkreise, nach Abzug der an die Krone Württemberg übergehenden Gebietstheile;

b) den abgetretenen württembergischen Parzellen;

c) dem Landgerichte Reutte, vom bisherigen Innkreise;

d) den Landgerichten Ursberg, Schwabmünchen, Mindelheim, Türkheim, Buchloe, Kaufbeuern, Ottobeuern nebst Memmingen, dann den Mediat-Besizungen von Fugger-Babenhäusen, Fugger-Kirchheim, Buxheim, Win-

terrieden, Thanhausen und Edelstetten, vom bisherigen Lechkreise;

- e) den Landgerichten Günzburg, Elchingen, Roggenburg und Illertissen, nebst den Besitzungen des Grafen Fugger-Kirchberg und Weissenhorn, mit Ausschlusse der an die Krone Württemberg cedirten Gebietstheile.

Der Siz des General - Kreis - Kommissariats ist in Kempten, und des Appellationsgerichts in Memmingen.

7. Isarkreis.

Der Isarkreis besteht aus folgenden Bestandtheilen:

- a) dem bisherigen Isarkreise, mit Ausnahme des an den Innkreis abzugebenden Landgerichts Wertenfels;
- b) den Landgerichten Schrobenhausen, Aichach, Friedberg und Landsberg vom bisherigen Lechkreise;
- c) den Landgerichten Vilsbiburg, Mühldorf, Wasserburg, Trosburg und Rosenheim, vom bisherigen Salzachkreise.

Der Siz des General - Kreis - Kommissariats und des Appellationsgerichts ist in München.

8. Salzachkreis.

Der Salzachkreis enthält

- a) vom bisherigen Salzachkreise die Landgerichte Simbach, Burghausen, Traunstein und Reichenhall;
- b) das Landgericht Kitzbühel, vom bisherigen Innkreise;
- c) das Fürstenthum Salzburg und Berchtesgaden, mit Ausnahme des an den Innkreis übergehenden Zillerthals;
- d) das bisherige Innviertel nebst dem abgetretenen Theile des Hausruck - Viertels, mit Ausnahme dessen, was dem Unter-Donaukreise zugewiesen ist.

Der Siz des General - Kreis - Kommissariats ist in Salzburg, und des Appellationsgerichts in Burghausen.

9. Innkreis.

Der Innkreis begreift in sich:

- a) den bisherigen Innkreis, mit Ausnahme der Landgerichte Reute und Kitzbühel, deren ersteres dem Illerkreise, letzteres dem Salzachkreise zugetheilt wird;
- b) das Landgericht Wertenfels, vom Isarkreise;
- c) das bisher Salzburgische Zillerthal;

d) den bisherigen Eisackkreis, nach Abzug dessen, was an die Krone Italien und an die Illyrischen Provinzen abgetreten worden.

Der Siz des General - Kreis - Kommissariats und des Appellationengerichts ist in Innsbruck.

Mit dieser neuen Territorial - Eintheilung wollen Wir zugleich folgende Bestimmungen verbinden:

1. Dieselbe soll bis zum 1. November l. J. durchgehends in Vollzug gesetzt seyn, und daher unverzüglich allenthalben die nöthige Vorkehrung hiezu getroffen werden.
2. Bis dahin sind die Geschäfte vorschriftsmässig durch die dermaligen General - Kreis - Kommissariate und besonderen Hof - Kommissionen fortzusezen.
3. Ueber die Benennungen zu den Stellen wird besondere allerhöchste Entschliessung erfolgen, wobei Unser Augenmerk seyn wird, das entbehrlich werdende Personale der eingehenden Kreise den künftig bestehenden zuzutheilen.
4. Die Instruktion der General - Kreis - Kommissariate ist auch in Zukunft als Vorschrift zu beobachten, in so ferne nicht

durch besondere Weisungen hierunter eine
Abänderung angeordnet wird.

Gegenwärtige Entschliessung lassen Wir
durch das allgemeine Regierungsblatt zur öf-
fentlichen Kenntniss bringen.

München, den 23sten September 1810.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General - Sekretär

G. Geiger.

(Regierungsblatt 1810. XLVII. Stück. Seite 809—816.)

CXXXV.

(Zu dem I. Titel §. 4.)

Territorial - Eintheilung des Reichs.

a) Mehrere Kreise betreffend.

1. Grenzberichtigung mit dem Großherzogthume Würzburg.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH.

von Gottes Gnaden König von Baiern.

Entbieten Allen und Jeden, die dieses lesen oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruss, und fügen denselben zu wissen:

Wir sind vermög eines am 26. Mai zu Paris geschlossenen Vertrags mit Seiner kaiserlich königlichen Hoheit dem Erzherzoge, Großherzoge zu Würzburg über nachfolgende Grenze des beiderseitigen Gebiets übereingekommen.

Von der sächsischen Grenze herab sollen die Rodach und Itz, letztere bis zu ihrem Ausflusse in den Main, von dort an aber nachbenannte Orte für Würzburg die Grenze seyn, als: Lauterhof, Lepelsdorf, Stettfeld, Rostatt, Lembach, Tretzendorf, Trossenfurth, Kirchaich, Dankenfeld, Schindelsee, Spielhof, Prölsdorf, Falsbrunn, Theinheim, Ober- und Untersteinbach, Geusfeld, Waldschwind, Kammerforst, Breitbach, Schönaich, Ilmbach, Rüdern, Friedrichsberg, Rehweiler, Herbert, Stierhöchstätt, Mannhof, Wüstenfelden, Castell, Wiesenbrunn, Schloß Schwamberg, Rödelsee, Fröhstockheim, Hoheim, Mainbernheim, Michelfeld, Marktsteft, Oberbreit, Marktbreit.

Da nun dieser Vertrag zum Vollzuge gekommen, und die Extradition der nach dieser Linie an Uns übergehenden Unterthanen und Besizungen an Unsern bevollmächtigten Kommissär zu Frankfurt geschehen ist; so haben Wir Befehl gegeben, den Besiz förmlich zu ergreifen, und wollen demnach, daß alle nunmehr Unserm Königreiche einverleibten, vorhin großherzoglich würzburgischen Unterthanen Uns als ihren rechtmässigen Souverain anerkennen, und Unsern Anordnungen den schul-

digen Gehorsam leisten sollen, wogegen Wir mit gleicher landesväterlicher Sorgfalt ihr Wohl zu befördern Uns angelegen seyn lassen werden.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den 11. September im Eintausend achthundert und zehnten, Unsers Reiches im fünften Jahre.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl

der General-Sekretär

Baumüller.

Entlassungs-Patent

zur

Vollziehung des mit dem Großherzogthume Würzburg abgeschlossenen Grenz-Vertrags.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,

von Gottes Gnaden König von Baiern.

Entbieten Allen und Jeden, die dieses lesen, oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern Gruß, und fügen denselben zu wissen:

Wir sind vermöge eines am 26. Mai zu Paris geschlossenen Vertrags mit Seiner kaiserlich - königlichen Hoheit dem Erzherzoge, Großherzoge zu Würzburg über nachfolgende Grenze des beiderseitigen Gebiets übereingekommen. Von der sächsischen Grenze herab sollen die Rodach und Itz, Letztere bis zu ihrem

Ausflüsse in den Main, von dort an aber nachbenannte Orte für Würzburg die Grenzorte seyn, als: Lauterhof, Lepelsdorf, Stettfeld, Rostatt, Lembach, Tretzendorf, Trossenfurt, Kirch- aich, Dankenfeld, Schindelsee, Spielhof, Pröls- dorf, Fallsbrunn, Theinheim, Ober - und Un- tersteinbach, Geusfeld, Waldschwind, Kammer- forst, Breitbach, Schönaich, Ilmbach, Rüdern, Friedrichsberg, Rehweiler, Herbert, Stierhöch- stätt, Mannhof, Wüstenfelden, Castell, Wiesen- brunn, Schloß Schwamberg, Rödelsee, Fröh- stockheim, Hoheim, Mainbernheim, Michelfeld, Marktsteft, Oberbreit, Marktbreit.

Da nun dieser Vertrag zum Vollzuge ge- kommen, und die Extradition der durch diese Linie von Uns cedirten Gebiets - Theile, durch Unsern bevollmächtigten Kommissär zu Frank- furt geschehen ist: so entlassen Wir alle Un- sere bisherigen auf diese Weise von Unserm Königreiche getrennten Unterthanen ihrer Uns geleisteten Pflicht, und weisen sie an, ihrem neuen Souveräne dieselbe Pflicht zu leisten, ge- treu und unterthänig zu seyn.

Gegeben in Unserer Haupt - und Resi- denzstadt München den 11ten September im

Eintausend achthundert und zehnten, Unsers
Reiches im fünften Jahre.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl

der Geneal-Sekretär

Baumüller.

(Regierungsblatt 1810. L. Stück. Seite 862—865.)

2.

Ratifikations - Urkunde

über

den zwischen Baiern und Würtemberg
am 18. Mai 1810 geschlossenen Staats-
vertrag.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern,

Urkunden und fügen hiemit zu wissen:

Nachdem Wir den durch Unsern ersten
Staats - und Konferenzminister Grafen von
Montgelas, in Kraft der ihm von Uns zu sol-
chem Behufe ertheilten Vollmacht, mit dem
königlich Württembergischen Staats - und Ka-
binetsminister Grafen von Taube, nach der
demselben von des Königs von Würtemberg
Majestät gleichfalls gegebenen Vollmacht, am 18.
v. M. zu Paris abgeschlossenen und unterzeich-
neten Vertrag gesehen, und nach seinem gan-
zen Inhalte geprüft haben, welcher also lautet:

Seine Majestät der König von Baiern, und Seine Majestät der König von Württemberg, von gleichem Wunsche beseelt, sowohl die bisher unberichtigt gebliebenen Grenz - Differenzen und sonstige gegenseitige Ansprüche mit Einemmale und auf eine dauerhafte Weise zu beenden, als auch diejenigen Stipulationen, welche in den beiderseitigen mit Frankreich neuerdings abgeschlossenen Traktaten festgesetzt worden sind, durch einen abzuschliessenden Vertrag in Erfüllung zu bringen, haben zu Erreichung dieses Zweckes zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich

Seine Majestät der König von Baiern: Ihren ersten Staats - und Konferenzminister Maximilian Joseph, Grafen von Montgelas, Großkanzler des Zivil - Verdienst - Ordens der bayerischen Krone, Ritter des St. Huberti - Ordens, Großkreuz der Ehren - Legion, Großkreuz des königlich Sächsischen Ordens der grünen Krone, und Großkreuz des Maltheser - Ordens, und

Seine Majestät der König von Württemberg: Ihren Staats - und Kabinettsminister, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Kammerherrn Ludwig Carl August Grafen von

Taube, Großkanzler der königlichen Orden und Großkreuz des königlich Holländischen Ordens de l'union:

welche nach vorhergegangener Auswechslung ihrer Vollmachten über folgende Punkte übereingekommen sind:

A r t. I.

Die neue Grenzlinie zwischen den Staaten Seiner Majestät des Königs von Baiern, und Seiner Majestät des Königs von Würtemberg wird folgendermassen festgesetzt:

Der Grenzzug nimmt seine Richtung von Süden nach Norden, und den Anfang am Bodensee, da, wo sich die Landgerichte Tettnang und Lindau scheiden.

Zwischen diesen beiden Landgerichten zieht sie sich fort, das Landgericht Tettnang westlich für Würtemberg, das Landgericht Lindau mit Wasserburg östlich für Baiern belassend.

Sie folgt der Grenze des Landgerichts Lindau, die Herrschaft Neu-Ravensburg für Würtemberg ausschliessend; zwischen der württembergischen Herrschaft Neu-Ravensburg westlich, und dem baierisch bleibenden Landge-

richte Weiler östlich, läuft die Linie fort, an die Grenze des Landgerichts Wangen, und durchschneidet dasselbe dergestalt, daß die beiden Steuer-Distrikte Wombrechts und Thann mit 110 Familien in Baiern verbleiben, das ganze übrige Landgericht aber an Württemberg fällt.

Von da zieht sich die Linie wieder an die Grenze zwischen dem südlich liegenden Landgerichte Weiler, und den nördlich liegenden Herrschaften Eglof und Isny, jenes bei Baiern, diese beiden bei Württemberg belassend.

Sodann durchschneidet die Linie die Grafschaft Trauchburg dergestalt, daß die Strasse, welche von Sibrathshofen über Wengen nach Kempten führt, mit den auf beiden Seiten anstossenden Gemarkungen an Baiern fällt, der übrige Theil aber bei Württemberg bleibt.

Nun folgt die Linie der Grenze zwischen dem baierisch bleibenden Landgerichte Kempten, und dem dermalig königlich - württembergischen Gebiete, um dieses Letztere herum nach der Grenze des baierisch bleibenden Landgerichts Grönenbach, sodann zwischen diesem und dem Landgerichte Leutkirch dergestalt

hin, daß das Letztere an Württemberg zuge-
theilt wird.

An der Grenze des Landgerichts Grönen-
bach unterhalb der Gemarkung von Lautrach
zieht sich die Linie an die Iller, und folgt
dem linken Ufer des Flusses gegen Norden fort,
bis zu dem Punkte, wo sich derselbe in die
Donau ergießt. Von hier zieht sich die Grenz-
linie nach dem Thalweg der Donau hinab so
fort, daß die Stadt Ulm, und was auf dem lin-
ken Ufer dieses Stromes gelegen ist, an Würt-
temberg fällt; Alles aber, was rechts dem Thal-
wege sich befindet, bei Baiern verbleibt. Die
Mitte der Ulmer-Brücke über den Hauptstrom
bildet dort die Grenze. Da, wo die westliche
Grenze des Landgerichts Elchingen den Strom
berührt, verläßt die Linie die Donau, und
zieht sich zwischen den hernach benannten Or-
ten dergestalt durch, daß die östlich liegenden
mit ihren Gemarkungen bei Baiern bleiben, die
westlich gelegenen aber an Württemberg fallen.

An Württemberg fallende Orte:

Oberthalfingen, Göttingen, Langenau, Ra-
mingen, Afselfingen, Oberstozingen, Niedersto-
zingen.

Bei Baiern verbleibende Orte:

Unter-Thaltingen, Ober-Elchingen, Unter-Elchingen, Riedmühlhöfe, Riedmühl, Riedheim, Riedhausen, Schwarzwanghof.

An der Grenze des Landgerichts Lauingen läuft nun die Linie gegen Norden fort, so daß Bechingen, Medlingen, Bachhagel, Stauffen, und Zöschingen bei Baiern, und Sontheim, Brenz, Hermaringen, Sachsenhausen, Waldbergerhof, Hochmemmingen, Oggenhausen und Fleinheim bei Württemberg auch künftig verbleiben.

Sodann läuft die Grenzlinie gegen Osten zwischen den fürstlich Taxischen Besizungen und den Landgerichten Lauingen, Dillingen, und Höchstädt dergestalt fort, daß Tattenhausen, Zirtheim, Reistingen, Finingen, Amertingen und Sellbrunn bei Baiern verbleiben, und Balmertshofen, Trugenhofen, Demingen, Duttenstein, Eglingen und Baumgries an Württemberg fallen.

Von hier zieht sich die Linie nordwärts zwischen nachbenannten Orten mit ihren Gemarkungen so fort, daß die östlich liegenden bei Baiern bleiben, und die westlich gelegenen für Württemberg ausgeschieden werden.

An Württemberg fallen:

Hofen, Kössingen, Schweindorf, Altenburg, Uzmelingen, Pflaumloch, Goldburghausen, Benzenzimmern, Ober- und Unterwilfingen, Geißlingen, Ellichbronn, Berigheim, Ober- und Unterbronn, Eck, Strambach, Gaxhart, Kaltenwang, Regertsweiler.

Bei Baiern verbleiben.

Aufhausen, Forheim, Christgarten, Kartäuserhöfe, Weiler, Anhausen, Hirnheim, Ederheim, Hollheim, Nähermemingen, Nördlingen, Baldingen, Oehringen, Wallerstein, Munzingen, Wengenhausen, Markt Offingen, Ramstein, Hof, Minder-Offingen, Enslingen, Raustetten, Grünhof, Ruhlingstetten, Gramstädterhof, Burschelhof, Reermühl, Wittenbach, Meisterhof, Mönchsroth, Dieterstetten, Winnenden, Haselbach.

Nun betritt die Grenze den Rezat-Kreis, und schneidet einen Theil des Landgerichts Dinkelsbühl dergesalt ab, daß folgende Orte

An Württemberg fallen:

Dürrnstetten, Lustenau, Schönbrunn, Ober- und Unter-Deufstätten, Buckenweiler, Lautenbach, Bernhartsweiler, Rädtlein, Neustädtlein, Geisbühl.

Bei Baiern verbleiben:

Sittlingen, Langensteinbach, Windstetten, Wolfertsbrunn, Hard, Rauenstadt, Ketschenweiler, Steinweiler, Rödendorf, Weidelbach.

Sodann durchschneidet die Linie einen Theil des Landgerichts Feuchtwang, und

giebt an Württemberg:

Richelbach, Markt Lustenau, Unterstolzhausen, Krefsberg;

beläfst bei Baiern:

Hinderhöfe, Larrieden, Kinhard.

Mit den Gemarkungen von Krefsberg und Oberstolzhausen (beide für Württemberg einschliessend) betritt die Linie das Landgericht Krailsheim, und schreitet zwischen diesem, (solches an Württemberg zutheilend) und dem baierisch bleibenden übrigen Theile des Landgerichts Feuchtwang fort, bis an die Grenze des Landgerichts Gerhardsbronn, giebt die Orte Volkertshausen, Simonsberg, Schönbrunn und Michelbach an der Luke an Württemberg, und beläfst Grimmschwinde, Gailroth und Leutsweiler nebst dem an beiden Seiten der Strasse gelegenen Forste bei Baiern.

Von hier durchschneidet die Linie das Landgericht Rothenburg dergestalt, dass die nachbenannten Orte mit ihren Fluren

An Württemberg fallen:

Weikertsholzen, Raibach, Reinsburg, Bügelhof, Klein - Anspach, Buch, Mezholz, Steindorf, Gamhagen, Bossendorf, Enzenweiler, Heiligenbronn, Schwarzenbrunn, Reitsfaxen.

Bei Baiern verbleiben:

Wettringen, Leidenberg, Insingen, Lohrbach, Bettenfeld, Reisch, Burgstall, Schnepfendorf, Brunzendorf, Leuzenbronn, Hammendorf, Dürhof.

Sodann folgt die Linie dem linken Ufer der Tauber, bis an die nördliche Grenze des Landgerichts Rothenburg.

Hier betritt sie das Landgericht Uffenheim, folgt noch eine kurze Strecke dem linken Tauber-Ufer, und zieht sich nördlich zwischen den nachbenannten Orten hin:

An Württemberg fallen:

Burgstall, Holdermühle, Archshofen, Schön, Freudenbach, Frauenthal, Lohrhof, Weidenhöfe, Waldmannshofen.

Bei Baiern verbleiben:

Uhlenmühle, Taubercell, Kleinharbach, Ecquartshofen, Hohlach, Wolkershofen, Aurenhofen.

A r t. II.

Bei der Gemarkung von Waldmannshofen schließt sich die Grenzlinie zwischen den Königreichen Baiern und Württemberg, und Alles, was der bis jetzt beschriebenen Linie östlich liegt, gehört mit allen Territorial-, Lehen- und Patronatsrechten der Krone Baiern, so wie das westlich dieser Linie gelegene Gebiet mit allen Territorial-, Lehen- und Patronatsrechten der Krone Württemberg.

A r t. III.

Die in den Händen der Privaten und Stiftungen befindlichen Patronatsrechte verbleiben jedoch denselben unter der Souveränität und nach den Gesetzen desjenigen Monarchen, welchem das Gebiet zugewiesen ist.

A r t. IV.

Die bei der Besiz - Ergreifung vorhandenen Salzvorräthe zu Ulm und Buchhorn verbleiben der Krone Baiern zur freien unbeschränkten Disposition.

A r t. V.

Die bis auf den Zeitpunkt der gegenseitigen Besitz - Ergreifung erlaufenen Arreragen, eben so wie die Einkünfte jeder Art, verbleiben beiden Theilen in den wechselseitig abzutretenden Besizungen, bis zur wirklichen Uebergabe, wogegen alle bis dahin verfallenen Zahlungen von dem dermaligen Besizer geleistet werden.

A r t. VI.

Beide kontrahirende Mächte nehmen sämtliche auf den wechselseitig übergehenden Landestheilen haftende, wie immer Namen habende Schulden dergestalt auf sich, daß eine jede für den sie treffenden, und nach den Steuer-Katastern zu berechnenden Antheil an Kapital und Zinsen von dem Tage der vollzogenen gegenseitigen Ueberweisung einzustehen hat.

Das königlich baiersche allgemeine Landanlehen von 1809 ist, als in die Kategorie der Provinzial-Schulden gehörig, in diesen Bestimmungen mitbegriffen.

A r t. VII.

Eben so werden

- a) die auf die Besizungen der vormaligen Bisthümer, Abteien und Klöster, reichsschlussmäs-

sig radizirten Pensionen der Bischöfe, Aebte, Kanoniker und Konventualen, und zwar nach dem Betreffnisse der übergehenden Theile dieser Besizungen,

b) die Befriedigung der auf Verträge, und andere öffentliche Akten gegründeten Entschädigungs - Ansprüche der unter die respektive Souveränität übergehenden Mediatisirten, wie auch

A r t. VIII.

das für die unmittelbare Verwaltung der übergehenden Distrikte angestellte Lokal - Personale mit Belassung desselben bei dem ungeschmälerten Genusse der Dienst - Erträgnisse und Emolumente, nicht weniger die auf solchen Distrikten spezial haftenden Pensionen, wechselseitig übernommen.

A r t. IX.

Von dem für die Verwaltung ganzer Kreise angestellten Personal gehet an Seine Majestät den König von Württemberg eine Anzahl nach dem Verhältnisse des Antheils über, der Allerdienstselben durch gegenwärtigen Vertrag von einem jeden Kreise überwiesen wird.

A r t. X.

Den nach der neuen Grenz - Linie in das Gebiet der kontrahirenden Königreiche wech-

seitsseitig übergehenden Gemeinden, Stiftungen und Privaten bleibt der freie, ungeschmälerte Genuß und Gebrauch aller ihrer in den Staaten des andern Souveräns gelegenen Besitzungen.

A r t. XI.

Zum Besten solcher Mediatisirten oder anderer Güterbesitzer, deren Besitzungen durch gegenwärtigen Vertrag getrennt werden, wie auch für sämtliche im Hof-, Militär- oder Civildienste Stehende, wird gegenseitig bedungen, daß dieselben rücksichtlich ihres Domicils, oder ihrer allenfallsigen Dienstverhältnisse in keinem der beiderseitigen Staaten einem Zwange unterliegen, sondern so lange sie in dem Dienste der beiden kontrahirenden Staaten verbleiben, oder in deren Gebiete wohnen, ihre Güter und übrigen Einkünfte frei und ungeschmälert genießen sollen. Ferner

A r t. XII.

wird allen wechselseitig durch den gegenwärtigen Staatsvertrag dem einen oder dem andern der beiden hohen Theile überlassenen Unterthanen eine Zeitfrist von drei Jahren gestattet, innerhalb welcher sie gegenseitig auswandern, ihre Güter oder sonstiges Vermögen veräußern, und den Erlös davon ganz abgabefrei exportiren dürfen.

A r t. XIII.

Was die dermal in den beiderseitigen Armeen einrangirten Konscribirten betrifft, so soll es damit so gehalten werden, wie es bei der Abtretung von Wiesensteig beobachtet worden ist.

A r t. XIV.

Die Ueberweisung der in dem gegenwärtigen Vertrage erwähnten Objekte wird in dem Zeitpunkte geschehen, in welchem Baiern den Besiz der ihm von Frankreich angewiesenen Akquisitionen erlangt, wo sodann Würtemberg gleichmäfsig die für Baden bestimmten Zessions-Objekte an die dazu ernannten kaiserlich französischen Kommissarien übergeben wird.

A r t. XV.

Die Ratifikationen des gegenwärtigen Staatsvertrags sollen in München binnen 14 Tagen, und wo möglich noch eher ausgewechselt werden. So geschehen Paris den 18. Mai 1810.

(L. S.) Graf von Montgelas.

(L. S.) Graf von Taube.

So genehmigen, ratifiziren und bestätigen
Wir den vorstehenden Staatsvertrag in allen seinen Artikeln und Klauseln, und geloben andurch für Uns und Unsere Nachfolger, densel-

ben nach seinem ganzen Inhalte zu erfüllen und aufrecht zu erhalten.

Dessen zur Urkunde haben Wir gegenwärtige Ratifikation mittels Unserer eigenen Unterschrift vollzogen, und dieselbe mit Unserm grössern königlichen Insiegel versehen lassen.

So geschehen und gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München am ersten Juni des Jahres Eintausend achthundert und zehn, Unsers Reiches im fünften.

MAX JOSEPH,

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl

der General-Sekretär

Baumüller.

(Regierungsblatt 1811. XIX. Stück. Seite 361 — 372.)

3.

Die Besizergreifung der Markgrafschaft
Baireuth betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Entbieten Allen und Jeden, die dieses lesen
oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern
Grufs, und fügen denselben zu wissen:

Da durch einen zwischen des Kaisers von
Frankreich und Königs von Italien Majestät
und Uns geschlossenen Vertrag es dahin gedie-
hen ist, daß die Markgrafschaft Baireuth
und das Dorf Kaulsdorf an Unser königli-
ches Haus überwiesen worden, und demselben
auf ewige Zeiten angehören und verbleiben
solle: so haben Wir in Gemäfsheit dieses Ver-
trages beschlossen, nunmehr von genannter
Markgrafschaft, allen deren Orten, Zugehörun-
gen

gen und Zuständigkeiten, und von gedachtem Dorfe Besiz nehmen zu lassen, und die Regierung in diesen neuen Besizungen anzutreten.

Wir thun dieses kraft des gegenwärtigen Patents, und verlangen daher von der Geistlichkeit, der Ritterschaft, den Lehenleuten, Einsassen, Civil- und Militär-Behörden, Magistraten und von sämtlichen Unterthanen und Einwohnern, wessen Standes oder Würde sie seyn mögen, so gnädig, als ernstlich: das sie sich Unserer Regierung unterwerfen, und Uns von nun an als ihren rechtmässigen König und Landesherrn ansehen und erkennen, auch Uns vollkommenen Gehorsam und alle Unterthänigkeit und Treue erweisen und demnächst, sobald Wir es fodern werden, die gewöhnliche Erbhuldigung leisten,

Wir ertheilen ihnen dagegen die Versicherung, das Wir ihnen mit königlicher Huld und Gnade und landesväterlichem Wohlwollen jederzeit zugethan seyn, und ihrer Wohlfahrt und Glückseligkeit Unsere ganze landesväterliche Vorsorge unermüdet widmen werden.

Wir haben die oberste Leitung der Besiznahme obgedachter Markgrafschaft und der

öffentlichen Staatsverwaltung derselben Unserm Kämmerer, wirklichen geheimen Rathe, Ritter des St. Huberti-Ordens, des hohen Ordens vom heil. Georg Kapitular - Kommenthur, dann Unsers Civil-Verdienst-Ordens Großkreuzherrs, Mitglieder des russisch - kaiserlichen St. Anna- und des königlich württembergischen goldenen Adler - Ordens, Alois Franz Xaver Freiherrn von Rechberg und Rothenlöwen etc. etc. als Unserem Hof - Kommissär übertragen, und erwarten von sämtlichen Unterthanen, daß sie allen von demselben in Unserm Namen zu treffenden Anordnungen und Einrichtungen Folge leisten werden; Wir setzen dabei fest, daß vor der Hand sämtliche dort angestellte Beamte die ihnen zukommenden Amtsverrichtungen ordnungsmässig nach dem bisherigen Geschäftsgange dergestalt provisorisch fortsetzen, daß sie Unserer Gnade und Unsers ferneren Vertrauens würdig bleiben.

Zu Urkunde dessen haben Wir gegenwärtiges Patent allerhöchst eigenhändig vollzogen, und mit Unserm königlichen Insiegel bedrucken lassen.

So geschehen und gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den 7. April

im Jahre nach Christi Geburt Eintausend acht-
hundert und zehn, Unsers Reiches im Fünften.

MAX JOSEPH.

(L. S.)

Vidit Graf Morawitzky.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl

der General - Sekretär

Baumüller.

(Regierungsblatt 1810. XXXII. Stück. Seite 539 — 542.)

4.

Die Organisation der Rentämter im
ehemaligen Fürstenthume Baireuth
betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,

Von Gottes Gnaden König von Baiern:

Da durch die von Uns angeordnete Landgerichts - Organisation im ehemaligen Fürstenthume Baireuth die bisher bestandenen Kammerämter ohnehin einen grossen Theil der ihnen zugewiesenen Geschäfte verlieren, da ihr Wirkungskreis sowohl, als jener der Haupt- und Nebenrendanturen durch die erfolgte Centralisirung verschiedener Gefälle vereinfacht, und letztere Aemter aus dieser Ursache schon im November vorigen Jahrs aufgehoben worden sind, — überhaupt aber die Ordnung der Finanzverwaltung eine gleichförmige und übereinstimmende Organisation der untern Administrations - Behörden erheischt: so haben Wir

nach dem Antrage Unsers General-Kommissariats des Mainkreises vom 16 v. M. beschlossen, daß mit dem Eintritte des Etatsjahres 18 $\frac{11}{12}$ auch die dermal noch bestehenden 20 Kammerämter aufgelöst, und hieraus mit Ausschluss des Bezirks von Kaulsdorf, für welchen die bisherige Administration fortzubestehen hat, zwölf Rentämter namentlich: Hof, Lichtenberg, Münchberg, Wunsiedel, Gefrees, Kulmbach, Baireuth, Pegnitz, Erlangen, Neustadt, Ipsheim, Iphofen, gebildet werden sollen.

Diese Rentämter werden in Hinsicht ihrer innern Einrichtung, ihrer Verhältnisse zu den Landgerichten, und ihres Wirkungskreises vollkommen den in den übrigen Kreisen Unsers Reiches bestehenden allgemeinen Rentämtern gleich gestellt, und die Rentbeamten und Amtsdienner sollen dieselben Haupt- und Nebenbezüge erhalten, welche dieses Dienstpersonal anderwärts statusmässig zu beziehen hat. Als Zulage für den Unterhalt der erforderlichen Amtschreiber bewilligen Wir den Beamten ebenfalls den dritten Theil ihrer fixen Geld-Besoldung, und der Prozente von dem zu verrechnenden Brutoertrage ihrer Aemter, jedoch mit der Auflage, hiefür eine verhältnismässige An-

zahl der bisher vom Aerar besoldeten Amts-Assistenten und Kopisten zu übernehmen, und diesen hieraus ihren Gehalt zu verreichen; und da uns die Rentbeamten in Hinsicht der ihrer Administration anvertrauten Gefälle ausschliessend verantwortlich sind: so versteht es sich von selbst, daß die ihnen zugetheilten Assistenten und Kopisten sich lediglich jenen Dienstleistungen zu unterziehen haben, welche ihnen die Rentbeamten zu übertragen für gut finden.

Unser General - Kommissariat des Mainkreises hat hienach ohne Verzug die geeigneten Einleitungen zu treffen, damit dieser Unser allerhöchster Beschluß mit dem 1. Oktober in Vollzug gesetzt werden könne.

München den 16. August 1811.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General - Sekretär

G. Geiger.

Uebersicht der Bestandtheile dieser Rentämter.

Nro.	Rentämter.	Deren Bestandtheile nach den alten Kammerämtern.				Zusammensetzung.
		Fläch. In. Quad. M.	Häuser- zahl.	Bevölke- rung.	Bisheriges Kammeramt.	
1	Hof.	7 $\frac{1}{4}$	4211	27070	Hof.	Leidet keine Veränderung, sondern besteht aus dem bisherigen Kammeramt Hof.
2	Lichtenberg.	4 $\frac{1}{8}$	2191	14175	Lichtenberg.	Eben so.
3	Münchenberg.		2011	13164	Münchenberg.	Münchenberg besteht aus dem bisherigen Amte Münchenberg, und dem größten Theile des Amts Markt - Schorgast, von welchem die Steuer-Distrikte Marien-Weiher, Eppenreuth, Guttenberg und Markt Leugast dahingezogen worden sind.
		Sa.	2956	18096	Schorgast. Gefrees.	
4	Wunsiedel.	9 $\frac{1}{2}$	4491	28743	Wunsiedel.	Der durch natürliche Grenzen bestimmte Umfang des Amtes Wunsiedel ist unverändert geblieben, und die Orte Kornbach und Haidlas sind schon bei der Steuer-Distrikts-Regulirung nach Gefrees gezogen worden.

Nro.	Rentämter.	Deren Bestandtheile nach den alten Kammerämtern.				Bisheriges Kammeramt.	Zusammensetzung.
		Flach. in Quad. M.	Häuser- Zahl.	Bevölke- rung.			
5	Gefrees.		1645 35 211	10105 174 1275			Begreift nebst dem Kammeramt Gefrees diesen kleinen Bezirk von Kornbach und den Steuer-Distrikt Markt Schorgast, wo der Sitz des Kammeramts gleichen Namens war.
		Sa.	1891	11554			
6	Kulmbach.	—	2632 206	17037 1025			Begreift das bisherige Kammeramt Kulmbach, von dem Kammeramte Schorgast, die Distrikte Kupferberg und Ludwig-Schorgast, wie sie der Gebirgszug von den übrigen Distrikten dieses Amtes abschneidet, und ihrer natürlichen Lage nach zu Kulmbach hinreißt.
		—	1078	6047			Das bisherige Kammeramt Sanspareil mit Ausnahme des Steuerdistrikts Alladorf.
		Sa.	3016	24109			
7	Baireuth.	—	3571 442 201	28011 2806 1073			Begreift die Aemter Baireuth und Weidenberg und den von Sanspareil dazu gezogenen Distrikt Alladorf.
		Sa.	4214	31890			

Nro.	Rentämter.	Deren Bestandtheile nach den alten Kammerämtern.				Zusammensetzung.
		Flach. In. Quad. M.	Häuser. Zahl.	Bevölke- rung	Bisheriges Kammeramt.	
8	Pegnitz.	4½	1730	9926	Pegnitz.	Dieses Rentamt kann seiner Zeit mit dem Rent- amte Auerbach vereinigt werden.
9	Erlangen.	—	3747 260	26056 2476	Erlangen. Wöhrd.	
		Sa.	795 4302	4283 32815	Herz. Aurach.	Das Rentamt Erlangen zu Frauen - Aurach be- greift die Kammerämter Erlangen, Wöhrd und Herzogen - Aurach.
10	Neustadt.		2975 903	16646 5281	Neustadt. Emskirchen.	Das Rentamt Neustadt begreift die Kammeräm- ter Neustadt und Emskirchen.
		Sa.	5878	21927		
11	Ipsheim.		2337 1054	12899 6042	Ipsheim. Neuhof.	Das Rentamt Ipsheim begreift die Kammerämter Ipsheim und Neuhof.
		Sa.	3391	18941		
12	Iphofen.		854 482	5361 2693	Iphofen. Bibart.	Begreift die Kammerämter Iphofen und Bibart, und ist seiner Zeit mit dem Rentamte Schein- feld zu vereinigen.
		Sa.	1336	8045		

(Regierungsblatt 1811. LVII. Stück. Seite 1109 — 1114.)

5.

Die Landgerichts - Eintheilung in der
Provinz Ansbach betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Damit auch in Unserer Provinz Ansbach eine mit Unsern übrigen Staaten ganz gleichförmige Aemter - Eintheilung eingeführt, und die untere Verwaltung durchgehends übereinstimmend organisirt werde, haben Wir, mit Zugrundelegung der neuen Territorial - Eintheilung des Reiches, die Anordnung folgender Landgerichte beschlossen:

I. Im Rezat-Kreise.

1. Das Landgericht Marktsteft besteht aus dem bisherigen Justizamte gleichen Namens und dem Kammeramte Mainbernheim.

Dasselbe enthält auf $2\frac{3}{4}$ Q. Meilen 8000 Seelen.

Der Siz des Landgerichts ist in Marktsteft.

Diesem Landgerichte ist die Territorial-Respizienz über die fürstlich Schwarzenbergischen, gräfllich Kastell-, Limburg - Speckfeldischen und Schönbornischen Besizungen anvertraut, welche auf $13\frac{1}{4}$ Q. Meilen eine Bevölkerung von 23,795 Seelen in sich fassen.

2. Das Landgericht Uffenheim erhält die nämlichen Grenzen, welche bisher das Justiz - und Kammer - Amt desselben Namens hatte.

Es enthält auf $4\frac{1}{4}$ Q. Meilen 12,225 Seelen.

Der Siz des Landgerichts ist in Uffenheim.

3. Das Landgericht Rothenburg wird zusammengesetzt aus den beiden bisherigen Landgerichten Rothenburg I. und II.

Dieses Landgericht faßt in sich 12,580 Seelen, und mit Einschluss der Stadt Rothenburg, deren Bevölkerung in 5651 Seelen besteht, zusammen auf $6\frac{1}{2}$ Q. Meilen 18,231 Seelen.

Die Wohnung des Landrichters ist in der Stadt Rothenburg.

4. Das Landgericht Gerhardsbronn begreift in sich die nördliche Hälfte des bisherigen Justizamtes Krailsheim bis an die Jaxt, und von da an die Grenze des Landgerichts Feuchtwang, worüber Wir die nähere Grenz-Bestimmung Unserm General-Kommissariate in Franken überlassen.

Auf ungefähr 3 Q. Meilen enthält dieses Landgericht beiläufig 8000 Seelen.

Der Siz des Langerichts ist in Gerhardsbronn.

Demselben ist die Territorial-Respizienz über die fürstlich Hohenlohe-Kirchbergischen Besizungen übertragen.

5. Das Landgericht Krailsheim begreift in sich die südliche Hälfte des bisherigen Justiz-Amtes gleichen Namens, mit Ausnahme der hernach benannten, an das Landgericht Dünkelsbühl abzutretenden Ortschaften.

Auf 3 Q. Meilen enthält dasselbe beiläufig 9067 Seelen.

Der Siz des Landgerichts ist in Krailsheim.

6. Das Landgericht Dinkelsbühl enthält

a) das Gebiet von Dinkelsbühl, welches mit Einschluss der Stadt auf einer Q. Meile 6435 Seelen enthält; b) von dem bisherigen Justizamte Wassertrüdingen denjenigen Distrikt, welcher von der Wörnitz, der Sulz und der von Dinkelsbühl nach Ansbach führenden Strasse eingeschlossen ist, mit einer Q. Meile und 2678 Seelen; c) von dem bisherigen Justizamte Feuchtwang die Ortschaften Burgstall, Dikersbronn, Dürrwangen, Flinzberg, Griesbronn, Hopfengarten, Hellembach, Kehlen, Laberswinden und Rappenhof, Lehenbuch, Lehenzütingen, Loh, Neuses, Ober- und Unterrattach, Schopfloch, Sulzach, Waldek, Waldhäuslein, Weidelbach und Zwernberg, mit 3820 Seelen auf einer Q. Meile; und d) von dem bisherigen Justizamte Kreilsheim die Ortschaften: Buckenweiler, Geilsbühl, Haard, Krettenbach, Lautenbach, Ober- und Untermeisling, Oberdeufstetten, Ruppertsbach, Rödendorf, Rothhof, Steinweiler, Seidelsdorf, Veitsschwind, Waltershub, dann die dermaligen Patrimonial-Gerichte: Unterdeufstetten, Mzenbach, Wildenstein, Spizmühl, Neustädtlein, Röthlein, Gunzen, Bernhardsweiler, Bräunersberg, Eschbach, Kotschenweiler, Raunstadt, Schönbronn, mit 3828 Seelen und $1\frac{1}{4}$ Q. Meile.

Das ganze Landgericht faßt daher mit
Einschluss der Stadt auf $4\frac{1}{4}$ Q. Meilen zusammen
16761 Seelen.

Der Siz des Landgerichts ist in Dinkels-
bühl.

7. Das Landgericht Wassertrüdingen
enthält das bisherige Justizamt gleichen Na-
mens, mit Ausnahme des dem Landgerichte
Dinkelsbühl zugetheilten Gebietes, und Beige-
bung des Orts Gailsheim von dem Justizamte
Haidenheim.

Dieses Landgericht enthält hienach auf
3 Q. Meilen 9136 Seelen.

Der Siz des Landgerichts ist in Wasser-
trüdingen.

8. Das Landgericht Feuchtwang bildet
sich aus dem bisherigen Justizamte Feucht-
wang, und den darin gelegenen Patrimonial-
Gerichten, mit Ausnahme des an das Landge-
richt Dinkelsbühl gekommenen Bezirkes, und
der an das Landgericht Herrieden abzutreten-
den Ortschaften,

Dasselbe enthält $3\frac{3}{4}$ Q. Meilen und 9615
Seelen.

Der Siz des Landgerichts ist in Feuchtwang.

9. Das Landgericht Gunzenhausen besteht aus dem hisherigen Justizamte gleichen Namens, mit Abtrennung der dem Rezat-Kreis zugetheilten Gebiete von Weissenburg und Ellingen.

Auf 4 Q. Meilen faßt dasselbe 14670 Seelen in sich.

Der Siz des Landgerichts ist in Gunzenhausen.

10. Das Landgricht Heilsbronn wird zusammengesetzt aus dem bisherigen Justizamte Windsbach und dem Pflegamte Lichtenau.

Dasselbe enthält 4 Q. Meilen und 10185 Seelen.

Der Siz des Landgerichts ist in Heilsbronn.

11. Das Landgericht Herrieden besteht a) aus dem ehemaligen Vogtamte Herrieden, und b) dem Vogtamte Ornbau, dann c) dem Amte Aurach, welche zusammen auf $\frac{1}{2}$ Q. Meile 5241 Seelen enthalten; d) ferner aus dem von dem Justiz-Amte Feuchtwang getrennten

Bezirke, nämlich den Ortschaften: Gastenfelden, Mörlach, Sachsbad, Weizendorf und Rohrbach, Bechhofen, Voggendorf und Wiesenbruck, mit $\frac{1}{4}$ Q. Meile und 733 Seelen, e) endlich aus nachfolgenden Ortschaften von dem bisherigen Justizamte Ansbach: Ayb, Burgoberbach und Heselmühle, Clasheim und Hohesichte, Dinersdorf, Esbach, Gernersdorf, Haag, Höhnberg, Kolmschneidbach, Leidendorf, Beilenbuch, Nehrdorf, Neuses bei Burgoberbach, Niederdombach, Neuenstetten, Oberdorf, Raufenzell, Kugel und Schreinersmühle, Rees, nebst Mühle, Steinbach bei Esbach, Seebronn und Höchstetten, Triesdorf, Velden, Vorder - und Hinter - Bergenweiler, Weidenbach, Weihersehneidbach, Winterschneidbach; ferner: Sommersdorf, Irrabach, Nieder-Oberbach und Reisach, Kleinried und Winkel, dann: Bammerdorf, Groß- und Klein-Breitenbronn und Willendorf, mit einem Flächenraume von 2 Q. Meilen und 3820 Seelen.

Das ganze Landgericht enthält daher $3\frac{3}{4}$ Q. Meilen und 9794 Seelen.

Der Siz des Landgerichts ist in Herrieden.

12. Das Landgericht Leutershausen wird zusammengesetzt: a) aus dem bisherigen Justizamte gleichen Namens, mit $2\frac{1}{2}$ □ Meilen; b) dann folgenden Ortschaften des bisherigen Justizamtes Ansbach, nämlich: Anfelden, Berndorf, Birkach, Heslabrunn, Hohennaub, Kurzendorf bei Heslabrunn, Mittel - und Oberdachstetten, Mökenaub, Ober - und Unter-Sulzbach, Spielberg, dann Ober - und Unter - Zenn, Eggenhausen, Ermezhofen, Strassenhof und Wesachhof, Urpertshofen, Wideltersbach, und Rammersdorf, und Eierlohe, mit $1\frac{1}{2}$ □ Meile und 2680 Seelen.

Zusammen faßt das Landgericht in sich 4 □ Meilen und 9738 Seelen.

Der Landgerichts-Siz ist in Leutershausen.

Diesem Landgerichte ist auch die Respienz über die fürstlich Hohenlohe-Schillingsfürstischen Besizungen von einer □ Meile und 2938 Seelen anvertraut.

13. Das Landgericht Ansbach besteht: a) aus dem bisherigen Justizamte Ansbach, mit Ausnahme der an die Landgerichte Herrieden und Leutershausen abzugebenden Bezirke, der-

mal noch $4\frac{1}{2}$ □ Meilen und 9595 Seelen; b) aus dem bisherigen Vogteiamte Virnsberg, mit $\frac{3}{4}$ □ Meile und 2210 Seelen.

Mit Einschluss der Stadt, welche auf $\frac{1}{2}$ □ Meile 11934 Seelen faßt, enthält daher das Landgericht Ansbach, welches in der Stadt gleichen Namens seinen Siz hat, $5\frac{3}{4}$ □ Meilen und 23729 Seelen.

II. Im Pegniz - Kreise
wird folgende Eintheilung bestimmt:

1. Das Landgericht Forchheim bleibt in seiner dermaligen Ausdehnung, mit 4 □ Meilen und 11500 Seelen.

2. Dem Landgerichte Pottenstein, mit $4\frac{3}{4}$ □ Meilen und 8706 Seelen, soll noch das bisherige Amt Bezenstein, mit 1 □ Meile und 1677 Seelen zugetheilt werden.

Dasselbe enthält hienach $5\frac{3}{4}$ □ Meilen und 10383 Seelen.

Der Siz des Landgerichts bleibt in Pottenstein.

3. Das Landgericht Gräfenberg wird zusammen gesetzt aus dem bisherigen Landge-

richte Neunkirchen am Brand, mit $3\frac{1}{2}$ □ Meilen und 9339 Seelen; dann den bisherigen Aemtern Gräfenberg und Hilpoltstein, mit 2 □ Meilen und 4379 Seelen.

Das ganze Landgericht faßt daher auf $5\frac{1}{2}$ □ Meilen 13718 Seelen in sich.

Der Siz des Landgerichts kommt nach Gräfenberg.

4. Dem Landgerichte Schnaitach, mit $2\frac{1}{4}$ □ Meilen und 9371 Seelen, wird das bisherige Amt Lauf, mit $1\frac{1}{2}$ □ Meilen und 2662 Seelen, zugetheilt.

Das Landgericht enthält nunmehr $3\frac{3}{4}$ □ Meilen und 12033 Seelen.

Der Siz des Landgerichts bleibt vorerst in Schnaitach.

5. Das Landgericht Hersbruck bildet sich aus den bisherigen Aemtern Velden, Hersbruck und Reicheneck, welche zusammen 4 □ Meilen und 9281 Seelen betragen.

Der Siz des Landgerichts ist in Hersbruck.

6. Das Landgericht Altdorf wird zusammengesetzt aus a) dem bisherigen Amte Alt-

dorf, mit $1\frac{1}{2}$ □ Meile und 2726 Seelen; b) dem Amte Engelthal, mit $1\frac{1}{2}$ □ Meile und 2402 Seelen; dann c) dem bisherigen Justizamte Ferrieden (Feucht) mit Ausnahme eines zu dem Landgerichte Nürnberg zu schlagenden Bezirkes, dermal noch mit $2\frac{1}{2}$ □ Meilen und 6365 Seelen.

Das ganze Landgericht enthält mithin $5\frac{1}{2}$ □ Meilen und 11493 Seelen.

Der Siz des Landgerichts ist in Altdorf.

7. Das Landgericht Nürnberg wird auf folgende Art zusammengesetzt: a) Von dem bisherigen Justizamte Kadolzburg, mit Einschlusse des Amtes Fürth und Gostenhof, nachfolgende Ortschaften: Altenberg, Bleiweisgarten, Bremenstall, Dos, Ebrizhof, Frizmannshof, Flexdorf, Geismannshof, Gebersdorf, Grofsreuth, Höfen, Kleinreuth, Kreutles, Lay, Muggenhof, Mannhof, Mzenhof, Ober - und Unterasbach, Ober - und Unterfürberg, Poppenreuth, Stadeln, Schnittling, Sömlersbühl, St. Leonhard, Schweinau, Stein, Thombach, Unterbuch, Unterfahnenbach, Vach, Weiherbach, Weitershof, Wezendorf, Zirndorf und Burgfarenbach, mit $2\frac{1}{2}$ □ Meilen und 7656 Seelen; hiezu kommt noch die Stadt Fürth, mit $\frac{1}{2}$ □ Meile und

12705 Seelen. b) Von dem bisherigen Justiz-
amte Schwobach die Orte: Steinbühl, Sand-
reuth, Hummelstein, Gibizenhof und Lichten-
hof, mit $\frac{1}{4}$ □ Meile und 763 Seelen. c) Von
dem bisherigen Justizamte Ferrieden (Feucht)
nachstehende Ortschaften: St. Peter, Hallerhüt-
ten, Bleiweis und Forsthof, Duzenteich, Gleis-
en-Hammer, Malmsbach, Mögeldorf, Laufen-
holzer-Hammer, Lauf am Holz, Mittelbuch,
Neuberich, Kressengarten, Thalmau, Ober- und
Untenburg, Schweig, Zergabelshof, mit $\frac{1}{2}$ □
Meile 1335 Seelen.

Das ganze Landgericht enthält daher $3\frac{1}{4}$ □
Meilen und 9754 Seelen, und mit Einschlusse
der Stadt Fürth von $\frac{1}{2}$ □ Meile und 12705 See-
len, dann der Stadt Nürnberg mit 1 □ Meile
und 27000 Seelen, zusammen $4\frac{3}{4}$ □ Meilen und
49459 Seelen.

Der Siz des Landgerichts ist in Nürn-
berg, oder Gostenhof.

8. Das Landgericht Schwobach besteht
aus dem bisherigen Justizamte gleichen Namens,
mit Ausnahme der dem Landgerichte Nürnberg
zugetheilten Orte.

Dasselbe besteht noch aus $4\frac{1}{4}$ □ Meilen
und 12054 Seelen.

Der Siz des Landgerichts ist in Schwobach.

9. Das Landgericht Kadolzburg besteht aus dem bisherigen Justizamte Kadolzburg, mit Ausnahme des an das Landgericht Nürnberg gekommenen Bezirkes.

Dasselbe enthält $4\frac{1}{2}$ □ Meilen und 12009 Seelen.

III. Im Altmühl-Kreise werden die bisherigen Ansbachischen Aemter auf folgende Weise eingetheilt:

1. Das Landgericht Pleinfeld wird zusammengesetzt aus den bisherigen Aemtern Spalt, Pleinfeld, Abenberg, und Roth mit 4 □ Meilen und 11000 Seelen.

Der Siz des Landgerichts ist in Pleinfeld.

2. Das Landgericht Weisenburg besteht aus den Bezirken von Weisenburg und Ellingen, mit $3\frac{1}{2}$ □ Meilen und 8880 Seelen.

Der Siz des Landgerichts ist in Weisenburg.

3. Das Landgericht Heidenheim besteht aus dem bisherigen Amte Heidenheim, oder Hohentrüdingen.

Dasselbe enthält 4 □ Meilen und 12331 Seelen.

Der Siz des Landgerichts ist in Heidenheim.

Die übrigen Landgerichte des Altmühl-Kreises bleiben nach ihrer dermaligen Eintheilung und Grenze.

Die auf solche Art festgesetzte Eintheilung der bisherigen Ansbachischen Aemter in Landgerichte ist dergestalt in Vollzug zu sezen, daß mit dem 1. Oktober d. J. die neuen Landgerichte durchgehends in Wirksamkeit treten können.

Was die analoge Eintheilung der Rentämter betrifft, werden so, wie über die Personal - Benennungen und Gehalts - Bestimmungen die weiteren allerhöchsten Entschliessungen erfolgen.

Gegenwärtige Landgerichts - Eintheilung lassen Wir durch das allgemeine Regierungsblatt bekannt machen.

München, den 7. August 1808.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
von Krempelhuber.

(Regierungsblatt 1808. XXXX. Stück. S. 1689—1698.)

6.

Die Grenze zwischen dem Iller - und
Ober - Donaukreise betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben Uns bewogen gefunden, die Grenzen zwischen dem Illerkreise und Ober - Donaukreise dahin näher zu bestimmen, daß dem letzten das Landgericht Günzburg, der Uns verbleibende Theil des Landgerichts Elchingen und des auf dem rechten Donau - Ufer gelegenen Ulmerbanns zugetheilt bleiben sollen.

München den 5. Oktober 1810.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General - Sekretär
G. Geiger.

(Regierungsblatt 1810. LIV. Stück. Seite 957 — 958.)

7.

Die Besizergreifung des Inn - und Haus-
ruck - Viertels betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Entbieten Allen und Jeden, die dieses lesen
oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern
Gruß, und fügen denselben zu wissen:

Nachdem in Folge eines zwischen Seiner
Majestät dem Kaiser von Frankreich und Kö-
nig von Italien, und Uns geschlossenen Ver-
trags das Inn - und Hausruckviertel, —
als jener Theil von Oesterreich ob der Enns, so
wie er im Wiener Frieden dd. Oktober 1809
bezeichnet ist, an Unser königliches Haus über-
wiesen worden, und demselben auf ewige Zei-
ten angehören solle; so haben Wir nunmehr
in Folge dieses Vertrags und des zu Frankfurt
unterm 12ten September l. J. ausgefertigten
Uebergabs - Protokolls beschlossen, von diesen
Landen, allen deren Orten, Zugehörungen und

Zuständigkeiten Besiz nehmen zn lassen, und
Unsere Regierung darin anzutreten.

Wir thun dieses Kraft des gegenwärtigen
Patents und verlangen daher von der Geistlich-
keit, der Ritterschaft, den Lehenleuten, Ein-
sassen, Civil - und Militärbedienten, Magistra-
ten und von sämmtlichen Unterthanen und
Einwohnern, wessen Standes oder Würde sie
seyn mögen, so gnädig als ernstlich; dafs sie
sich Unserer Regierung unterwerfen, und Uns
von nun an als ihren rechtmässigen König und
Landesherrn ansehen und erkennen, auch Uns
vollkommenen Gehorsam und alle Unterthänig-
keit und Treue erweisen, und demnächst, so
bald Wir es fodern werden, die gewöhnliche
Erbhuldigung leisten. Wir ertheilen ihnen da-
gegen die Versicherung, dafs Wir ihnen mit
Unserer königlichen Huld und Gnade, und lan-
desväterlichem Wohlwollen jederzeit zugethan
seyn, und ihrer Wohlfahrt und Glückseligkeit
Unsere ganze landesväterliche Fürsorge uner-
müdet widmen werden.

Wir haben die oberste Leitung der Be-
siznahme obengedachter Lande und der öffent-
lichen Staatsverwaltung derselben Unserm Kä-
merer und General-Kommissär zu Burghausen,

Ferdinand Freiherrn von Schleich, als Unserm Hofkommissär übertragen, und erwarten von sämmtlichen Unterthanen, daß sie allen von demselben in Unserm Namen zu treffenden Anordnungen und Einrichtungen Folge leisten werden; Wir setzen dabei fest, daß vor der Hand sämmtliche dort angestellte Beamten die ihnen zukommenden Amtsverrichtungen ordnungsmässig nach dem bisherigen Geschäftsgange dergestalt provisorisch fortsetzen, daß sie Unserer Gnade und Unsers fernern Vertrauens würdig bleiben.

Zu Urkunde dessen haben Wir gegenwärtiges Patent allerhöchsteigenhändig vollzogen, und mit Unserm königlichen Insiegel bedrucken lassen.

So geschehen und gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den 19. Tag des Monats September im Jahre nach Christi Geburt Ein tausend Acht hundert und zehn, Unserer königlichen Regierung im Fünften.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär
Baumüller.

(Regierungsblatt 1810. L. Stück. Seite 359—361.)

8.

Die Organisation der Landgerichte und
Rentämter im Inn - und Hausruck-
viertel betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben Uns über die Art und Weise, die
Verwaltung der an Unsere Krone übergegange-
nen Gebietstheile in dem sogenannten Inn-
und Hausruckviertel mit den in Unsern ältern
Staaten bestehenden Formen, unter geeigneter
Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse, und
der in den allerunterthänigsten Berichten Un-
serer Hofkommission in Ried vom 29sten vo-
rigen Monats enthaltenen Daten, in wesentliche
Uebereinstimmung zu setzen, umständlichen
Vortrag erstatten lassen, und beschliessen und
verordnen hienach:

I.

Das Inn - und Hausruckviertel wird nach
der in Unserer Verordnung über die Territo-

rial-Eintheilung des Reichs vom 23ten September dieses Jahrs im Allgemeinen vorgeschriebenen Grenze, zwischen dem Salzach- und Unter-Donaukreise, dergestalt vertheilt, daß die Scheidungs-Linie bei der Grenze von der Pfarrei Mühlheim am Innflusse ausläuft, die Pfarrsprengel Gainberg, Gurten, Senftenbach, Uzenaich, Lamprechten, Andorf, Raab, Peuerbach, Waizenkirchen und Neukirchen umfaßt, sich mit der Pfarrei Waldkirchen an die Donau zieht, und sämtliche hier benannte Pfarreien, und jene, welche hinter dieser Linie zwischen dem Inn und der Donau liegen, mit dem ganzen Umfange ihrer Sprengel, dem Unter-Donaukreise zuweist, alles übrige Gebiet aber ausserhalb dieser Linie dem Salzachkreise einverleibt.

II.

Die den beiden bezeichneten Kreisen inkorporirten Gebiete des Inn- und Hausruckviertels werden in drei verschiedene Klassen von Landgerichten eingetheilt, deren Bildung und Bestellung sich analog nach denjenigen Normen richtet, welche Wir in Unserer Verordnung vom 31ten August dieses Jahrs, die Landgerichts-Verfassung im

Inn- und Eisackkreise betreffend, ausgesprochen haben.

Für die Ausübung der Kriminal-Gerichtsbarkeit werden eigene Kriminal-Gerichte konstituiert, wovon sich jedes einzelne über mehrere Landgerichte zugleich erstreckt, und über deren nähere Beschaffenheit Unsere weitere allerhöchste Erklärung vorbehalten bleibt. Die bestehenden Patrimonial - Gerichte werden, nach den Bestimmungen Unsers Edikts über die Patrimonial - Gerichtsbarkeit, vom 16. September 1808, auf die willkührliche Gerichtsbarkeit beschränkt, während die von denselben bisher ausgeübten Befugnisse der kontintösen Gerichtsbarkeit auf Unsere Land- und Kriminal-Gerichte übergehen, dergestalt, daß ihnen in dieser Hinsicht alle in ihrem Gerichtsprengel befindlichen patrimonial-gerichtlichen Unterthanen unmittelbar und ausschliessend übergeben sind.

Die Verwaltung der Uns zuständigen Gefälle endlich wird besondern Rentämtern, welche je einem oder auch mehreren Landgerichten zugleich korrespondiren, und deren Einrichtung, Wirkungskreis und Besezung sich nach den sonst in Unserem Reiche allenthal-

ben angenommenen Normen richten, übertragen.

III.

Diesemnach werden —

A. im Salzach - Kreise

folgende Landgerichte, Kriminalgerichte und Rentämter errichtet.

a. Landgerichte.

1) Das Landgericht Laufen I. Klasse. Siz: Laufen. Dasselbe besteht vor der Hand aus den Pfarreien: Pantaleon, Moosdorf, Franking, Heigermoos und Ostermieting, mit $1\frac{1}{2}$ □ Meilen, 3361 Seelen. Ueber seine weitere Ausbildung, durch Zutheilung von Salzburgerischen Gebieten, wird die definitive Entschliessung vorbehalten.

2) Das Landgericht Burghausen I. Klasse. Siz: Burghausen. Es besteht aus der Stadt Burghausen, wo das Stadtgericht aufgelöst wird, mit 3010 Seelen; aus den bisherigen Theilen des Landgerichts Burghausen auf dem rechten Ufer der Alz, mit 10077 Seelen; endlich aus den Pfarreien Ach, Tarsdorf, Geretzberg, Radegund, Hochburg, Ueberakern und Gilgenberg, mit $2\frac{1}{2}$ □ Meilen, und 4051 See-

len; so daß das gesammte Landgericht die Zahl von 19138 Seelen begreift.

3) Das Landgericht Oetting I. Klasse. Siz: einsweilen zu Altenötting. Dasselbe wird konstituirt aus den Bestandtheilen des bisherigen Landgerichts Burghausen, auf dem linken Ufer der Alz, mit 13317 Seelen, und über seine vollständigere Formation, mittels geeigneteren Zutheilungen von dem Landgerichte Mühldorf, werden von den General-Kommissariaten der Isar - und Salzachkreise nähere gemeinschaftliche Vorschläge noch erwartet.

4) Das Landgericht Braunau I. Klasse. Siz: Braunau. Dasselbe wird zusammengesetzt aus dem bisherigen Landgerichte Simbach mit $2\frac{1}{2}$ □ Meilen und 8264 Seelen; dann aus den Pfarreien Braunau, Neukirchen, Schwand, Handenberg, St. Georgen, Mining, Ranshofen, und St. Peter mit $2\frac{1}{4}$ □ Meilen und 7530 Seelen; so, daß der ganze Flächeninhalt $4\frac{3}{4}$ □ Meilen und die ganze Bevölkerung 15794 Seelen ausmacht.

5) Das Landgericht Mauerkirchen II. Klasse. Siz: Mauerkirchen. Die Bestandtheile dieses Landgerichts sind die Pfarreien: Mauerkirchen, Weng, Moosbach, Polling, St.

St. Lorenz, Henhard, Burgkirchen, Freybach, Rosbach, St. Veit, Aspach, und Uttendorf mit $4\frac{7}{8}$ □ Meilen und 14311 Seelen.

6) Das Landgericht Mattigkofen II. Klasse. Siz: Mattigkofen. Dieses Landgericht umfaßt die Pfarreien Mattigkofen, Auerbach, Pischelsdorf, Feldkirchen, Gsteig, Kirchberg, Eggelsberg, St. Johann, Munderfing, Jeging, Perwang, Lohen, und Palding, mit $6\frac{1}{8}$ □ Meilen und 11480 Seelen.

7) Das Landgericht Neumarkt I. Klasse. Siz: Neumarkt bei Mattsee. Dasselbe komponirt sich aus dem diesseitigen Salzburgischen Pfliegerichte Neumarkt nebst Mattsee mit 12832 Seelen, welchem noch einverleibt werden: die Pfarreien Lengau, Straßwalchen, und Pöndorf mit $2\frac{1}{4}$ □ Meilen und 4185 Seelen; so daß die Bevölkerung des ganzen Landgerichts sich auf 17017 Seelen beläuft.

8) Das Landgericht Ried I. Klasse. Siz: Ried. Es umfaßt die Pfarreien: Ried, Klein-Ried, St. Marienkirchen, Hohenzell, Waldzell, Lomsburg, Tumeltsham, Neuhafen, Paptigham, Schildorn, Aurolzmünster, Eitzing, Andrichsfurt, Peterskirchen, Eberschwang, Mernbach,

Kirchham und Mettenach, mit $9\frac{1}{2}$ □ Meilen und 23776 Seelen.

9) Das Landgericht Grieskirchen II. Klasse. Siz: Grieskirchen. Diesem Landgerichte werden einverleibt die Pfarreien: Rudau, Dorf, Kalham, Wendling, Neumarkt an der Aschach, Michaelenbach, Pötting, Grieskirchen, Taufkirchen, Teiskirchen, Zell, mit $3\frac{1}{4}$ □ Meilen und 17321 Seelen.

10) Das Landgericht Haag II. Klasse. Siz: Stahrenberg bei Haag. Hieher werden gezogen, die Pfarreien Haag, Pram, Geiersberg, Giebolts, Rottenbach, Aistersheim, Meggenhofen, Weibern, Gaspoltshofen, St. Georgen, Hofkirchen, Altenhof, und Galspach mit $3\frac{7}{8}$ □ Meilen und 16592 Seelen.

11) Das Landgericht Vöklabruck II. Klasse. Siz: Vöklabruck. Den Umfang desselben bilden die Pfarreien Vöklabruck, Seewalchen, Ganpern, Oberthalheim, Schwanenstadt, Wolfsegg, Ottnang, Ampflwang, Unzenach, Zeel am Petten, Fürst Alzbach, Niederthalheim, und Attnang mit $4\frac{3}{4}$ □ Meilen und 19359 Seelen.

12) Das Landgericht Frankenmarkt II. Klasse. Siz: Frankenmarkt. Demselben

werden inkorporirt die Pfarreien Frankenmarkt, St. Georgen, Weisenkirchen, Attersee, Abtsdorf, Nufsdorf, Unterach, Vöklamarkt, Formach, Frankenburg, Neukirchen, und Puchkirchen, mit $6\frac{3}{8}$ □ Meilen und 18845 Seelen.

13) Das Landgericht Thalgau I. Klasse. Siz: Thalgau. Dasselbe bestehet aus dem bisher Salzburgischen Gerichte Thalgau und St. Gilgen, über dessen vollständige Formation zu einem Landgerichte die definitive Bestimmung noch vorbehalten wird. Einsweilen werden aber dahin verwiesen die Pfarreien: Mondsee, Oberhofen, St. Lorenz, Zell am Moos, und Oberwang, mit $4\frac{1}{4}$ □ Meilen und 6509 Seelen.

b. Kriminal-Gerichte.

Für die sämtlichen bisher bezeichneten 13 Landgerichte werden folgende Kriminal-Gerichte errichtet.

1) Das Kriminalgericht Ried. Siz: Ried. Dazu gehören die Landgerichte:

I. Ried.

II. Grieskirchen.

III. Haag.

IV. Vöcklabruck.

V. Frankenmarkt.

2. Das Kriminalgericht Braunau. Siz: Braunau. Hieher werden verwiesen die Landgerichte:

- I. Braunau,
- II. Mattigkofen.
- III. Mauerkirchen.

3) Das Kriminalgericht Burghausen. Siz: Burghausen. Dasselbe erstreckt sich vor der Hand über die Landgerichte

- I. Burghausen.
- II. Altenötting.

Ueber die Arrondirung dieses Kriminalgerichts durch Salzburger Gebietstheile, insbesondere durch das Amt Tittmoning, wird die definitive Entschliessung bis zur Organisation der Landgerichte im Fürstenthume Salzburg noch vorbehalten.

4) Das Kriminal-Gericht für die Landgerichte

- I. Laufen,
- II. Neumarkt bei Mattsee und
- III. Thalgau.

wird ebenfalls bei der eben erwähnten Organisation definitiv bestimmt werden.

c. Rentämter.

Mit den Landgerichten paralell werden folgende Rentämter etablirt:

- 1) Das Rentamt Laufen, welches dem Landgerichte Laufen korrespondirt, und mit demselben gleichen Siz hat, oder nöthigen Falls auch in Wildshut untergebracht werden kann.
- 2) Das Rentamt Burghausen. Siz: Burghausen. Dasselbe umfaßt die Landgerichte Burghausen und Altenötting.
- 3) Das Rentamt Braunau. Siz: Braunau, nöthigen Falls Ranshofen. Dasselbe erstreckt sich über die Landgerichte Braunau und Mauerkirchen.
- 4) Das Rentamt Friedburg. Siz: Friedburg. Es umfaßt die Landgerichte Mattigkofen und Neumarkt bei Mattsee.
- 5) Das Rentamt Ried coincidirt mit dem Landgerichte desselben Namens, und hat mit ihm gleichen Siz.
- 6) Das Rentamt Haag. Siz: Stahremberg bei Haag. Zu demselben gehören die Landgerichte Haag und Grieskirchen.

7) Das Rentamt Vöcklabruck. Siz: Vöcklabruck. Dasselbe dehnt sich auf die Landgerichte Vöcklabruck und Frankenmarkt aus.

8) Das Rentamt St. Gilgen. Siz: St. Gilgen. Dasselbe korrespondirt dem Landgerichte Thalgau.

B.

In dem Unter - Donaukreise werden nachstehende Landgerichte, Kriminalgerichte und Rentämter formirt:

a. Landgerichte.

1) Das Landgericht Obernberg II. Klasse. Siz: Obernberg. Hieher werden verwiesen: die Pfarreien Obernberg, Mörschwang, St. Georgen, Weilbach, Mühlheim, Kirchdorf, Gärten, Geinberg, Reichersberg, Lamprechten, Ort, Mynzsteuer, St. Martin, Sanftenbach, Uzenaich mit 4 □ Meilen und 14742 Seelen.

2) Das Landgericht Schärding I. Klasse. Siz: Schärding. Demselben werden untergeben die Pfarrsprengel: Schärding, Rainbach, St. Roman, Münzkirchen, Kopfing, Diersbach, Sigharting, Andorf, St. Florian, Brunenthal, Wernstein, Taufkirchen, Suben, St. Marienkir-

ehen und Egerding, mit $5\frac{2}{3}$ □ Meilen und 22948 Seelen.

3) Das Landgericht **Viechtenstein** III. Klasse. Siz: Viechtenstein. Es begreift die Pfarreien Viechtenstein und Esternberg mit $1\frac{2}{3}$ □ Meilen und 2648 Seelen.

4) Das Landgericht **Waizenkirchen** II. Klasse. Siz: Waizenkirchen. Dasselbe bildet sich aus den Pfarreien Engelszell, Waldkirchen, St. Egidii, Neukirchen, Natternbach, Peuerbach, Heiligenberg, St. Agatha, Waizenkirchen, Raab, Ensenkirchen und Wilibald, mit $5\frac{1}{10}$ □ Meilen und 20088 Seelen.

5) Mit dem bisherigen Landgerichte **Pas-sau** werden vereinigt: die Pfarreien Schärdenberg und Freinberg, enthaltend $1\frac{2}{5}$ □ Meilen und 2201 Seelen, so, daß der Flächeninhalt dieses Landgerichts auf 12 □ Meilen, die Bevölkerung aber auf 21019 Seelen sich erhöht.

b. Kriminal - Gerichte.

Zum Behufe der Ausübung der **Kriminal - Gerichtsbarkeit** wird

1) Das Kriminalgericht **Schärding** errichtet. Siz: Schärding. Zu demselben ressortiren

die Landgerichte Schärading, Waizenkirchen und Obernberg.

2) Die Kriminal-Gerichtsbarkheit im Landgerichte Viechtenstein wird dem Stadtgerichte zu Passau übertragen.

c. Rentämter.

Zur Perzeption und Verwaltung der königlichen Gefälle werden aufgestellt:

1) Das Rentamt Obernberg, welches mit dem Landgerichte desselben Namens gleichen Umfang und gleichen Siz hat.

2) Das Rentamt Schärading, welches ebenfalls mit dem gleichnamigen Landgerichte coincidirt und auch zu Schärading seinen Siz nimmt.

3) Das Rentamt Waizenkirchen. Siz: Waizenkirchen. Dasselbe umfaßt das Landgericht gleichen Namens nebst dem Landgerichte Viechtenstein.

4) Mit dem Rentamte Passau werden vereinigt: die ebenfalls mit dem dortigen Landgerichte konsolidirten Pfarreien Schärdenberg und Freinberg.

IV.

Alle bisher im Inn - und Hausruckviertel bestandenen unmittelbaren Aemter, von welcher Form und welchem Namen sie auch seyn mögen, ohne irgend eine Ausnahme, lösen sich, so wie die durch Unsere gegenwärtige Verordnung bezeichneten Landgerichte, Kriminalgerichte und Rentämter, für welche Wir das erforderliche Personal durch besonders allerhöchstes Reskript benennen, sich konstituiren und in Wirkung sezen werden, längstens bis zum Schlusse des gegenwärtigen Jahres auf, so dafs die neue Verwaltung mit dem 1sten Jänner 1811 überall in Gang gebracht seyn soll.

V.

Unsere ausserordentliche Hof - Kommission zu Ried wird mit der ungesäumten Vollziehung dieser Unserer Befehle beauftragt, wonach dieselbe, wenn die gehörigen Extraditionen und Einweisungen vollendet sind, umständlichen Anzeige - Bericht zu erstatten, sofort ihre eigenen zu Unserer allerhöchsten Zufriedenheit geführten Funktionen zu schliessen, und die Akten an die betreffenden

General - Kreis - Kommissariate abzugeben
hat.

München, den 11. Dezember 1810.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl

der General - Sekretär

F. Kobell.

(Regierungsblatt 1810. LXXIV. Stück. S. 1393—1403.)

9.

Die Besizergreifung der Fürstenthümer
Salzburg und Berchtesgaden
betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Entbieten Allen und Jeden, die dieses lesen
oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern
Grufs, und fügen denselben zu wissen:

Da vermög eines zwischen des Kaisers
von Frankreich und Königs von Italien Maje-
stät und Uns abgeschlossenen Vertrags die Lan-
de Salzburg und Berchtesgaden an Un-
ser königliches Haus überwiesen worden, und
demselben auf ewige Zeiten angehören sollen,
so haben Wir in Folge dieses Vertrags und
des zu Frankfurt unterm 12ten September l. J.
ausgefertigten Uebergabs-Protokolls beschlos-
sen, nunmehr von gedachten Landen, allen de-
ren Orten, Zugehörungen und Zuständigkei-

ten etc. Besiz nehmen zu lassen, und Unsere Regierung anzutreten.

Wir thun dieses Kraft des gegenwärtigen Patents, und verlangen daher von der Geistlichkeit, der Ritterschaft, den Lehenleuten, Einsassen, Civil - und Militär-Bedienten, Magistraten, und von sämmtlichen Unterthanen und Einwohnern, wessen Standes oder Würde sie seyn mögen, so gnädig als ernstlich, daß sie sich Unserer Regierung unterwerfen, und Uns von nun an als ihren rechtmässigen König und Landesherrn ansehen, und erkennen, auch Uns vollkommenen Gehorsam und alle Unterthänigkeit und Treue erweisen, und demnächst, so bald Wir es fodern werden, die gewöhnliche Erbhuldigung leisten; Wir ertheilen ihnen dagegen die Versicherung, daß Wir ihnen mit königlicher Huld und Gnade, und landesväterlichem Wohlwollen jederzeit zugethan seyn, und ihrer Wohlfahrt und Glückseligkeit Unsere ganze landesväterliche Vorsorge unermüdet widmen werden.

Wir haben die oberste Leitung der Besiznahme obengedachter Lande und der öffentlichen Staatsverwaltung derselben Unserm Kämmerer, Ehrenritter des Johanniter-Ordens und

General-Kommissär in Passau, Karl Grafen von Preysing als Unserm Hof-Kommissär übertragen, und erwarten von sämmtlichen Unterthanen, daß sie allen von demselben in Unserm Namen zu treffenden Anordnungen und Einrichtungen Folge leisten werden; Wir setzen dabei fest, daß vor der Hand sämmtliche dort angestellte Beamten die ihnen zukommenden Amtsverrichtungen ordnungsmässig nach dem bisherigen Geschäftsgange dergestalt provisorisch fortsetzen, daß sie Unserer Gnade und Unsers fernern Vertrauens würdig bleiben.

Zu Urkunde dessen haben Wir gegenwärtiges Patent allerhöchst eigenhändig vollzogen, und mit Unserm königlichen Insiegel bedrucken lassen.

So geschehen und gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den 19ten Tag des Septembers im Jahre nach Christi Geburt ein Tausend achthundert und zehen, Unseres Reichs im Fünften.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär
Baumüller.

(Regierungsblatt 1810. L. Stück. Seite 857—859.)

10.

Die Organisation der Fürstenthümer
Salzburg und Berchtesgaden
betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben, um die Verfassung der Fürstenthümer Salzburg und Berchtesgaden mit den in den ältern Theilen Unsers Reiches bestehenden Formen in Uebereinstimmung zu setzen, auf die berichtlichen Anträge Unserer Hofkommission vom 30sten November v. J. allergnädigst beschlossen, und verordnen hiemit:

I.

Für die Stadt Salzburg soll, neben einem Stadtgerichte II. Klasse, wie Wir solches bereits unterm 19ten Dezember 1810 aufgestellt haben, auch ein Polizeikommissariat II. Klasse, in Gemälsheit derjenigen Bestimmungen gebil-

det werden, welche in dem Edikte über das Gemeindewesen, und in der Instruktion für die Polizeidirektionen vom 24sten September, dann in der Verordnung vom 24sten December 1808 über die Organisation der städtischen Polizeibehörden vorgezeichnet sind.

Zugleich wollen Wir, in der Absicht, dem Stadtgerichte sowohl, als dem Polizeikommissariate einen angemessenen Geschäftssprengel zu geben, den bisherigen Burgfrieden der Stadt Salzburg dergestalt erweitern, daß derselbe einen Umkreis formiren soll, welcher auf dem rechten Ufer der Salzach Itzling einschließt, dem Laufe des Atterbachs bis zur Berührung der Strasse nach Linz folgt, Untergnigl, Gnigl und Schloß Neuhaus inklavirt, am Gerstberg und Judenberg vorüberziehend Aign und Glas umfaßt; sofort auf dem linken Ufer der Salzach Freitzhof einmarkt, neben Marzg und den Mooshäusern hin (welche beide ausserhalb der Linie bleiben) und durch das Leopoldskron-Moos laufend, das Lazareth St. Rochus, Prehausen und Marglan umfängt; weiterhin die Strasse nach München ausserhalb Lurzenhof, so wie die Spitze der Lieferinger Aue durchschneidet, und sich mit derselben wieder an den Fluß anlehnt.

Die nähere und genauere Abmarkung dieses Umkreises, nach den hier im Allgemeinen bestimmten Grenzpunkten, bleibt Unserer Hofkommission überlassen.

II.

Für die übrigen Gebietstheile konstituiren Wir folgende Landgerichte:

1) Das Landgericht Tittmoning II. Klasse, Siz: Stadt Tittmoning.

Dasselbe besteht aus dem bisherigen Pfleggerichte Tittmoning.

2) Das Landgericht Teisendorf I. Klasse, Siz: Markt Teisendorf.

Dasselbe wird zusammengesetzt aus den bisherigen Pfleggerichten Teisendorf und Waging.

3) Das Landgericht Laufen I. Klasse, Siz: Stadt Laufen.

Nebst den in der Verordnung vom 11ten December 1810 über die Organisation des Inn- und Hausruckviertels (Regierungsblatt LXXIV. S. 1393) zu dem Landgerichte Laufen bereits gewiesenen Pfarreien Pantaleon, Moosdorf, Franking, Heigermoos und Ostermieting, soll dasselbe die Bestandtheile des bisherigen Pfleggerichts Laufen umfassen.

4) Das

4) Das Landgericht Neumarkt I. Klasse,
Siz: Markt Neumarkt.

Die durch die eben berührte Verordnung schon ausgesprochene Formation dieses Landgerichts wird hiemit lediglich bestätigt.

5) Das Landgericht Salzburg II. Klasse,
Siz: Stadt Salzburg.

Die Bestandtheile desselben sind die bisherigen Pfleggerichte Neuhaus und Salzburg, mit Ausnahme der nunmehr zur Stadtmarkung gezogenen Parzellen, und der sogenannten Salzburger-Gmain, welche dem Landgerichte Reichenhall einverleibt wird.

6) Das Landgericht Thalgau I. Klasse,
Siz: Dorf Thalgau.

Dasselbe bildet sich aus den in der Verordnung vom 11ten December 1810 ebenfalls schon benannten Pfarreien Mondsee, Oberhofen, St. Lorenz, Zell am Moos und Oberwang; dann aus den bisherigen Pfleggerichten Thalgau und St. Gilgen.

7) Das Landgericht Hallein I. Klasse,
Siz: Stadt Hallein.

Dieses Landgericht komponirt sich aus den bisherigen Pfleggerichten Hallein und Golling.

8) Das Landgericht Abtenau III. Klasse,
Siz: Markt Abtenau.

Der Umfang desselben beschränkt sich
auf das bisherige Pfleggericht gleiches Namens.

9) Das Landgericht Radstadt II. Klasse,
Siz: Stadt Radstadt.

Die Bestandtheile desselben sind das bisherige
Pfleggericht Radstadt und das ehemalige,
gegenwärtig mit dem Gerichtssprengel St. Johann
vereinigte Pfleggericht Wagrein.

10) Das Landgericht Werfen III. Klasse,
Siz: Markt Werfen.

Dasselbe koincidirt mit dem bisherigen
Pfleggerichte Werfen.

11) Das Landgericht St. Johann II. Klasse,
Siz: Markt St. Johann.

Demselben werden einverleibt: das bisherige
Pfleggericht St. Johann, mit Ausnahme des
dazu gehörig gewesenen, nunmehr aber an das
Landgericht Radstadt gewiesenen Pfleggerichts
Wagrein; ferner das bisherige Pfleggericht
Goldeck und das bisherige Landgericht Grossarl.

12) Das Landgericht Gastein III. Klasse,
Siz: Markt Hof.

Der Umfang desselben beschränkt sich
auf das bisherige Landgericht gleiches Namens.

13. Das Landgericht Mauterndorf I. Klasse, Siz: Markt Mauterndorf, provisorisch.

Zur Formation dieses Landgerichts werden die bisherigen beiden Pfleggerichte St. Michael und Tamsweg vereinigt.

14) Das Landgericht Taxenbach III. Klasse, Siz: Markt Taxenbach.

Dasselbe behält mit dem bisherigen Pfleggerichte Taxenbach gleichen Umfang.

15) Das Landgericht Saalfelden III. Klasse, Siz: Markt Saalfelden.

Es besteht aus dem bisherigen Pfleggerichte Saalfelden.

16) Das Landgericht Zell am See, III. Klasse, Siz: Markt Zell.

Dasselbe koincidirt mit dem bisherigen Pfleggerichte Zell im Pinzgau.

17) Das Landgericht Mittersill II. Klasse, Siz: Schloß Mittersill.

Es umfaßt das bisherige Pfleggericht gleiches Namens.

18) Das Landgericht Reichenhall II. Klasse, Siz: Stadt Reichenhall.

Dieses Landgericht wird zusammengesetzt aus dem bisherigen Landgerichte Reichenhall,

Die nähere und genauere Abmarkung dieses Umkreises, nach den hier im Allgemeinen bestimmten Grenzpunkten, bleibt Unserer Hofkommission überlassen.

II.

Für die übrigen Gebietstheile konstituiren Wir folgende Landgerichte:

1) Das Landgericht Tittmoning II. Klasse, Siz: Stadt Tittmoning.

Dasselbe besteht aus dem bisherigen Pfleggerichte Tittmoning.

2) Das Landgericht Teisendorf I. Klasse, Siz: Markt Teisendorf.

Dasselbe wird zusammengesetzt aus den bisherigen Pfleggerichten Teisendorf und Waging.

3) Das Landgericht Laufen I. Klasse, Siz: Stadt Laufen.

Nebst den in der Verordnung vom 11ten December 1810 über die Organisation des Inn- und Hausruckviertels (Regierungsblatt LXXIV. S. 1393) zu dem Landgerichte Laufen bereits gewiesenen Pfarreien Pantaleon, Moosdorf, Franking, Heigermoos und Ostermieting, soll dasselbe die Bestandtheile des bisherigen Pfleggerichts Laufen umfassen.

4) Das

4) Das Landgericht Neumarkt I. Klasse,
Siz: Markt Neumarkt.

Die durch die eben berührte Verordnung schon ausgesprochene Formation dieses Landgerichts wird hiemit lediglich bestätigt.

5) Das Landgericht Salzburg II. Klasse,
Siz: Stadt Salzburg.

Die Bestandtheile desselben sind die bisherigen Pfleggerichte Neuhaus und Salzburg, mit Ausnahme der nunmehr zur Stadtmarkung gezogenen Parzellen, und der sogenannten Salzburger-Gmain, welche dem Landgerichte Reichenhall einverleibt wird.

6) Das Landgericht Thalgau I. Klasse,
Siz: Dorf Thalgau.

Dasselbe bildet sich aus den in der Verordnung vom 11ten December 1810 ebenfalls schon benannten Pfarreien Mondsee, Oberhofen, St. Lorenz, Zell am Moos und Oberwang; dann aus den bisherigen Pfleggerichten Thalgau und St. Gilgen.

7) Das Landgericht Hallein I. Klasse,
Siz: Stadt Hallein.

Dieses Landgericht komponirt sich aus den bisherigen Pfleggerichten Hallein und Golling.

8) Das Landgericht Abtenau III. Klasse,
Siz: Markt Abtenau.

Der Umfang desselben beschränkt sich
auf das bisherige Pfleggericht gleiches Namens.

9) Das Landgericht Radstadt II. Klasse,
Siz: Stadt Radstadt.

Die Bestandtheile desselben sind das bisherige
Pfleggericht Radstadt und das ehemalige,
gegenwärtig mit dem Gerichtssprengel St. Johann
vereinigte Pfleggericht Wagrein.

10) Das Landgericht Werfen III. Klasse,
Siz: Markt Werfen.

Dasselbe koincidirt mit dem bisherigen
Pfleggerichte Werfen.

11) Das Landgericht St. Johann II. Klasse,
Siz: Markt St. Johann.

Demselben werden einverleibt: das bisherige
Pfleggericht St. Johann, mit Ausnahme des
dazu gehörig gewesenen, nunmehr aber an das
Landgericht Radstadt gewiesenen Pfleggerichts
Wagrein; ferner das bisherige Pfleggericht
Goldeck und das bisherige Landgericht Grossarl.

12) Das Landgericht Gastein III. Klasse,
Siz: Markt Hof.

Der Umfang desselben beschränkt sich
auf das bisherige Landgericht gleiches Namens.

13. Das Landgericht Mauterndorf I. Klasse, Siz: Markt Mauterndorf, provisorisch.

Zur Formation dieses Landgerichts werden die bisherigen beiden Pfleggerichte St. Michael und Tamsweg vereinigt.

14) Das Landgericht Taxenbach III. Klasse, Siz: Markt Taxenbach.

Dasselbe behält mit dem bisherigen Pfleggerichte Taxenbach gleichen Umfang.

15) Das Landgericht Saalfelden III. Klasse, Siz: Markt Saalfelden.

Es besteht aus dem bisherigen Pfleggerichte Saalfelden.

16) Das Landgericht Zell am See, III. Klasse, Siz: Markt Zell.

Dasselbe koincidirt mit dem bisherigen Pfleggerichte Zell im Pinzgau.

17) Das Landgericht Mittersill II. Klasse, Siz: Schloß Mittersill.

Es umfaßt das bisherige Pfleggericht gleiches Namens.

18) Das Landgericht Reichenhall II. Klasse, Siz: Stadt Reichenhall.

Dieses Landgericht wird zusammengesetzt aus dem bisherigen Landgerichte Reichenhall,

aus dem bisherigen Pfleggerichte Lofer, und der zum Pfleggerichte Salzburg gehörig gewesenen sogenannten Gmain.

19) Das Landgericht Berchtesgaden, II. Klasse, Siz: Markt Berchtesgaden.

Dasselbe ist mit dem bisherigen Pfleggerichte Berchtesgaden von gleichem Umfange.

20) Das Landgericht Hopfgarten III. Klasse, Siz: Markt Hopfgarten.

Dasselbe besteht aus dem bisherigen Pfleggerichte Hopfgarten.

21) Das Pfleggericht Windischmatrey bleibt vor der Hand ganz in seinem gegenwärtigen Zustande.

Sämmtliche bisher genannte Gerichtssprengel gehören nach der über die Territorial-Eintheilung des Königreiches erlassenen Verordnung vom 23sten September 1810 zum Salzachkreise; die folgenden aber zum Innkreise; nämlich

22) Das Landgericht Zell im Zillertale II. Klasse, Siz: Dorf Zell.

Dasselbe besteht aus dem bisherigen Pfleggerichte Zell.

Das bisherige Pfliegergericht Fügen, dann der Burgfrieden Kropfsberg, werden mit dem Landgerichte Rattenberg vereinigt.

III.

Zur Erhebung und Verwaltung der Staatsgefälle bestimmen Wir folgende Rentämter:

1) das Rentamt Waging, welches die Landgerichte Tittmoning und Teisendorf umfaßt, und seinen Siz in Waging nimmt.

2) Das Rentamt Laufen, nach der in der Verordnung vom 11ten Dezember 1810 ausgesprochenen Formation, welche hiemit bestätigt wird.

3) Das Rentamt Friedburg, ebenfalls nach demjenigen Umfange, welchen die ebenberührte Verordnung schon bezeichnet hat.

4) Das Rentamt Salzburg, welches sich über die Stadt und das Landgericht Salzburg erstreckt, und in der Stadt Salzburg etablirt wird.

5) Das Rentamt St. Gilgen, nach den in der mehrgedachten Verordnung ebenfalls schon enthaltenen Bestimmungen.

6) Das Rentamt Golling, für die Landgerichte Hallein und Abtenau, Siz: Markt Golling.

7) Das Rentamt Radstadt, welches mit dem Landgerichte Radstadt gleichen Umfang und Siz hat.

8) Das Rentamt Bischofshofen, für die Landgerichte Werfen, St. Johann und Gastein. Siz: vorläufig im Dorfe Bischofshofen.

9) Das Rentamt Mauterndorf, welches mit dem Landgerichte gleiches Namens koincidirt, und auch in Mauterndorf seinen Siz nimmt.

10) Das Rentamt Fischhorn, welches den Landgerichten Saalfelden, Zell am See, und Taxenbach korrespondirend, sich im Schlosse Fischhorn etablirt.

11) Das Rentamt Mittersill, welches mit dem Landgerichte gleiches Namens koincidirt, und auch in Mittersill seinen Siz hat.

12) Das Rentamt Berchtesgaden; Siz: Berchtesgaden. Dasselbe umfaßt die Landgerichte Berchtesgaden und Reichenhall.

13) Das Rentamt Kirchberg, für die Landgerichte Kitzbühel und Hopfgarten; Siz: Kirchberg.

14) Das Pfliegergericht Windischmatrey wird auch in Bezug auf die Renten-Verwal-

tung vor der Hand bei seiner dermaligen Beschaffenheit unverändert belassen.

15) Das Rentamt Fügen, für die Landgerichte Zell im Zillerthale und Rattenberg.
Siz: Dorf Fügen.

IV.

Der Wirkungskreis des Polizeikommissariats und Stadtgerichts zu Salzburg, und der Landgerichte und Rentämter in den übrigen Gerichts- und Verwaltungssprengeln, richtet sich nach denjenigen Vorschriften, welche in Unsern ältern Staaten für die Behörden gleicher Kategorie gelten.

In Bezug auf die Landgerichte insbesondere fügen Wir noch folgende specielle Bestimmungen bei:

a) die Geschäfte der Kriminal - Untersuchungen sollen, wie solches vermöge Unserer Verordnungen vom 31sten August und 11ten Dezember 1810 bereits für den Innkreis, und für die Gebietstheile des ehemaligen Inn- und Hausruckviertels ausgesprochen worden ist, von dem Ressort der einzelnen in den Fürstenthümern Salzburg und Berchtesgaden errichteten neuen Landgerichte ausgeschieden, und je für mehrere Gerichtssprengel zusammen, nur eini-

gen hierzu vorzugsweise geeigneten Stadt- und Landgerichten, welche Wir, auf weitem allerunterthänigsten Bericht Unserer Hofkommission noch zu bezeichnen Uns vorbehalten, ausschliessend übertragen werden.

Hingegen soll

b) der Wirkungskreis der neu konstituirten Landgerichte sich auch über die noch zur Zeit bestehenden Hofmarksgerichte erstrecken, und die letzten sollen sich auf diejenigen Verhältnisse beschränken, welche durch Unser Edikt über die Patrimonial-Gerichtsbarkeit vom 16ten September 1808 vorgeschrieben sind, Da endlich

c) die bisherigen Salzburgischen Pfliegerichte auf die Administration des Gemeinde-Kirchen- und Stiftungswesens einen vorzüglichen Einfluss gehabt haben, und die diesfallsigen Einrichtungen, ohne vorhergegangene verschiedene Vorbereitungen, nicht sogleich abgeändert und nach Unseren sonst angenommenen Prinzipien regulirt werden können; so wollen Wir, dass die neu konstituirten Landgerichte einsweilen, und bis dieser Zweig der Verwaltung seine eigene definitive Organisation erhalten wird, alle Funktionen hierunter, wel-

che den bisherigen Pflegerichten obgelegen sind, fortsetzen, und solche als einen wesentlichen Theil ihrer Amtsgeschäfte mit allem Eifer besorgen sollen.

V.

Die Nomination derjenigen Individuen, welche Wir bei den angeordneten neuen Polizeigerichts- und Verwaltungsbehörden allergnädigst anzustellen gedanken, werden Wir demnächst durch besonderes allerhöchstes Reskript bekannt machen.

Die ernannten Beamten treten in die für ihre Stellen ausgesprochenen etatsmässigen Besoldungen und sonstigen Emolumente ein; und bei den Landgerichten kommt auch in diesem Punkte die Verordnung vom 31sten August vorigen Jahrs zur analogen Anwendung.

Mit der Einrückung in die ordentliche Besoldung hören alle bisher gewöhnlichen verschiedenartigen Bezüge, von welcher Art, und von welchem Namen sie auch seyn mögen, gänzlich und für immer auf.

Hierunter wollen Wir ausdrücklich auch den Genuss des sogenannten milden Ortens-Zins-Deputats, und die Besoldungsbezüge aus

11.

Die Abtretungen im Etsch- und Eisack-
Kreise.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Entbieten anmit Jedermann, der dieses liest,
Unsern Gruss und Unsere Gnade zuvor.

Nachdem Wir durch den 3ten Artikel des
am 28sten Februar durch Unsern ersten Staats-
und Konferenz-Minister, Grafen von Montge-
las, abgeschlossenen, und von Uns am 3ten
März zu Strafsburg ratifizirten Vertrags, an
Seine Majestät den Kaiser von Frankreich und
König von Italien mit vollen Souveränitäts-
und Eigenthumsrechten abgetreten haben:

„Theile des italienischen Tirols, nach der
„Wahl Seiner kaiserlichen Majestät, welche

„Theile jedoch unter sich zusammenhängen, in der Nähe und zur Konvenienz des „Königreichs Italien und der Illyrischen „Provinzen gelegen sind, und eine Bevölkerung von 280 bis 300tausend Seelen „enthalten sollen.

Nachdem die von Uns und des Kaisers Majestät zur Bestimmung des abzutretenden Gebietes und Festsetzung der Grenzen ernannten Kommissäre zu Botzen zusammengetreten, und vermöge des dort am 7ten d. M. gefertigten Protokolls über folgende Grenzlinie übereingekommen sind :

„Die Linie geht aus von den hohen Salz-
„burgischen Grenzgebirgen, folgt dem
„Scheitel der Höhen, indem sie zwischen
„den zwei Seen, dem Staller-Alpe-
„und (Spital) Antholzer See durchgeht,
„und dem Scheitel der Höhen bis zum
„Konfin-Hornberg folgt. Von da
„steigt sie durch den Scheitel der Höhen,
„welche die Wässer des Gsiefsthales
„von dem Kuhbacherthal scheiden, her-
„ab gegen den Einfluß des Graubachs
„in die Rienz, geht über die Rienz

„zwischen Niederndorf und Toblach
„an den Graubach, folgt diesem Wild-
„bach und den Gipfeln der Höhen, an de-
„ren Füsse derselbe entspringt, und in ei-
„ner mit dem Laufe der Rienz beinahe pa-
„rallelen Richtung bis ober den Ursprung
„des Hellbachs; gegen diesen Punkt
„wendet sich die Linie, um sich ober dem
„Stallathal an die Grenzen von Am-
„pezzo anzuschliessen. Die Linie folgt
„dann den Bergspitzen in der Richtung der
„Grenzen von Ampezzo über den Berg
„Campo rosso bis zum Sasso di
„Stria, von da dem Scheitel der hohen
„Gebirge nach bis an Lagatscho, und
„dann den dermaligen Grenzen von Bu-
„chenstein über den Zissaberg, Cam-
„po longo und den Dovoiberg. Die
„Linie geht fort über die Scheitel der
„Gebirge, welche die dermaligen Gren-
„zen des Falsathals bilden, über den
„Langkofel und Blattkogel bis zum
„höchsten Punkt, welcher die Wässer des
„Saltaria Baches von dem Duron-
„bach scheidet, indem sie den alten
„Grenzen des Gerichts Kastelruth folgt,
„und sich über die Spitzen des Schönbü-

„chels und Schlernbergs zieht, von
„wo sie durch den Schwarzgriels- und
„Seifserbach an den Eisack geht: von
„da steigt sie gegen Norden dem linken
„Ufer des Eisacks nach hinauf bis an
„den Einfluß des Rothwanderbachs,
„und indem sie auf das linke Ufer dieses
„Baches übersezt, folgt sie demselben bis
„zu seinem Ursprunge. Die Linie geht
„dann den gegenwärtigen Grenzen von
„Stein auf dem Ritten nach bis auf den
„Gipfel des Rittner Schienebergs
„und von da auf den Gipfel des Hörner-
„bergs, von wo sie auf das rechte Ufer des
„Gismanerbachs geht, und demselben
„bis zu seinem Zusammenflusse mit dem
„Danzbach folgt. Sie geht dann der
„nördlichen Grenze von Jenesien nach
„bis zum Orgenkofel und von da der
„nördlichen Grenze von Mölten nach
„bis zum Ursprung des Aschlerbachs,
„dessen linkem Ufer sie folgt, bis zu sei-
„nem Einfluß in die Etsch: von diesem
„Punkte steigt sie durch den Thalweg der
„Etsch hinab, bis zum Einfluß des Baches,
„welcher zwischen Grisian und Sir-
„mian herabkommt, und folgt dem lin-

„ken Ufer desselben bis zu seinem Ursprun-
„ge, von wo sie auf die Schneide der Ge-
„birge steigt, welche die Grenze zwischen
„Tisens und Castelfondo bilden, von
„da über den Kampen- und Gros lau-
„gen berg der Schneide der Gebirge folgt,
„welche das Ultenthal vom Nonsberg,
„dem Val di Rum, Val di Bresen
„und Val di Rabbi scheiden, und end-
„lich am Zufallferner sich an die Gren-
„ze des Königreichs Italien anschliesst.”

Nachdem endlich der 9te Artikel des er-
wähnten Pariser-Vertrags folgende Bestimmun-
gen enthält:

„Da die französischen Truppen gegenwär-
„tig das italienische Tirol besezt halten;
„so soll das Königreich Italien als schon
„dermal im Besize des ihm abzutretenden
„Theiles von Tirol sich befindend angese-
„hen werden. —”

So wollen Wir dieses durch gegenwärti-
ges Patent zu dem Ende kund machen, damit
die Bewohner und Beamten der jenseits der
angegebenen Linie liegenden Bezirke des Etsch-
und

und Eisackkreises, welche Wir hiemit als ihrer Unterthans - und Dienstesplichten gegen Uns entlassen, und an ihren neuen Herrscher überwiesen erklären, sich hienach zu achten wissen. In dem Bewußtseyn für die Bewohner dieser wie der übrigen Bezirke, welche vor der neuesten Territorial-Veränderung die Provinz Tirol konstituirt, während Unserer Regierung Alles, was Uns die Wohlfahrt des Landes zu fodern schien, in so fern es der Drang der Zeitumstände erlaubte, gethan zu haben, trösten Wir Uns über die Abtretung dieser Bezirke mit dem Gedanken, daß ihr Wohl durch die Vereinigung mit dem Königreiche Italien unter dem Szepter des mächtigen und erlauchten Kaisers nicht minder werde befördert werden; so wie Wir Uns der beruhigenden Hoffnung hingeben, daß hinwieder deren Bewohner über ihr wahres Interesse aufgeklärt, und eben dadurch gegen die Stimme der Verführung gesichert, durch Treue und Ergebenheit gegen ihren neuen Herrscher sich Seiner erhabenen Vorsorge würdig bezeigen werden.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München am 23sten Tag des Monats Juni

V.

7

dem Gemeinde-Kirchen - und Stiftungsvermögen begriffen wissen, und erklären die bisherigen polizeilichen Geschäfte, für welche diese Emolumente bewilliget waren, als Amtsgeschäfte, bei denen der Bezug der Diäten nur in den durch das Regulativ vom 9ten Mai v. J. bestimmten Fällen statt findet.

In gleicher Art sollen die üblichen Sammlungen der Gerichtsdienner aufgehoben, und der hier einschlägige §. 10. der Verordnung vom 24sten März 1802 durch die Intelligenzblätter in den Salzburgischen Gebietstheilen zur allgemeinen Wissenschaft öffentlich bekannt gemacht werden.

Schliesslich behalten Wir Uns vor, diejenigen bisherigen Amts - oder Pflegeschreiber, welche in Pension fallen, den Landgerichten und Rentämtern, gegen verhältnissmässigen Abzug an dem Aversum für die Schreiber, zuzutheilen.

VI.

Unsere Hofkommission zu Salzburg erhält den allergnädigsten Auftrag, diese Unsere Entschliessungen unverzüglich in Vollzug zu bringen, die bisherigen Pflege - und Landgerichte aufzulösen, die neuen Behörden mittels ord-

nungsmässiger Extradition und Einweisung in Aktivität zu sezen, und wie alles dieses geschehen, allerunterthänigst anzuzeigen.

Unsere Hofkommission wird übrigens, was ihre Anfrage über die Extradition der sogenannten Urbars-Notlbücher betrifft, auf die in Unsern ältern Staaten delfsfalls bestehende Normen lediglich verwiesen.

München den 9. Jänner 1811.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General - Sekretär
F. Kobell.

(Regierungsblatt 1811, IV. Stück. Seite 49—60.)

11.

Die Abtretungen im Etsch- und Eisack-
Kreise.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Entbieten anmit Jedermann, der dieses liest,
Unsern Gruss und Unsere Gnade zuvor.

Nachdem Wir durch den 3ten Artikel des
am 28sten Februar durch Unsern ersten Staats-
und Konferenz-Minister, Grafen von Montge-
las, abgeschlossenen, und von Uns am 3ten
März zu Straßburg ratifizirten Vertrags, an
Seine Majestät den Kaiser von Frankreich und
König von Italien mit vollen Souveränitäts-
und Eigenthumsrechten abgetreten haben:

„Theile des italienischen Tirols, nach der
„Wahl Seiner kaiserlichen Majestät, welche

„Theile jedoch unter sich zusammenhängen, in der Nähe und zur Konvenienz des „Königreichs Italien und der Illyrischen „Provinzen gelegen sind, und eine Bevölkerung von 280 bis 300tausend Seelen „enthalten sollen.

Nachdem die von Uns und des Kaisers Majestät zur Bestimmung des abzutretenden Gebietes und Festsetzung der Grenzen ernannten Kommissäre zu Botzen zusammengetreten, und vermöge des dort am 7ten d. M. gefertigten Protokolls über folgende Grenzlinie übereingekommen sind :

„Die Linie geht aus von den hohen Salz-
„burgischen Grenzgebirgen, folgt dem
„Scheitel der Höhen, indem sie zwischen
„den zwei Seen, dem Staller-Alpe-
„und (Spital) Antholzer See durchgeht,
„und dem Scheitel der Höhen bis zum
„Konfin-Hornberg folgt. Von da
„steigt sie durch den Scheitel der Höhen,
„welche die Wässer des Gsiefsthales
„von dem Kuhbacherthal scheiden, her-
„ab gegen den Einfluß des Graubachs
„in die Rienz, geht über die Rienz

„zwischen Niederndorf und Toblach
„an den Graubach, folgt diesem Wild-
„bach und den Gipfeln der Höhen, an de-
„ren Fusse derselbe entspringt, und in ei-
„ner mit dem Laufe der Rienz beinahe pa-
„ralellen Richtung bis ober den Ursprung
„des Hellbachs; gegen diesen Punkt
„wendet sich die Linie, um sich ober dem
„Stallathal an die Grenzen von Am-
„pezzo anzuschliessen. Die Linie folgt
„dann den Bergspitzen in der Richtung der
„Grenzen von Ampezzo über den Berg
„Campo rosso bis zum Sasso di
„Stria, von da dem Scheitel der hohen
„Gebirge nach bis an Lagatscho, und
„dann den dermaligen Grenzen von Bu-
„chenstein über den Zissaberg, Cam-
„po longo und den Dovoiberg. Die
„Linie geht fort über die Scheitel der
„Gebirge, welche die dermaligen Gren-
„zen des Falsathals bilden, über den
„Langkofel und Blattkogel bis zum
„höchsten Punkt, welcher die Wässer des
„Saltaria Baches von dem Duron-
„bach scheidet, indem sie den alten
„Grenzen des Gerichts Kastelruth folgt,
„und sich über die Spitzen des Schönbü-

„chels und Schlernbergs zieht, von
„wo sie durch den Schwarzgriels- und
„Seifserbach an den Eisack geht: von
„da steigt sie gegen Norden dem linken
„Ufer des Eisacks nach hinauf bis an
„den Einfluß des Rothwanderbachs,
„und indem sie auf das linke Ufer dieses
„Baches übersezt, folgt sie demselben bis
„zu seinem Ursprunge. Die Linie geht
„dann den gegenwärtigen Grenzen von
„Stein auf dem Ritten nach bis auf den
„Gipfel des Rittner Schienebergs
„und von da auf den Gipfel des Hörner-
„bergs, von wo sie auf das rechte Ufer des
„Gismanerbachs geht, und demselben
„bis zu seinem Zusammenflusse mit dem
„Danzbach folgt. Sie geht dann der
„nördlichen Grenze von Jenesien nach
„bis zum Orgenkofel und von da der
„nördlichen Grenze von Mölten nach
„bis zum Ursprung des Aschlerbachs,
„dessen linkem Ufer sie folgt, bis zu sei-
„nem Einfluß in die Etsch: von diesem
„Punkte steigt sie durch den Thalweg der
„Etsch hinab, bis zum Einfluß des Baches,
„welcher zwischen Grisian und Sir-
„mian herabkommt, und folgt dem lin-

„ken Ufer desselben bis zu seinem Ursprun-
„ge, von wo sie auf die Schneide der Ge-
„birge steigt, welche die Grenze zwischen
„Tisens und Castelfondo bilden, von
„da über den Kampen- und Gros lau-
„genberg der Schneide der Gebirge folgt,
„welche das Ultenthal vom Nonsberg,
„dem Val di Rum, Val di Bresem
„und Val di Rabbi scheiden, und end-
„lich am Zufallferner sich an die Gren-
„ze des Königreichs Italien anschliesst.”

Nachdem endlich der 9te Artikel des er-
wähnten Pariser-Vertrags folgende Bestimmun-
gen enthält:

„Da die französischen Truppen gegenwär-
„tig das italienische Tirol besezt halten;
„so soll das Königreich Italien als schon
„dermal im Besize des ihm abzutretenden
„Theiles von Tirol sich befindend angese-
„hen werden. —”

So wollen Wir dieses durch gegenwärti-
ges Patent zu dem Ende kund machen, damit
die Bewohner und Beamten der jenseits der
angegebenen Linie liegenden Bezirke des Etsch-
und

und Eisackkreises, welche Wir hiemit als ihrer Unterthans - und Dienstesplichten gegen Uns entlassen, und an ihren neuen Herrscher überwiesen erklären, sich hienach zu achten wissen. In dem Bewußtseyn für die Bewohner dieser wie der übrigen Bezirke, welche vor der neuesten Territorial-Veränderung die Provinz Tirol konstituirten, während Unserer Regierung Alles, was Uns die Wohlfahrt des Landes zu fodern schien, in so fern es der Drang der Zeitumstände erlaubte, gethan zu haben, trösten Wir Uns über die Abtretung dieser Bezirke mit dem Gedanken, daß ihr Wohl durch die Vereinigung mit dem Königreiche Italien unter dem Szepter des mächtigen und erlauchten Kaisers nicht minder werde befördert werden; so wie Wir Uns der beruhigenden Hoffnung hingeben, daß hinwieder deren Bewohner über ihr wahres Interesse aufgeklärt, und eben dadurch gegen die Stimme der Verführung gesichert, durch Treue und Ergebenheit gegen ihren neuen Herrscher sich Seiner erhabenen Vorsorge würdig bezeigen werden.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München am 23sten Tag des Monats Juni

V.

7

im Eintausend achthundert und zehnten Jahre,
und Unsers Reiches im fünften.

MAX JOSEPH.

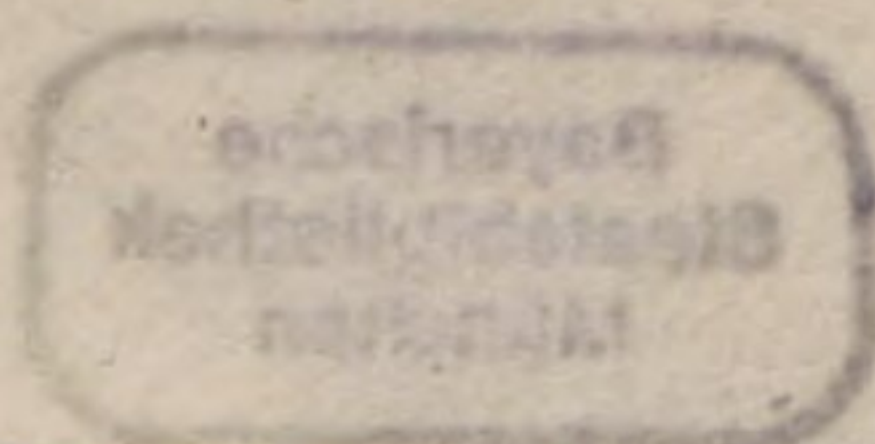
(L. S.)

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär

Baumüller.

(Regierungsblatt 1810. XXXVI. Stück. Seite 601—605.)



I 2.

Die Landgerichts-Eintheilung im Inn-
und Eisackkreise betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben in Unserer Verordnung vom 8ten August die Verfassung bestimmt, welche künftig die Landgerichte des Inn- und Eisackkreises annehmen sollen. Bei der dadurch nothwendig werdenden Vermehrung derselben haben Wir beschlossen, in Stubay, Ried, Schlanders, Passeuer, Lana, Sarenthal, Kastelruth, Sterzing, Mühlbach, Enneberg, Taufers und Welsberg, zwölf neue Landgerichte zu errichten, wodurch sich die Anzahl der Landgerichte in dem Innkreise, und in dem damit durch Unsere Verordnung vom vorigen Monate vereinigten Reste des Eisackkreises, worin ebenfalls nunmehr die Patrimonial - Gerichtsbarkeit in Folge Unserer

Entschiessung vom 14ten November vorigen Jahrs suspendirt wird, auf 30 erhöht. Den Siz, Umfang und Namen, dann die Klassifikation dieser Landgerichte bestimmen Wir, wie folgt.

1) Das Landgericht Kitzbühel (erster Klasse) behält die Grenzen, und den Siz, wie solches in Unserer Verordnung vom 18ten November vorigen Jahrs bestimmt worden ist, und enthält demnach $11\frac{1}{2}$ □ Meilen.

2) Das Landgericht Kufstein (erster Klasse) behält ebenfalls den durch die Verordnung vom 18ten November vorigen Jahrs bestimmten Umfang, von 10 □ Meilen.

3) Das Landgericht Rattenberg (erster Klasse) behält seine bisherigen Grenzen und enthält $10\frac{1}{2}$ □ Meilen.

4) Das Landgericht Schwaz (erster Klasse) bleibt in seinem bisherigen Umfange, und begreift 10 □ Meilen.

5) Das Landgericht Hall (erster Klasse) behält seinen bisherigen Umfang, und zählt $6\frac{1}{2}$ □ Meilen.

6) Das Landgericht Innsbruck (erster Klasse) behält seinen bisherigen Umfang mit

Ausnahme des Thales und ehemaligen Hofgerichts Stubay, für welches ein eigenes Landgericht errichtet wird.

Die Stadt Innsbruck behält ihr eigenes Stadtgericht, Das Landgericht Innsbruck enthält nach diesem Umfange 9 □ Meilen.

7) Das Landgericht Stubay (dritter Klasse) besteht aus dem Thale und ehemaligen Hofgerichte Stubay. Es hat 5 □ Meilen, und erhält seinen Siz zu Schönberg, wo bisher der exponirte Aktuar wohnte, wenn Unser Hofkommissär es nicht zuträglicher findet, den Siz desselben in das Innere des Thals zu verlegen.

8) Das Landgericht Steinach (zweiter Klasse) behält seinen bisherigen Umfang von $7\frac{3}{4}$ □ Meilen.

9) Das Landgericht Telfs (erster Klasse) behält seine bisherigen Grenzen, und hat 9 □ Meilen.

10) Das Landgericht Silz (erster Klasse) erhält zu seinem bisherigen Umfange von dem Landgerichte Meran den Burgfrieden Rofen, und die zum Patrimonial-Gerichte Kastell bell gehörig gewesene Gemeinde Fender im Oetzthale.

10) Das Landgericht Silz, dessen Siz unverändert zu Silz bleibt, hat einen Umfang von $17\frac{3}{4}$ □ Meilen.

11) Das Landgericht Imst (erster Klasse) hat zu dem durch Unsere Verordnung vom 18ten November vorigen Jahrs bestimmten Umfang durch die Entschliessung vom 3ten vorigen Monats (Regierungsblatt Stück XXXIII. S. 563) die früher zum Landgerichte Reutti gewiesenen Gemeinden Pfafflar, und Gram-eis erhalten, und hat $15\frac{1}{4}$ □ Meilen.

12) Das Landgericht Reutti (erster Klasse) behält seinen bisherigen Umfang, wie derselbe durch die Verordnungen vom 18ten November vorigen Jahrs, und 3ten vorigen Monats bestimmt worden ist, und enthält 17 □ Meilen.

Wir erwarten indess von Unserer Hofkommission ein Gutachten, ob nicht dieses grosse und stark bevölkerte Landgericht in zwei kleinere aufgelöset, und sonach für das volkreiche, und wohlhabende Lechthal ein eigenes Landgericht in Elbingenalb errichtet werden solle, wodurch die von Unserer Hofkommission mit Bericht vom 4ten vorigen Monats vorgelegte Beschwerde der Gemeinde Kai-

sers wegen zu grosser Entfernung vom Landgerichts-Sitz sich von selbst heben würde.

13) Das Landgericht Landeck (erster Klasse) behält seinen bisherigen Umfang, und enthält $15\frac{3}{4}$ □ Meilen.

14) Das Landgericht Ried (zweiter Klasse) bildet sich aus den durch Unsere Verordnung vom 18ten November vorigen Jahrs dem Landgerichte Nauders zugetheilt gewesenen Gerichten Pfunds und Laudeck.

Das Landgericht enthält $10\frac{1}{8}$ □ Meilen, und bekommt seinen Sitz zu Ried, wo die Gebäude des ehemaligen Patrimonial-Gerichts Laudeck dazu benützt werden können.

15) Das Landgericht Nauders (dritter Klasse) besteht künftig aus dem landesherrlichen Gerichte Naudersberg, und dem ehemaligen Burgfrieden Finstermünz. Dasselbe enthält $6\frac{3}{8}$ □ Meilen, der Sitz des Landgerichts bleibt in Nauders.

16) Das Landgericht Glurns (zweiter Klasse) besteht künftig

a) aus dem ehemaligen Hofgerichte Marienberg.

b) Aus dem ehemaligen Patrimonial-Gerichte Glurns und Mals.

c) Aus dem ehemaligen Patrimonial-Gerichte Matsch. Dasselbe enthält künftig $8\frac{5}{8}$ □ Meilen.

Der Siz bleibt noch ferner in Glurns.

17) Das Landgericht Schlanders (zweiter Klasse) bildet sich

a) aus dem durch Unsere Verordnung vom 18ten November vorigen Jahrs dem Landgerichte Glurns einverleibten ehemaligen Patrimonial-Gerichte Schlanders und Eyers;

b) aus dem ebenfalls bisher zum Landgerichte Glurns gehörigen Patrimonial-Gerichte Montani;

c) aus dem gegenwärtig zum Landgerichte Meran gehörigen bisherigen Patrimonial-Gerichte Kastelbell und Schnals, mit Ausnahme jedoch der Gemeinde Fender im Oetzthale, welche dem Landgerichte Silz zugetheilt wird.

Das Landgericht Schlanders enthält auf diese Art $13\frac{1}{4}$ □ Meilen.

Der Siz des Landgerichts ist in Schlanders, wo das Archiv und die Gefängnisse des

ehemaligen Patrimonial-Gerichts für das Landgericht verwendet, zur Wohnung des Landrichters aber das Teutschordens - Haus hergerichtet werden soll.

18) Das Landgericht Meran (erster Klasse) besteht künftig

a) aus seinem bisherigen unmittelbaren Bezirke, wie derselbe durch Unsere Verordnung vom 21sten November 1806 (Regierungsblatt v. J. 1806. L. Stück. S. 449) bestimmt worden ist, mit Ausnahme

1) des an das Königreich Italien abgetretenen Gerichtes Gargazon,

2) des Burgfriedes Rofen im Oetzthale, welcher dem Landgerichte Silz zugeheilt wird,

b) aus den durch die erwähnte Verordnung vom 21sten November 1806, zum Landgerichte Meran eingezirkten bisherigen Patrimonial-Gerichten Burgstall, und

c) Schenna.

Das Landgericht enthält $5\frac{5}{8}$ □ Meilen, und hat seinen Siz zu Meran.

19) Das Landgericht Passeyer (dritter Klasse) bildet sich aus dem bisher zum Landgerichte Meran eingezirkt gewesenen ehemaligen Patrimonial-Gerichte Passeyer.

Dasselbe enthält 8 □ Meilen. Der Siz des Landgerichts kommt nach St. Leonard, wo die ehemaligen Patrimonial-Gerichts-Gebäude benützt werden sollen.

20) Das Landgericht Lana (zweiter Klasse) bildet sich

a) aus den durch Unsere Verordnung vom 21sten November 1806 zum Landgerichte Meran eingezirkten ehemaligen Patrimonial-Gerichten Niederlana, Steinunterlewenberg und Forst,

b) aus dem ebenfalls dorthin eingezirkten Patrimonial-Gerichte Ulten, und

c) aus dem durch Unsere Entschliessung vom 30sten Juni provisorisch dem Landgerichte Meran zugetheilten Patrimonial-Gerichte Tisens und Mayenburg mit Ausnahme des an die Krone Italien abgetretenen Theiles.

Das Landgericht enthält 10 □ Meilen.

Der Siz desselben kommt nach Niederlana, wo die Patrimonial-Gerichts-Gebäude dafür verwendet werden.

21) Das Landgericht Saarenthal (dritter Klasse) bildet sich aus dem durch Unsere Entschliessung vom 30sten Juni dem Landge-

richte Klausen provisorisch zugetheilten ehemaligen Patrimonial-Gerichte Sarenthein.

Dasselbe enthält 4 □ Meilen, und erhält seinen Siz zu Sarenthal, wo die Patrimonial-Gerichtsgebäude dazu benützt werden sollen.

22) Das Landgericht Kastelruth (dritter Klasse) bildet sich aus den durch die Verordnung vom 21sten November 1806 zum Landgerichte Klausen eingezirkten ehemaligen Patrimonial-Gerichten

a) Kastelruth,

b) Wolkenstein und

c) den Burgfrieden Hauenstein, Sallegg und Aichach, endlich

d) die zum Patrimonial-Gerichte Gufidaun gehörigen Theile des Thales Groeden. Dasselbe enthält $5\frac{3}{4}$ □ Meilen. Das Landgericht erhält seinen Siz zu Kastelruth, wo die Patrimonial-Gerichtsgebäude dazu verwendet werden.

23) Das Landgericht Klausen (zweiter Klasse) besteht künftig aus den übrigen Bestandtheilen des bisherigen Landgerichts Klausen mit Ausnahme der an die Krone Italien abgetretenen Gerichte Vels und Tiers, nämlich

a) aus dem ehemaligen Stadtgerichte Klausen,

b) aus dem Burgfrieden Pardell,

c) aus dem Burgfrieden Kollmann,

d) aus den landesherrlichen Gerichten Lafons,

e) Verdings,

f) Vellthurns,

g) aus dem ehemaligen Patrimonialgerichte Vilanders,

h) aus dem ehemaligen Burgfrieden Trostburg,

i) aus dem ehemaligen Patrimonialgerichte Gufidaun, mit Ausnahme des zum Landgerichte Kastelruth gewiesenen Antheils an dem Thale Groeden. Dasselbe enthält $7\frac{3}{8}$ □ Meilen. Der Siz bleibt in Klausen.

24) Das Landgericht Brixen (zweiter Klasse) begreift künftig a) die bisherigen unmittelbaren Bezirke des Landgerichts mit Inbegriff des stadtgerichtlichen, und mit Ausnahme der Bezirke der ehemaligen Gerichte Untervintl und Spinges. b) Das aufgelöste Hofgericht Neustift und Riöl; c) das sogenannte Unterdrittl des ehemaligen Patrimonialgerichts Rodenegg; das nunmehrige

Landgericht Brixen zählt $6\frac{1}{2}$ □ Meilen. Dasselbe behält seinen Siz zu Brixen, wo das Stadtgericht bereits aufgelöst ist, und das Polizeikommissariat aufgelöst werden soll.

25) Das Landgericht Mühlbach (dritter Klasse) bildet sich: a) aus dem, ehemals dem Landgerichte Brixen einverleibten Gerichte Untervintl; b) aus dem ebenfalls dort einverleibten, sogenannten Brixischen Hofgerichte (mit Spinges), c) aus dem Ober- und Unterdrittl des bisher zum Landgerichte Brixen eingezirkten ehemaligen Patrimonial-Gerichts Rodenegg. Das Landgericht enthält $4\frac{1}{4}$ □ Meilen, und nimmt seinen Siz zu Mühlbach, wo die Gebäude des Patrimonial-Gerichts Rodenegg dazu benützt werden.

26) Das Landgericht Sterzingen (erster Klasse) bildet sich a) aus dem bisher zum Landgerichte Brixen eingezirkten ehemaligen Patrimonialgerichte Sterzingen und Wolfsthurn; b) aus den ehemaligen Burgfrieden Reifenstein, und c) Sprechenstein. Das Landgericht enthält 11 □ Meilen. Der Siz ist zu Sterzingen, wo die Gebäude des ehemaligen Patrimonial-Gerichts dazu verwendet werden.

27) Das Landgericht Brunecken (zweiter Klasse) besteht künftig a) aus dem Bezirke des ehemaligen Stadtgerichtes, und Oberamts Brunecken, b) aus dem eingezogenen Hofgerichte Sonnenburg, c) aus den ehemaligen Patrimonialgerichten Michaelsburg und d) Schönegg mit Ehrenburg. Das Landgericht hat $8\frac{3}{8}$ □ Meilen, und hat seinen Siz zu Brunecken.

28) Das Landgericht Enneberg (dritter Klasse) bildet sich a) aus dem, durch Unsere Verordnung vom 21sten November 1806 dem Landgerichte Brunecken einverleibten Gerichte Thurn am Gader, und b) aus dem nachher durch Unsere Verordnung vom 25sten März 1807 (Regierungsblatt XIV. Stück, Seite 538) ebenfalls dahin einverleibten Gerichte Enneberg. Das Landgericht hat 7 □ Meilen, und erhält seinen Siz zu St. Vigil in Enneberg.

29) Das Landgericht Taufers (zweiter Klasse) bildet sich aus den durch die Verordnung vom 21sten November 1806 zum Landgerichte Brunecken eingezirkten ehemaligen Patrimonial-Gerichten a) Taufers, b) Uttenheim und Giesbach und c) dem ehemaligen Burgfrieden Neuhaus. Das Landgericht

enthält 10 □ Meilen, und nimmt seinen Siz zu Taufers, wo die Patrimonial-Gerichtsgebäude dazu verwendet werden.

30) Das Landgericht Welsberg (zweiter Klasse) bildet sich a) aus dem bisher dem Landgerichte Brunecken einverleibten Gerichte Antholz; b) aus dem eben dahin eingezirkten ehemaligen Patrimonialgerichte Altrasen und c) aus demjenigen Theile des ebenfalls bisher zum Landgerichte Brunecken eingezirkten ehemaligen Patrimonial-Gerichts Welsberg, welcher diesseits der in Folge des Bozner Vertrags vom 7ten Juni gezogenen Grenzlinie liegt. Das Landgericht zählt $8\frac{1}{2}$ □ Meilen, nimmt seinen Siz zu Welsberg, wo die Gebäude des Patrimonialgerichts, wenn deren vorhanden sind, dazu verwendet werden sollen.

Wir wollen, das diese Verfügung mit dem 16ten Oktober dieses Jahres in Vollzug gesetzt werden soll: die königliche Hofkommission hat daher dafür zu sorgen, das bis dahin die Uebergabe, die Akten und Depositen an die neu errichteten Landgerichte erfolgt.

In Absicht auf die Kriminal-Gerichtsbarkeit bestimmen Wir, das, bis die in Unserer

Verordnung vom 31sten d. M. §. 11. vorbehaltenen Eintheilung des Inn- und Eisackkreises in Kriminal-Gerichtsbezirke erfolgt seyn wird, die bereits mit Kriminal-Gefängnissen versehenen Landgerichte Kitzbühel, Kufstein, Rattenberg, Schwaz, Hall, Innsbruck, Steinach, Telfs, Silz, Imst, Reutti, Landeck, Ried, Glurns, Schlanders, Meran, Klausen, Brixen, Sterzingen, Brunecken und Taufers die Kriminal-Gerichtsbarkeit, so weit sie Unsern Gerichten zukommt, einsweilen ausüben, die übrigen Landgerichte aber, die in ihrem Bezirke ergriffenen Verbrecher nach aufgenommenem summarischem Verhöre an das nächst gelegene Landgericht, nämlich Stubay nach Innsbruck, Nauders nach Glurns, Passeyer und Lana nach Meran, Sarenthal und Kastelruth nach Klausen, Mühlbach nach Brixen, Enneberg endlich und Welsberg (insoferne nicht zu Welsberg Kriminal-Gefängnisse existiren, in welchem Falle das letztere Landgericht ebenfalls die Kriminal-Gerichtsbarkeit auszuüben hat,) nach Brunecken abliefern sollen.

Jene kleineren Landgerichte haben indessen auch den Thatbestand jedesmal sogleich

gleich herzustellen, und an die Kriminalgerichte zu übermachen.

Ueber die Besezung der neu errichteten Landgerichte, bei welcher Wir auf die von Unserer Hofkommission Uns empfohlenen Patrimonial-Gerichtsbeamten vorzüglichen Bedacht nehmen werden, wird Unsere Entschliessung demnächst erfolgen.

Von den bereits angestellten Landrichtern haben sich diejenigen, deren Anstellung bloß provisorisch ist, sowohl in Absicht auf den Gehalt, als in Absicht auf Nebenbezüge nach dem in Unserer Verordnung vom 31sten d. M. §. 5 und 6. hierüber gegebenen Bestimmungen zu achten; bei den definitiv angestellten hingegen werden bloß die Nebenbezüge nach dem §. 6. der erwähnten Verordnung regulirt, indem sie in vollem Bezuge ihres bisherigen Gehaltes bleiben sollen.

München, den 31. August 1810.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas. Graf Reigersberg.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär

F. Kobell.

(Regierungsblatt 1810. LIII. Stück. S. 920 — 931.)

b) Einzelne Kreise betreffend.

I. M a i n k r e i s.

Die Organisation der Polizei - und Gerichts-Behörden in den neu erworbenen Gebietstheilen des Mainkreises betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben, auf die allerunterthänigsten Berichte Unsers Generalkommissariats im Mainkreise, die Organisation der Polizei - und Gerichtsbehörden betreffend, und auf den Uns hierüber vorgelegten umständlichen Vortrag, beschlossen, und verordnen:

I.

Die in den neu erworbenen Gebietstheilen des Mainkreises, nämlich in dem ehemaligen Fürstenthume Baireuth oberhalb Gebirgs,

und in dem von dem Großherzogthume Würzburg an Uns übergegangenen Amte Tambach, bestehenden untern Polizei- und Justiz-Behörden werden aufgelöst, und an deren Stelle Polizeikommissariate, Stadtgerichte und Landgerichte nach denjenigen Vorschriften gebildet, welche Wir in Unsern allerhöchsten Edikten und Verordnungen vom 24sten September und 24sten Dezember 1808 über die Instruktion der Polizeidirektionen, und die Organisation derselben, dann vom 24sten Juli und 3ten Dezember des nämlichen Jahres über die Gerichts-Verfassung und die Anordnung der Stadtgerichte, und vom 31sten August 1810 über die Landgerichts-Verfassung im Innkreise, festgesetzt haben.

II.

In den Städten Baireuth und Hof sollen eigene Polizei-Kommissariate, und zwar in Baireuth ein Polizeikommissariat der zweiten, und in Hof ein Polizeikommissariat der dritten Klasse bestehen, so wie Wir deren Formation durch besondere allergnädigste Reskripte bereits angeordnet haben.

III.

In der Stadt Baireuth wird ausserdem noch ein Stadtgericht zweiter Klasse errichtet.

IV.

Für die Polizei - und Justiz - Verwaltung auf dem platten Lande werden folgende neue Landgerichte konstituiert:

1) Landgericht Kulmbach (erster Klasse.)
Siz: Stadt Kulmbach. Bestandtheile:

- a. Das ehemalige Kammeramt Kulmbach mit Einschluss der Stadt gleichen Namens.
- b. Vom Kammeramte Markt Schorgast die Steuerdistrikte Kupferberg und Ludwigschorgast.

2) Landgericht Baireuth (erster Klasse.)
Siz: Stadt Baireuth. Bestandtheile:

- a. Das bisherige Kammeramt Baireuth.
- b. Das bisherige Kammeramt Weidenberg.

Die Abtheilung dieses Landgerichts in zwei besondere Sprengel wird vorbehalten.

3) Landgericht Pegniz (zweiter Klasse.)
Siz: Pegniz. Bestandtheile: Das bisherige Kammeramt gleichen Namens.

4) Landgericht Gefrees (erster Klasse.)
Siz: Gefrees. Bestandtheile:

- a. Das Kammeramt Gefrees, mit Ausnahme des Steuerdistriktes Stammbach.
- b. Die Orte Kornbach und Haidlas von dem Kammeramte Wunsiedel;

c. der Steuerdistrikt Markt Schorgast von dem Kammeramte gleichen Namens.

5) Landgericht Münchberg (erster Klasse.) Siz: Münchberg. Bestandtheile:

a. Das ehemalige Kammeramt Münchberg;

b. der Steuerdistrikt Stammbach von dem Kammeramte Gefrees;

die Steuerdistrikte Marienweiher, Eppereut, Guttenberg und Markt Leugast.

6) Landgericht Naila (erster Klasse.) Siz: Naila. Bestandtheile: Das bisherige Kammeramt Lichtenberg, mit Ausschluss des Distrikts Kaulsdorf.

7) Landgericht Hof (erster Klasse.) Siz: Stadt Hof. Bestandtheile: Das bisherige Kammeramt Hof mit Einschluss der Stadt.

8) Landgericht Wunsiedel (erster Klasse.) Siz: Stadt Wunsiedel. Bestandtheile: Das Kammeramt gleichen Namens mit Einschluss der Stadt, und mit Ausnahme der dem Landgerichte Gefrees zugetheilten Orte Kornbach und Haidlas.

Es wird vorbehalten, die beiden vorstehenden Landgerichte Hof und Wunsiedel auf geeignete Art in mehrere Sprengel abzutheilen.

gnädigsten Entschliessungen besonders bekannt
machen.

München, den 6. Jänner 1812.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl

der General-Sekretär

F. Kobell.

(Regierungsblatt 1812. III. Stück. S. 172—177.)

Die weitere Eintheilung der Landgerichte im Mainkreise betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben in Unserer allerhöchsten Entschliessung vom 6ten Jänner l. J. die Organisation der Polizei- und Gerichtsbehörden in den neu erworbenen Gebietstheilen des Mainkreises betreffend, die Abtheilung der dort konstituirten Landgerichte, Baireuth, Hof und Wunsiedel in mehrere Sprengel vorbehalten.

In Folge dieses Vorbehalts haben Wir nunmehr nach gutachtlicher Vernehmung Unseres Generalkommissariats im Mainkreise beschlossen, und verordnen, dass in dem Umfange der gedachten Landgerichte noch folgende neue Gerichtsbezirke gebildet werden sollen.

I.

Landgericht Weidenberg, III. Klasse.
Siz: Weidenberg.

Dasselbe soll bestehen, aus den zum dermaligen Landgerichte Baireuth gehörigen Steuerdistrikten Weidenberg, Mengersreuth, Unterwar-mensteinach, Görschnitz, Steinach, Seubottenreuth.

II.

Landgericht Rehau, II. Klasse. Siz: Rehau.

Die Bestandtheile desselben sind die Steuerdistrikte, Rehau, Nentschau, Regnitzlosau, Kautendorf, Oberkotzau, Schwarzenbach, Martinlamitz und Pilgramsreuth, welche dermal zum Landgerichte Hof gehören.

III.

Landgericht Kirchenlamitz, III. Klasse. Siz: Kirchenlamitz.

Demselben werden zugetheilt die Steuerdistrikte Kirchenlamitz, Niederlamitz, Markt Leuthen, Reicholsgrün, Weissenstadt, Voitsumra, Oberröfslau und Neutes, sämmtlich dermalen vom Landgerichte Wunsiedel.

IV.

Landgericht Selb, II. Klasse. Siz: Selb.

Dieses Gericht wird aus den dermal gleichfalls zum Landgerichte Wunsiedel gehörigen Steuerdistrikten Selb, Langenau, Erkersreuth,

Schönwald, Weissenbach, Spielberg, Tebanz, Höchstadt, Thierstein und Hohenberg zusammengesezt.

Unser Generalkommissariat des Mainkreises hat die vorstehenden Beschlüsse unmittelbar nach der Benennung des Personals, worüber Wir noch besonders verfügen werden, in Vollzug zu sezen, und wie solches geschehen, allerunterthänigst anzuzeigen.

München den 6. April 1812.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär.
F. Kobell.

(Regierungsblatt 1812. XXIV. Stück. S. 742 — 744.)

II. Rezatkreis.

- a) Die Zutheilung des Ortes Dänenbach zu dem Landgerichte Dinkelsbühl betreffend.
-

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Auf den an Uns erstatteten Antrag beschließen Wir, daß der bisher mit dem Landgerichte Feuchtwang vereinigte Ort Dänenbach mit 19 Feuerstellen, wegen der vermischten Lage seiner Flur mit der Flur des Dorfes Schopfloch, dem Landgerichte Dinkelsbühl zugetheilt werden soll.

München den 16. Jänner 1809.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

**Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär.**

F. Kobell.

(Regierungsblatt 1809. VII. Stück. S. 159—140.)

b) Die Purifikation der Grenzen zwischen den Landgerichten Gunzenhausen und Pleinfeld betreffend.

Ministerium des Innern.

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Zur Aufhebung der Grenzen - Vermischung zwischen dem Landgerichte Gunzenhausen, im Rezatkreise, und dem Landgerichte Pleinfeld im Ober-Donaukreise, haben Seine Majestät der König zu verordnen geruht: dafs

1) Das Dorf Kalbensteinberg, wovon sich ohngefähr ein Drittel der Flur in die alte Fraischgrenze des Amtes Pleinfeld erstreckte, und

2) das Dorf Obererlbach, wovon vier Häuser ebenfalls zum ehemaligen Amte Pleinfeld gehörten,

ganz und ausschliesslich dem Landgerichte Gunzenhausen, welchem der grösste Theil

beider Orte bereits zugehörig ist, einverleibt;
dagegen aber

3) das Dorf Fünfbro n n, und

4) der Weiler Hagsbro n n,

von welchem erstern ein Theil der Flurmar-
kung, und von letzterm zwei Höfe, ehemals zu
Gunzenhausen gerechnet wurden, auch mit die-
sen Parzellen dem Landgerichte Pleinfeld, in
dessen Gerichtsbezirke beide Orte liegen, un-
tergeordnet werden sollen.

Die Generalkommissariate des Rezat- und
des Ober-Donaukreises haben hienach das Er-
forderliche zu verfügen.

München den 3. März 1811.

Graf von Montgelas.

Durch den Minister
der General-Sekretär.

F. Kobell.

(Regierungsblatt 1811. XVII. Stück. Seite 325.)

c) Das Oberamt Wailtingen betreffend.
(Sieh Ober-Donaukreis.)

d) Die Organisation der Polizei- und Gerichtsbehörden in den neu erworbenen Gebietstheilen des Rezatkreises betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben auf die allerunterthänigsten Berichte Unsers Generalkommissariats im Rezatkreise, die Organisation der Polizei- und Gerichtsbehörden betreffend, und auf den Uns hierüber vorgelegten umständlichen Vortrag beschlossen, die Anwendung Unserer allerhöchsten Edikte und Verordnungen vom 24sten September und 24sten Dezember 1808 über die Instruktion und Organisation der Polizei-Direktionen; dann vom 24sten Juli und 3ten Dezember desselben Jahres über die Gerichts-Verfas-

27) Das Landgericht Brunecken (zweiter Klasse) besteht künftig a) aus dem Bezirke des ehemaligen Stadtgerichtes, und Oberamts Brunecken, b) aus dem eingezogenen Hofgerichte Sonnenburg, c) aus den ehemaligen Patrimonialgerichten Michaelsburg und d) Schönegg mit Ehrenburg. Das Landgericht hat $8\frac{3}{8}$ □ Meilen, und hat seinen Siz zu Brunecken.

28) Das Landgericht Enneberg (dritter Klasse) bildet sich a) aus dem, durch Unsere Verordnung vom 21sten November 1806 dem Landgerichte Brunecken einverleibten Gerichte Thurn am Gader, und b) aus dem nachher durch Unsere Verordnung vom 25sten März 1807 (Regierungsblatt XIV. Stück, Seite 538) ebenfalls dahin einverleibten Gerichte Enneberg. Das Landgericht hat 7 □ Meilen, und erhält seinen Siz zu St. Vigil in Enneberg.

29) Das Landgericht Taufers (zweiter Klasse) bildet sich aus den durch die Verordnung vom 21sten November 1806 zum Landgerichte Brunecken eingezirkten ehemaligen Patrimonial-Gerichten a) Taufers, b) Uttenheim und Giesbach und c) dem ehemaligen Burgfrieden Neuhaus. Das Landgericht

enthält 10 □ Meilen, und nimmt seinen Siz zu Taufers, wo die Patrimonial-Gerichtsgebäude dazu verwendet werden.

30) Das Landgericht Welsberg (zweiter Klasse) bildet sich a) aus dem bisher dem Landgerichte Brunecken einverleibten Gerichte Antholz; b) aus dem eben dahin eingezirkten ehemaligen Patrimonialgerichte Altrasen und c) aus demjenigen Theile des ebenfalls bisher zum Landgerichte Brunecken eingezirkten ehemaligen Patrimonial-Gerichts Welsberg, welcher diesseits der in Folge des Bozner Vertrags vom 7ten Juni gezogenen Grenzlinie liegt. Das Landgericht zählt $8\frac{1}{2}$ □ Meilen, nimmt seinen Siz zu Welsberg, wo die Gebäude des Patrimonialgerichts, wenn deren vorhanden sind, dazu verwendet werden sollen.

Wir wollen, daß diese Verfügung mit dem 16ten Oktober dieses Jahres in Vollzug gesetzt werden soll: die königliche Hofkommission hat daher dafür zu sorgen, daß bis dahin die Uebergabe, die Akten und Depositen an die neu errichteten Landgerichte erfolgt.

In Absicht auf die Kriminal-Gerichtsbarkeit bestimmen Wir, daß, bis die in Unserer

Verordnung vom 31sten d. M. §. 11. vorbehaltenen Eintheilung des Inn- und Eisackkreises in Kriminal-Gerichtsbezirke erfolgt seyn wird, die bereits mit Kriminal-Gefängnissen versehenen Landgerichte Kitzbühel, Kufstein, Rattenberg, Schwaz, Hall, Innsbruck, Steinach, Telfs, Silz, Imst, Reutti, Landeck, Ried, Glurns, Schlanders, Meran, Klausen, Brixen, Sterzingen, Brunecken und Taufers die Kriminal-Gerichtsbarkeit, so weit sie Unsern Gerichten zukommt, einsweilen ausüben, die übrigen Landgerichte aber, die in ihrem Bezirke ergriffenen Verbrecher nach aufgenommenem summarischem Verhöre an das nächst gelegene Landgericht, nämlich Stubay nach Innsbruck, Nauders nach Glurns, Passeyer und Lana nach Meran, Sarenthal und Kastelruth nach Klausen, Mühlbach nach Brixen, Enneberg endlich und Welsberg (insoferne nicht zu Welsberg Kriminal-Gefängnisse existiren, in welchem Falle das letztere Landgericht ebenfalls die Kriminal-Gerichtsbarkeit auszuüben hat,) nach Brunecken abliefern sollen.

Jene kleineren Landgerichte haben indessen auch den Thatbestand jedesmal sogleich

gleich herzustellen, und an die Kriminalgerichte zu übermachen.

Ueber die Besezung der neu errichteten Landgerichte, bei welcher Wir auf die von Unserer Hofkommission Uns empfohlenen Patrimonial-Gerichtsbeamten vorzüglichen Bedacht nehmen werden, wird Unsere Entschliessung demnächst erfolgen.

Von den bereits angestellten Landrichtern haben sich diejenigen, deren Anstellung bloß provisorisch ist, sowohl in Absicht auf den Gehalt, als in Absicht auf Nebenbezüge nach dem in Unserer Verordnung vom 31sten d. M. §. 5 und 6. hierüber gegebenen Bestimmungen zu achten; bei den definitiv angestellten hingegen werden bloß die Nebenbezüge nach dem §. 6. der erwähnten Verordnung regulirt, indem sie in vollem Bezuge ihres bisherigen Gehaltes bleiben sollen.

München, den 31. August 1810.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas. Graf Reigersberg.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär

F. Kobell.

(Regierungsblatt 1810. LIII. Stück. S. 920 — 931.)

b) Einzelne Kreise betreffend.

I. M a i n k r e i s.

Die Organisation der Polizei - und Gerichts-Behörden in den neu erworbenen Gebietstheilen des Mainkreises betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben, auf die allerunterthänigsten Berichte Unsers Generalkommissariats im Mainkreise, die Organisation der Polizei - und Gerichtsbehörden betreffend, und auf den Uns hierüber vorgelegten umständlichen Vortrag, beschlossen, und verordnen:

I.

Die in den neu erworbenen Gebietstheilen des Mainkreises, nämlich in dem ehemaligen Fürstenthume Baireuth oberhalb Gebirgs,

und in dem von dem Großherzogthume Würzburg an Uns übergegangenen Amte Tambach, bestehenden untern Polizei- und Justiz-Behörden werden aufgelöst, und an deren Stelle Polizeikommissariate, Stadtgerichte und Landgerichte nach denjenigen Vorschriften gebildet, welche Wir in Unsern allerhöchsten Edikten und Verordnungen vom 24sten September und 24sten Dezember 1808 über die Instruktion der Polizeidirektionen, und die Organisation derselben, dann vom 24sten Juli und 3ten Dezember des nämlichen Jahres über die Gerichts-Verfassung und die Anordnung der Stadtgerichte, und vom 31sten August 1810 über die Landgerichts-Verfassung im Innkreise, festgesetzt haben.

II.

In den Städten Baireuth und Hof sollen eigene Polizei-Kommissariate, und zwar in Baireuth ein Polizeikommissariat der zweiten, und in Hof ein Polizeikommissariat der dritten Klasse bestehen, so wie Wir deren Formation durch besondere allergnädigste Reskripte bereits angeordnet haben.

III.

In der Stadt Baireuth wird ausserdem noch ein Stadtgericht zweiter Klasse errichtet.

IV.

Für die Polizei - und Justiz - Verwaltung auf dem platten Lande werden folgende neue Landgerichte konstituiert:

1) Landgericht Kulmbach (erster Klasse.)
Siz: Stadt Kulmbach. Bestandtheile:

- a. Das ehemalige Kammeramt Kulmbach mit Einschluss der Stadt gleichen Namens.
- b. Vom Kammeramte Markt Schorgast die Steuerdistrikte Kupferberg und Ludwigschorgast.

2) Landgericht Baireuth (erster Klasse.)
Siz: Stadt Baireuth. Bestandtheile:

- a. Das bisherige Kammeramt Baireuth.
- b. Das bisherige Kammeramt Weidenberg.

Die Abtheilung dieses Landgerichts in zwei besondere Sprengel wird vorbehalten.

3) Landgericht Pegniz (zweiter Klasse.)
Siz: Pegniz. Bestandtheile: Das bisherige Kammeramt gleichen Namens.

4) Landgericht Gefrees (erster Klasse.)
Siz: Gefrees. Bestandtheile:

- a. Das Kammeramt Gefrees, mit Ausnahme des Steuerdistriktes Stammbach.
- b. Die Orte Kornbach und Haidlas von dem Kammeramte Wunsiedel;

c. der Steuerdistrikt Markt Schorgast von dem Kammeramte gleichen Namens.

5) Landgericht Münchberg (erster Klasse.) Siz: Münchberg. Bestandtheile:

a. Das ehemalige Kammeramt Münchberg;

b. der Steuerdistrikt Stammbach von dem Kammeramte Gefrees;

die Steuerdistrikte Marienweiher, Eppereut, Guttenberg und Markt Leugast.

6) Landgericht Naila (erster Klasse.) Siz: Naila. Bestandtheile: Das bisherige Kammeramt Lichtenberg, mit Ausschluss des Distrikts Kaulsdorf.

7) Landgericht Hof (erster Klasse.) Siz: Stadt Hof. Bestandtheile: Das bisherige Kammeramt Hof mit Einschluss der Stadt.

8) Landgericht Wunsiedel (erster Klasse.) Siz: Stadt Wunsiedel. Bestandtheile: Das Kammeramt gleichen Namens mit Einschluss der Stadt, und mit Ausnahme der dem Landgerichte Gefrees zugetheilten Orte Kornbach und Haidlas.

Es wird vorbehalten, die beiden vorstehenden Landgerichte Hof und Wunsiedel auf geeignete Art in mehrere Sprengel abzutheilen.

9) Landgericht Sefslach (zweiter Klasse.) Siz: Stadt Sefslach. Bestandtheile:

- a. Die Reste des ehemaligen Landgerichts Gleusdorf;
- b. Das Amt Tambach.

V.

Die noch übrigen Theile des ehemaligen Fürstenthums Baireuth oberhalb Gebirgs, über welche durch die vorstehenden Bestimmungen noch nicht disponirt ist, werden, und zwar

- 1) das ehemalige Kammeramt Sanspareil dem Landgerichte Hollfeld einverleibt, und
- 2) der Distrikt Kaulsdorf dem Landgerichte Lauenstein zur Respizienz überwiesen.

VI.

In Bezug auf die Kriminal-Untersuchungen, werden die neuen Landgerichte in nachstehende Kriminal-Gerichtsbezirke eingetheilt:

- 1) Bezirk Baireuth. Derselbe umfaßt die Stadt und das Landgericht Baireuth, dann die Landgerichte Kulmbach und Pegniz.
- 2) Bezirk Hof. Derselbe besteht aus den Landgerichten Hof, Naila und Münchberg.
- 3) Bezirk Wunsiedel, welcher begreift die Landgerichte Wunsiedel und Gefrees.

Die Kriminal-Untersuchungen in diesen Bezirken werden dem Stadtgerichte Baireuth und den Landgerichten Hof und Wunsiedel übertragen.

Das neue Landgericht Sefslach wird, was die Kriminal-Untersuchungen betrifft, dem Stadtgerichte in Bamberg zur Respizienz überwiesen.

VII.

Die alten Landgerichte des Mainkreises bleiben in ihrer gegenwärtigen Verfassung, und, sofern nicht dem einen oder dem andern ein Zuwachs ausdrücklich zugetheilt worden ist, in ihrem dermaligen Umfange bestehen; mit Ausnahme des Landgerichts Ebrach, welches aufgelöst, und mit dem Landgerichte Burgebrach vereinigt wird.

VIII.

Diese Unsere allerhöchsten Beschlüsse sollen längstens bis zum ersten März 1812 in vollständigen Vollzug gesetzt seyn, und Unser General-Kommissariat im Mainkreise hat diessnach, rücksichtlich der Amts-Extraditionen und Uebernahmen, das Geeignete zu verfügen. Ueber die Besezung der Stellen mit dem etatsmässigen Personal werden Wir Unsere aller-

gnädigsten Entschliessungen besonders bekannt
machen.

München, den 6. Jänner 1812.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär

F. Kobell.

(Regierungsblatt 1812. III. Stück. S. 172—177.)

Die weitere Eintheilung der Landgerichte im Mainkreise betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben in Unserer allerhöchsten Entschliessung vom 6ten Jänner l. J. die Organisation der Polizei- und Gerichtsbehörden in den neu erworbenen Gebietstheilen des Mainkreises betreffend, die Abtheilung der dort konstituirten Landgerichte, Baireuth, Hof und Wunsiedel in mehrere Sprengel vorbehalten.

In Folge dieses Vorbehalts haben Wir nunmehr nach gutachtlicher Vernehmung Unseres Generalkommissariats im Mainkreise beschlossen, und verordnen, dass in dem Umfange der gedachten Landgerichte noch folgende neue Gerichtsbezirke gebildet werden sollen.

I.

Landgericht Weidenberg, III. Klasse.
Siz: Weidenberg.

Dasselbe soll bestehen, aus den zum dermaligen Landgerichte Baireuth gehörigen Steuerdistrikten Weidenberg, Mengersreuth, Unterwar-mensteinach, Görschnitz, Steinach, Seubottenreuth.

II.

Landgericht Rehau, II. Klasse. Siz: Rehau.

Die Bestandtheile desselben sind die Steuerdistrikte, Rehau, Nentschau, Regnitzlosau, Kautendorf, Oberkotzau, Schwarzenbach, Martinlamitz und Pilgramsreuth, welche dermal zum Landgerichte Hof gehören.

III.

Landgericht Kirchenlamitz, III. Klasse. Siz: Kirchenlamitz.

Demselben werden zugetheilt die Steuerdistrikte Kirchenlamitz, Niederlamitz, Markt Leuthen, Reicholsgrün, Weissenstadt, Voitsumra, Oberröfslau und Neutes, sämmtlich dermalen vom Landgerichte Wunsiedel.

IV.

Landgericht Selb, II. Klasse. Siz: Selb.

Dieses Gericht wird aus den dermal gleichfalls zum Landgerichte Wunsiedel gehörigen Steuerdistrikten Selb, Langenau, Erkersreuth,

Schönwald, Weissenbach, Spielberg, Tebanz, Höchstadt, Thierstein und Hohenberg zusammengesezt.

Unser Generalkommissariat des Mainkreises hat die vorstehenden Beschlüsse unmittelbar nach der Benennung des Personals, worüber Wir noch besonders verfügen werden, in Vollzug zu sezen, und wie solches geschehen, allerunterthänigst anzuzeigen.

München den 6. April 1812.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär.
F. Kobell.

(Regierungsblatt 1812. XXIV. Stück. S. 742 — 744.)

II. R e z a t k r e i s.

- a) Die Zutheilung des Ortes Dänenbach zu dem Landgerichte Dinkelsbühl betreffend.
-

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Auf den an Uns erstatteten Antrag beschließen Wir, daß der bisher mit dem Landgerichte Feuchtwang vereinigte Ort Dänenbach mit 19 Feuerstellen, wegen der vermischten Lage seiner Flur mit der Flur des Dorfes Schopfloch, dem Landgerichte Dinkelsbühl zugetheilt werden soll.

München den 16. Jänner 1809.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär.
F. Kobell.

(Regierungsblatt 1809. VII. Stück. S. 139—140.)

- b) Die Purifikation der Grenzen zwischen den Landgerichten Gunzenhausen und Pleinfeld betreffend.
-

Ministerium des Innern.

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Zur Aufhebung der Grenzen - Vermischung zwischen dem Landgerichte Gunzenhausen, im Rezatkreise, und dem Landgerichte Pleinfeld im Ober-Donaukreise, haben Seine Majestät der König zu verordnen geruht: daß

1) Das Dorf Kalbensteinberg, wovon sich ohngefähr ein Drittel der Flur in die alte Fraischgrenze des Amtes Pleinfeld erstreckte, und

2) das Dorf Obererlbach, wovon vier Häuser ebenfalls zum ehemaligen Amte Pleinfeld gehörten,

ganz und ausschliesslich dem Landgerichte Gunzenhausen, welchem der grösste Theil

beider Orte bereits zugehörig ist, einverleibt;
dagegen aber

3) das Dorf Fünfbronn, und

4) der Weiler Hagsbronn,

von welchem erstern ein Theil der Flurmarkung, und von letzterm zwei Höfe, ehemals zu Gunzenhausen gerechnet wurden, auch mit diesen Parzellen dem Landgerichte Pleinfeld, in dessen Gerichtsbezirke beide Orte liegen, untergeordnet werden sollen.

Die Generalkommissariate des Rezat- und des Ober-Donaukreises haben hienach das Erforderliche zu verfügen.

München den 5. März 1811.

Graf von Montgelas.

Durch den Minister
der General-Sekretär.

F. Kobell.

(Regierungsblatt 1811. XVII. Stück. Seite 325.)

c) Das Oberamt Wailtingen betreffend.

(Sieh Ober-Donaukreis.)

d) Die Organisation der Polizei- und Gerichtsbehörden in den neu erworbenen Gebietstheilen des Rezatkreises betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben auf die allerunterthänigsten Berichte Unsers Generalkommissariats im Rezatkreise, die Organisation der Polizei- und Gerichtsbehörden betreffend, und auf den Uns hierüber vorgelegten umständlichen Vortrag beschlossen, die Anwendung Unserer allerhöchsten Edikte und Verordnungen vom 24sten September und 24sten Dezember 1808 über die Instruktion und Organisation der Polizei-Direktionen; dann vom 24sten Juli und 3ten Dezember desselben Jahres über die Gerichts-Verfas-

sung und die Anordnung der Stadtgerichte: endlich vom 31sten August 1810 über die Landgerichts-Verfassung im Innkreise, auch auf die neu erworbenen Gebietstheile im Rezatkreise, namentlich auf das demselben einverleibte ehemalige Fürstenthum Baireuth unterhalb Gebirgs, auszudehnen, und bestimmen demnach:

I.

Die Stadt Erlang wird mit einem Polizeikommissariate zweiter Klasse, und mit einem Stadtgerichte der nämlichen Klasse besetzt.

II.

Zur Verwaltung der Polizei und Justiz auf dem Lande werden folgende Landgerichte gebildet:

1) Landgericht Erlang, erster Klasse. Siz: Stadt Erlang. Bestandtheile: das ehemalige Kammeramt Frauenaurach mit Ausnahme der auf dem linken Regniz-Ufer gelegenen Steuerdistrikte desselben, und mit Ausnahme des Steuerdistrikts Igensdorf.

2) Landgericht Herzogenaurach, zweiter Klasse. Siz: Stadt Herzogenaurach. Bestandtheile:

a) das

- a) das Kammeramt gleichen Namens;
 - b) von dem Kammeramte Frauenaurach die auf dem linken Regniz-Ufer situirten Steuerbezirke Thurn, Röthenbach, Möhrendorf, Büchenbach, Frauenaurach und Sintmann.
- 3) Landgericht Markt Erlbach erster Klasse.
Siz: Markt Erlbach. Bestandtheile:
- a) das bisherige Kammeramt Emskirchen;
 - b) das bisherige Kammeramt Neuhof.
- 4) Landgericht Neustadt erster Klasse. Siz: Stadt Neustadt. Bestandtheile: das ehemalige Kammeramt gleichen Namens, mit Einschluss der Stadt.
- 5) Landgericht Windsheim erster Klasse.
Siz: Stadt Windsheim. Bestandtheile: das vormalige Kammeramt Ipsheim, mit Einschluss der Stadt Windsheim.
- 6) Landgericht Markt Bibart zweiter Klasse.
Siz: Markt Bibart. Bestandtheile:
- a) das Kammeramt Markt Bibart;
 - b) von dem bisherigen Landgerichte Markt Scheinfeld die fürstlich-Schwarzenbergischen Besizungen.
- 7) Landgericht Iphofen zweiter Klasse. Siz: Stadt Iphofen. Bestandtheile:

- a) das Kammeramt gleichen Namens mit den Distrikten Willanzheim, Tiefenstockheim und Mönchssontheim;
- b) die gräflich Limpurg - Spekfeld'schen und Kastell'schen Besitzungen.

III.

Diejenigen neuen Gebietstheile, worüber in den vorstehenden Anordnungen noch keine Bestimmung getroffen ist, werden den nächstgelegenen ältern Landgerichten einverleibt, nämlich

- 1) das von dem Großherzogthume Würzburg übernommene Amt Schlüsselfeld dem Landgerichte Stadt Höchstadt;
- 2) der zu dem Kammeramte Frauenaaurach gehörig gewesene Steuerdistrikt Igensdorf, nach seinen vier Sektionen, dem Landgerichte Neunkirchen;
- 3) das Kammeramt Wöhrd dem Landgerichte Nürnberg.

IV.

Aus den benannten neu konstituirten Landgerichten werden nachstehende Kriminal-Gerichtsbezirke formirt:

- 1) Bezirk Erlang. Bestandtheile: die Stadt und das Landgericht Erlang, das

Landgericht Herzogenaurach, und Markt Erlbach.

2) Bezirk Neustadt. Bestandtheile: die Landgerichte Neustadt, Windsheim, Markt Bibart und Iphofen.

Die Kriminal-Untersuchungen in diesen Bezirken werden von dem Stadtgerichte Erlang und dem Landgerichte Neustadt geführt.

V.

Alle übrigen ältern Landgerichte des Rezatkreises behalten ihren dermaligen Umfang, und ihre gegenwärtige Verfassung; mit Ausnahme des Landgerichts Markt Scheinfeld, welches nach den bereits ausgesprochenen Zutheilungen seiner Bestandtheile an die neuen Landgerichte Markt Bibart, und Iphofen, ganz aufgehoben wird.

VI.

Wir wollen diese Unsere allerhöchsten Beschlüsse längstens bis zum 1sten März 1812 vollständig vollzogen wissen, und befehlen deshalb Unserm Generalkommissariate des Rezatkreises, die geeigneten Verfügungen zu treffen, damit bis dahin sämtliche in dem Fürstenthume Baireuth unterhalb Gebirgs, und in dem Amte Schlüsselfeld dermal bestehenden untern

Polizei - und Justizbehörden aufgelöst, und an ihrer Stelle die von Uns angeordneten Polizeikommissariate, Stadt - und Landgerichte, nach vorgängigen ordentlichen Amts-Extraditionen, in Aktivität gesetzt sind.

Die Benennung des Personals wird besonders erfolgen.

München, den 6. Jänner 1812.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General - Sekretär

F. Kobell.

(Regierungsblatt 1812. III. Stück. S. 177 — 181.)

III. Regenkreis.

a) Die Besizergreifung des Fürstenthums
Regensburg betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,

von Gottes Gnaden König von Baiern.

Entbieten Allen und Jeden, die dieses lesen,
oder lesen hören, Unsere Gnade und Unsern
Grufs, und fügen denselben zu wissen:

Da durch einen zwischen des Kaisers von
Frankreich und Königs von Italien Majestät
und Uns geschlossenen Vertrag es dahin gedie-
hen ist, daß das Fürstenthum Regensburg,
so wie solches bisher von Seiner des nunmeh-
rigen Großherzogs von Frankfurt königlichen
Hoheit besessen worden ist, an Unser königli-
ches Haus überwiesen worden, und demselben

auf ewige Zeiten angehören und verbleiben solle; so haben Wir in Gemäfsheit dieses Vertrages beschlossen, nunmehr von genanntem Fürstenthume, allen dessen Orten Zugehörungen und Zuständigkeiten Besiz nehmen zu lassen, und die Regierung darin anzutreten.

Wir thun dieses Kraft des gegenwärtigen Patents, und verlangen daher von der Geistlichkeit, der Ritterschaft, den Lehenleuten, Einsassen, Civil- und Militärbehörden, Magistraten und von sämmtlichen Unterthanen und Einwohnern, wessen Standes oder Würde sie seyn mögen, so gnädig als ernstlich: dafs sie sich Unserer Regierung unterwerfen, und Uns von nun an als ihren rechtmässigen König und Landesherrn ansehen und erkennen, auch Uns vollkommenen Gehorsam, und alle Unterthänigkeit und Treue erweisen, und demnächst, so bald Wir es fodern werden, die gewöhnliche Erbhuldigung leisten. Wir ertheilen ihnen dagegen die Versicherung, dafs Wir ihnen mit königlicher Huld und Gnade und landesväterlichem Wohlwollen jederzeit zugethan seyn, und ihrer Wohlfahrt und Glückseligkeit Unsere ganze landesväterliche Vorsorge unermüdet widmen werden.

Wir haben die oberste Leitung der Besitznahme oben gedachten Fürstenthums und der öffentlichen Staatsverwaltung desselben Unserm Kämmerer, wirklichen geheimen Rathe, Generalkreiskommissär hierselbst, Kommenthur des Georgi - und Großkreuz Unsers Civil - Verdienst - Ordens, Joseph Maria Freiherrn von Weichs, als Unserm Hofkommissär übertragen, und erwarten von sämmtlichen Unterthanen, daß sie allen von demselben in Unserm Namen zu treffenden Anordnungen und Einrichtungen Folge leisten werden. Wir setzen dabei fest, daß vor der Hand sämmtliche dort angestellte Beamten die ihnen zukommenden Amtsverrichtungen ordnungsmässig, nach dem bisherigen Geschäftsgange, dergestalt provisorisch fortsetzen, daß sie Unserer Gnade und Unsers fernern Vertrauens würdig bleiben.

Zur Urkunde dessen haben Wir gegenwärtiges Patent allergnädigst eigenhändig vollzogen, und mit Unserm königlichen Insiegel bedrucken lassen.

So geschehen und gegeben in Unserer Haupt - und Residenzstadt München den 7ten April im Jahre nach Christi Geburt Eintausend

acht hundert und zehn, Unsers Reiches im
Fünften.

MAX JOSEPH.

(L. S.)

Vidit Graf Morawitzky.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär
Baumüller.

(Regierungsblatt 1810. XXXII. Stück. Seite 537—539.)

b) Die Aemter - Eintheilung in dem ehemaligen Fürstenthume Regensburg betreffend.

Ministerium des Innern.

Auf Befehl seiner Majestät des Königs.

Seine Majestät der König haben Sich über die neue Eintheilung der Aemter in den vormals Regensburgischen Gebietstheilen, auf den Bericht der königlichen Hofkommission zu Regensburg vom 16ten Jänner l. J. weitem Vortrag erstatten lassen, und beschliessen nunmehr über das Ganze Folgendes:

I. Es hat vordersamst bei den Bestimmungen der allerhöchsten Entschliessung vom 22sten Dezember v. J. über die Bildung des Polizei - und Gerichts Bezirks der Stadt Regensburg, und der Vereinigung des Amtes Hohenburg mit dem Landgerichte Parsberg, lediglich sein Bewenden.

Es sollen jedoch die zu Regensburg geschlagenen Orte Weichs, Rheinhausen und Pfaffelstein wegen ihrer Lokal-Verhältnisse, mit dem unten bemerkten neuen Landgerichte Regensauf; der Ort Prüll aber mit dem neuen Landgerichte Barbing verbunden werden. Der Distrikt der Stadt Regensburg bestehet hienach aus:

der Stadt Regensburg mit ihrem alten Burgfrieden;

aus Stadtamhof, Steinweg und Kumpfmühl.

II. Das bisherige Landgericht Stadtamhof soll aus seinen auf der rechten Seite der Donau gelegenen Ortschaften in ein neues Landgericht umgeschaffen, und der Siz desselben nach Barbing verlegt werden, von welchem es auch seinen Namen erhält.

Dasselbe soll bestehen:

- 1) aus seinen bisherigen Steuer-Distrikten Gemünd, Griesau, Schönach, Mötzing, Sünching, Aufhausen, Hellkofen, Riekofen, Pfatter, Teimering, Moosham, Langenehrling, Alteneglofsheim, Köfering, Mintraching, Niedertraubling, Ettheim,

Sarching, Harting, Pfellkofen, Hagelstadt, Haufs, Thalmassing, Luckenpoint, Obertrubling, Gebelkofen, Hinkofen, Burgweinting, Oberisfling;

2) aus dem bisher zum Amte Donaustauf gehörigen Dorfe Friesheim;

3) aus den Landgericht Pfaffenbergischen Orten: Einhausen, Mauern und Rocking, welche bereits dem obenbenannten Steuer - Distrikte Pfellkofen inkorporirt sind.

Dagegen sollen:

4) Die Orte Pinkofen und Hörgelsdorf dem Landgerichte Pfaffenberg, und der Ort Massing dem Landgerichte Kellheim zufallen, in deren Steuer - Bezirke sie bereits aufgenommen sind.

Die Kriminal - Gerichtsbarkeit über dieses Landgericht wird dem Stadtgerichte zu Regensburg übertragen.

Das Rentamt bleibt nach dem neu formirten Umfange des Landgerichtes einstweilen noch ferner in Pfatter bestehen.

III. Auf der linken Seite der Donau soll zu einer zweckmäßigen Verminderung des sehr

großen Landgerichts Burglengelfeld, und zur Aufnahme mehrerer auf dem linken Donauufer gelegenen Orte des bisherigen Landgerichts Stadtamhof ein neues Landgericht etablirt werden, welches zu Regensburg seinen Wohnsitz nimmt.

Es schließt sich solches gegen Süden an die Donau, und das Gebiet der Stadt Regensburg an; zieht sich gegen Westen an den Naabfluß und das Landgericht Kellheim hin; durchschneidet von dem Naabfluß an gegen Norden das Landgericht Burglengelfeld, über Haizenhausen und Aichelberg bis an den Regenfluß, und nimmt hier die alte Grenze des ehemaligen Gerichts Hainsacker, und des vorigen Landgerichts Regensburg, wieder ein. Gegen Osten grenzt es sodann an einen Theil des Landgerichts Wetterfeld, und erstreckt sich an den Grenzen der bisherigen Herrschaft Donau-Regensburg, oder des künftigen Landgerichts Wörth bis wieder an die Donau herunter.

Seine Bestandtheile sind:

- 1) von dem ehemaligen Landgerichte Burglengelfeld: die Steuer-Distrikte: Regensburg, Karlstein, Heilinghausen, Hackenberg, Peterneuth, Kürn, Steinrinnen,

Bernardswald, Hölzelhof, Haunzenstein, Regendorf, Oppersdorf, Pettendorf, Piehlenhofen, Hainsacker, Schwaighausen, Wolfseck und Eilbrunn;

- 2) Von dem bisherigen Landgerichte Stadthof die Steuer-Distrikte Schönberg, Grünthal, Zeitlarn, Salern, Rheinhausen, Tegerheim, Kneiting und Kareth.

Die Kriminal-Gerichtsbarkeit soll über das Landgericht Regenstau dem Stadtgerichte zu Regensburg zustehen.

Dagegen soll provisorisch das Rentamt von Regenstau mit dem Rentamte zu Burglenfeld vereinigt werden, mit dem Vorbehalte, ersteres künftig nach Stadthof zu verlegen, und mit dem Rentamte Regensburg zu verbinden.

IV. Aus den bisher Regensburgischen Aemtern Donaustau und Wörth soll mit Zuschlagung einiger auf dem linken Donau-Ufer befindlichen Parzellen des bisherigen Gerichts Stadthof und eines Avulsi vom Landgerichte Mitterfels, das neue Landgericht zu Wörth zusammengesetzt werden.

Seine Grenzen sind: gegen Westen die östliche Seite des neuen Landgerichts Regen-

stauf; gegen Norden das Landgericht Wetterfeld; gegen Osten das Landgericht Mitterfels, nach einer neuen Linie, welche da anfängt, wo das Landgericht Kamm nördlich mit den Steuer-Distrikten Regelsmais und Schönstein zusammenhängt, und sich sodann zwischen

1) den auf Mitterfelsischer Seite bleibenden Steuer-Distrikten Schönstein, Haukenzell, Falkenfels und Köfsnacht; dann

2) den zu Wörth gewiesenen Steuer-Distrikten Regelsmais, Zinzenzell, Wiesentfelden und Saulburg an der Köfsnacht bis an die Donau herumzieht, welche nun gegen Süden die Grenze schließt. Es erhält zu Bestandtheilen :

a) sämtliche Orte in den bisher Regensburgerischen Landgerichten Donauauf und Wörth, mit Ausnahme des oben zum Landgerichte Barbing repartirten Dorfes Friesheim;

b) von dem bisherigen Landgerichte Stadthof: auf der linken Seite der Donau die Steuer-Distrikte Altenthann und Adelsmannstein; die ehemaligen Herrschaften Wiesent, Ober- und Unter-Brennberg,

und mehrere Unterthanen in bisher Mitterfelsischen, nun Wörth zugetheilten Steuer-Distrikten;

- c) von dem bisherigen Landgerichte Mitterfels die Steuer-Distrikte: Prennberg, Frankenberg, Singenstein, Frauenzell, Haag, Rettenbach, Erpfenzell, Falkenstein, Au, Weihern, Zell, Völling, Dörflarn, Michelsneukirchen, Regelsmais, Saulburg, Wiesenfelden und Zinzenzell.

Das Landgericht Wörth bildet die Grenze des Regenkreises gegen den Unter-Donaukreis, in welchem das Landgericht Mitterfels ferner verbleibt.

Das Landgericht zu Wörth übt seine Kriminal-Gerichtsbarkeit selbst aus. Es erhält auch Wörth den Sitz eines eignen Rentamtes.

Der königlichen Hof-Kommission zu Regensburg, in Gemeinschaft mit dem königlichen General-Kommissär des Regenkreises, wurde anbefohlen, die Polizei-Direction zu Regensburg, und die neu formirten Landgerichte, deren Personal-Besetzung unverzüglich nachfolgen wird, unter Mittheilung der örtlichen Ver-

zeichnisse nach vorstehenden Bestimmungen
überall gehörig einzuweisen.

München, den 20sten Februar 1811.

Graf von Montgelas.

durch den Minister
der General - Sekretär

F. Kobell.

(Regierungsblatt 1811. XV. Stück. Seite 293 — 298.)

c) Das

c) Das Landgericht Straubing betreffend.

Auf den Bericht der vorigen Hof-Kommission vom 28sten Februar l. J., genehmigten Seine Majestät der König, daß das zu dem vormals regensburgischen Landgerichte Wörth gehörige Dorf Untermotzing, und die drey Haardhöfe wegen ihrer abgesonderten Lage auf dem rechten Donau - Ufer künftig mit dem Landgerichte Straubing, als demselben näher gelegen, vereinigt werden sollen. Es soll jedoch diese Inkorporation erst mit dem 1sten Oktober l. J. in Wirkung treten.

München den 1sten Juli 1811.

(Regierungsblatt 1811. Stück XLIV. Seite 856.)

d) Die Patrimonialgerichte Wiesend,
Ober - und Unter - Brennborg
betreffend.

p. c.

und unterm 7ten August l. J. wurden die
Patrimonial - Gerichte Wiesend, Ober- und
Unter - Brennborg, ihrer geographischen
Lage wegen, mit dem Landgerichte Stadtam-
hof vereinigt.

(Regierungsblatt 1809. Stück LIX. Seite 1370.)

e) Den Landgerichts-Siz zu Stadthof betreffend.

Seine königliche Majestät haben vermög allerhöchster Entschliessung an die königliche Finanz - Direktion des Regenkreises vom 7ten Juni 1811 allergnädigst beschlossen, daß der Siz des Landgerichts Barbing nach Stadthof verlegt, mithin dieses Landgericht wieder den Namen Stadthof beibehalten, der Siz des Rentamtes aber nach Barbing verlegt werden solle.

München am 13. Juli 1811.

(Regierungsblatt 1811. St. XLVIII. Seite 939—940.)

f) Die Landgerichte Pfaffenhofen und Trefswitz betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir finden Uns durch einen Bericht Unsers Generalkommissariats des Nabkreises, vom 16ten Jänner l. J. veranlaßt, zu beschliessen, daß

1) der Siz des Landgerichts von Pfaffenhofen in das Johanniter-Ordensgebäude nach Kastel,

2) und der Landgerichts-Siz von Trefswitz nach Vohenstraus verlegt werden soll.

München den 10. März 1809.

Aus Seiner Majestät des Königs Spezial-Vollmacht.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär.

F. Kobell.

(Regierungsblatt 1809. XXII. Stück. Seite 528.)



Den Siz des Landgerichts und Rentamts
Pfaffenhofen betreffend.

Seine Majestät der König haben unterm 15ten August l. J. verordnet, daß der Siz des Landgerichts und Rentamts Pfaffenhofen im Nabkreise, vorläufig noch in Pfaffenhofen belassen werden solle.

(Regierungsblatt 1809. LXVI. Stück. Seite 1545.)

g) Die Einverleibung des Dorfes Staubing zum Landgerichte Kellheim betreffend.

Seine Majestät der König haben auf den berichtlichen Antrag des Generalkommissariats des Regenkreises beschlossen; zur Purifizirung der Grenzen der Pfarrei Staubing, von welcher die Ortschaften Weltenburg, Hochharlanden, Staufsacker, und Buchhof, bereits im Bezirke des Landgerichts Kellheim liegen, auch das bisher zum Landgerichte Abensberg gehörige Dorf Staubing selbst, dem Landgerichte Kellheim, als diesem ohnchin näher gelegen, einverleiben zu lassen. Es soll jedoch diese Inkorporation erst mit dem künftigen neuen Etatsjahr, oder mit dem 1sten Oktober heurigen Jahrs zur Erleichterung der Gefällberechnung in Wirkung treten.

München den 9. März 1812.

(Regierungsblatt 1812. XVII. Stück. Seite 489.)

IV. Ober - Donaukreis.

a) Die Abtheilung der Landgerichte Höchstädt und Dillingen in drei Landgerichte: zu Höchstädt, Dillingen und Lauingen betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,

von Gottes Gnaden König von Baiern.

Durch die zu grosse Ausdehnung und unterbrochene Lage des Landgerichts Höchstädt, im Ober - Donaukreise haben Wir Uns bewogen gefunden, diesem und dem Landgerichte Dillingen eine andere Eintheilung zu geben, und solche in drei Landgerichte aufzulösen, welche ihre Size in Höchstädt, Dillingen und Lauingen haben sollen. Diesemnach soll

§. 1. Das Landgericht Höchstädt aus folgenden Orten bestehen:

Stadt Höchstädt mit . . . 2230 Seelen.

Amertingen, mit Sternbach und

Seeborn	500	—
Tapfheim	934	—
Gremheim	445	—
Schwenningen und Hunda . . .	551	—
Blindheim	551	—
Sonderheim	147	—
Berghausen	58	—
Weilheim	14	—
Wolpertstetten	112	—
Unterglauheim	241	—
Oberglauheim	242	—
Schwenebach	247	—
Oberliezheim	204	—
Unterliezheim	339	—
Luzingen	578	—
Ober- und Unterfinningen . . .	706	—
Mörschlingen	594	—
Deisenhofen	310	—
Steinheim	626	—
Kicklingen, mit Unteraschwaig .	381	—

dasselbe enthält daher auf 3 □ Meilen 10045 —

§. 2. Das Landgericht Dillingen enthält folgende Orte:

die Stadt Dillingen, mit	.	.	3118 Seelen.
Schrezheim	.	.	246 —
Altheim	.	.	409 —
Schabringen	.	.	90 —
Wittislingen	.	.	913 —
Medingen, mit Stettenhof	.	.	420 —
Bergheim	.	.	487 —
Reistingen	.	.	261 —
Fristingen	.	.	375 —
Holzheim	.	.	563 —
Weißsingen	.	.	335 —
Eppisburg	.	.	362 —
Riedsend	.	.	206 —
Altenbaind	.	.	264 —
Ellerbach	.	.	205 —
Fultenbach	.	.	54 —
Hennhofen	.	.	172 —
Bayrshofen	.	.	276 —
Aislingen	.	.	839 —
Rechberg	.	.	248 —

auf 3 □ Meilen.

9843 —

§. 3. Das Landgericht Lauingen enthält die Stadt Lauingen, mit

2890 Seelen.

— Gundelfingen

1980 —

Frauenriedshausen

95 —

Veitsriedshausen

104 —

Hausen	261 Seelen.
Haunsheim	576 —
Böchingen, an der Brenz . . .	485 —
Oberbechingen	247 —
Zierheim	401 —
Ballhausen und Altenberg . .	458 —
Mönstetten, mit den Freibergschen Hintersassen zu Glöttweiler und Heudorf	321 —
Rieder	45 —
Dattenhausen	385 —
Zöschingen	562 —
Staufen	342 —
Landhausen	216 —
Burghagl	326 —
Bachhagel	424 —
Unterbechingen	436 —
Obermedlingen	411 —
Untermiedlingen	244 —
Peterswert	355 —
Echenbronn	214 —
Feimmingen	166 —
Gunderemingen	595 —

auf 3 □ Meilen.

12539 —

§. 4. Was die Lokalitäten für die genannten Landgerichts-Size betrifft, so verblei-

ben in Höchstädt, und in Dillingen die bisher hiefür angeordneten Gebäude; in Lauingen soll das Rathhaus, welches bisher zugleich zur Wohnung des Stadtkommissärs und Polizeidirektors gedient hatte, dem Landgerichte eingeräumt werden.

§. 5. In Höchstädt und in Dillingen sind die landgerichtlichen Gefängnisse bereits vorhanden: in Lauingen sind die bisherigen städtischen Gefängnisse hiezu zu verwenden.

§. 6. Nach den bereits bekannt gemachten organischen Edikten zessiren in den benannten drei Städten die Polizeidirektionen und Stadtkommissäre, und ihre Verrichtungen werden den Landgerichten übertragen.

§. 7. Jedes der genannten drei Landgerichte erhält, neben dem Landrichter, zwei Beisizer, ohne Beigebung eines weitem Aktuars.

§. 8. Wegen der Personal-Ernennungen wird weitere allerhöchste Entschliessung erfolgen, eben so werden Wir

§. 9. wegen der Rentamts-Eintheilung
Unsere fernere Weisung ertheilen.

München den 11. Jänner 1809.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General - Sekretär
F. Kobell.

(Regierungsblatt 1809. V. Stück. Seite 104—108.)

Die Berichtigung der Grenze zwischen
den Landgerichten Dillingen und
Lauingen betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Durch die Uns mittels Bericht des General-
kommissariats des Ober - Donaukreises, vom
10ten l. M., wegen des bisherigen Gemeinde-
Verbandes und der Flurenmischung, gemachte
Vorstellung, haben Wir Uns bewogen gefun-
den, die nachstehenden, dem Landgerichte Lauin-
gen zugewiesenen Orte, nämlich:

Mönstetten, mit Freibergischen Hintersas-	
sen zu Glöttweiler und Heudorf	. 321 Seelen,
Rieder	 45 —
Gunderemingen	 595 —

Zusammen 961 Seelen,
dem Landgerichte Dillingen zuzutheilen.

stauf; gegen Norden das Landgericht Wetterfeld; gegen Osten das Landgericht Mitterfels, nach einer neuen Linie, welche da anfängt, wo das Landgericht Kamm nördlich mit den Steuer-Distrikten Regelsmais und Schönstein zusammenhängt, und sich sodann zwischen

1) den auf Mitterfelsischer Seite bleibenden Steuer-Distrikten Schönstein, Haukenzell, Falkenfels und Köfsnacht; dann

2) den zu Wörth gewiesenen Steuer-Distrikten Regelsmais, Zinzenzell, Wiesentfelden und Saulburg an der Köfsnacht bis an die Donau herumzieht, welche nun gegen Süden die Grenze schließt. Es erhält zu Bestandtheilen:

a) sämtliche Orte in den bisher Regensburgerischen Landgerichten Donauauf und Wörth, mit Ausnahme des oben zum Landgerichte Barbing repartirten Dorfes Friesheim;

b) von dem bisherigen Landgerichte Stadthof: auf der linken Seite der Donau die Steuer-Distrikte Altenthann und Adelmannstein; die ehemaligen Herrschaften Wiesent, Ober- und Unter-Brennberg,

und mehrere Unterthanen in bisher Mitterfelsischen, nun Wörth zugetheilten Steuer-Distrikten;

- c) von dem bisherigen Landgerichte Mitterfels die Steuer-Distrikte: Prennberg, Frankenberg, Singenstein, Frauenzell, Haag, Rettenbach, Erpfenzell, Falkenstein, Au, Weihern, Zell, Völling, Dörflarn, Michelsneukirchen, Regelsmais, Saulburg, Wiesenfelden und Zinzenzell.

Das Landgericht Wörth bildet die Grenze des Regenkreises gegen den Unter-Donaukreis, in welchem das Landgericht Mitterfels ferner verbleibt.

Das Landgericht zu Wörth übt seine Kriminal-Gerichtsbarkeit selbst aus. Es erhält auch Wörth den Sitz eines eignen Rentamtes.

Der königlichen Hof-Kommission zu Regensburg, in Gemeinschaft mit dem königlichen General-Kommissär des Regenkreises, wurde anbefohlen, die Polizei-Direction zu Regensburg, und die neu formirten Landgerichte, deren Personal-Besezung unverzüglich nachfolgen wird, unter Mittheilung der örtlichen Ver-

zeichnisse nach vorstehenden Bestimmungen
überall gehörig einzuweisen.

München, den 20sten Februar 1811.

Graf von Montgelas.

durch den Minister

der General - Sekretär

F. Kobell.

(Regierungsblatt 1811. XV. Stück. Seite 293 — 298.)



c) Das

c) Das Landgericht Straubing betreffend.

Auf den Bericht der vorigen Hof-Kommission vom 28sten Februar l. J., genehmigten Seine Majestät der König, daß das zu dem vormals regensburgischen Landgerichte Wörth gehörige Dorf Untermotzing, und die drey Haardhöfe wegen ihrer abgesonderten Lage auf dem rechten Donau - Ufer künftig mit dem Landgerichte Straubing, als demselben näher gelegen, vereinigt werden sollen. Es soll jedoch diese Inkorporation erst mit dem 1sten Oktober l. J. in Wirkung treten.

München den 1sten Juli 1811.

(Regierungsblatt 1811. Stück XLIV. Seite 856.)



d) Die Patrimonialgerichte Wiesend,
Ober - und Unter - Brennborg
betreffend.

p. c.

und unterm 7ten August l. J. wurden die
Patrimonial - Gerichte Wiesend, Ober- und
Unter - Brennborg, ihrer geographischen
Lage wegen, mit dem Landgerichte Stadta-
hof vereinigt.

(Regierungsblatt 1809. Stück LIX. Seite 1370.)

e) Den Landgerichts-Siz zu Stadthof betreffend.

Seine königliche Majestät haben vermög allerhöchster Entschliessung an die königliche Finanz - Direktion des Regenkreises vom 7ten Juni 1811 allergnädigst beschlossen, daß der Siz des Landgerichts Barbing nach Stadthof verlegt, mithin dieses Landgericht wieder den Namen Stadthof beibehalten, der Siz des Rentamtes aber nach Barbing verlegt werden solle.

München am 13. Juli 1811.

(Regierungsblatt 1811. St. XLVIII. Seite 939—940.)

f) Die Landgerichte Pfaffenhofen und Trefswitz betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir finden Uns durch einen Bericht Unsers Generalkommissariats des Nabkreises, vom 16ten Jänner l. J. veranlaßt, zu beschliessen, daß

1) der Siz des Landgerichts von Pfaffenhofen in das Johanniter-Ordensgebäude nach Kastel,

2) und der Landgerichts-Siz von Trefswitz nach Vohenstraus verlegt werden soll.

München den 10. März 1809.

Aus Seiner Majestät des Königs Spezial-Vollmacht.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär.

F. Kobell.

(Regierungsblatt 1809. XXII. Stück. Seite 528.)



Den Siz des Landgerichts und Rentamts
Pfaffenhofen betreffend.

Seine Majestät der König haben unterm 15ten August l. J. verordnet, daß der Siz des Landgerichts und Rentamts Pfaffenhofen im Nabkreise, vorläufig noch in Pfaffenhofen belassen werden solle.

(Regierungsblatt 1809. LXVI. Stück. Seite 1545.)

g) Die Einverleibung des Dorfes Staubing zum Landgerichte Kellheim betreffend.

Seine Majestät der König haben auf den berechtigten Antrag des Generalkommissariats des Regenkreises beschlossen; zur Purifizierung der Grenzen der Pfarrei Staubing, von welcher die Ortschaften Weltenburg, Hochharlanden, Staufacker, und Buchhof, bereits im Bezirke des Landgerichts Kellheim liegen, auch das bisher zum Landgerichte Abensberg gehörige Dorf Staubing selbst, dem Landgerichte Kellheim, als diesem ohnehin näher gelegen, einverleiben zu lassen. Es soll jedoch diese Inkorporation erst mit dem künftigen neuen Etatsjahr, oder mit dem 1sten Oktober heurigen Jahrs zur Erleichterung der Gefällberechnung in Wirkung treten.

München den 9. März 1812.

(Regierungsblatt 1812. XVII. Stück. Seite 489.)

IV. Ober - Donaukreis.

a) Die Abtheilung der Landgerichte Höchstädt und Dillingen in drei Landgerichte: zu Höchstädt, Dillingen und Lauingen betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,

von Gottes Gnaden König von Baiern.

Durch die zu grosse Ausdehnung und unterbrochene Lage des Landgerichts Höchstädt, im Ober - Donaukreise haben Wir Uns bewogen gefunden, diesem und dem Landgerichte Dillingen eine andere Eintheilung zu geben, und solche in drei Landgerichte aufzulösen, welche ihre Size in Höchstädt, Dillingen und Lauingen haben sollen. Diesemnach soll

§. 1. Das Landgericht Höchstädt aus folgenden Orten bestehen:

Stadt Höchstädt mit . . . 2230 Seelen.

Amertingen, mit Sternbach und

Seeborn	.	.	.	.	.	500	—
Tapfheim	.	.	.	.	.	934	—
Gremheim	.	.	.	.	.	445	—
Schwenningen und Hunda	.	.	.	.	.	551	—
Blindheim	.	.	.	.	.	551	—
Sonderheim	.	.	.	.	.	147	—
Berghausen	.	.	.	.	.	58	—
Weilheim	.	.	.	.	.	14	—
Wolpertstetten	.	.	.	.	.	112	—
Unterglauheim	.	.	.	.	.	241	—
Oberglauheim	.	.	.	.	.	242	—
Schwenebach	.	.	.	.	.	247	—
Oberliezheim	.	.	.	.	.	204	—
Unterliezheim	.	.	.	.	.	339	—
Luzingen	.	.	.	.	.	578	—
Ober- und Unterfinningen	.	.	.	.	.	706	—
Mörschlingen	.	.	.	.	.	594	—
Deisenhofen	.	.	.	.	.	310	—
Steinheim	.	.	.	.	.	626	—
Kicklingen, mit Unteraschwaig	.	.	.	.	.	381	—

dasselbe enthält daher auf 3 □ Meilen 10045 —

§. 2. Das Landgericht Dillingen enthält folgende Orte:

die Stadt Dillingen, mit	.	.	.	.	3118 Seelen.
Schrezheim	.	.	.	.	246 —
Altheim	.	.	.	.	409 —
Schabringen	.	.	.	.	90 —
Wittislingen	.	.	.	.	913 —
Medingen, mit Stettenhof	.	.	.	.	420 —
Bergheim	.	.	.	.	487 —
Reistingen	.	.	.	.	261 —
Fristingen	.	.	.	.	375 —
Holzheim	.	.	.	.	563 —
Weißsingen	.	.	.	.	335 —
Eppisburg	.	.	.	.	362 —
Riedsend	.	.	.	.	206 —
Altenbaind	.	.	.	.	264 —
Ellerbach	.	.	.	.	205 —
Fultenbach	.	.	.	.	54 —
Hennhofen	.	.	.	.	172 —
Bayrshofen	.	.	.	.	276 —
Aislingen	.	.	.	.	839 —
Rechberg	.	.	.	.	248 —

auf 3 □ Meilen.

9843 —

§. 3. Das Landgericht Lauingen enthält die Stadt Lauingen, mit 2890 Seelen.
 — Gundelfingen 1980 —
 Frauenriedshausen 95 —
 Veitsriedshausen 104 —

Hausen	261 Seelen.
Haunsheim	576 —
Böchingen, an der Brenz . . .	485 —
Oberbechingen	247 —
Zierheim	401 —
Ballhausen und Altenberg . . .	458 —
Mönstetten, mit den Freibergschen Hintersassen zu Glöttweiler und Heudorf	321 —
Rieder	45 —
Dattenhausen	385 —
Zöschingen	562 —
Staufen	342 —
Landhausen	216 —
Burghagl	326 —
Bachhagel	424 —
Unterbechingen	436 —
Obermedlingen	411 —
Untermiedlingen	244 —
Peterswert	355 —
Echenbronn	214 —
Feimingen	166 —
Gunderemingen	595 —

auf 3 □ Meilen. 12539 —

§. 4. Was die Lokalitäten für die genannten Landgerichts-Size betrifft, so verblei-

ben in Höchstädt, und in Dillingen die bisher hiefür angeordneten Gebäude; in Lauingen soll das Rathhaus, welches bisher zugleich zur Wohnung des Stadtkommissärs und Polizeidirektors gedient hatte, dem Landgerichte eingeräumt werden.

§. 5. In Höchstädt und in Dillingen sind die landgerichtlichen Gefängnisse bereits vorhanden: in Lauingen sind die bisherigen städtischen Gefängnisse hiezu zu verwenden.

§. 6. Nach den bereits bekannt gemachten organischen Edikten zessiren in den benannten drei Städten die Polizeidirektionen und Stadtkommissäre, und ihre Verrichtungen werden den Landgerichten übertragen.

§. 7. Jedes der genannten drei Landgerichte erhält, neben dem Landrichter, zwei Beisizer, ohne Beigebung eines weitem Aktuars.

§. 8. Wegen der Personal-Ernennungen wird weitere allerhöchste Entschliessung erfolgen, eben so werden Wir

§. 9. wegen der Rentamts-Eintheilung
Unsere fernere Weisung ertheilen.

München den 11. Jänner 1809.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General - Sekretär
F. Kobell.

(Regierungsblatt 1809. V. Stück. Seite 104—108.)

Die Berichtigung der Grenze zwischen
den Landgerichten Dillingen und
Lauingen betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Durch die Uns mittels Bericht des General-
kommissariats des Ober - Donaukreises, vom
10ten l. M., wegen des bisherigen Gemeinde-
Verbandes und der Flurenmischung, gemachte
Vorstellung, haben Wir Uns bewogen gefun-
den, die nachstehenden, dem Landgerichte Lauin-
gen zugewiesenen Orte, nämlich:

Mönstetten, mit Freibergischen Hintersas-	
sen zu Glöttweiler und Heudorf	. 321 Seelen,
Rieder	 45 —
Gunderemingen	 595 —

Zusammen 961 Seelen,
dem Landgerichte Dillingen zuzutheilen.

Hiedurch erhält also das Landgericht Dillingen, statt 9843 Seelen, eine Bevölkerung von 10804 Seelen, und das Landgericht Lauingen, statt 12539, nunmehr 11578 Seelen.

München den 21. Februar 1809.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär
F. Kobell.

(Regierungsblatt 1809. XVII. Stück. Seite 406—407.)

b) Die Landgerichte Stauff und Raitenbuch betreffend.

Seine Majestät der König haben durch eine allerhöchste Entschliessung vom 2ten August l. J. das Landgericht Stauff dem Landgerichte Raitenbuch, im Altmühlkreise, da beide zusammen nur 10403 Seelen enthalten, in der Art zugetheilt, daß der Siz des Landgerichts in Raitenbuch verbleiben, und diese Inkorporation am 1sten Oktober l. J. erfolgen solle.

(Regierungsblatt 1809. LIX. Stück. Seite 1369—1370.)

Die Vereinigung des Kammeramts Stauf
mit dem Rentamte Raitenbuch
betreffend.

So wie Seine Majestät der König bereits verordnet haben, daß das Justizamt Stauf mit dem Landgerichte Raitenbuch konsolidirt werden solle, so haben Allerhöchstdieselbe auch durch ein allerhöchstes Reskript vom 22sten August l. J. beschlossen, daß auch das Kameralamt Stauf mit Anfange des kommenden Etatsjahres mit dem Rentamte Raitenbuch vereinigt werden, und der Siz desselben ebenfalls in Raitenbuch verbleiben solle.

(Regierungsblatt 1809. LXI. Stück. Seite 1415.)

c) Die

- c) Die Vereinigung des Landgerichts Elchingen mit dem Landgerichte Günzburg betreffend.
-

Ministerium des Innern.

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Da das bisherige Landgericht Elchingen durch die mit der Krone Württemberg eingetretene Grenzpurifikation, einen grossen Theil seiner Ortschaften abgegeben hat, so wollen Seine königliche Majestät, das dasselbe gänzlich aufgelöst, und mit dem Landgerichte Günzburg vereinigt werde.

Es sollen deshalb an letzteres übergehen:

1) von dem Landgerichte Elchingen:
die Steuerdistrikte:

a) Elchingen, mit Unterthalfingen;

b) Holzheim, mit Finningen, Neuhausen und
Steinheim;

- c) Holzschwang, mit Hausen, Häuser, Jedelhausen, Marbach, Neubron, Reutte, Tiefenbach, Weiler ;
- d) Oberfallheim, mit Gloßenharder Hof, Leibe, Nersingen, Straß, Unterfallheim ;
- e) Pfuhl mit Burlafingen, Offenhausen, Steinbelhof ;
- f) Riedheim, mit Weisingen :
- g) von dem Steuerdistrikte Langenau, die Orte Riedmühlen, und Riedmüllerhof ;
- h) das Ort Unterelchingen.

2) Von dem vormaligen Ulmer - Bann, die auf dem rechten Donau - Ufer liegenden Häuser.

3) Die von Württemberg eingetauschten Unterthanen zu Aufheim, Herlenhofen, Hof-freudenegg, Hiltistetten, Holzschwang und Berg.

Mit dem 1sten April heurigen Jahres müssen sämtliche Geschäfte des bisherigen Landgerichts Elchingen geschlossen, und dem Landgerichte Günzburg übergeben werden. Das königliche Generalkommissariat des Ober-Donaukreises wurde beauftragt, die Extradition

und Uebergabe gehörig zu besorgen, und, wie es geschehen, anzuzeigen.

München den 2. Februar 1811.

Graf von Montgelas.

Durch den Minister
der General-Sekretär
F. Kobell.

(Regierungsblatt 1811. XI. Stück. Seite 219—221.)



d) Das Landgericht Zusmarshausen betreffend.

Zur Purifikation des Kirchensprengels und Schulbesuches wurde das bisher zum Landgerichte Dillingen gehörige Dorf **Baiershofen**, zu welchem der im Landgerichte Zusmarshausen gelegene Weiler **Violau** eingepfarrt ist, gleichfalls dem Landgerichte Zusmarshausen, als demselben näher liegend, inkorporirt. Diese Einverleibung soll jedoch erst mit dem 1sten Oktober l. J. oder dem neuen Etatsjahre in Wirkung treten.

München den 23sten Juni 1811.

(Regierungsblatt 1811. XLII. Stück. Seite 827—828.)

e) Das Oberamt Wailtingen betreffend.

Ministerium des Innern.

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Seine königliche Majestät haben beschlossen, daß das von Württemberg eingetauschte Oberamt Wailtingen, rücksichtlich der Polizei- und Justiz-Verwaltung aufgelöst und den nachstehenden Landgerichten einverleibt werden soll; und zwar,

I. die auf dem rechten Wörniz - Ufer liegenden Orte, Markt Wailtingen, das Dorf Veitsweiler, die Weiler Hahnenberg, Unterklingen und Wolfsbühl, dann der Hof Oberklingen, nebst den Unterthanen in den bereits diesseitigen Orten Greiselbach, Frankenhofen, Rufenhofen, und Irsingen:

dem Landgerichte Nördlingen im Ober-Donaukreise; —

II. Die auf dem linken Wörniz - Ufer befindlichen Unterthanen in den schon bisher baierischen Orten:

1) Wittelshofen, Dorf Kemathen, Ober-Kemathen, Obermichelbach, Untermichelbach, Wörnizhofen, und Illenschwang, dann die beiden Höfe zu Geldshofen, und die Neumühle.

dem Landgerichte Dinkelsbühl;

2) zu Altentrüdingen, Opfenried, Gerolfingen und Baierberg, dann die Schmalzmühle:

dem Landgerichte Wassertrüdingen.

Da beide Landgerichte zum Rezatkreise gehören, so gehen die sub 1 et 2 bemerkten Wailtingerschen Unterthanen an diesen über.

München den 7ten April 1811.

Graf von Montgelas.

Durch den Minister
der General - Sekretär
F. Kobell.

(Regierungsblatt 1811. XXIV. Stück. Seite 458 — 459.)

f) Das Landgericht Pleinfeld betreffend.

(Sieh Rezatkreis.)

V. Unter-Donaukreis.

a) Das Landgericht Straubing betreffend.

(Sieh Regenkreis.)

b) Das Landgericht Schönberg betreffend.

Ministerium des Innern.

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Da der Siz des bisherigen Landgerichts Schönberg im Unter-Donaukreise in das Städtchen Grafenau verlegt worden ist, so wird auf den berichtlichen Antrag vom 22sten Jänner l. J. genehmiget, das gedachtes Landgericht künftig den Namen Landgericht Grafenau führe.

München den 6. März 1811.

Graf von Montgelas.

Durch den Minister
der General-Sekretär

F. Kobell.

(Regierungsblatt 1811. XVII. Stück. Seite 326.)

VI. Illerkreis.

VII. I s a r k r e i s.

- a) Die Einverleibung des Dorfes Hart
in das Landgericht Rosenheim be-
treffend.
-

Ministerium des Innern.

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Da nach dem Berichte des königlichen Generalkommissariats des Isarkreises vom 4ten November v. J. das nur aus 10 Familien bestehende Dorf Hart, wovon bisher 3 Unterthanen zum Landgerichte Rosenheim, und 7 zum Landgerichte Wasserburg gehörten, bereits früher mit dem Steuerdistrikte Höchstadt ganz zum Landgerichte Rosenheim geschlagen worden ist, so wird es nach dem gestellten Antrage genehmigt, daß dasselbe nunmehr auch in administrativer, polizeilicher, und judizieller Hinsicht ausschließlich mit allen Einwohnern dem

gedachten Gerichte Rosenheim einverleibt werde, und bei dem Landgerichte Wasserburg in Abgang komme.

München den 18. Jänner 1812.

Graf von Montgelas.

Durch den Minister
der General-Sekretär
F. Kobell.

(Regierungsblatt 1812. VII. Stück. Seite 259.)

b) Den künftigen Siz und Namen des
bisherigen Landgerichts Schwaben
betreffend.

Seine Majestät der König haben vermög allerhöchster Entschliessung an das Generalkommissariat des Isarkreises vom 15ten März 1812 das bisherige Landgericht Schwaben nach Ebersberg verlegt, und wollen, dass dieses Gericht auch von seinem neuen Wohnsitz den Namen führen, und künftig Landgericht Ebersberg heissen soll.

(Regierungsblatt 1812. XXIV. Stück. Seite 758.)

VIII. Salzachkreis.

a) Das Landgericht Kitzbühel betreffend.

(Sieh Innkreis.)

b) Den Siz des Rentamts Bischofshofen betreffend.

Seine Majestät der König haben unterm 5ten März l. J. allergnädigst beschlossen, den Siz des Rentamts von Bischofshofen nach Goldegg zu verlegen, da letzterer Ort mehr in der Mitte der Landgerichte Werfen, St. Johann und Gastein gelegen ist.

München den 23sten März 1811.

(Regierungsblatt 1811. XXII. Stück. Seite 424.)

c) Die Errichtung zweier Landgerichte
im Lungau betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben mit Rücksicht auf die in dem allerunterthänigsten Berichte des Generalkommissariats des Salzachkreises, vom 14ten März l. J. angezeigten Verhältnisse, allergnädigst beschlossen: daß das durch Unser Organisations-Reskript vom 9ten Jänner l. J. für das sogenannte Lungau provisorisch errichtete Landgericht Mauterndorf erster Klasse, in zwei Landgerichte dritter Klasse abgetheilt; das eine derselben in dem Markte Tamsweg, und das andere in dem Markte St. Michael etablirt, und beide nach dem Umfange und den Grenzen der ehemaligen Pfliegerichte gleichen Namens formirt werden sollen.

Ueber die Besezung dieser Landgerichte,
und über die Bestimmung des Kriminalgerichts

für dieselben behalten Wir Uns besondere Entschliessung vor.

München den 3. Juli 1811.

Aus Seiner Majestät des Königs Special-Vollmacht.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär
F. Kobell.

(Regierungsblatt 1811. XLIV. Stück. S. 850—851.)

d) Die Bildung der Kriminalgerichts-Bezirke in den ehemaligen Fürstenthümern Salzburg und Berchtesgaden betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben auf die von der ehemaligen Hof-Kommission zu Salzburg und von Unserm Generalkommissariate des Salzachkreises erstatteten allerunterthänigsten Berichte, die Bildung der Kriminalgerichts-Bezirke für die in den ehemaligen Fürstenthümern Salzburg und Berchtesgaden konstituirten Landgerichte betreffend, in Bezug auf Unser Organisations-Reskript vom 9ten Jänner l. J. beschlossen, und verordnen hiemit:

I.

In den benannten Gebietstheilen sollen provisorisch folgende Kriminalgerichts-Bezirke gebildet werden.

- 1) Der Bezirk Salzburg. Derselbe umfasst die Stadt Salzburg und die Landgerichte Salzburg, Neumarkt, Thalgau, Abtenau, Hallein, Berchtesgaden. Die Kriminal-Untersuchungen in diesem Bezirke sind dem Stadtgerichte zu Salzburg übertragen.
- 2) Der Bezirk Lauffen, welcher die Landgerichte Laufen, Teisendorf, Traunstein und Reichenhall begreift. Die Kriminaluntersuchungs-Behörde in diesem Bezirke ist das Landgericht Laufen.
- 3) Der Bezirk Werfen bestehend aus den Landgerichten Werfen, Radstadt, St. Johann, Gastein. Die Kriminal-Geschäfte werden von dem Landgerichte Werfen geführt.
- 4) Der Bezirk Zell am See, welcher zusammen gesetzt wird, aus den Landgerichten Zell am See, Mittersill, Taxenbach und Saalfelden; die Untersuchungs-Behörde ist das Landgericht Zell am See.
- 5) Der Bezirk Kitzbühel; derselbe begreift die Landgerichte Kitzbühel und Hopfgarten. Der Sitz der Kriminaluntersuchungs-Behörde ist Kitzbühel.
- 6) Der Bezirk Mauterndorf, welcher sich auf das Landgericht gleichen Namens beschränkt.

II.

Das in der vorstehenden Bezirks-Eintheilung nicht mitbegriffene Landgericht Tittmoning wird dem schon formirten Kriminal-Gerichts-Bezirk Burghausen zugewiesen.

.III

Ueber die Benennung und Aufstellung der Kriminalgerichts-Adjunkten wird Unsere allerhöchste Entschliessung besonders erfolgen.

München den 30. Juni 1811.

Aus Seiner Majestät des Königs Special-Vollmacht.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär
F. Kobell.

(Regierungsblatt 1811. XLIII. Stück. Seite 335—336.)

IX. Innkreis.

- a) Die Abtheilung des Landgerichts Kufstein in zwei Landgerichte: zu Kufstein und Kitzbühel betreffend.
-

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,

von Gottes Gnaden König von Baiern.

Nachdem das bereits vorhin aus $19\frac{1}{2}$ □ Meilen und 28,267 Seelen bestandene Landgericht Kufstein durch die Zutheilung des bisher mit dem Landgerichte Rosenheim vereinigten, und in 2 □ Meilen, dann 1758 Seelen bestehenden Amtes Auerburg auf $21\frac{1}{2}$ □ Meilen und 30,025 Seelen angewachsen ist, so wollen Wir, zum Besten Unserer dortigen Unterthanen und zur Beförderung der Gerichts- und Polizeipflege, jenen Bezirk in zwei Landgerichte eintheilen, von welchen das eine in Kufstein, das andere in Kitzbühel, seinen Siz erhält.

I.

Das Landgericht Kufstein begreift in sich

- a) das vormalige Amt Auerburg,
- b) das ehemalige Stadt - und Landgericht Kufstein, wie solches unter der vorigen Regierung bestand,
- c) die Hofmärkte Thierburg und Maria-stein. Dasselbe enthält auf 10 □ Meilen 14,719 Seelen.

II.

Das Landgericht Kitzbühel besteht aus

- a) dem Lehengerichte Kitzbühel, und
- b) der vormaligen Hofmark Pillersee.

Dasselbe enthält auf $11\frac{1}{2}$ □ Meilen, eine Bevölkerung von 15,306 Seelen.

III.

Der Grenzzug zwischen beiden Landgerichten von Norden gegen Süden gehet daher in nachfolgender Richtung:

Von der Karlsspitze, bei Pamgarten, an der Grenze des Landgerichts Traunstein, über die rothe Wand, zwischen Walchsee und Hausberg durch, dieses östlich, jenes

westlich lassend; über den Ebersberg, Kielsteinberg, Feldberg, Stripsenkopf, in dem Thale zwischen dem Weitthor und Streifkopf, an dem Kaiserberge hinab; zwischen Elmau und Gaigen über die Strasse, dann über den Koglberg, auf den Schattstein, an die Grenze des Salzburgerischen Gebiets.

IV.

Das Rentamt in Kufstein behält seinen Wirkungskreis über beide Landgerichtsbezirke.

V.

Jedem Landgerichte werden zwei Beisizer zugegeben.

VI.

Die Landgerichts-Wohnung und Gefängnisse in Kufstein bleiben, wie bisher.

VII.

In Kitzbühel ist zur Landgerichts-Wohnung das von der Bürgerschaft unentgeltlich angebotene Amtsgebäude zu verwenden. Wegen Ueberlassung der Frohnfeste ist mit dem Lehengerichts-Inhaber, da die Kriminal-Gerichtsbarkeit desselben ohnehin zessirt, die geeignete Einleitung zu treffen.

VIII.

Wegen Ernennung des gesammten Amts-
Personals wird weitere allerhöchste Entschlies-
sung erfolgen.

München den 11. Jänner 1809.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär
F. Kobell.

(Regierungsblatt 1809. V. Stück. Seite 108 — 110.)

b) Das Landgericht Zell betreffend.

Seine Majestät der König haben in Gemäfsheit des von dem General - Kommissariate des Innkreises, unterm 28sten März l. J. gemachten Antrags beschlossen: dafs die Hofmark Stumm, welche dermal dem Landgerichte Rattenberg zugewiesen ist, seiner geographischen Lage nach, dem Landgerichte Zell einverleibt werden soll.

München den 16 Juni 1811.

(Regierungsblatt 1811. XLI. Stück. Seite 312.)

c) Die Bildung der Kriminalgerichts-Bezirke im Innkreise betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben zur vollständigen Vollziehung Unserer allerhöchsten Entschliessung vom 31sten August 1810, die Landgerichts-Verfassung im Innkreise betreffend, nach gutachtlicher Vernehmung Unsers General-Kommissariats und Appellationsgerichts daselbst, allergnädigst beschlossen, und verordnen hiemit: dass die Untergerichte des gedachten Kreises, rücksichtlich der Kriminal-Untersuchungen, in folgende sechs Kriminalgerichts-Bezirke abgetheilt werden sollen.

- 1) Bezirk Rattenberg. Derselbe formirt sich aus den Landgerichten Kufstein, Rattenberg und Zell. Siz Rattenberg.

- 2) Bezirk Innsbruck, welcher besteht aus dem Landgerichte Hall, aus der Stadt und dem Landgerichte Innsbruck, und den Landgerichten Schwaz, Silz, Steinach, Stubay, Telfs und Werdenfels. Die Kriminal-Untersuchungen werden dem Stadtgerichte zu Innsbruck übertragen.
- 3) Bezirk Landeck; derselbe wird zusammengesetzt, aus den Landgerichten Imst, Landeck, Nauders, Ried. Siz: Landeck.
- 4) Bezirk Meran, welcher umfaßt die Landgerichte Glurns, Lana, Meran, Passeyer, Schlanders. Siz: Meran.
- 5) Bezirk Brixen. Demselben werden zugetheilt die Landgerichte Brixen, Kastelruth, Klausen, Sarenthal, Sterzing. Siz: Brixen.
- 6) Bezirk Brunecken, welcher begreift die Landgerichte Brunecken, Enneberg, Mühlberg, Taufers, Welsberg. Siz: Brunecken.

Ueber den Personal-Status, und die Ernennungen der Kriminal-Adjunkten erfolgt Unsere besondere allerhöchste Entschliessung.

München den 3. Juli 1811.

Aus Seiner Majestät des Königs Special-Vollmacht.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl

der General-Sekretär

F. Kobell.

(Regierungsblatt 1811. XLIII. Stück. Seite 837—838.)

d) Die Einverleibung der Gemeinden
Karres und Roppen zum Rentamte
Landek betreffend.

Da die Gemeinden Karres und Roppen seit dem Jahre 1809 mit Imst schon im Gerichtsverbande stehen, und die Entfernung von Landek geringer, als jene von Telfs ist, so genehmigen Seine königliche Majestät nach dem Antrage der königlichen Finanz - Direktion des Innkreises vom 13ten dieses Monats, dafs die genannten beiden Gemeinden dem Rentamte Landek einverleibt werden dürfen.

München den 28sten März 1812.

(Regierungsblatt 1812. XXV. Stück. Seite 784.)

CXXXVI.

(Zu dem I. Titel. §. 5.)

E d i k t.

Die bisherigen adelichen Fidei-Kommisse, und künftigen Majorate im Königreiche betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben aus mehreren an Unsere Ministerien gebrachten Anfragen wahrgenommen, daß rücksichtlich der in Unserem Edikte über den Adel festgesetzten Bestimmungen, wegen Aufhebung der vormaligen Fidei-Kommisse und Bildung der Majorate, sich mancherlei Anstände ergeben haben.

Um dieselben zu heben, und künftigen Zweifeln vorzubeugen, finden Wir Uns veranlaßt, die Beweggründe bekannt zu machen, welche Unsere Entschliessung hierin geleitet haben.

Wir haben nämlich in Erwägung gezogen, daß viele vormalige Fidei-Kommissse, als zu unbedeutend, und auf kein Grundeigenthum gebaut, keine sichere und hinlängliche Rente gewährten, um das Ansehen einer adelichen Familie hierauf gründen zu können, — daß ohne Vorthail auf einer andern Seite bisher viele Kapitalien hiedurch dem freien Verkehr entzogen waren, daß selbst Grundrenten durch Lasten verschiedener Art manchmal grossentheils verschlungen, und auf zu geringe Erträgnisse zurückgebracht wurden, — daß durch die Zeitereignisse viele Familien in solche Verhältnisse versetzt worden sind, welche ihnen nur in einer freien Disposition über ihre bisherigen Fideikommiss-Güter die Mittel übrig lassen, ihren zerrütteten Zustand zu ordnen, — daß die eingetretenen politischen Veränderungen den adelichen Familien viele Mittel entzogen haben, welche sonst den Nachgebornen und Töchtern reiche Quellen des Unterhalts gewährten, — daß es also für viele Familien zur Wohlthat werde, wenn sie sich in die freie Lage versetzt finden, über ein durch frühere Dispositionen gebundenes Vermögen zu verfügen.

Auf der andern Seite haben Wir Unsere Sorge dahin erstreckt, daß nach der Konstitu-

tion Unseres Reiches der Adel in einem seinem Zwecke entsprechenden, den Verhältnissen angemessenen Zustande für die Zukunft erhalten werde, was nur durch hinlängliches, unter besonderem Schutze des Staates stehendes Grundeigenthum dauernd gesichert werden kann.

Diese Ansicht hat Uns bewogen, mit Auflösung der bisherigen bloßen privatrechtlichen Verhältnisse der Fidei-Kommissse ein öffentliches Institut durch Gründung der Majorate aufzustellen, denjenigen adelichen Familien, welche sich im Stande befinden, auf solche Art für die Fortdauer ihres Namens und Stammes zu sorgen, die Mittel hiezu möglichst zu erleichtern, und die Majorats-Besizer als die ersten Grundeigenthümer durch solche Vorzüge auszuzeichnen, welche dieselben eben so sehr mit dem gehörigen Ansehen umgeben, als an die verfassungsmässigen Staats-Einrichtungen sich anschliessen.

Damit diese Unsere landesväterliche Absicht allenthalben anerkannt und erfüllt werde, haben Wir Unserm geheimen Rathe aufgegeben, die hierauf Bezug habenden Verordnungen in allgemeine Revision zu nehmen, und in ein das ganze umfassendes Edikt zu bringen, wel-

ches über diese Gegenstände als allein geltendes Gesez angesehen werden soll, und mit dem Tage der Publikation auch für die seit der Bekanntmachung des früheren Edikts erworbenen Staaten und Landestheile in Wirksamkeit zu treten hat.

Diesernach haben Wir beschlossen, und beschliessen wie folgt:

Erster Theil.

Von der Erlöschung der vormaligen
Fidei-Kommissen und den rechtli-
chen Folgen ihrer Auflösung.

I. Titel.

Was unter den aufgehobenen vormaligen
Fidei-Kommissen begriffen worden
sey.

§. 1. **D**urch das Edikt vom 28sten Juli 1808
sind nicht nur alle Geschlechts-Fidei-Kom-
misse der adelichen und nicht adeli-
chen Familien Unseres Reichs, sondern auch
alle übrigen fideikommissarischen Sub-
stitutionen, wie sie immer beschaffen seyn
mögen, im Allgemeinen für erloschen anzusehen.

§. 2. Hiernach haben schon an dem Tage
der Publikation des ebengenannten Ediktes (am
14ten September 1808) nicht nur alle Substi-
tutionsrechte der durch die vormaligen
Fideikommiss-Konstitutionen berufe-
nen, eigentlichen Fideikommiss-Fol-

ger aufgehört; sondern, wenn bei solchen Fidei - Kommissen sich etwa a) Kirchen, b) milde Stiftungen, oder c) selbst Unser Fiskus substituirt befinden sollten, müssen auch diese hierin den übrigen vormaligen Fideikommiss - Nachfolgern gleich gehalten werden.

§. 3. Es war jedoch Unsere Absicht keineswegs, unter den erloschenen Fidei - Kommissen, oder fideikommissarischen Substitutionen, auch a) die sogenannten umgehenden Aktivlehen der adelichen Familien, b) die Familienstiftungen und c) die Fidei - Komnisse der Unserer Souverainität durch Mediatisirung untergebenen Fürsten, Grafen und Herren zu begreifen.

§. 4. Was die eben bemerkten umgehenden Aktivlehen betrifft, bei welchen bisher das Obereigenthum allen Mannssprossen der Familie gemeinschaftlich angehört hat; die Verwaltung, und der Genuß derselben aber gewöhnlich dem Geschlechts - Aeltesten überlassen geblieben ist, wollen Wir, daß bei der nach Unserem Edikte über die Lehenverhältnisse unterm 7ten Juli 1808, §. 24. verordneten Auflösung solcher Aktivlehen das bisher der Familie

in Gemeinschaft zugestandene Lehen - Obereigenthum vorerst in so viele Haupttheile getheilt werde, als noch vorhandene Geschlechts - Linien bei der letzten Konstituierung dieser Art des Gesamt - Eigenthums konkurriret haben; wonach bei der weiteren Unterabtheilung unter den Mannssprossen der einzelnen Linien die, die Linie betreffende Substanzquote (wenn kein gütliches Einverständniß der Interessenten Platz greift) nach dem Verhältnisse vertheilt werden muß, in welchem sich dieselbe bisher auf die gedachten Mannssprossen vererbt hat.

§. 5. Fände aber eine adeliche Familie eine solche Theilung ihrer bisherigen umgehenden Aktivlehen ihrer Konvenienz nicht angemessen, so bleibt derselben gestattet, diese Lehen, wenn sie ediktmäßig nach §. 25 und 28 der oben angeführten, und nach §. III. der Verordnung vom 16ten August 1810 auf andere Grundgerechtigkeiten, oder gegen Bodenzinse verliehen seyn werden, noch künftig dergestalt in Gemeinschaft zu besitzen, daß von Zeit zu Zeit Einem aus ihrer Mitte die Administration dieser Gesamtmasse anvertraut, und hienach der jährliche Ertrag derselben, oder wenn solche Güter allodifiziret würden, die Allodifikations-Summe

Summe unter sämtliche hiezu berechnigte Geschlechts-Angehörigen, nach den in dem eben vorstehenden §. festgestellten Prinzipien vertheilt werden soll.

§. 6. Eben so sind als aufgehoben nicht anzusehen: Familien-Stiftungen, d. i. solche Anstalten und Dispositionen, die der partiellen Hülfe einzelner Mitglieder des Geschlechtes, für besondere bestimmte Zwecke gewidmet sind, als z. B. zur Unterstützung in der Erziehung, in Versorgung, oder Ausstattung unverehelichter Töchter, bei Antretung eines Zivil- oder Militär-Dienstes, bei eintretender Verhehlichung, im Wittwenstande, bei höherem Lebensalter u. dgl.

Solche Dispositionen (wenn sie auch selbst uneigentlich in den Urkunden Familien-Fideikommissse genannt werden) bestehen, nebst den darin enthaltenen Anordnungen über die Nachfolge und Theilung unaufgelöst fort.

Sollte die Eigenschaft einer Disposition in einzelnen Fällen zweifelhaft bleiben, so tritt die rechtliche Vermuthung für die Eigenschaft einer Stiftung ein.

§. 7. Dagegen sind als erloschen zu betrachten, diejenigen mit einer wahren Fideikommiss - Anstalt verbundenen Nebenstiftungen, welche mit der fideikommissarischen Erbfolge in unmittelbare Verbindung gesetzt, nur die Erhaltung des Mannsstammes bezwecken. Doch müssen diejenigen Familien - Mitglieder, welche sich zur Zeit der Erlöschung des Fidei - Kommisses im Genusse solcher Nebenstiftungen z. B. Appanagen befunden haben, gleichwohl noch bis zu ihrem Ableben in dem Genusse belassen werden, wofür ihnen, auf Begehren, der vormalige Fideikommiss - Besizer, welchem durch die Erlöschung des Fidei - Kommisses auch der Fond einer solchen Nebenstiftung zugefallen ist, die nöthige Sicherheit zu leisten hat.

§. 8. Rücksichtlich der Geschlechts - Fideikommissse der, Unserer Souverainität durch Mediatisirung untergebenen Fürsten, Grafen und Herren verbleibt es bei den Bestimmungen Unserer Erklärung vom 19ten März 1807. (Rggs. Bl. d. J. St. XIII. S. 465 — 490) in Folge welcher Uns die Familien - Verträge zur Bestätigung vorgelegt werden müssen.

Ihre bisherigen Fidei - Kommissse werden in die Majoraten - Matrikel eingetragen, und

sämmtliche Vorzüge der Majorats - Besitzer werden ihnen gleichfalls eigen.

II. T i t e l.

Von den Wirkungen oder rechtlichen Folgen der Aufhebung der Fidei - Kom-
misse.

§. 9. Durch die vermöge des Edikts vom 28sten Juli 1808 geschehene Aufhebung der Fidei - Kommissen haben in dem damaligen Umfange Unsers Königreichs bereits zur Zeit der Publikation desselben, bei allen Geschlechts- und andern Fidei - Kommissen nicht nur a) gemäß oben §§. 1 und 2 die Fideikommiss-Substitutionen, und die daraus fließenden Erbfolgsrechte, sondern auch b) die sogenannten Regredient - Erbrechte gänzlich aufgehört, und c) die bis dahin bestandenen Fidei - Kommissmassen haben sich, ausschließlich für ihre damaligen Besitzer, in freies Eigenthum verwandelt.

§. 10. Wenn demnach in den ältern Theilen Unsers Königreiches seit dem 14ten September 1808 der damalige Fidei - Kommissbesitzer mit Tode abgegangen ist, oder in den neuen

Gebietstheilen nach der Publikation des gegenwärtigen Edikts mit Tode abgehen wird, so gebühret die Erbfolge in die ehemalige Fideikommissmasse nicht mehr dem Fidei-Kommissfolger, (wenn er nicht zugleich Allodialerbe des letzten Besizers ist) sondern den Allodialerben desselben.

§. 11. Dem Besizer des aufgelösten Fideikommisses stehet zwar das freye Dispositionsrecht über die ehemalige Fidei-Kommissmasse, wie über jedes Allodium zu: wenn jedoch nach der besondern Konstitution des aufgelösten Fidei-Kommisses auf demselben besondere Lasten zum Besten der Kirchen, oder anderer gemeinnütziger Stiftungen hatten (es mögen hiebey die Angehörigen der Familie, oder auch Fremde bedacht, und begünstiget erscheinen), so bleiben dieselben auf dem neuen Allode noch ferners liegen, und sollen durch unverzügliche Hypothezirung, und Eintragung in die Hypotheken-Bücher hinlänglich versichert werden.

§. 12. Finden sich in solchen Fideikommiss-Konstitutionen zu den im vorstehenden §. bemerkten Zwecken, eigene, aus dem Fideikommiss-Vermögen zu errichtende Stiftungen, oder Legate, erst für den Fall der Erlöschung des Fideikommiss-Verbandes angeord-

net; so hat der letzte Fideikommiss - Besizer auch solchen Anordnungen der Fideikommiss - Stifter ohne Verzug zu genügen.

§. 13. Da sich verschiedene Zweifel darüber ergeben haben, wer unter mehreren zum Fideikommiss - Berechtigten für den eigentlichen Besizer zu halten sey, zu dessen Gunsten sich das aufgelöste Fideikommiss in freies Eigenthum verwandelt hat: so erklären Wir hiemit, daß derjenige, oder diejenigen, die sich ausschliesslich, oder miteinander in dem auf einen Eigenthums - Titel begründeten Genusse des Fidei - Kommisses zur Zeit seiner Erlöschung befunden haben, unter den damaligen Besitzern desselben verstanden worden seyen.

§. 14. Wenn daher damals nicht ein Einzelner als ausschliessender Nuzniesser bei einem Fidei - Kommissione vorhanden war, sondern sich bei demselben Mehrere aus dem Eigenthums - Titel im gemeinschaftlichen Genusse befunden haben, so hat jedem derselben ein Recht auf einen Antheil an der Substanz nach dem Mafstabe des am Tage der Erlöschung des Fidei - Kommisses gehabt Genusses gebühret.

Zweiter Theil.

Von der Bildung der künftigen Majorate,
und den eigenen Rechtsverhältnissen dieses Instituts.

I. Titel.

Von der Bildung der Majorate überhaupt.

§. 15. Die künftigen Majorate werden entweder a) aus einer solchen Gütermasse gebildet, welche bis jezt noch in keinem Fideikommiss-Verbande gestanden hat; oder b) es werden vormalige Fideikommiss-Güter zur Errichtung derselben verwendet.

I. Abschnitt.

Von der Bildung der Majorate aus solchen Gütern, die bisher noch nicht im Fideikommiss-Verbande gestanden haben.

I. Kapitel.

Wer Majorate errichten könne, und für Wen?

§. 16. In Unserem Edikte über die Lehenverhältnisse haben Wir Uns bereits im §. 37

das Recht vorbehalten, zur Belohnung großer und bestimmter, dem Staate geleisteter Dienste Lehen zu verleihen, und hiezu vorzüglich die heimfallenden Lehen, oder die neu zu erwerbenden Domainen zu verwenden.

Wir erstrecken diesen Unsern Vorbehalt auf das gegenwärtige Institut der Majorate, und behalten Uns und Unseren Regierungs - Nachfolgern auf ähnliche Weise das Recht vor, unter obigen Voraussetzungen, auch aus gedachten Gütern entweder zugleich mit einer Adels - Verleihung, oder Standes Erhebung, oder bei schon vorhandenem Adelsstande, auch ohne letztere, eine vollständige, oder partielle Majorats - Dotation zu verbinden, oder zu ertheilen.

§. 17. Das Recht, Majorate zu errichten, und damit die Vortheile eines Majorats - Besizers zu genießen, kommt ausschließlich dem Adel Unseres Reiches zu. Der Konstituent ist gehalten, einen vidimirten Extrakt aus der Reichs - Adelsmatrikel beizubringen, und dem Anlangen, welches er wegen der Herstellung des Majorats einzureichen hat, beizulegen.

§. 18. Es bleibt jedoch Jedermann unbenommen, einem Majoratsfähigen durch Schenkung, oder letztwillige Verordnung eine zu ei-

nem Majorate nach den unten folgenden Bestimmungen hinlängliche Gütermasse unter der Bedingung zuzuwenden, für sich selbst die wirkliche Errichtung des Majorates aus derselben zu bewerkstelligen. Irgend eine andere Bedingung, wodurch nach den bürgerlichen Gesezen die Auflösung eines Rechtsgeschäfts herbeigeführt werden kann, ist hiebey nicht zulässig.

§. 19. Hiebey versteht es sich von selbst, daß jeder, der auf direktem (§. 17.) oder indirektem Wege (§. 18.) ein Majorat begründen will, der wahre, und mit vollem Dispositionsrechte versehene Eigenthümer der hierzu zu verwendenden Gütermasse seyn müsse.

§. 20. Vormünder und Kuratoren sind daher zur Errichtung eines neuen Majorates aus den Gütern ihrer Pflegebefohlenen, auch selbst mit Bestimmung der letzteren, nicht berechtigt.

§. 21. Jeder in Unserem Königreiche als adelich Anerkannte ist des Besizes eines für ihn zu konstituierenden Majorates fähig.

§. 22. Es stehet demnach einem adelichen Gutsbesizer, der hierzu das hinlängliche und

geeignete Vermögen besizet, frei, für sich selbst, und damit zunächst für seinen erstgeborenen Sohn, oder für Einen seiner nachgeborenen Söhne, oder auch für jeden Dritten ein Majorat zu begründen, wenn nur in jedem dieser Fälle der erste Besizer nach den verschiedenen Vorschriften Unserer gegenwärtigen Erklärung die Fähigkeit hat, ein Majorat zu erwerben.

§. 23. Hat ein adelicher Gutsbesizer keine ehelichen männlichen Leibeserben, so kann derselbe auch für seine adoptirte Nachkommenschaft, wenn der letzteren sonst die Fähigkeit zur Erwerbung eines Majorats nicht mangelt, ein Majorat begründen.

§. 24. Wir wollen überdieß gestatten, daß der erste Majorats-Begründer für den Fall, wenn seine eigene successionsfähige Deszendenz erlöschen würde, die Seitenverwandten seines Namens und Stammes, oder diejenigen aus denselben, die er dießfalls zu substituiren Willens ist, gleichfalls zur Majoratsfolge berufen möge.

§. 25. Wenn bei einem adelichen Güterbesizer die Vermögensmasse so weit zureichet, und derselbe sich veranlasset findet, zwei Majorate zu begründen, so bleibt ihm auch dieses freigestellt; und er kann, wenn z. B. das zweite

Majorat für einen seiner nachgeborenen Söhne errichtet, und dieser als der erste Nachfolger im Majorate bestimmt ist, auch in diesem nicht nur allein seine übrigen Söhne, sondern auch (nach §. 24.) seine Agnaten substituiren.

§. 26. Sollte der Fall eintreten, daß zwei Majorate in Einem der Substituirtten sich vereinigten; so stehet diesem frei, dieselben entweder vereinigt übergehen zu lassen, oder in seiner Familie (nach §. 24.) in zwei Majorate wieder zu trennen. Jedoch muß sodann die ursprüngliche Konstituierung dieser Majorate beibehalten werden.

II. K a p i t e l.

Auf welche Güter Majorate gegründet werden können.

§. 27. Wir haben zwar bereits in Unserem Eingangserwähnten Edikte erklärt, daß die künftigen Majorate nur auf ein freies, von allen Schulden und Lasten entledigtes, in Unserem Königreiche gelegenes Landeigenthum gegründet werden können: Wir wollen aber nunmehr zur Erleichterung der Majorats - Einrichtungen folgende Modifikationen, und nähere Bestimmungen eintreten lassen.

§. 28. Es soll nämlich hinsichtlich der Erträgnisse eines Majorats eine reine Normalrente von Viertausend Gulden baierischer Reichs-Währung angenommen, das noch weitere Erträgniß des Majorats aber als Ueberschuß der Normalrente angesehen werden.

§. 29. Hinsichtlich der Normalrente bleibt zwar die bisherige Bestimmung als Regel stehen, daß dieselbe nur auf freies, und von allen Schulden entledigtes Landeigenthum gegründet werden könne.

Wir wollen jedoch als Ausnahme zugeben, daß auch dienendes Eigenthum, wenn dasselbe von Uns, oder von einem andern Privat-Grundherrn erbzins- oder erbrechtsweise genossen wird, in dieser Hinsicht dem freien Landeigenthume gleich gehalten, und ebenfalls zur Begründung der Majorate verwendet werde. Hierbei bleiben aber die von Uns rührenden Lehen dann bloße Leibrechts-, Freistifts-, Neustifts- und andere dergleichen Güter, welche letztere mehr auf die Person des Grundholden beschränkt sind, ausgeschlossen.

§. 30. Dabei versteht es sich von selbst, daß zu der Gültigkeit einer solchen Vervywen-

dung Unser, oder der Privaten grundherrlicher Konsens voraus erwirkt seyn müsse.

§. 31. Wenn nun einmal die obenbestimmte Normalrente (§. 28) erforderlichermassen auf freiem, oder diesem (nach §. 29.) gleich gehaltenen Landeigenthume begründet worden ist; so kann der Ueberschuss der Majoratserträgnisse noch weiters aus Einkünften von den mit Landgütern in natürlicher Verbindung stehenden Industrial-Anstalten, als z. B. Schmelzhütten, Glashütten, Ziegelbrennereien, eben so auch aus Einkünften von dem Bergbau bestehen, auch können Häuser in Unserer Residenzstadt zu diesem Majorats-Ueberschuss verwendet werden.

Ueberdies kann (wenn schon nicht der Fond der Normalrente) doch jener des Majorats-Ueberschusses unter verschiedenen Umständen, welche weiter unten vorkommen werden, auch mit Schulden, oder anderen solchen Bürden belastet bleiben, oder belastet werden.

§. 32. Unter die Früchte des Landeigenthums (§. 29.), worauf die Normalrente gegründet werden muß, reihen sich a) die Ren-

ten aus dem Oekonomie - Komplexen (die Brauereien, in soferne sie mit eben diesem Komplexen in Verbindung stehen, mit eingeschlossen;) b) die Früchte des Obereigenthumes, als Giltten, Stiften, Laudemien, Scharwerke, grundherrliche Brieferrichtungstaxen, Grundzinse, c) die Erträgnisse der eigenthümlichen Waldungen, die Jagdgefälle mit begriffen; d) die Fischereirenten aus eigenthümlichen Weihern und Privatwässern; e) die Renten aus fruchtbringenden Realrechten, die auf fremdem Eigenthume ausgeübt werden, z. B. Dienstbarkeiten, insonderheit Zehnten, wo diese nicht allenfalls ohnehin schon aus dem Obereigenthume fließen, ferner die Jurisdiktions - Erträgnisse, dann das Jagd - und Fisch - Recht in fremden Waldungen, oder öffentlichen Flüssen und Seen, wenn diese letztere Gerechtigkeiten als Realrechte genossen werden, und sich mit einem zum Majorate bestimmten Gute im Zusammenhange befinden.

§. 33. Treffen bei diesen letzteren Gerechtigkeiten die eben erwähnten Eigenheiten, oder Erfodernisse nicht ein; so bleiben sie (ebenso wie Brauereien, welche mit den Oekonomie nicht in Verbindung stehen) bei der Konstituierung der Normalrente ausgeschlossen,

und können nur bei der Nachweisung eines Ueberschusses in Anschlag gebracht werden.

§. 34. Da die zur Konstituierung der Normalrente bestimmten Erträgnisse des im vorstehenden §. 29. bezeichneten Landeigenthums dem Majorats Besizer jährlich Viertausend Gulden rein abwerfen müssen, (§. 28.) so ist hiezu eine jährliche Rente von $6666\frac{2}{3}$ fl. nothwendig, indem ein Fünftheil hievon als konstitutionelles Maximum der öffentlichen Abgaben, und ein zweites Fünftheil für die Administrations-Kosten in Abzug zu bringen sind.

§. 35. Um diese für die Gründung der Majorate bestimmte Normalrente für immer zu sichern, wollen Wir, daß bei Berechnung der Erträgnisse jener Mafsstab zum Grunde gelegt werde, welcher in der unter Ziffer I. angehängten Fassions-Instruktion vorgezeichnet ist.

Diese lediglich zur Konstituierung der Majorate bestimmten Ansätze, sollen übrigens, wie sich von selbst versteht, rücksichtlich anderer Geschäfte und Verhältnisse nicht zur Folge gezogen werden.

§. 36. Damit aber das zum Fond der Normalrente ausgewiesene Landeigenthum von allen darauf haftenden Schulden und Lasten befreiet, oder „als schon wirklich davon befreiet“ hinlänglich konstatirt werde; so soll der zur Konstituierung eines Majorats in Vorschlag gebrachte Güterkomplex durch das einschlägige Apellationsgericht öffentlich bekannt gemacht werden. Dasselbe hat denjenigen, welche hinsichtlich dieser Gütermasse persönliche, oder hypothekarische Forderungen vorzubringen haben, zu deren Angabe bei demselben einen dreimonatlichen präklusiven Termin unter dem Rechtsnachtheile vorzusezen, daß nach Verstreichung desselben der obengedachte Güterkomplex als ein Majorat würde immatrikulirt werden, die nicht angezeigten Forderungen folglich nie mehr aus der Substanz des Majorats abgeführt werden dürfen, sondern die Inhaber dieser Forderungen sich an das Allodial - Vermögen ihres Schuldners, oder in dessen Ermangelung, an die Früchte des Majorats - Ueberschusses (§. 28.) zu halten berechtigt seyn sollten; und selbst hierin nur unter der Beschränkung, daß sie denjenigen Gläubigern, die sich innerhalb des gedachten Termins gemeldet haben, den Vor-

zug in der Befriedigung zu überlassen schuldig seyen.

§. 37. Hat sich innerhalb dieses präklusiven Termins kein Gläubiger bei dem betreffenden Appellationsgerichte gemeldet, so hat dasselbe Unserem Justiz-Ministerium dieses mit Einsendung der Akten anzuzeigen, und in denselben öffentlichen Blättern, in welchen der Aufruf eingerückt war, bekannt zu machen, daß sich kein Gläubiger gemeldet habe.

§. 38. Werden aber nach erfolgter gerichtlicher Bekanntmachung Forderungen obiger Art vorgebracht, so stehet es dem neuen Majorats-Konstituenten frei, mit den Gläubigern in Unterhandlung zu treten, ihre Einwilligung zu erhalten, und nachzuweisen, daß sie den erforderlichen Fond der Normalrente zur Errichtung des Majorats seiner bisherigen Gesamthaftung entlassen, und sich entweder mit anderer Sicherheit begnügen, oder zur allmählichen Befriedigung ihrer Forderungen auf die Früchte des oben bestimmten Ueberschusses verweisen lassen wollen.

§. 39. In diesem letzten Falle bleiben zwar solche Schulden auf gedachtem Majorats-Ueberschusse dergestalt liegen, daß sie
sie

sie aus den Früchten desselben bezahlt werden müssen; da es aber Unsere Absicht ist, daß die Majorate durchaus, so viel möglich, von Schulden befreiet werden sollen, so hat bei obigen Verhältnissen der Majorats-Konstituent einen mit seinen Gläubigern verglichenen Tilgungsplan einzureichen, wie in gewissen Terminen solche auf dem Majorats-Ueberschusse liegen gebliebene Foderungen allmählich von ihm selbst noch, oder von seinen Majoratsfolgern aus den Früchten des gedachten Ueberschusses abgeführt werden sollen; welcher Tilgungsplan, in so ferne derselbe Unsere Genehmigung erhalten haben wird, dann auch eben so, wie der Majorats-Komplex selbst, der Majoraten-Matrikel einverleibt werden soll.

§. 40. Sollten neben dergleichen Schuld-foderungen auf dem zum Majorate vorgeschlagenen Güterkomplexe etwa noch andere Bürden und Lasten haften, die von demselben entweder gar nicht, oder nur mit grosser Beschwerlichkeit getrennt werden könnten, als z. B. unablösbare ewige Gelder, an Andere zu verreichende Zehenten, und ähnliche Passivdienstbarkeiten, Stiftungen für Pfarreien, Bene-

fizien, Stipendien, und für andere milde, oder öffentliche Zwecke, so können auch solche Lasten, in so ferne sie nur die Normalrente nicht angreifen, ebenfalls auf dem Majorats-Ueberschusse liegen bleiben.

§. 41. Obgleich bloße Mobilien zur Begründung eines Majorats der Regel nach sich nicht eignen, so sind doch hierunter diejenigen nicht verstanden, welche zum Betriebe der etwa unter den Majorats-Anschlägen begriffenen a) Oekonomien, b) Brauereien, c) oder sonstigen Industrial-Anstalten erfordert werden.

§. 42. Hienach erhalten (womit auch jeder Majorats-Konstituent das Majorat sogleich zu dotiren hat) a) bei Oekonomien das Vieh, und die sogenannte Fahrnis; b) bei Brauereien das Braugeschirr jeder Gattung; c) bei anderen Industrial-Anstalten die hiezu gehörigen Maschinen und Werkzeuge aller Art die Eigenschaft der Unveräusserlichkeit, und müssen dem Majoratsfolger nach dem Umfange, welchen die Dotation ausspricht, im vollkommen brauchbaren Stande hinterlassen, oder in eben derselben Qualität ersetzt werden.

§. 43. Da Wir auch jeden neu antretenden Majoratsbesitzer in den Stand gesetzt wissen wollen, von der Zeit seines Antrittes den vollen Genuß der Normalrente zu erhalten, so hat jeder Majorats-Konstituent seinem Nachfolger a) bei Oekonomien den nöthigen Saamen, und das bis zur nächsten Erndte hinreichende Speisgetreid, dann b) bei Brauereien einen nach dem zur Zeit der Majoratsfolge sich bezeigenden Betriebe des Braugeschäftes nöthigen, halbjährigen Vorrath zu hinterlassen: diese verschiedenen Vorräthe sollen ebenfalls als wahre Majoratstheile angesehen, und den mit der Unveräusserlichkeit belegten unbeweglichen Majoratsstücken vollkommen gleich gehalten werden.

§. 44. Wenn schon übrigens Unsere Absicht bei den gegenwärtigen Bestimmungen auch mit dahin gerichtet ist, daß jedes Majorat mit einem verhältnißmässigen Landhause zur anständigen Wohnung des Majoratsbesizers und seiner Angehörigen dotirt werden solle; so wollen Wir doch hiebei den Majoratsverband nur auf jene Art von Mobilien in demselben ausgedehnt wissen, die zwar an sich bloß für solche angesehen werden müssen,

indessen durch die bestehenden bürgerlichen Gesetze bereits ebenfalls für unbewegliches Gut erklärt sind, oder durch eine neue Gesetzgebung hiefür erklärt werden.

III. K a p i t e l.

Unter welchen Bedingungen, auf welche Art, und mit welchen Förmlichkeiten die Majorate zu errichten sind.

§. 45. Ein Majorat kann nur a) mit Erholung Unserer besondern Bewilligung, und b) mit Erwirkung seiner Eintragung in die Majoratsmatrikel errichtet werden.

§. 46. Da bei Errichtung eines neuen Majorats zugleich für den standesmässigen Unterhalt der Notherben des Konstituenten gesorgt werden muß, so soll derselbe gehalten seyn, zur Deckung der Pflichttheilsrate, welche den Notherben aus dem Kapitalswerthe des zum Majorate vorgeschlagenen Objektes seiner Zeit hätte zukommen können, allemal den Betrag der Hälfte dieses Objektes auf sein übriges freies Vermögen anzuweisen, und zu versichern. Bei Berechnung dieser Hälfte, wenn die Ausweisung in Grundrenten geschieht, soll eben

so, wie bei Berechnung des Kapitalwerthes des Majorats-Objectes selbst der für die Majorats-Fassionen (oben §. 35.) bestimmte Maasstab zum Grunde gelegt werden.

Wenn sich nach dem Tode des Konstituenten zeigt, daß die Hälfte mehr beträgt, als die vorhandenen Notherben, ihrer geringeren Zahl nach, aus gedachtem Objecte erhalten haben würden, oder wenn bei dem Tode des Konstituenten gar keine Notherben mehr vorhanden sind; soll der dadurch bei Berechnung der obgedachten Pflichttheilsrate sich bezeichnende Mehrbetrag, oder im letzten Falle die ganze als Pflichttheilsrate ausgewiesene Quote die Eigenschaft eines Majorats-Ueberschusses annehmen, und dort, wo es noch nöthig seyn wird, in Grundeigenthum verwandelt, dem Majorate einverleibet werden.

Uebrigens verbleiben den Notherben ihre gesetzlichen Ansprüche zum Pflichttheile auf das übrige, unter obiger Ausweisung nicht begriffene Vermögen.

§. 47. Was Unsere bei Errichtung der Majorate nöthige, besondere Bewilligung belanget; so wird diese in einer an Uns gerichteten, und bei Unserem Justiz-Ministerium zu

übergebenden Vorstellung nachgesucht, worin die persönliche Fähigkeit zur Errichtung eines Majorats (oben §. 17.) nachgewiesen: und damit die Auszeige der für die Notherben des Konstituenten bestimmten Quote (§. 46.) verbunden werden muß.

Dieser Vorstellung ist a) eine umständliche Anzeige aller Bestandtheile der zu dem Majorate in Vorschlag gebrachten, und hiezufähigen Güter beizulegen, dabei b) der dem Impetranten bisher unbestrittene Besiz eben dieser Güter gerichtlich zu beurkunden, und c) auszuzeigen, daß diese Güter wenigstens den zur Konstituierung eines Majorats erforderlichen Rentenbetrag nach dem Minimum (§. 34.) normalmässig berechnet (§. 35.) abwerfen.

§. 48. In jenen Gegenden Unseres Reiches, wo bereits Hypothekenbücher eingeführt sind, und wenn dieselben künftig allgemein eingeführt seyn werden, sollen überdies Zeugnisse der einschlägigen Hypothekenämter, daß die zum Majorate vorgeschlagenen Objekte mit keiner Hypothek belastet seyen, oder Auszüge eben dieser Hypothekenbücher beigebracht werden, woraus sich zeigt, in wie ferne? und in welchem Maasse das ganze vorgeschlagene Ma-

jorat, oder der eine, oder andere Bestandtheil desselben mit Hypotheken sich beschweret befinden.

§. 49. Der Konspekt des zum Majorate vorgeschlagenen Güterkomplexes ist durch Unser Justiz-Ministerium dem einschlägigen Appellationsgerichte, worin der Hauptort des Majorates gelegen ist, zur ediktmässigen Instruirung (§§. 36 und 37.) zuzuschliessen, und nach eingelangtem Berichte, unter Anlegung der Akten, der in Majorats-Gegenständen bestehenden geheimen Raths-Kommission zu übergeben.

§. 50. Erfolgt hierauf nach dem in der Instruktion, welche hier unter Ziffer II. nachfolget, vorgeschriebenen Verfahren, und geschehenem Vortrage in Unserm geheimen Rathe, Unsere Genehmigung; so wird die Majorats-Urkunde, welche sämtliche Bestandtheile und Bedingnisse des Majorats enthalten muß, von Uns bestätigt, und unter Unserem grossen Insiegel ausgefertigt, sodann in eine eigene Matrikel eingetragen, und nach erlegten Stempel- und Kanzlei-Gebühren durch das Regierungsblatt bekannt gemacht.

§. 51. Bei jedem Unserer Appellations-Gerichte muß daher eine eigene solche Ma-

trikel, welche die in dessen Bezirke befindlichen Majoratsgüter mit einer vollständigen Angabe derselben, auch ihre Ab- und Zugänge enthält, geführt, und jedem Interessenten auf Verlangen zur Einsicht vorgelegt, von Unserem Justiz-Ministerium aber für die Anlegung und Fortsetzung dieser Majorats-Matrikeln eine besondere Obsorge getragen werden.

§. 52. In denjenigen Fällen, wo zwar die Errichtung eines Majorats von Uns selbst veranlassen wird, doch die Dotation hiezu von Uns nicht vollständig, sondern nur theilweise geschieht; ist hinsichtlich desjenigen mangelnden Theiles, welcher noch aus dem Privat-Vermögen hierauf verwendet werden muß, Alles dasjenige zu beobachten, was bisher in Hinsicht der Errichtung neuer vollständiger Majorate durch Adelige verordnet worden ist. Erst dann, wenn hinsichtlich des zur Ergänzung ausgewiesenen Theiles jene Bedingungen alle erfüllt seyn werden, kann über das damit vollständig hergestellte Majorat die erforderliche Majorats-Urkunde ausgefertigt, und das volle Majorat gehörig immatrikulirt werden. (§. 51.)

§. 53. Wenn mit einer Adels-Verleihung, oder Standes-Erhebung, oder auch ohne diese,

von Uns selbst eine volle Majorats - Dotation ertheilt wird, so werden Wir nach Verschiedenheit der ebengedachten Fälle das Ertheilungsdekret nebst dem Verzeichnisse der das Majorat konstituierenden Güter Unserm Ministerium der Justiz, und in soferne damit etwa zugleich die Adelsverleihung, oder eine Standeserhebung verbunden wäre, auch Unserm Ministerium der auswärtigen Verhältnisse zufertigen. Dem Ersten liegt sodann ob, hiernach die Majorats - Urkunde auszustellen, dann die Immatrikulation des Majorats und dessen Bekanntmachung durch das Regierungsblatt zu verfügen. Das Letzte hat aber den ertheilten Adelstitel, oder die Standeserhebung in das Adelsregister des Königreichs eintragen, und gleichfalls durch das Regierungsblatt bekannt machen zu lassen.

§. 54. Aus den bisherigen Bestimmungen gehet zwar von selbst hervor, daß die eigentliche Errichtung eines Majorats nur durch eine Handlung unter Lebenden geschehen könne. Es kann aber auf ähnliche Weise wie oben (§. 18.) vorgekommen ist, auch von einem Gutsbesizer ein bereits von ihm zum Majorate bestimmtes Gut durch leztwillige Verordnung

einem des Majorats - Besizes Fähigen, unter der Bedingung hinterlassen werden, Unsere zur wirklichen Errichtung desselben erforderliche Genehmigung auf dem oben vorgeschriebenen Wege, und unter den nöthigen Förmlichkeiten zu erwirken. Auch ist der Testator berechtigt, auf den Fall, wo der zum Majorate Berufene diese ihm gesetzte Bedingung nicht erfüllen könnte, oder wollte, demselben einen Andern unter eben dieser Bedingung zu substituiren.

II. A b s c h n i t t .

Von der Bildung der Majorate aus vormaligen Fidei - Kommissen.

I. Kapitel.

Was hiebey die vormaligen Fidei - Kommiss - Besizer mit den übrigen Majorats - Konstituenten gleichförmig zu beobachten haben.

§. 55. Wenn vormalige Fidei - Kommiss - Besizer (deren Fidei - Kommissen ganz, oder doch zum Theil so weit im Landeigenthume bestanden haben, daß dasselbe zur Bildung eines Majorats wenigstens in dem Minimum (§. 34.) hinreicht), jene ihre aufgelöste

Fidei - Kommissgüter hiezu in Vorschlag bringen wollen: so sind dießfalls a) nur solche Objekte annehmbar, welche die bereits nach oben §§. 27 — 44. sowohl für das Minimum, als den Majorats - Ueberschuß näher bezeichneten Eigenschaften an sich tragen; auch muß b) die Berechnung der Erträgnisse dieser Objekte eben dieselbe seyn, welche die in der Beilage I. zu oben §. 35. eigens für das Majorats - Institut entworfene Fassion verordnet.

§. 56. Auf gleiche Weise haben die vormaligen Fidei - Kommiss - Besizer, wenn sie auch selbst die Majorate aus ihren schon ehemals bestandenen Fidei - Kommissen errichten wollen, nichts destoweniger hinsichtlich Unserer hiezu zu erholenden Bewilligung, und der Eintragung ihres neu geschaffenen Majorats in die Majoraten - Matrikel (in soferne nicht durch das nächstfolgende Kapitel besondere und bestimmte Ausnahmen hierwegen gestattet sind) alle jene Bedingungen und Förmlichkeiten zu erfüllen, die nach oben §§. 45 — 54. den übrigen Majorats - Konstituenten vorgeschrieben sind.

§. 57. Wenn die Besizer eines vormaligen Fidei - Kommisses, welches die Fähigkeit

hat, zu einem Majorate verwendet zu werden, noch unter der Vormundschaft stehen; so hat es bei der schon oben §. 20. ertheilten Bestimmung sein Bewenden. Im Falle aber solche Besizer unter bloßer Kuratel stehen, so wollen Wir hiemit auch diesen Kuratoren die Befugniß ertheilen, mit Bewilligung der Obrigkeit, und nach Beobachtung der vorgeschriebenen Förmlichkeiten, aus dem vormaligen Fideikommiß-Vermögen ihrer Kuranden ein Majorat für dieselben, und ihre männlichen Descendenten zu errichten.

II. Kapitel.

Begünstigung der Majorats-Errichtung aus vormaligen Fidei-Kommissen.

§. 58. Da die Nachgeborenen und Töchter der adelichen Familien, wenn die vormaligen Fidei-Kommisse nicht aufgehoben wären, aus diesen lezten nie einen Pflichttheil zu erwarten gehabt hätten, und Unsere Absicht dahin gehet, die Errichtung der Majorate aus vormaligen Fidei-Kommissen zu erleichtern, so bestimmen Wir hiemit, daß im Falle ein vormaliger Fidei-Kommiß-Besizer seine Fidei-Kommißmasse zur Errichtung eines Majorats verwenden will, derselbe zu mehr nicht gehal-

ten seyn soll, als seinen Notherben von dem, was er aus dem vormaligen Fideikommiss Vermögen zum neuen Majorate verwendet, die Hälfte dessen auszuweisen, was sie an eben dieser Portion zum Pflichttheile betroffen hätte, wenn letzte als väterliche, oder grosväterliche Erbschaft auf sie gekommen wäre.

§. 59. Die Bestimmung der Quote dieses Pflichttheiles geschieht nach den bürgerlichen Gesezen. Die Berechnung des vormaligen fideikommissarischen Vermögens zum Behufe der Ausweisung des Pflichttheils geschieht nach dem Maasstabe der Majorats-Fassionen dergestalt, daß die Gesammtmasse der Majoratsrenten mit 20 zu Kapital erhoben wird.

§. 60. Was den zum Pflichttheile Berechtigten bei noch bestandenem Fidei-Kommiss etwa schon durch besondere Bestimmungen als Appanage ausgewiesen war, kann denselben bei der gegenwärtigen Ausweisung ihrer Pflichttheils Hälfte angerechnet werden.

§. 61. Diese Pflichttheils-Hälfte kann der vormalige Fidei-Kommissbesizer auch auf seinem übrigen Allode ausweisen, auf welchem sie sodann versichert werden muß. Ausserdem haftet solche Schuld auf dem Majorats-

Ueberschusse (§. 28.) dergestalt, daß es nach dem Ableben des Majorats - Konstituenten von den Interessenten abhängt, dieselbe verzinslich auf dem Majorats - Ueberschusse liegen, oder in billigen Fristen abbezahlen zu lassen.

§. 62. Da ferner die älteren Gläubiger der vormaligen Fideikommiss - Besizer (wenn nicht ihre Foderungen sogenannte privilegierte Fideikommiss - Schulden bildeten) auf die Substanz des Fidei - Kommisses nie einen Anspruch zu machen hatten; so ist es auch bei der Aufhebung der Fidei - Kommisses Unsere Absicht keineswegs gewesen, solchen Gläubigern für den Fall, wenn der vormalige Besizer das Fidei - Kommiss in ein Majorat verwandelt, hinsichtlich jener älteren Foderungen neue Rechte auf diese Gütermasse einzuräumen.

§. 63. Hingegen verdienen solche Gläubiger billige Rücksicht, welche mit den Fideikommiss - Besizern erst nach dem 14ten September 1808, sohin in der Voraussetzung kontrahirt haben, daß sie ihre Befriedigung auch aus der in Allode übergegangenen Fidei - Kommissmasse erlangen würden.

§. 64. Alle vormaligen sogenannten Fideikommiss - Schulden bleiben eben so auf

der Substanz des Majorats versichert, wie sie bisher die Fideikommissmasse affizirt haben: nur tritt für den Majorats - Stifter die Verbindlichkeit ein, das zum Majorate umgeschaffene Fidei - Kommiss allmählig, und vor allem sogleich den Fond der Normalrente von solchen Schulden zu befreien.

§. 65. Da gemäß §. 63. die Fidei - Kommissse auch für jene neuen Schulden haften, welche von einem Fidei - Kommiss - Besizer erst nach dem 14ten September 1808 kontrahirt worden sind, so liegt dieser Schulden wegen dem Majoratsstifter die gleiche Verbindlichkeit ob, das zu dieser Stiftung verwendete Fidei - Kommiss von diesen neueren Lasten zu befreien.

§. 66. In Folge der voranstehenden Bestimmungen sind solche Majorats - Stifter, welche ihre Fidei - Kommiss - Güter zum Majorate verwenden wollen, verbunden, den dazu vorgeschlagenen Güterkomplex (nach §. 36.) durch das einschlägige Appellationsgericht zur Bekanntmachung zu bringen: jedoch sind hiebey bloß jene Gläubiger aufzurufen, deren Ansprüche entweder auf einer das vorgeschlagene Objekt affizirenden wahren Fidei - Kom-

mißschuld beruhen: oder aus einem erst seit dem 14ten September 1808 geschlossenen Vertrage herrühren.

III. A b s c h n i t t.

Von der Vergrößerung der Majorate.

§. 67. Wenn ein Majorat in der Folge vergrößert werden soll, so müssen a) die Bestandtheile dieses Zuwachses von der Art seyn, daß sie wenigstens (und zwar normalmäßig nach §. 31.) zu Konstituierung eines Majorats - Ueberschusses verwendet werden können. Sie müssen b) überdies, wie die ältern Majoratstheile, schuldenfrei gemacht werden, und dürfen endlich c) (nach §. 46.) dem Pflichttheile derjenigen nicht zum Abbruch gereichen, die einen solchen von diesem Objekte hätten erhalten können.

§. 68. Es sollen a) auch diese zur Vergrößerung eines Majorats bestimmten Güter der oben (§. 36.) angeordneten gerichtlichen Bekanntmachung unterliegen, und b) der zur Abbezahlung der auf dem Vergrößerungs - Objekte liegenden Schulden einzureichende Tilgungs - Plan soll mit jenem gleichfalls immatrikulirt werden.

§. 69.

§. 69. In Hinsicht der Förmlichkeiten wollen Wir die besondere Konsens - Ertheilung, welche bei der ersten Begründung eines Majorats nöthig ist, für die Vergrößerungsfälle als supplirt erklären.

§. 70. Jeder Majorats - Vergrößerungs - Vorschlag muß indessen vor allem Unserm Justiz - Ministerium unter Beobachtung dessen, was oben §. 48. vorgeschrieben ist, vorgelegt werden; welches diesen Vorschlag an die in Majorats - Sachen angeordnete geheime Rathskommision zu dem in der Instruktion vorgeschriebenen Verfahren übergiebt.

II. Titel.

Von den Rechten und Pflichten der Majorats - Besizer.

1. Abschnitt.

Von den Rechten der Majorats - Besizer und ihrer Angehörigen, vorzüglich in Beziehung auf ihre Personen.

§. 71. Die Majorats - Besizer nehmen in Gemäßheit des Titel I. §. 5 der Konstitution des Reichs einen verhältnißmäßigen Antheil an den allgemeinen Versammlungen, Kreis -

Deputationen, dann der National - Repräsentation: und als die grösseren Güterbesitzer erklären Wir dieselben dergestalt für geborne Mitglieder der genannten Versammlungen, daß in den allgemeinen Versammlungen Sämmtliche aufgenommen werden: in den Kreis - Deputationen und der National - Repräsentation aber die mindere Hälfte aus ihnen, und den adelichen Besitzern künftig bleibender Kanzleilehen bestehen solle, welche Wir in diesen, wie in den nachfolgenden Vorzügen den Majorats - Besitzern gleichgehalten wissen wollen.

§. 72. Sie genießten nach der Verordnung vom 14ten Dezember 1808. (Rggsbl. d. J. St. LXXII. S. 2885.) den befreiten Gerichtsstand in allen Personal - und Realklagen bei Unseren einschlägigen Appellationsgerichten, und zwar, so viel die Majorate betrifft, bei jenem, wo sie immatrikulirt, und die Lehen, wo sie gelegen sind.

§. 73. Wir übertragen den Majorats - Besitzern, und den ihnen gleich gehaltenen adelichen Vasallen in dem ganzen arrondirten Umfange ihrer Majorats - oder Lehen - güter die Ausübung der Polizei und der vol-

len Zivil - Gerichtsbarkeit, wie dieselbe Unseren Landgerichten anvertraut ist. Ihre Gerichte erhalten die Benennung Herrschaftsgerichte mit Beifügung des Familien - Namens des Besizers, und ihre Gerichts - Beamte heissen Herrschafts - Richter. Diese Herrschafts - Gerichte sind in allen sowohl Justiz - als Polizei - und sonstigen administrativen Gegenständen nur Unseren höheren Landesstellen, nämlich den General - Kreis - Kommissariaten, Appellations - Gerichten und Finanz - Direktionen untergeben; jene Fälle ausgenommen, in welchen die Landgerichte, oder Rentämter aus besonderen Aufträgen, und im Namen der genannten höhern Landesstellen handeln.

§. 74. Bei Verlassenschaften der Majorats - und adelichen Lehenbesizer können unbetheiligte Blutsverwandte des Verstorbenen die Besieglung, Beschreibung, und die gänzliche Behandlung vornehmen, in soferne nicht vor Gericht ein Streit darüber entsteht.

§. 75. Wir behalten Uns vor, einzelne Majorats - Besizer, entweder aus eigener Bewegung mittels Ausfertigung einer besondern Urkunde, durch Unsern Minister der auswärtigen Angelegenheiten, als Chef des Hoheits - Depar-

tements, oder nach dem Ansuchen der einzelnen Majorats - Besizer, auf desselben Vortrag, den mediatisirten Fürsten, Grafen und Herren, in Rücksicht weiterer Vorzüge nach Unserer Deklaration vom 19ten März 1807 gleichzustellen, und ihnen solche Vorzüge auf Lebenszeit, oder erblich zu ertheilen.

§. 76. In Fällen, wo sich ein Majorats-Besizer des Majorats gänzlich verlustig machen würde, sollen ihm, bei Ermangelung anderer Mittel die, jedoch nur natürlichen Alimente aus dem Majorate verreicht werden.

Hiernächst haben die Wittwen der Majorats - Besizer aus dem Majorate subsidiarisch einen verhältnißmäßigen Witthum, ihre nachgebornen Kinder aber haben, doch auch nur subsidiarisch, die benöthigten Alimente daraus zu fodern. Worüber die näheren Bestimmungen in den §§. 79 — 87. nachfolgen.

II. A b s c h n i t t.

Von den Rechten und Pflichten der Majorats-Besizer und ihrer Angehörigen in Beziehung auf die Majoratsgüter.

I. Kapitel.

Rechte und Pflichten derselben, hinsichtlich des Genusses dieser Güter.

§. 77. Der Majorats - Besizer ist für den einzigen, und nur hinsichtlich des Veräußerungsrechtes beschränkten Eigenthümer des Majorats anzusehen, und es gebühret ihm neben dem ausschließlichen Verwaltungsgrechte, auch, der Regel nach, der volle Genuß des Majorats, wesswegen er auch die darauf liegenden öffentlichen Lasten zu tragen hat.

§. 78. Der volle Genuß des Majorats-Besizers unterliegt nur dann einer Verminderung, wenn a) eine oder mehrere Wittwen der vorigen Majorats - Besizer, die selbst zu einem Witthum aus dem Majorate berechtigt sind, oder b) wenn solche Alimenten - Bedürftige Nachgeborne der vorigen Majorats-Besizer, oder endlich c) solche privilegirte Gläubiger vorhanden wären, die nach den verschiedenen Dispositionen Unserer gegen-

wärtigen Erklärung auf die Früchte des Majorats einen Anspruch zu machen haben.

§. 79. Hinterläßt ein Majorats - Besizer eine Wittwe, die kein zu ihrem Unterhalte hinlängliches eigenes Vermögen besitzt; und sind auch ausser dem Majorate keine anderen Güter vorhanden, worauf ihr ein standesmässiger Unterhalt angewiesen werden könnte, so geht die Verbindlichkeit auf den nachfolgenden Majorats - Besizer über, ihr ganz oder zuschufsweise ein verhältnissmässiges Witthum aus den Majorats - Einkünften zu verreichen.

§. 80. Dieses Witthum darf aber, in so fern nur eine solche Wittwe vorhanden ist, den dritten Theil der Normalrente des Majorats nicht überschreiten, und hört durch die zweite Heirath der Wittwe, oder wenn dieselbe zu einem hinlänglichen eigenen Vermögen gelangt, wieder auf.

§. 81. Den nachgebornen Kindern eines Majorats - Besizers gebührt bei dem gänzlichen Abgange eines anderen Vermögens der Lebens - Unterhalt (Alimentatio) aus den Einkünften des Majorats, welcher sich verhältnissmässig nach der Zahl, und ohne Unterschied des Geschlechts

dieser Kinder, selbst bis auf die Hälfte der Normalrente erstrecken kann.

§. 82. Kann sich eine Wittve über ihre Ansprüche auf ein Witthum, oder über die Quote desselben — und können sich die Nachgeborenen, oder nach Umständen ihre Vormundschaft, über die Quote der Alimenten mit dem Majorats - Besizer nicht selbst gütlich vereinigen, so hat das einschlägige Appellationsgericht von erster Instanz wegen hierüber zu entscheiden.

§. 83. Wenn ein Majorats - Besizer zur Bezahlung seiner Schulden ausser dem Majorate kein anderes hiezu hinlängliches Vermögen zurückläßt; haften die Majorats - Nachfolger nur für jene Schulden, welche zum beständigen und erweislichen Nutzen des Majorats verwendet worden sind. Hieher gehören diejenigen, welche zur Abführung der dem Majorate auferlegten feindlichen Kontributionen, zur Herstellung nöthiger oder nützlicher Gebäude, zur Tilgung nothwendiger, die Substanz des Majorats betreffenden Prozeßkosten, aufgenommen worden sind.

§. 84. Für diese Schulden haftet jedoch keineswegs die Substanz des Majorats, son-

dern dieselben müssen in verhältnissmässige Fristen eingetheilt, von den Majorats - Besizern jährlich, doch nur mit dem dritten Theile der Normalrente des Majorats abgeführt werden.

§. 85. Wenn bei einem Majorate Wittthume, Alimenten und privilegierte Schulden (§. 83.) konkurriren; so darf ihr Gesamt-Betrag zwei Drittheile der Normalrente des Majorats, d. i. zwei Tausend sechs Hundert sechs und sechzig Gulden 40 kr. nicht übersteigen, und dem Majorats-Besizer muss in jedem Falle ein Drittheil dieser Rente freiblassen werden. Jedoch darf bei dieser den Majorats - Besizer ohnehin begünstigenden Berechnung weder aus dem Titel eines Kriegsschadens, noch eines anderen Unglücksfalles eine weitere Verminderung der für die Wittwen, Alimentirte und Gläubiger oben bestimmten Summe statt finden.

§. 86. Sollten die nach dem bisher angezeigten Maasstabe zum Mitbezug der zwei Drittheile der Normalrente (§. 85.) berechtigten Wittwen, zu alimentirenden Nachgebornen, und privilegierten Gläubiger über die verhältnissmässigen Antheile, oder da, wo mehrere oder neue

Konkurrenten auftreten, über die nöthige Abminderung ihrer bereits genießenden Bezugsquoten sich nicht gütlich vereinigen können; so haben dieselben den gerichtlichen Ausspruch zu erwarten.

II. K a p i t e l.

Rechte, und Pflichten der Majorats-Besizer in
Hinsicht der Erhaltung der Majorats-
güter.

§. 87. Jedem Majorats-Besizer liegt die Pflicht ob, die Majoratsgüter aus den Früchten des Majorats, und auf eigene Kosten in gutem Stande zu erhalten, wesswegen er hierauf den Fleiß eines jeden guten Hausvaters zu verwenden (die Culpa levis zu prästiren) hat.

§. 88. Der Majoratsbesizer kann demnach weder für sich, noch wegen der eigenen Natur des gegenwärtigen Majorats-Institutes, selbst mit Einwilligung aller zur Majoratsfolge Berechtigten, das Majorat mit einer bleibenden neuen Bürde, Dienstbarkeit, oder Hypothek-Schuld beladen. Für Gläubiger, deren Darlehen erweislich zum Vortheile des Majorats verwendet worden sind, und zu deren Abfüh-

rung das sonstige Vermögen des Schuldners nicht mehr hinreichen würde, hat bereits das gegenwärtige Gesez (oben §§. 83—84) von selbst gesorgt.

§. 89. Zeigt sich bei einem Majoratsbesizer eine dem Majorate verderbliche Wirthschaft, oder eine offene Zuwiderhandlung gegen eben berührte Obliegenheiten, so kann, und soll desselben Majoratsgut auf Instanz der Interessenten (§§. 78. folg.) oder Majoratsfolger, auch von dem einschlägigen Appellationsgerichte nach vorher von Uns hiezu erholter besonderer Genehmigung, selbst von Amtswegen, in Administration gesetzt werden.

§. 90. Dem Majorats-Besizer ist daher (wenn auch selbst die Einwilligung aller zur Majoratsfolge berechtigten Familienglieder dazu vorhanden wäre) jede Veräußerung des Majorats im Ganzen, oder in seinen Theilen, durch Verpfändung, Tausch, Verkauf, Vergleich, leztwillige Verordnung, oder welche Veräußerungs-Arten sonst immer genannt werden können, noch viel weniger gestattet.

§. 92. Alle solche von einem Majorats-Besizer vorgenommenen Veräußerungen, oder dem Majorate überbürdeten Schulden und La-

sten (§. 88.) sind, der Regel nach, an sich schon nichtig; können von keinem Gerichte als gültig erkannt, und durch jeden zur Majoratsfolge Berechtigten von jedem dritten Inhaber (wenn diesem nicht selbst, als früherem, und wahrem Eigenthümer, das Vindikationsrecht des an ihn gekommenen Majorats zugestanden hatte), ohne daß die Einrede einer Verjährung dagegen statt hat, zu allen Zeiten zurück gefodert, und dem Majorate einverleibt werden.

§. 92. Würde eine untere Gerichtsstelle den Handlungen vorstehender Art eine Gültigkeit zulegen, so sollen deren Erkenntnisse auf Anrufen der zur Majoratsfolge Berechtigten, von dem höheren Tribunale kassirt, und der ursprüngliche Stand des Majorats hergestellt werden.

§. 93. Für das auf diese Art revozirte Majorat, oder desselben Theile wird (den einzigen Fall ausgenommen, wo der anrufende Majorats-Nachfolger zugleich der Allodialerbe seines Vorgängers wäre) kein Ersaz geleistet; sondern dem dritten Akquirenten bleibt nur der Regress gegen den Veräusserer, und dessen Erben vorbehalten.

§. 94. Von dem im obigen §. 90. enthaltenen allgemeinen Veräußerungsverbote bei Majoraten sind nur die Fälle ausgenommen, a) wo mit Unserer besondern Genehmigung eine Veräußerung des Ganzen, oder einzelner Theile, gegen hergestelltes hinlängliches Surrogat eintreten würde; oder b) wo ein Theil des Majorats zum Vorthail desselben durch Vergleich angelassen werden sollte; und endlich c) in dem Falle der Renten-Ablösung, oder wo aus administrativen Rücksichten in dem weiter unten §. 101. näher bezeichneten Maasse auf dem Majoratsgute eine neue Grundgerechtigkeit zu ertheilen, oder eine schon bestehende in eine andere zu verändern für nützlich oder nothwendig befunden wird.

§. 95. Wenn ein Majoratsbesitzer es nothwendig, oder nützlich findet, einen Theil seines Majorats, oder das Ganze gegen ein anderes Objekt zu verwechseln, und hierbei der Weg a) eines unmittelbaren Tausches, oder b) eines vorgängigen Verkaufes eingeschlagen wird, so müssen in jedem der gedachten Fälle zur Gültigkeit der Handlung folgende Bedingungen und Förmlichkeiten beobachtet werden.

§. 96. Im Falle des unmittelbaren Tausches ist das zu vertauschende Objekt nach seinen Eigenschaften und Erträgen, und auf gleiche Weise das dafür einzutauschende Gut bei Unserem Justiz-Ministerium anzuzeigen, damit bei der in Majoratssachen angeordneten geheimen Raths-Kommission nach der derselben erteilten Instruktion weiter verfahren werde.

§. 97. Bei einer auf diese Art vorgenommenen, und von Uns genehmigten Vertauschung des Majorats, oder der Theile desselben versteht es sich von selbst, daß (was zugleich bei den folgenden §§. 98—100, als dort wiederholt geachtet werden soll) jedes Erbfolge- und Revokationsrecht der zur Majoratsfolge Berechtigten für gänzlich erloschen anzusehen sey, folglich denselben keine Reklamation gegen solche Veräußerungen, auch selbst nicht gegen Erstattung des Werthes, zustehe.

§. 98. Findet ein Majoratsbesitzer seine Konvenienz durch unmittelbaren Tausch nicht, sondern ist eine vorgängige Verkaufshandlung der Majorats-Objekte nothwendig; so muß der vorhabende Verkauf, so wie oben §. 96. der Tausch, bei Unserem Justiz-Mini-

sterium angezeigt, und zugleich das in Landeigenthum bestehende Surrogat, so ferne aber dieses aus dem Eigenthume eines Dritten bestehen würde, mit Beibringung der eventuellen Bewilligung dieses Eigenthümers, umständlich, und nach Art eines Tauschobjekts nachgewiesen und behandelt werden.

§. 99. Wenn hinsichtlich einer bereits erhobenen oder eben bevorstehenden, die Substanz eines Majorats betreffenden Streitigkeit ein Vergleich geschlossen werden will, durch welchen ein Bestandtheil desselben veräußert werden soll; so muß dieser Unserem Justiz-Ministerium vorgelegt, und durch dasselbe in dem vorgeschriebenen Wege, Unsere Genehmigung erwirkt werden.

§. 100. Sollte übrigens bei der vorgenommenen Prüfung der durch Vergleich, oder durch Tausch, oder Verkauf sich ergebenden gänzlichen, oder partiellen Majorats-Veräußerungen eine Vernehmung der Majorats-Folger, oder anderer Interessenten für nothwendig gehalten werden; so bleibt dieses dem Ermessen der geheimen Rathskommission überlassen. Auf noch ungeborne Interessenten ist

aber nach der Natur des Majorats - Instituts keine Rücksicht zu nehmen.

§. 101. Die Ertheilung von Grund-Gerechtigkeiten auf dem Majoratsgute, oder dessen einzelnen Bestandtheilen ist zwar unter dem allgemeinen Veräußerungsverbote begriffen.

Wir wollen aber aus bewegenden Gründen nicht nur allein die Leibrecht - und Freistift-Gerechtigkeit unter diesem Verbote nicht begriffen haben; sondern dem Majoratsbesizer auch noch weiters eine Verwandlung der bisherigen Leib- und Freistifts - Güter in Erbrechtsgerechtigkeit, oder auch eine ganz neue Erbrechts-Verleihung, dann die Ablösung der Grundrenten unter der Bedingung gestatten, daß derselbe das für die Erbrechts-Verleihung, oder die Renten - Ablösung erhaltene Kapital dem Majorate zuschlage, und durch den Erwerb eines liegenden Eigenthums surrogire, welches dem Majorate einverleibt werden muß.

§. 102. Von gegenwärtiger Vergünstigung bleiben aber die zu den Majoraten gehörigen Oekonomien, nebst den dazu gehörigen Brauereien ausdrücklich, und dergestalt

ausgeschlossen, daß dieselben weder auf Leib- noch Erbrecht, sondern nur auf Zeitpacht gegeben werden dürfen, der aber die Dauer von neun Jahren nicht überschreiten soll.

III. K a p i t e l.

Rechte und Pflichten der Majorats-Besizer in
Hinsicht der Restitution der Majorats-
güter.

§. 103. Jedem Majoratsbesizer liegt die Pflicht ob, seinem Nachfolger das Majorat ohne irgend eine, aus seinem Verschulden herrührende Schmälerung zu hinterlassen.

§. 104. Dem Majorats-Nachfolger haften demnach, neben dem ihm ohnehin gebührenden Revokationsrechte der ungültig veräußerten Majoratsstücke, bis er zu diesen Letzteren gelangt, die Allodialmasse, und die Erben seines Vorgängers, welche sowohl hiefür, als nach oben §. 87. für jede auf das Majorat Bezug habende Pflichtversäumnis ihres Erblasers, und daraus entstehende Deteriorationen verantwortlich sind.

§. 105. Hinsichtlich des Zuwachses, und der Verbesserungen der Substanz des Majorats,

so wie der Theilung der hangenden und ausständigen Früchte treten, in soferne nicht hierüber besondere Dispositionen vorhanden sind, die Bestimmungen der bürgerlichen Rechte über die gegenseitigen Verhältnisse des Eigenthümers und Nuznießers ein.

§. 106. Für den den Allodialerben gebührenden Antheil bei der Früchte-Theilung, und den Ersaz der Meliorationen steht aber denselben kein Rückbehaltungsrecht (Jus Retentionis) an dem Majorate zu.

III. T i t e l.

Von der Erbfolge in die Majorate.

I. Abschnitt.

Von dem Erbfolgrechte.

§. 107. Das Recht zur Erbfolge in das Majorat bedingt sich durch den Ruf des Konstituenten, verbunden mit der subjektiven Fähigkeit des Berufenen. (§. 21.)

§. 108. Mit dem Verluste dieser letzten Fähigkeit erlischt demnach zugleich das Erbfolgrecht in die Majorate.

§. 109. Der Verlust dieser Fähigkeit, oder der zum Majoratsbesize erforderlichen Adelswürde tritt aber ein a) mit dem Verluste des Staats-Bürgerrechts, b) wenn gegen den Majorats-Besizer eine Kriminalstrafe erkannt worden ist.

§. 110. Tritt bei dem zur Majoratsfolge Berufenen dieser Verlust noch vor Eröffnung der Majoratsfolge ein, so ist das Recht zum Antritte damit erloschen. Ereignet sich aber dieser Verlust nach bereits erfolgtem Antritte des Majorats, so löset sich damit das Genußrecht des bisherigen Besizers auf, und dem nächsten Majorats-Nachfolger wird die Erbfolge in das erledigte Majorat eröffnet.

II. A b s c h n i t t.

Von der Erbfolg - Ordnung.

§. 111. In Hinsicht auf die Erbfolg-Ordnung ist bereits in Unserem Edikte vom 28sten Juli 1808 festgesetzt, daß sich künftig die Majorate unter den durch die erste Konstituierung zur Majoratsfolge Berufenen in der Lineal-Ordnung, und nur nach dem Rechte der Erstgeburt vererben sollen.

§. 112. Dem Majorats - Konstituenten folgt daher, der Regel nach, unter seinen ehelichen männlichen Descendenten (welchen die durch nachgefolgte Heurath legitimirten Söhne, in soferne sie nicht ex damnato coitu erzeugt worden, gleich zu halten sind) der erstgeborne Sohn, dem sodann nach Erlöschung seiner Linie, seine Brüder, oder derselben Descendenten, doch wieder nach dem Vorzuge der Linie, und der Primogenitur-Erbfolge zu sukzediren haben.

§. 113. Ist aber das Majorat von einem Konstituenten für Einen seiner nachgebornen Söhne, oder für einen Dritten errichtet worden; so wird in Hinsicht auf Erbfolg-Ordnung dieser Letzte für den Konstituenten angesehen, und hat sich das Majorat unter der Descendenz desselben auf die bereits in dem vorstehenden §. bestimmte Weise zu vererben.

§. 114. Diese Erbfolg-Geseze treten auch in jenem Falle ein, wenn die sukzessionsfähige Descendenz des Konstituenten oder desjenigen, der in obiger Hinsicht (§. 113.) dafür gehalten wird, erloschen — sofort das Erbfolgrecht derjenigen eingetreten ist, welche nach §. 24. für

jenen Fall haben substituirt werden können, und substituirt worden sind.

§. 115. Von allem, was bisher in dem gegenwärtigen Titel über Erbfolgrecht und Erbfolg-Ordnung gesezlich bestimmt worden ist, kann, selbst nicht durch gemeinschaftliche Einwilligung aller zur Erbfolge in das Majorat berufenen Familien-Glieder irgend etwas verändert werden.

§. 116. Nur für den Fall, wenn der letzte Mannsprosse mit keinem sukzessionsfähigen Leibeserben versehen wäre, wollen Wir demselben das Recht der Adoption auch in Hinsicht auf die Majoratsfolge, doch nur unter dem Vorbehalte Unserer ausdrücklichen Genehmigung einräumen.

IV. T i t e l.

Von der gänzlichen Auflösung der Majorate.

I. A b s c h n i t t.

Fälle, in welchen sich die Majorate auflösen.

§. 117. Gesezlich errichtete Majorate und Vergrößerungen derselben sind unauflösbar. Folgende Fälle ausgenommen:

§. 118. A. Wenn sie unter den oben §. 95. folg. vorgeschriebenen Bedingungen durch Kauf oder Tausch veräußert worden sind; oder wenn ein Dritter das ganze Majorat, oder die Vergrößerung als sein Eigenthum vindiciret.

§. 119. B. Durch den gänzlichen Untergang des Objekts.

§. 120. C. Wenn das Majorat durch den Untergang einzelner Bestandtheile, oder durch Vindikationen dritter Eigenthümer, oder durch andere Unfälle so tief in seiner Substanz abgemindert wird, daß nicht einmal mehr die Normalrente (§§. 28. 34.) übrig bleibt.

§. 121. D. Wenn der letzte zur Sukzession in das Majorat Berechtigte, ohne eine eheliche leibliche, oder nach oben §. 116. adoptirte männliche Descendenz zu hinterlassen, mit Tode abgehet.

§. 122. E. Wenn endlich sämmtliche lebende Majoratserben durch ihre gemeinschaftliche, gerichtlich erhobene Einwilligung, und mit Unserer besonderen Genehmigung den bisherigen Majorats - Verband selbst aufzulösen sich bewogen finden würden.

II. A b s c h n i t t.

Rechtliche Folgen dieser Auflösung nach Verschiedenheit der Fälle.

§. 123. Betrifft eine der im vorigen Abschnitte angeführten Auflösungsursachen bloß einen Theil des Majoratsguts; so bleibt das übrige als Allodium in den Händen des letzten Besizers, jedoch mit Fortdauer der auf dem erloschenen Majorate rücksichtlich der Nachgeborenen und Wittwen haftenden Lasten.

§. 124. Entsteht die Abminderung des Majorats unter die Normalrente aus eigenem Verschulden des Majoratsbesizers, so soll derselbe vor allem in Administration gesetzt werden.

Während dieser Administration, welche bis zur Wiederherstellung der Normalrente zu bestehen hat, sollen die auf dem Majorate liegenden Witthume, Alimente und die an die versicherten Gläubiger zu leistenden Zahlungen fortan ungeschmälert verreicht werden.

§. 125. Wenn der letzte Majoratsbesizer keine eheliche, oder adoptirte sukzessionsfähige Nachkommenschaft (§§. 112. 116.) hinterläßt, so genießt derselbe, wenn die ursprüngliche Majorats-Konstitution von Privaten herrühret,

alle Rechte der freien Disposition, und (in so-
ferne er hievon keinen Gebrauch macht) tritt
nach seinem Ableben die gemeine Intestat-Erb-
folge ein.

§. 126. Ist aber das Majorat im Ganzen
oder zum Theil, unter dem Vorbehalte des Rück-
falles, von Uns selbst dotirt worden, so fällt
dasselbe, oder der aus Unserer Dotation her-
rührende Theil zu Unserer weitem Disposition
zurück.

§. 127. Erfolgt endlich die Auflösung des
Majorats mit Unserer Bewilligung aus dem ge-
meinschaftlichen Einverständnisse aller zu der
Majoratsfolge Berechtigten, so werden die recht-
lichen Folgen derselben durch die in der hier-
über verfaßten Urkunde festgesetzten Bedingun-
gen bestimmt; wobei es sich von selbst ver-
steht, daß die Rechte dritter Betheiligter
ungekränkt belassen werden müssen.

§. 128. Jede Majorats-Auflösung soll Un-
serm Justiz-Ministerium angezeigt werden, da-
mit dieselbe durch die in Majorats-Sachen an-
geordnete geheime Raths-Kommission geprüft,
und nach Unserer erfolgten Genehmigung, die Be-
kanntmachung durch das Regierungsblatt, so wie
die Löschung in der Matrikel veranlasset werde.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 129. Wenn übrigens seit dem 14ten September 1808 in den damaligen Gebietstheilen Unseres Reiches bereits Rechtsverhältnisse zwischen Familiengliedern, oder mit Gläubigern, oder mit andern Dritten durch Vergleiche, richterliche rechtskräftige Sprüche, oder andere rechtsgültige Handlungen festgesetzt worden, so soll es bei denselben, wenn sie auch dem gegenwärtigen Edikte entgegen wären, sein unveränderliches Verbleiben haben.

München den 22. Dezember 1811.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General Sekretär.
Baumüller.

Beilage Zif. I.

Fassions – Instruktion

nach

welcher bei Konstituierung eines Majorats
die für dasselbe auszuweisenden Renten
angesezt werden müssen.

Bei jedem Naturalempfang vom Getreide (es mag derselbe in Gilten, Zehenten, oder anderen solchen Reichnissen bestehen) darf der Preis nicht höher, als wie folgt, angesezt werden.

Nämlich das Münchner Schäffel:

- | | |
|-------------------------------|-------|
| a) Weizen und Kern | 8 fl. |
| b) Korn oder Roggen | 6 - |
| c) Gerste | 5 - |
| d) Haber | 4 - |
| e) Erbsen | 8 - |

Anmerkung.

I. Drei Schäffel unausgehülserter Spelz oder Fesen werden für ein Schäffel Kern oder Weizen gerechnet.

II. Die Einkünfte aus Oekonomien werden so berechnet, daß sämtliche Grundstücke als Kapital geschätzt, und von demselben $2\frac{1}{2}$ Prozent als jährliches Erträgnis angenommen werden.

Eben dasselbe gilt von Weinbergen.

III. Forstrenten unterliegen derselben Berechnungsart dergestalt, daß von dem Kapital-Schätzungswerthe der Holzgründe ein jährliches Erträgnis, jedoch nur von 2 Prozent angesetzt werden kann. Die bei Oekonomiegründen und Waldungen allenfalls nöthige Schätzung soll durch die gewöhnlichen Lokalschätzleute vorgenommen werden.

IV. Rücksichtlich der Bräuhaus-Gefälle sind von jedem verbrauchten Mezen Malz 24 kr. als reine Rente anzunehmen.

V. Die Laudemien aller Art sollen, mit Zurechnung der grundherrlichen Briefferrichtungs-Taxen in ideale Maierschafts-Fristen aufgelöst, d. i. nach 20 jährigem Durchschnitt berechnet, und hienach die Anschläge verfertiget werden.

VI. Scharwerke, die bisher noch in Natur geleistet werden, sollen zwar ebenfalls dem Anschlage, doch nur unter dem minderen

Ansätze des gewöhnlichen Lokal Tag- und Fuhrlohns, und mit Abzug der Kosten des Gutsherrn unterliegen. Die bereits mit Geld reluirten Scharwerke werden nach ihrem nachzuweisenden Geldanschlag berechnet.

VII. Was die Jurisdiktions-Gefälle anbelangt, so sollen diese nach der Familienzahl angeschlagen, und für jede Familie vor der Hand ein jährlicher Jurisdiktions-Ertrag pr. 30 kr. angesetzt werden.

VIII. Da sich der Kapital - Anschlag der gewissen Renten zu dem der ungewissen wie 30 zu 25 verhält, so soll die hiedurch sich bezeigende Differenz eines Sechstheiles von den ungewissen Renten abgeschlagen werden, so daß z. B. Laudemial - Renten von 600 fl. nur im Durchschnitte mit 500 fl. in Aufrechnung gebracht werden können.

Uebrigens hat

IX. Bei den oben ohnehin niedrig angesetzten Getreid-Preisen im Falle der Natural-Getreid-Einnahme kein weiterer Abzug für einen Kastenschwand, und für Nachlässe mehr Statt.

Beilage Zif. II.

I n s t r u k t i o n

für

die in Majorats - Gegenständen angeordnete königliche geheime Raths -
Kommission.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

In dem Edikte über den Adel vom 28sten Juli 1808 haben Wir bereits (Titl. 2. Kap. 8. §. 71.) verordnet, daß bei Anwendung der hierin enthaltenen, die Majorate betreffenden Verordnungen auf die Fidei - Komnisse der in Unserm Königreiche angesessenen adelichen Geschlechter zur Berichtigung der Verhältnisse in den Familien eine besondere Kommission ernannt werden solle.

Durch eine in dem Regierungsblatte des Jahres 1809 Nro. 20. kund gemachte Entschliesung vom 6ten März wurde diese Kommission

aus den Mitgliedern der Sektion der bürgerlichen und peinlichen Gesetzgebung bei Unserm geheimen Rathe ernannt, und derselben aufgetragen, die Ansprüche der Töchter und der Nachgeborenen, welche sich bei der Verwandelung der bisherigen Fidei - Kommissen in Majorate ergeben könnten, zu würdigen und gütlich auszugleichen, oder wo dieses nicht statt finden sollte, an Unsern geheimen Rath zu bringen.

Da Wir nun das obengenannte Edikt über den Adel in allgemeine Revision zu nehmen, und hierüber eine authentische Erklärung zu geben für nöthig gefunden haben, so sehen Wir Uns hiedurch auch bewogen, der in Majorats-Gegenständen bestehenden Kommission eine umfassende Instruktion zu ertheilen, und setzen daher über die

Formation,

den Wirkungskreis, und

Geschäftsgang

derselben, nachstehende nähere Bestimmungen fest.

I. Titel.

F o r m a t i o n.

§. 1. In Hinsicht auf die Formation, hat es bei Unserer Verordnung vom 6ten März

des Jahres 1809 sein Verbleiben, nach welcher diese Kommission aus den Mitgliedern der Sektion der bürgerlichen und peinlichen Gesetzgebung bei Unserm geheimen Rathe zu bestehen hat; doch werden Wir derselben noch zwei Mitglieder aus der geheimen Raths - Sektion des Innern, dann eines aus der Sektion der Finanzen, zutheilen. Der Aelteste unter diesen geheimen Räthen hat dabei den Vorsiz.

§. 2. Der General - Sekretär Unsers geheimen Justiz - Ministeriums hält in den Sizungen der Kommission das Protokoll, und bewahret die einschlägigen Akten und Protokolle in einem besondern Fache der Registratur.

II. Titel.

Wirkungskreis.

§. 3. Der Wirkungskreis dieser Kommission erstreckt sich:

a) auf vorläufige generelle Untersuchung und Prüfung der bei Unsern Ministerien einlaufenden, und von diesen der Kommission zuzutheilenden Gesuchè und Vorschläge über Errichtung neuer Majorate, oder Bildung derselben aus ehemaligen Fidei - Kommiss - Gütern,

und auf den Antrag an das Ministerium der Justiz, auf präparatorische Verfügungen zu näherer Instruktion derselben, oder auf zu ertheilende oder zu erstreckende Termine.

§. 4. b) Auf definitive und besondere Untersuchung und Prüfung der nach geschehener Instruktion und Bekanntmachung wieder einlaufenden Vorschläge zur Errichtung der Majorate, und auf nähere, umständliche Vergleichung dieser Vorschläge mit den bestehenden gesetzlichen Verordnungen.

Das Geschäft der Kommission kann sich hiebei:

1) auf Veranlassung der von dem Majorats-Konstituenten noch beizubringenden Ersezungen und Belege, dann Abänderung oder Verbesserung des Entwurfs der Majoratsurkunde;

2) Auf gütliche Ausgleichung der allenfalls bei dieser Untersuchung sich noch bezeigenden Anstände, oder zu berichtigenden Punkte mit den bei dem Majorate interessirten Theilen;

3) Auf Verfassung des Hauptantrages über die Bestätigung des auf obige Art berichtigten Majorats-Errichtungs-Entwurfs, und

4) Auf den Vortrag hierüber in Unserm geheimen Rathe erstrecken.

§. 5. c) Auf Prüfung und Antrag über die bei Unsern Ministerien einlaufenden Vorschläge über Vergrößerung schon bestehender Majorate.

§. 6. d) Auf gleiche Untersuchung und Antrag über solche Vorschläge zu Vertauschung der Majorats - Objekte, oder Veräusserung derselben zu Erhaltung des Majorats.

§. 7. e) Auf Untersuchung und Antrag in dem Falle, wenn mit gemeinschaftlichem Einverständnisse aller zur Majoratsfolge Berechtigten Unsere Bewilligung zur Auflösung eines Majorats gegeben werden soll.

III. Titel.

G e s c h ä f t s g a n g.

§. 8. Allgemeine Normen.

Der Kommission werden keine gewissen Tage und Stunden, in welchen sie ihre Sitzungen zu halten hat, vorgezeichnet, sondern sie hat sich bei einlaufenden Geschäften jedesmal förderlich zu versammeln, und der Tag, dann die

die Stunde der Versammlung wird durch den Vorstand derselben bestimmt.

Die Beschlüsse und Anträge der Kommission werden durch die Mehrheit der Stimmen ihrer Mitglieder gefasst, und der Vorstand hat bei eintretender Gleichheit die entscheidende Stimme zu geben.

§. 9. Besondere Normen.

ad a) Bei der ersten generellen und präparatorischen Prüfung und Untersuchung der bei Unsern Ministerien einlaufenden Gesuche und Erklärungen über vorhabende Majorats-Errichtungen, hat die Kommission ihr Augenmerk dahin zu richten, ob der eingereichte Majorats-Errichtungs-Entwurf die in Unserer vorstehenden Verordnung vorgeschriebenen Hauptrequisiten, nämlich die subjektive Fähigkeit des Majorats-Konstituenten, und die nöthigen Ausweisungen über den Besiz, die Eigenschaft und den Renten - Betrag der zum Majorate zu erhebenden Güter in sich begreife, wie auch, ob die Ausweisung des im §. 46. des Edikts bestimmten Pflichttheils geschehen sey; dann im Falle, wenn der Entwurf die Verwendung eines vormaligen Fidei-Kommis-Guts zu einem Majorate betrifft, ob ferner hiebei die in obiger

Verordnung vorgeschriebenen Eigenschaften und Bedingnisse im Allgemeinen obwalten, oder nicht?

Im ersten Falle hat die Kommission den Antrag an Unser Justiz - Ministerium dahin zu machen, daß nach dem §. 49. der gedachten Verordnung durch das einschlägige Appellationsgericht die öffentliche Bekanntmachung des Majorats - Güter - Komplexes, und die vorgeschriebene Instruktion geschehe. Im zweiten Falle aber ist der Antrag an Unser Justiz - Ministerium dahin zu stellen, daß dem Majorats - Konstituenten die in seinem Entwurfe schon bei präparatorischer Prüfung sich zeigten wesentlichen und allgemeinen Anstände und Mängel eröffnet, und sein Entwurf ihm zur Abänderung und Verbesserung, wenn sie anders thunlich ist, zurückgestellt werde.

Zur Beibringung dieser nöthigen Abänderungen oder Verbesserungen kann die Kommission dem Majorats - Konstituenten bestimmte Termine bewilligen, oder die gegebenen auf dessen Ansuchen verlängern.

§. 10. ad b) Nach geschehener öffentlicher Bekanntmachung des Majorats - Komplexes und Zurückkunft des Entwurfes nach geschehe-

ner Instruktion von dem Appellationsgerichte, schreitet die Kommission zur definitiven und detaillirten Untersuchung und Prüfung des Majorats - Errichtungs - Vorschlages, und des allenfalls damit verbundenen Schuldentilgungs - Planes.

Es sind hierbei sowohl die in Unserer obengedachten Verordnung vorgeschriebenen Eigenschaften und Erfodernisse in wiederholte und nähere Rücksicht zu nehmen, als auch, wenn es sich um Bildung eines Majorats durch Verwendung eines ehemaligen Fidei - Kommiss - Guts fragt, die hiezu vorgeschriebenen Bedingungen mit dem Entwurfe zu vergleichen, und es ist über diese Untersuchung von dem Referenten der Kommission ein schriftlicher Vortrag abzulegen.

Ergiebt sich nun aus diesem Vortrage das Resultat, daß kein Anstand gegen die Vorlage des Majorats - Entwurfes zur Bestätigung bei Unserm geheimen Rathe obwalte, so legt die Kommission die Akten sammt dem Vortrage Unserm Justiz - Ministerium vor, damit er von da an Unsern geheimen Rath gebracht werde.

Zeiget sich aber bei diesem Vortrage, daß noch einige Ersezungen zur Vervollstän-

digung des Majorats - Entwurfes nothwendig wären, z. B.

- a) durch Beibringung grundherrlicher Konsense,
- b) durch nähere Ausweisung der Erträgnisse des Majorats - Komplexes zur vollständigen Herstellung der Normalrente,
- c) Anlegung der Zeugnisse oder Auszüge aus den bestehenden Hypotheken - Büchern über Schulden - Freiheit der zum Majorate bestimmten Güter,
- d) Abänderungen in dem Aufsatz der Majorats - Urkunde s. a., oder,

dafs noch gütliche Ausgleichung zwischen den Majorats - Konstituenten, dann den übrigen Gliedern seiner Familie, oder anderen Interessenten zu bewerkstelligen wären, z. B.

- 1) in Auszeichnung der nöthigen Sicherheit an die Familien - Glieder des Majorats - Konstituenten, welche sich in dem Genusse von Familien - Stiftungen befinden.
- 2) in Auszeigung und Berechnung des den Notherben des Konstituenten gebührenden Quantum des Pflichttheils, dann in Anrechnung und Ausweisung der Kollationsposten;

3) in Aufstellung des zur Berichtigung der auf dem Majorate haftenden Schulden verfaßten Tilgungsplanes;

So steht der Kommission zu, den Majorats - Konstituenten sowohl, als dessen übrige Familienglieder und Interessenten in Person, oder durch spezial bevollmächtigte Anwälte durch Unser Justiz - Ministerium auf einen von ihr zu bestimmenden Tag vorrufen zu lassen.

Bei diesem kommissionellen Zusammen-
tritte sind die allenfalls zur Vervollständigung des Majorats - Entwurfes noch nöthigen Erse-
zungen dem Majorats - Konstituenten zu eröff-
nen, und ihm aufzugeben, daß er diese Erse-
zungen selbst besorge und nachtrage; wenn er
aber dieses nicht wohl selbst zu thun im Stan-
de seyn sollte, so hat die Kommission den An-
trag an Unser Justiz - Ministerium zu machen,
daß die defswegen nöthigen Weisungen an die
einschlägigen Gerichte und Behörden erlassen
werden. Sollten gütliche Ausgleichungen der
oben berührten Gegenstände nothwendig seyn,
so hat die Kommission zu versuchen, ob nicht
durch derselben Verwendung diese Ausglei-
chungen erzielet werden können, und im Zu-
standebringungs-falle das Resultat zu Protokoll

zu nehmen, sohin nach diesem den Majorats-Entwurf und die Urkunde zu modifiziren.

Sind nun die nöthigen Ersezungen oder Verbesserungen auf obige Art zu Stande gebracht, so schreitet die Kommission zur Vorlage des Hauptantrages an Unsern geheimen Rath, damit sonach die Majorats - Urkunde gegen Erlag der Stempel - und Kanzlei - Gebühren, welche letztere auf 50 fl. überhaupt hiemit bestimmt werden, ausgefertigt werden könne.

Ergiebt es sich aber bei diesen kommissionellen Verhandlungen, dafs einige Ersezungen nicht zu bewerkstelligen, oder einige zur kommissionellen Ausgleichung geeignete Punkte auf diese Art nicht ganz zu berichtigen seyen, so ist doch mit dem Hauptvortrag an den geheimen Rath zu verfahren, und die Entscheidung zu erholen, ob der Majorats - Entwurf in der vorliegenden Art bestätigt werden könne, oder ob diese Bestätigung verweigert werden solle.

§. 11. ad c) Wenn Vorschläge zur Vergrösserung eines bereits bestehenden Majorats bei Unserm Ministerium eingereicht, und von da zur Kommission gegeben werden, so hat diese vorläufig zu untersuchen, ob dieser Ver-

grösserungsplan nach Vorschrift Unserer Verordnung, und auf eine Art abgefaßt sey, daß hierüber Unsere Bestätigung erfolgen könne, oder nicht.

Im ersten Falle ist der Informations-Prozess bei dem einschlägigen Appellationsgerichte durch Unser Justiz-Ministerium zu veranlassen, und nach geschehener Rückkunft des Planes und vorgegangener Instruktion, der Antrag auf Unsere Genehmigung in dem geheimen Rathe zu erstatten.

Im zweiten Falle sind die gegen den eingereichten Vergrößerungsplan vorwaltenden Anstände zu rügen, und der Antrag an das Justiz - Ministerium zu machen, daß dieselben dem Uebergeber des Vergrößerungsplanes zur Abänderung oder Verbesserung eröffnet, oder daß diese Abänderung durch kommissionelle Zusammenkunft erzielt werde.

§. 12. ad d) Auf gleiche Art hat die Kommission in dem Falle zu verfahren, wenn nach dem §. 95 u. f. Unserer Verordnung eine Veräusserung eines bestehenden Majorats, zum Theil, oder im Ganzen gegen Herstellung eines hinreichenden Surrogats eintreten, oder ein

Theil des Majorats zum Vortheile desselben durch Vergleich angelassen werden soll.

Bei der Prüfung eines Tauschvorschlages ist die Qualität und der Werth des einzutauschenden Objekts, und der gegenseitige Werth des Vertauschungs - Gegenstandes nach den in Unserer Verordnung vorgesezten Normen zu untersuchen und zu vergleichen, so wie auch das einzutauschende Objekt der öffentlichen Bekanntmachung vorläufig unterwerfen zu lassen, nur mit Ausnahme des einzigen Falles, wenn dasselbe schon ehevor, und bis zur Vertauschung den Bestandtheil eines neu errichteten Majorats ausgemacht hätte.

Bei dem Antrage über Gesuche und Genehmigung eines von dem Majorats - Besizer eingehen wollenden Vergleiches über einen die Substanz eines Majorats betheiligenden Streit ist der Bedacht dahin zu nehmen, ob dieser Vergleich zu nothwendiger Erhaltung des Ganzen durch Abwendung eines demselben ausser dessen zugehenden Nachtheils, oder zu dessen Verbesserung durch Erreichung eines ihm anwachsenden grösseren Vortheils abziele.

Erfolgt von uns die Genehmigung eines Tausch - oder Vergleichs - Vorschlages, so wird

das Genehmigungs-Dekret, wodurch der veräusserte Theil von dem bisherigen Majorats-Verbande befreit wird, und das dafür eingetauschte Objekt in jenen Verband eintritt, durch das Regierungsblatt, nach erlegter Ausschreibungs-Taxe, bekannt gemacht, und bei dem einschlägigen Appellationsgerichte der Majorats-Matrikel eingetragen, der veräusserte, und von dem Majorats-Verbande befreite Theil hingegen darin gelöscht.

§. 13. ad e) In dem Falle, wo mit Unserer Bewilligung die Auflösung eines bestehenden Majorats durch gemeinschaftliches Einverständniß aller zur Majoratsfolge Berechtigten geschehen solle, hat die Kommission auf ein hierüber zu Unserm Ministerium einlaufendes Gesuch mit Rücksicht auf §§. 122. und 127. den Antrag zu fassen, und bei Unserm geheimen Rathe abzulegen.

Wir versehen Uns zu dieser Kommission, daß sie nach obiger ihr gegebenen Instruktion, und nach den bestehenden Verordnungen in jedem eintretenden Falle so pünktlich als förderlich verfahren, und hiedurch zu dem bei Anordnung der Majorats-Institution, und der hierüber bekannt gemachten Geseze Uns vorge-

setzen gemeinnützigen Zwecke nach Kräften
mitzuwirken sich bestreben werde.

München den 22. Dezember 1811.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General - Sekretär
Baumüller.

(Regierungsblatt 1812. I. Stück. Seite 5—67.)

CXXXVII.

(Zu dem I. Titel §. 5.)

Die künftigen Majorate im Königreiche
betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,

von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben in Unserer Verordnung vom 22. Dezember 1811 die ehemaligen Fidei-Kommissse und künftigen Majorate betreffend, die Grundsätze aufgestellt:

„§. 22. Es steht einem adelichen Gutsbesizer, der hierzu das hinlängliche und geeignete Vermögen besitzt, frei, für sich selbst, und damit zunächst für seinen erstgeborenen Sohn, oder für einen seiner nachgeborenen Söhne, oder auch für jeden

„Dritten ein Majorat zu begründen, wenn
„nur in jedem dieser Fälle der erste Besizer
„nach den verschiedenen Vorschriften Un-
„serer gegenwärtigen Erklärung die Fähig-
„keit hat, ein Majorat zu erwerben.“

und ferner

„§. 111. In Hinsicht auf die Erbfolge-Ord-
„nung ist bereits in Unserm Edikte vom
„28sten Juli 1808 festgesetzt, daß sich künf-
„tig die Majorate unter den durch die er-
„ste Konstituierung zur Majoratsfolge Beru-
„fenen in der Lineal-Ordnung, und nur
„nach dem Rechte der Erstgeburt vererben
„sollen.“

Es ist Uns nun von der in Majorats-Sa-
chen von Uns angeordneten geheimen Raths-
Kommission der Anstand zur Entscheidung
vorgelegt worden:

ob ein Majorats - Konstituent seinen ersten
Majorats - Nachfolger in der Majorats - Ur-
kunde immer namentlich anzuführen
verbunden sey, oder ob es ihm auch er-
laubt werden könne, wenn er aus erheb-
lichen Gründen diese Benennung vor sei-

1-10 nem Ableben nicht öffentlich bekannt lassen werden wolle, dieselbe in einer zu Gericht hinterlegten leztwilligen Verordnung zu machen, und sich in der Majorats-Urkunde hierauf zu berufen, oder aber den Namen dieses nächsten Majoratsfolgers verschlossen der Majorats-Urkunde mit der Bitte beizulegen, daß diese Beilage nebst der Urkunde in dem bei Unserm Justiz-Ministerium angeordneten Konservatorium aufbewahrt, und erst nach seinem Tode eröffnet und immatrikulirt werden solle?

Wir haben der Majorats-Kommission hierauf nach Vernehmung Unseres geheimen Raths die Weisung ertheilt, daß die letztere Art der vorgeschlagenen und verschlossen der Majorats-Urkunde beizulegenden Benennung des Majoratsfolgers einem Majorats-Konstituenten gestattet werden könne. Es versteht sich übrigens, daß aus der Majorats-Urkunde schon entnommen werden kann, daß der Majoratsfolger die zum Majoratsbesize nöthigen persönlichen Eigenschaften habe.

Wir haben befohlen, diese der Majorats-Kommission gegebene Weisung zur allgemei-

nen Wissenschaft durch das Regierungsblatt öffentlich kund machen zu lassen.

München den 22. April 1812.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär
Baumüller.

(Regierungsblatt 1812. XXVI. Stück. Seite 812—814.)

CXXXVIII.

(Zu dem I. Titel. §. 5.)

Die der königlichen Souveränität unterworfenen, bisher aber im Auslande domizilirenden Fürsten, Grafen und ehemals unmittelbaren adelichen Gutsbesizer betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Da mehrere der Unserer Souveränität unterworfenen Fürsten, Grafen und Genossen der ehemaligen teutschen Reichsritterschaft, welche durch die konstituierende Akte des rheinischen Bundes vom 12ten Juli 1806 Unserer Souveränität sind unterworfen worden, den Anordnungen des Art. 31. der erwähnten Akte, und den sich darauf beziehenden Punkten Unserer Deklaration vom 31sten Dezember 1806 und 19ten März 1807 bisher noch nicht Genüge geleistet haben, so finden Wir Uns bewogen zu verordnen, wie folgt:

I.

Diejenigen Mediatisirten, welche in Un-
sern Staaten begütert sind, und obiger Verfö-
gungen ungeachtet, ihr ständiges Domizil bis-
her im Auslande behalten haben, sind gehalten,
vor dem 1. Juli des Jahres 1811 entwe-
der die ihnen hierunten auferlegte Verbindlich-
keit zu erfüllen, oder bei dem General-Kom-
missariate des Kreises, in welchem ihre Be-
sitzungen gelegen sind, die Erklärung abzuge-
ben, daß sie, für ihre Person, aus dem Un-
terthans-Verbande gegen Unsere Krone aus-
treten wollen.

II.

In diesem letztern Falle müssen solche
Mediatisirte ihre im Königreiche gelegenen Be-
sitzungen an ein Glied ihrer Familie, welches
alle Unsern Unterthanen obliegende Pflichten
gehörig zu erfüllen hat, mit vollem Eigen-
thume — oder dieselben an einen andern dies-
seitigen Unterthan, es sey durch Kauf oder
durch Tausch erb- und eigenthümlich — ab-
treten.

III.

Auf welche Weise immer die im vorher-
gehenden Artikel verordnete Veräusserung be-
wirkt werden mag, so muß dieselbe inner-
halb

halb sechs Jahren, vom 1. Jänner l. J. 1810 angerechnet, vollzogen seyn. In so fern solche verkaufsweise geschieht, muß übrigens, in Gemäßheit des Art. 27. der rheinischen Bundes-Akte, das zu veräußernde Besizthum vorher Uns um den aufgeworfenen Kaufpreis angetragen werden, und kann der Verkauf nur dann erst in Erfüllung gehen, wenn Wir in Zeit von sechs Monaten nach dem gemachten Anbote nicht für gut befunden haben, dieses anzunehmen.

Indem Wir gegenwärtige Verordnung durch das allgemeine Regierungsblatt zur öffentlichen Kunde bringen lassen, gewärtigen Wir seiner Zeit über den richtigen Vollzug derselben die berichtlichen Anzeigen Unserer einschlägigen General-Kommissäre.

München den 13. November 1810.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl

der General-Sekretär

Baumüller.

(Regierungsblatt 1810. LXVII. Stück. S. 1241—1243.)

CXXXIX.

(Zu dem I. Titel. §. 5.)

Den Bezug der Kriminal - Geldstrafen
bei den Untergerichten der Mediati-
sirten betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Da die mediatisirten Fürsten und Grafen, welche durch ihre Untergerichte die peinliche Gerichtsbarkeit auszuüben befugt sind, die auf Verpflegung und Transportirung der Gefangenen so andern erlaufenden Kosten zu tragen haben, so finden Wir es der Billigkeit angemessen, daß ihnen auch die Nuzungen dieser Gerichtsbarkeit zu statten kommen, und verordnen daher: daß ihnen künftig alle, auch die von Unsern Appellations - Gerichten erkann- ten Geldstrafen von den bei ihren Untergerich- ten prozessirten Verbrechern überlassen werden

sollen. Wonach sich Unsere Finanz - Direktio-
nen zu benehmen haben.

München den 7. August 1810.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General - Sekretär
G. Geiger.

(Regierungsblatt 1810. Stück XXXX. Seite 673.)

CL.

(Zu dem I. Titel §. 5.)

Die Fortdauer der von den Gutsherren unter ehemaligen Verhältnissen bei Verleihung der Gewerbs - Konzessionen bedungenen Rekognitionen betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben sowohl in Unserer Deklaration vom 31sten Dezember 1806, als in Unserer Verordnung vom 5ten Jänner 1807, so wie in dem Edikte über die gutsherrlichen Rechte vom 28sten Juli 1808, die Verleihung neuer, oder die Wiederbesetzung erlöschender Gewerbs - Gerechtigkeiten lediglich Unseren oberen Polizei - Behörden zugeeignet, wodurch die dafür zu entrichtenden Rekognitionen in die Kategorie der Staats - Abgaben übergegangen sind. Da jedoch diese Geseze keine zurückwirkende Kraft haben können, so haben Wir über die bei Ge-

legenheit eines besonderen Falles Unserer Entscheidung vorgelegte Frage:

Ob die von den Gutsherren unter ehemaligen Verhältnissen bei Verleihung der Gewerbs-Konzessionen bedungenen Rekognitionen nunmehr als eine gutsherrliche Abgabe fort dauern, oder gänzlich, und zu welchem Zeitpunkte aufhören sollen?

mit Vernehmung Unsers geheimen Rathes beschlossen:

dafs, wenn von ehemaligen reichsritterschaftlichen Gutsbesitzern vor dem 31sten Dezember 1806, oder von landsässigen Gutsherren aus Unsern ältern Landen vor dem 5ten Jänner 1707, oder aus den neu acquirirten Landen und Gebieten vor dem 28sten Juli 1808 und respektive 7ten Oktober 1810 nach den damaligen Verhältnissen Gewerbs - Gerechtigkeiten rechtmässig verliehen, und dabei Rekognitionen dafür bedungen worden waren, diese als eine gutsherrliche Abgabe so lange fort dauern sollen, als das Recht zu dem verliehenen Gewerbe fort währt, oder nicht erlischt, dafs in diesem Falle aber auch die von den Gutsherren bezogenen Rekognitionen,

wie ihre übrigen gutsherrlichen Renten den Steuern unterworfen bleiben, und die Wirkung des Art. 3 Unserer Verordnung vom 2ten Dezember 1809 (Regierungsblatt 1809 Stück LXXXVII. Seite 1948) nur bei neuen Verleihungen oder Wiederbesetzungen erloschener Gewerbe in ehemals reichsritterschaftlichen Gebieten, oder Herrschafts- oder Hofmarks-Bezirken, eintrete.

Diese Erläuterung Unserer oben angeführten Verordnungen lassen Wir durch Unser Regierungsblatt zur allgemeinen Nachachtung kund machen.

München den 14. Jänner 1811.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär
Baumüller.

(Regierungsblatt 1811. VII. Stück. S. 97—99.)

CLI.

(Zu dem I. Titel §. 7.)

Den Mißbrauch offizieller Arbeiten betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben mißfälligst wahrnehmen müssen, daß mehrere offizielle Arbeiten, Berichte, Abstimmungen und Verhandlungen in öffentliche Blätter eingerückt, und sogar als amtlich ungescheut bezeichnet worden sind.

Wir wollen bei dieser Veranlassung die bereits bestehende Verordnung vom 13ten Juni 1803, (Regierungsblatt vom Jahre 1803 Stück XXV. Seite 382, N. 10.) vermöge welcher die eigenmächtige Herausgabe offizieller Aktenstücke aus den Kanzleien längst schon untersagt ist, nicht nur ernstlich wiederholen, sondern auch Unsere sämmtlichen Staatsdiener darauf aufmerksam gemacht wissen, daß sie niemals berechtigt sind, ihre in Dienstes-Sachen gefer-

tigten Arbeiten, ohne besondere Erlaubniß, zu fremdartigen Zwecken zu gebrauchen.

Wir tragen Unsern General-Kreis-Kommissariaten auf, über Mißbräuche dieser Art zu wachen, in vorkommenden Fällen die erforderlichen Untersuchungen anzustellen, und Uns die kontravenirenden Staatsdiener anzuzeigen, um, nach Umständen, die weitem Verfügungen gegen dieselben treffen zu können.

München den 19. Jänner 1810.

Aus Seiner Majestät des Königs Special-Vollmacht.

Graf Morawitzky.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl

v. Krempelhuber.

(Regierungsblatt 1810. IV. Stück. Seite 50—51.)

CLII.

(Zu dem I. Titel §. 7.)

Die Herausgabe baierischer Landkarten betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben bereits durch wiederholte Verordnungen festgesetzt, daß keine statistischen Notizen, oder sonstigen Angaben und Bemerkungen, zu deren Kenntniß man nur durch Dienstes - Verhältnisse mittelbar oder unmittelbar gelangen konnte, ohne Unsere besondere Bewilligung dem Drucke übergeben werden dürfen.

Da Wir bemerken, daß von den Materialien Unseres statistisch-topographischen Bureau's verschiedentlich Mißbrauch gemacht werde, und Wir einerseits die Herausgabe derselben zu einigem Ersatze der hierauf verwendeten bedeutenden Kosten vorbehalten, anderseits denjenigen, welche aus Beruf oder Neigung sich nähere geographische und topogra-

phische Kenntniss ihres Vaterlandes zu erwerben wünschen, die unnützen Kosten für unrichtige und unvollständige Produkte dieser Art ersparen wollen; so haben Wir hiemit Folgendes zu verordnen Uns bewogen gefunden:

- 1) Niemand, wer es immer sey, der durch Dienstes - oder andere Verhältnisse Gelegenheit hat, Materialien Unseres statistisch topographischen Bureau's zu erhalten, soll befugt seyn, diese Materialien weder nach einem grössern noch kleinern Maasstabe, ohne Unsere besondere Erlaubniss selbst herauszugeben, oder jemand Andern zur Herausgabe zu überlassen.
- 2) Dieses Verbot bezieht sich auch auf die Plane und Materialien, welche bei Unsern Forst-, Berg-, Salinen-, Strassen- und Wasserbau-Behörden etc. aufbewahrt werden.
- 3) Diejenigen, welche dagegen handeln, sollen nicht nur mit der Wegnahme sämtlicher Exemplarien und Platten bestraft, sondern nach den Verhältnissen noch mit besondern Geldstrafen von einhundert bis fünfhundert Gulden belegt werden.
- 4) Alle jene, welche auch aus andern als amtlichen Materialien Karten vom Königreiche

Baiern, oder einzelnen Kreisen und Gebietstheilen, herausgeben wollen, sind unter den oben bestimmten Strafen verbunden, vorläufig die Bewilligung zur Herausgabe bei Unserem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten nachzusuchen.

Gegenwärtige Verordnung lassen Wir durch das allgemeine Regierungsblatt bekannt machen, damit sich Jedermann, insbesondere aber die Verleger, Kunst-, Buch-, Kupferstich- und Landkartenhändler hiernach zu achten wissen.

München den 25. Juli 1810.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl

der General-Sekretär

Baumüller.

(Regierungsblatt 1810. Stück XXXV. Seite 588—590.)

CLIII.

(Zu dem I. Titel §. 7.)

Die Theilnahme der Staatsdiener an ausländischen Zeitschriften betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Durch die kürzlich in ausländischen Blättern erschienenen ungeeigneten Bekanntmachungen verschiedener Nachrichten aus Unsern Staaten finden Wir Uns zu verordnen bewogen:

I.

Keinem Unserer Staatsdiener ist es erlaubt, künftig dergleichen Nachrichten, politischen oder literarischen Inhalts in ausländische Zeitschriften einrücken zu lassen, oder Theil daran zu nehmen, ohne selbe zuvor Unserem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zur Einsicht vorgelegt zu haben.

II.

Jene, welche diesem Unsern ausdrücklichen Befehle entgegen handeln, sollen ohne ir-

gend einer Rücksicht mit Entsezung ihrer Stellen bestraft werden.

III.

Diese Verordnung soll allen Unsern administrativen und Justiz - Stellen, Akademien, hohen Schulen u. s. w. durch die einschlägigen Ministerien zur Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht werden.

München den 22. August 1811.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf allerhöchsten königlichen Befehl

der General - Sekretär

Baumüller.

CLIV.

(Zu dem I. Titel §. 7.)

E d i k t

über

das Indigenat, das Staatsbürger-Recht, die
Rechte der Forensen und der Fremden
in Baiern.

A.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,

Von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben zur Vollziehung und nähern Erläuterung der in dem ersten Titel §. 7 und 8. der Konstitution Unseres Reichs enthaltenen Bestimmungen über das Indigenat und die Staatsbürger-Rechte nach Vernehmung Unsers geheimen Raths, beschlossen und beschliessen hiemit, wie folgt:

I. T i t e l.

Von dem Indigenat.

Art. I. Zum vollen Genusse aller bürgerlichen, öffentlichen und Privat-Rechte in Baiern wird das Indigenat erfordert.

Art. II. Das Indigenat wird entweder durch die Geburt, oder durch Naturalisirung erworben.

Diejenigen, welche weder auf die eine, noch die andere Weise dasselbe erlangt haben, sind Fremde.

Art. III. Vermöge der Geburt steht das baierische Indigenat zu:

- 1) jedem, der in Baiern geboren, und dessen Vater ein Eingeborner, oder dessen Mutter eine Eingeborne ist;
- 2) den im Auslande gebornen Kindern, deren Vater oder Mutter zur Zeit ihrer Geburt das baierische Indigenat hatte;
- 3) den Kindern, welche von Aeltern abstammen, die des baierischen Indigenats verlustig geworden sind, wenn dieselben zu einer Zeit geboren wurden, wo ihre Aeltern das Indigenat noch hatten, und entweder ihren gewöhnlichen Wohnsitz in

Baiern beibehalten haben, oder, wenn sie im Auslande sich befinden, nach erlangter Volljährigkeit innerhalb eines Jahres erklären, in Baiern ihren Wohnsitz errichten zu wollen, und auch in Jahresfrist, von dieser Erklärung an gerechnet, sich wirklich in Baiern niederlassen;

- 4) dem von einem eingebornen Vater zwar abstammenden, aber im Auslande gebornen unehelichen Kinde, wenn dasselbe in gesetzlicher Form anerkannt worden ist.

Art. IV. Durch Naturalisation wird das Indigenat erlangt:

- 1) wenn eine Ausländerin einen Baier heirathet;
- 2) wenn ein Fremder seinen Wohnsitz in Baiern wirklich genommen, und während 10 Jahren ununterbrochen fortgesetzt hat; jedoch muß derselbe während dieser Zeit sich wegen eines Verbrechens keine Strafe zugezogen, und die Entlassung aus dem fremden Unterthans - Verbande, ohne irgend einen Vorbehalt erhalten haben;
- 3) durch ein der Konstitution gemäß verfaßtes und publizirtes Gesetz;
- 4) durch

- 4) durch ein auf Antrag Unsers Ministeriums der auswärtigen Verhältnisse, mit Vernehmung des geheimen Rathes von Uns eigenhändig unterzeichnetes Dekret.

Der Fremde, für welchen ein solcher Antrag an Uns gemacht werden darf, muß entweder

- a) dem Staate wichtige Dienste leisten, oder bereits geleistet haben, oder
- b) ausgezeichnete Talente, Erfindungen, eine nützliche Industrie in irgend einem Nahrungszweige, in denselben bringen, oder
- c) bedeutende Etablissements darin errichten, oder
- d) durch den Ankauf eines beträchtlichen Gutes sich ansässig gemacht haben,
- e) und in jedem dieser Fälle aus dem fremden Unterthans - Verbande, unbedingt entlassen worden seyn.

Art. V. Durch den bloßen Besiz oder eine zeitliche Benüzung liegender Gründe, durch Anlegung eines Handels, einer Fabrik, oder die Theilnahme an Einem von Beiden,

ohne Naturalisation durch ein königliches Dekret, oder ein Gesetz, oder die Erfüllung der Bedingungen des Art. IV., werden die Indigenats-Rechte nicht erworben.

Art. VI. Auch Fremde, welche in Baiern sich aufhalten, um ihre wissenschaftliche, Kunst- oder industrielle Bildung zu erlangen, oder sich in Geschäften zu üben, — oder solche Individuen, welche Landestheilen, die an andere Souveräne übergegangen sind, zugehören, — können auf die Rechte eines Einheimischen keine Ansprüche machen, wenn sie nicht das Indigenat nach den Bedingungen des Art. IV. erlangt, oder der allenfalls in dem Abtretungs-Vertrage festgesetzten Zeitfrist zum Auswandern sich bedient haben, und in das Königreich in der Absicht zurückgekehrt sind, sich allda nieder zu lassen, wo sie sodann nach erfolgter wirklicher Niederlassung in die Rechte der Einheimischen wieder eintreten.

Art. VII. Das auf die eine oder die andere Art erworbene Indigenat geht verloren:

- 1) durch die im Auslande erworbene Naturalisation;

- 2) durch Annahme fremder Zivil - oder Militärdienste ohne Unsere ausdrückliche Bewilligung;
- 3) durch Annahme eines Gehaltes, einer Pension, oder eines öffentlichen Ehrenzeichens von einer fremden Regierung, wenn nicht Unsere ausdrückliche Erlaubniss hiezu vor der Annahme erholt und ertheilt worden ist;
- 4) durch Auswanderung;
- 5) durch jede Niederlassung im Auslande, woraus die Absicht, nicht zurück zu kehren, erhellet;
- 6) durch Reisen mit einem Aufenthalte im Auslande von mehr als einem Jahre, ohne Unsere ausdrückliche Erlaubniss;
- 7) durch Anerkennung einer fremden Gerichtsbarkeit, ausser den durch Gesetz, Herkommen, oder Verträge bestimmten Fällen;
- 8) durch Heurath einer Baierin an einen Ausländer;
- 9) durch den bürgerlichen Tod.

Art. VIII. Wer das Indigenat verloren hat, wird in Ansehung des Genusses der bür-

gerlichen Privatrechte als Fremder beurtheilt, vorbehaltlich der nach Titel IV. allenfalls noch verwirkten besondern Strafen.

Art. IX. Das verlorne Indigenat wird auf folgende Art wieder erlangt:

- 1) wenn eine Baierin, welche durch Heirath das Indigenat verloren hat, als Wittwe nach Baiern zurückkehrt, und ihren ständigen Wohnsitz allda nimmt;
- 2) wer durch Annahme auswärtiger Aemter, Würden, Gehälter oder Dekorationen des Indigenats verlustig geworden ist, sich jedoch aus Baiern nicht zugleich entfernt hat, erlangt die verlorne Rechte wieder, sobald er nachher Unsere Genehmigung oder Begnadigung nachgesucht und erhalten hat;
- 3) wer zugleich ausser Baiern sich aufgehalten, erlangt nur dann seinen vorigen Zustand wieder, wenn er über dieses mit Unserer Erlaubniß nach Baiern zurückgekehrt ist, und seinen ordentlichen Wohnsitz allda errichtet hat.

Art. X. Das wiedererlangte Indigenat wirkt nur von dem Zeitpunkte an, wo alle zu dessen Wiedererlangung vorgeschriebenen Be-

dingungen vollkommen erfüllt sind, und kann nur in Ansehung der nach diesem Zeitpunkte angefallenen Rechte geltend gemacht werden.

II. T i t e l.

Von den Staatsbürger-Rechten.

Art. XI. Das baierische Staatsbürger-Recht wird durch das Indigenat dergestalt bedingt, daß jenes ohne dieses nicht ausgeübt werden kann, und mit dem Verluste des letztern zugleich verloren geht.

Art. XII. Nebst diesem wird aber auch noch die konstitutionelle Volljährigkeit, nämlich das zurückgelegte ein und zwanzigste Jahr, erfordert.

Art. XIII. Ferner muß der in dem I. Titel §. 8. der Konstitution vorgeschriebene Eid geleistet seyn.

Art. XIV. Nur derjenige Baier, welcher diesen sämtlichen gesetzlichen Bedingungen Genüge geleistet hat, kann auf die Rechte eines baierischen Staatsbürgers Ansprüche machen, nämlich:

- a) zur Ausübung der öffentlichen Rechte in einer Gemeinde, z. B. Berathschlagungen

über Gemeinde-Angelegenheiten, zu Verwaltungs-Stellen in den Gemeinden;

b) zur Theilnahme an den allgemeinen Kreisversammlungen, Kreis-Deputationen, und der National-Repräsentation;

c) zur Fähigkeit, für die Kreis-Deputationen und die National-Repräsentation ernannt zu werden;

d) zu Staats-Aemtern;

e) zu Kron- und Hof-Aemtern;

f) zu geistlichen Pfründen.

III. T i t e l.

Von der Leistung des Staatsbürger-Eides.

Art. XV. Jeder eingeborne Baier, und Jeder, der das baierische Indigenat nach den Bestimmungen Titel I. Art. 3 und 4. erlangt, und das ein und zwanzigste Jahr zurückgelegt hat, muß, um der Staatsbürger-Rechte fähig zu werden, an dem Orte seines gewöhnlichen Wohnsitzes in das Staatsbürger-Register sich eintragen lassen, und den in der Konstitution Titel I. §. 8. vorgeschriebenen Eid in der all-da bestimmten Formel:

„der Konstitution und den Gesezen zu gehorchen, — dem Könige treu zu seyn“ persönlich leisten.

Art. XVI. Diese Eidesleistung ist eine wesentliche Bedingung des Staatsbürger-Rechtes, und muß deshalb von jedem Baier, der das Art. XV. bemerkte Alter erreicht hat, ohne Unterschied des Standes und Ranges geschehen.

Art. XVII. Selbst die Prinzen Unsers Hauses sind davon nicht ausgenommen; jedoch leisten sie diesen Eid nach zurückgelegtem achtzehnten Jahre, wo ihre konstitutionelle Volljährigkeit eintritt, und unmittelbar in Unsere Hände. Ueber diesen Akt soll jedesmal von Unserm Minister der auswärtigen Verhältnisse ein besonderes Protokoll geführt werden, welches in dem Reichs-Archive hinterlegt wird.

Art. XVIII. Auch die Majorats-Besizer legen diesen Eid unmittelbar in Unsere Hände ab, und erlangen darüber einen von Unserem Ministerium der auswärtigen Verhältnisse ausgefertigten Akt, welcher an dem Orte ihres Majoratssizes in das allgemeine Staatsbürger-Register eingetragen werden muß.

Art. XIX. Die Eidesleistungen der übrigen nicht eximirten Einwohner geschehen in den Landgerichten vor dem Landrichter, in den Städten und den grössern Märkten vor der Polizei-Direktion oder dem Kommissariate, in den Herrschaftsgerichten vor dem Herrschafts-Richter.

Art. XX. Bei diesen Behörden müssen besondere Staatsbürger-Register angelegt werden, in welche jede Eidesleistung mit Bemerkung des Tages, Monates und Jahres, und des Bewohners, welcher den Eid geleistet hat, und in wessen Gegenwart er geleistet worden ist, eingetragen wird. Das Register muß von dem, welcher den Eid abgelegt hat, unterschrieben werden, und wenn er des Schreibens unkundig ist, so muß statt desselben ein Zeuge unterzeichnen.

Art. XXI. Niemand wird zu dem Dienst-eide, zu einer Gemeinde, Kreis- oder National-Versammlung, zugelassen, der sich nicht ausgewiesen hat, daß er den allgemeinen Staatsbürger-Eid abgelegt habe.

Art. XXII. Auch die in Unserer Armee Dienenden sowohl Eingeborne, als jene, welche das Indigenat erlangt haben, müssen nach

zurückgelegtem ein und zwanzigsten Jahre bei dem Kommandanten ihres Regiments oder Bataillons, unter Beiziehung des Auditors, diesen Eid leisten, — die darüber abgehaltenen Protokolle werden sodann den betreffenden Zivil-Obrigkeiten zur Eintragung in die Staatsbürger-Register mitgetheilt.

Art. XXIII. Diese Eidesleistung soll mit Würde vorgenommen werden, — es soll derselben allezeit eine belehrende Erinnerung an die mit dem Staatsbürger-Rechte verbundenen Pflichten, so wie an die auf die Verbrechen gegen den Staat gesetzten Strafen, vorgehen, und dabei eine feste Anhänglichkeit an Regent und Vaterland eingeprägt werden.

Art. XXIV. Diese Anordnungen, sowohl in Beziehung auf die Anlage der Huldigungs-Register, als auf die einzelnen Leistungen des Staatsbürger-Eides, sollen für die Zukunft von dem Zeitpunkte an, wo die allgemeine Erb-Landes-Huldigung vorgenommen seyn wird, in Wirkung gesetzt werden, und die übrigen organischen Verordnungen Titel I. und II. über das Indigenat und die Staatsbürger-Rechte, haben sogleich nach ihrer Bekanntmachung durch das Regierungsblatt verbindliche Kraft.

IV. T i t e l.

Von den rechtlichen Verhältnissen
baierischer Unterthanen und Guts-
besizer, welche zugleich in einer
persönlichen oder dinglichen Ver-
bindung mit fremden Staaten
stehen.

Art. XXV. Wer in Baiern das Staatsbür-
ger-Recht, oder auch nur das Indigenat besitzt,
darf ohne Unsere ausdrückliche Erlaubniss nicht
zugleich in irgend eine persönliche Verbindung
mit einem fremden Staate sich einlassen.

Art. XXVI. Ein solcher darf hiernach
ohne Unsere Einwilligung:

- a) Das Indigenat und Bürgerrecht in einem
fremden Staate nicht erwerben, noch das
bereits darin erlangte beibehalten;
- b) in keine Zivil - oder Militärdienste dessel-
ben treten, oder darin verbleiben;
- c) von keiner auswärtigen Macht Gehälter,
Pensionen oder Ehrenzeichen annehmen.
(Titel I. Art. VII.)

Art. XXVII. Die nämliche strenge Ver-
bindlichkeit tritt bei denjenigen ein, welche in
Baiern Lehen besizen. (Edikt über die Lehen-

Verhältnisse in Baiern vom 7. Juli 1808. §. 35.
46. 80. 183.)

Art. XXVIII. Diejenigen, welche mit Unserer ausdrücklichen Erlaubniß in fremde Dienste getreten sind, bleiben verpflichtet:

a) in ihr ursprüngliches Vaterland zurück zu kehren, sobald sie entweder durch einen an sie gerichteten direkten Befehl, oder durch eine General-Verordnung zurückberufen werden;

b) der fremden Macht, in deren Dienst sie übergehen wollen, den Diensteseid nur unter dem Vorbehalte zu leisten, nie gegen ihr Vaterland und dessen Alliirte zu dienen;

c) auch ohne besondere Zurückberufung den fremden Dienst zu verlassen, sobald diese Macht in Kriegsstand gegen Baiern und dessen Alliirte tritt.

Art. XXIX. Diejenigen Individuen, welche aus ehemaligen Reichsgebieten, vor Unserer Zivil-Besiznahme derselben in auswärtige Dienste getreten sind, oder im Auslande sich ansässig gemacht haben, und sich noch darin befinden, sind rücksichtlich der rechtlichen

IV. T i t e l.

Von den rechtlichen Verhältnissen
baierischer Unterthanen und Guts-
besizer, welche zugleich in einer
persönlichen oder dinglichen Ver-
bindung mit fremden Staaten
stehen.

Art. XXV. Wer in Baiern das Staatsbür-
ger-Recht, oder auch nur das Indigenat besitzt,
darf ohne Unsere ausdrückliche Erlaubniss nicht
zugleich in irgend eine persönliche Verbindung
mit einem fremden Staate sich einlassen.

Art. XXVI. Ein solcher darf hiernach
ohne Unsere Einwilligung:

a) Das Indigenat und Bürgerrecht in einem
fremden Staate nicht erwerben, noch das
bereits darin erlangte beibehalten;

b) in keine Zivil - oder Militärdienste dessel-
ben treten, oder darin verbleiben;

c) von keiner auswärtigen Macht Gehälter,
Pensionen oder Ehrenzeichen annehmen.
(Titel I. Art. VII.)

Art. XXVII. Die nämliche strenge Ver-
bindlichkeit tritt bei denjenigen ein, welche in
Baiern Lehen besizen. (Edikt über die Lehen-

Verhältnisse in Baiern vom 7. Juli 1808. §. 35.
46. 80. 183.)

Art. XXVIII. Diejenigen, welche mit Unserer ausdrücklichen Erlaubniß in fremde Dienste getreten sind, bleiben verpflichtet:

- a) in ihr ursprüngliches Vaterland zurück zu kehren, sobald sie entweder durch einen an sie gerichteten direkten Befehl, oder durch eine General-Verordnung zurückberufen werden;
- b) der fremden Macht, in deren Dienst sie übergehen wollen, den Diensteseid nur unter dem Vorbehalte zu leisten, nie gegen ihr Vaterland und dessen Alliirte zu dienen;
- c) auch ohne besondere Zurückberufung den fremden Dienst zu verlassen, sobald diese Macht in Kriegsstand gegen Baiern und dessen Alliirte tritt.

Art. XXIX. Diejenigen Individuen, welche aus ehemaligen Reichsgebieten, vor Unserer Zivil-Besiznahme derselben in auswärtige Dienste getreten sind, oder im Auslande sich ansässig gemacht haben, und sich noch darin befinden, sind rücksichtlich der rechtlichen

Folgen ihrer Auswanderung nach den in jenen Gebieten damals bestandenen Gesezen zu beurtheilen. Geschahen ihre Auswanderungen entweder mit ausdrücklicher oder stillschweigender Bewilligung ihrer Obrigkeiten, oder war der Eintritt in fremde Dienste, oder die Ansässigmachung im Auslande in jenen Gebieten nicht verboten, so kann ihre Auswanderung zwar keine Strafe zur Folge haben, sie haben aber das baierische Indigenat verloren, und sind lediglich als Fremde zu betrachten.

Art. XXX. Sind einige solcher Individuen aus ihrem Vaterlande nicht gänzlich ausgetreten, sondern demselben durch Güter-Besiz, Lehen-Verband, oder durch sonstige Verhältnisse noch verpflichtet geblieben, und haben sie seit der Vereinigung der Gebiete, in welchen sie vormals ihr Domizil hatten, mit Unserem Königreiche, den an Unsere General-Kreis-Kommissariate erlassenen Verordnungen vom 1sten Mai 1809, 14ten Juni 1810 und 16ten Februar 1811, keine genügende Folge geleistet, so sind gegen dieselben die über gesezwidrige Auswanderungen und Uebertritte in fremde Zivil- und Militär-Dienste bestehenden Verordnungen in Vollzug zu sezen.

Art. XXXI. Nach diesen Verordnungen sind demnach zu behandeln:

- a) Unsere sämtliche Unterthanen vom Bürger - und Bauer - Stande, sowohl aus Un-
sern alten, als aus den neu erworbenen
Länden, wenn sie von dem Zeitpunkte
an, wo diese Lande durch die Zivil - Be-
sitznahme mit Unserem Königreiche ver-
einigt worden, in einem fremden Staate
sich ansässig gemacht haben, oder in des-
selben Dienste getreten, und seitdem dar-
in geblieben sind, sonach in die Kathe-
gorie derjenigen nicht gehören, von wel-
chen im Art. XXIX. die Rede ist.
- b) Unsere Unterthanen vom Adel und von
den ehemaligen gefreiten Ständen, welche
nach der ihnen zugekommenen Zurück-
berufung in ihr Vaterland nicht zurück-
gekehrt, oder nach der Vereinigung ih-
res Vaterlandes mit Unserm Königreiche
in ausländischem Dienste geblieben sind,
ohne Unsere Bewilligung dazu erholt
und erhalten zu haben.
- c) Die durch die rheinische Bundesakte Un-
serer Souveränität unterworfenen ehema-
ligen unmittelbaren Güter - Besizer, wenn

Art. XXXIV. Jeder Baier, der bei einem gegen Uns ausgebrochenen Kriege gegen sein Vaterland und dessen Alliirte Dienste leistet, wenn er nicht zuvor aus Unserem Unterthans-Verbande nach obigen Vorschriften gänzlich entlassen war, soll als ein Staats-Verräther behandelt, und mit den in Unserm Straf-Gesetzbuche für ein solches Verbrechen ausgesprochenen Strafen belegt werden.

Art. XXXV. Unsere Unterthanen können Besizungen in einem andern Staate haben und erwerben, auch an Handels-Etablissements und Fabriken Theil nehmen, wenn keine bleibende persönliche Ansässigkeit in dem fremden Staate damit verbunden ist, und es unbeschadet ihrer Unterthans-Pflichten gegen das Königreich geschehen kann.

Art. XXXVI. Wer in einem fremden Staate domilizirt ist, und demselben durch Unterthans- oder Lehens-Verband angehört, kann in Unserem Königreiche das Staatsbürger-Recht weder erwerben, noch beibehalten, noch ein Lehen besizen, ohne der persönlichen auswärtigen Unterthans- und Lehens-Verbindung gänzlich entsagt zu haben, und aus derselben ohne Vorbehalt entlassen worden zu seyn.

Art. XXXVII. Besitzt ein solcher auswärtiger Unterthan eines zum rheinischen Bunde nicht gehörigen Staates in dem Umfange Unseres Reiches eigene oder lehenbare Güter, und derselbe erklärt, in dem Unterthans-Verbande mit jenem Staate verbleiben zu wollen, so muß er seine in Unserem Königreiche gelegenen Allodial-Besitzungen entweder an ein Glied seiner Familie, welches alle Unseren Unterthanen obliegende Pflichten zu erfüllen hat, mit vollem Eigenthume abtreten, oder dieselben einem andern diesseitigen Unterthan, es sey durch Kauf oder Tausch, überlassen. — Dasselbe tritt in Ansehung der lehenbaren Güter ein, unter Beobachtung der in Unserem Edikte über die Lehens-Verhältnisse enthaltenen Vorschriften.

Art. XXXVIII. Die Abtretung oder Veräußerung der Güter eines solchen Auswärtigen muß innerhalb 6 Jahren, von der Zeit der Publikation des gegenwärtigen Ediktes an, und von den Mediatisirten, nach Unserer Verordnung vom 13ten November 1810, innerhalb des allda festgesetzten gleichen Zeitraumes, aber vom 1sten Jänner 1810 angerechnet, geschehen.

Art. XXXIX. Die von jedem mediatisirten Fürsten, Grafen und Herrn zu veräußern-
den

den Güter, müssen, in Gemäfsheit des Art. 27. der rheinischen Bundes-Akte, zuerst Uns angetragen werden, und der Verkauf kann nur dann erst in Erfüllung gehen, wenn Wir in Zeit von 6 Monaten, nach dem Uns bekannt gemachten Anbothe, Uns nicht für die Annahme desselben erklärt haben.

Art. XL. In der Zwischenzeit, bis solche auswärtige Güter-Besizer über ihre Besitzungen auf eine oder die andere Art disponirt haben, verbleibt denselben zwar, wie jedem Fremden, der Genuß der bürgerlichen Rechte: jedoch sind sie gehalten:

- a) die aus dem Besize eines solchen Gutes hervorgehenden Verbindlichkeiten in Ansehung der Steuern und sonstiger Territorial-Leistungen zu erfüllen;
- b) einen Stellvertreter aus der Mitte Unserer Unterthanen, in Hinsicht auf diese Verbindlichkeiten, für sich anzuordnen;
- c) auch können sie sowohl von Unserem Fiskus, als von Unsern Unterthanen, nicht nur in Real-, sondern auch in Personal-Klag-Sachen, in so weit diese Güter einen zureichenden Exekutions-Gegenstand darbieten, oder dafür angenommen werden wollen, vor Unsern geeigneten Gerichten belangt werden.

Art. XLI. Wenn ein in den rheinischen Bundesstaaten domicilizirender Unterthan Güter in Unserem Königreiche besitzt, so finden bei einem solchen die Art. XXXVII. und XXXVIII. bestimmten strengen Maasregeln nicht statt, sondern demselben ist gestattet, diese Güter als Forensis ferner im Besize und Genusse zu behalten, jedoch:

- a) muß ein solcher auswärtiger Güter - Besitzer, wie im Art. XL. verordnet ist, alle nach den Gesezen Unseres Königreiches darauf haftenden Staats-Lasten und Verbindlichkeiten genau erfüllen;
- b) muß derselbe in Hinsicht auf diese Verbindlichkeiten einen Stellvertreter seiner Person aus Unsern Unterthanen anordnen;
- c) kann er sowohl von dem Fiskus, als von Unsern Unterthanen, nicht nur in Real-, sondern auch in Personal-Klag-Sachen, in so weit diese Güter einen zureichenden Exekutions-Gegenstand darbieten, oder dafür angenommen werden wollen, vor Unsern geeigneten Gerichten belangt werden.

In seinen übrigen Verhältnissen ist ein solcher Forensis als Fremder zu behandeln.

Art. XLII. Da kein Fremder Lehen in Unserm Königreiche besizen kann, so haben in Ansehung dieser auch bei solchen auswärtigen Güterbesizern die Dispositionen des Artikels XXXVII. ihre Anwendung.

V. T i t e l.

Von den Verhältnissen der Fremden.

Art. XLIII. Den Fremden wird in Unserm Königreiche die Ausübung derjenigen bürgerlichen Privatrechte zugestanden, die der Staat, zu welchem ein solcher Fremder gehört, Unseren Unterthanen zugestehet.

Art. XLIV. Werden in einem auswärtigen Staate, durch Gesez oder besondere Verfügungen entweder Fremde im Allgemeinen, oder baierische Unterthanen insbesondere, von den Vorthellen gewisser Privatrechte ausgeschlossen, welche nach den allda geltenden Gesezen den Einheimischen zustehen, so ist gegen die Unterthanen eines solchen Staates derselbe Grundsatz anzuwenden.

Art. XLV. Zur Ausübung eines solchen Retorsions-Rechtes muß allezeit Unsere besondere Genehmigung erholt werden.

Art. XLVI. Fremde, welche mit Unserer Erlaubniß in Unserem Königreiche sich aufhalten, genießen alle bürgerlichen Privatrechte, in so lange sie allda zu wohnen fortfahren, und Unsere Erlaubniß nicht zurückgenommen ist.

Art. XLVII. Haben Fremde Besizungen in Unserm Königreiche, oder fallen denselben durch Erbschaft oder auf eine sonstige gültige Art dergleichen an, so treten über ihre rechtlichen Verhältnisse in Ansehung solcher Güter die in Titel IV. enthaltenen gesetzlichen Bestimmungen ein.

Art. XLVIII. Wenn Fremde in Unser Königreich einwandern, und nach dem Austritte aus ihrem vorigen Unterthans-Verbande sich entweder durch den Besiz irgend einer Realität ansässig machen, oder ihr ständiges Domizil darin nehmen, ohne jedoch das Indigenat noch erworben zu haben, so genießen dieselben alle bürgerlichen Privatrechte, sind aber dagegen auch allen Unterthanspflichten unterworfen.

Unsere einschlägigen Ministerien sind mit der Vollziehung dieses Edikts, so weit die dar-

in enthaltenen Bestimmungen ihren Geschäftskreis betreffen, beauftragt.

München den 6. Jänner 1812.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär.

Baumüller.

(Regierungsblatt 1812, Stück V. Seite 209 — 226.)

B.

Die in fremden Diensten befindlichen
Baieru betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern:

Wir finden Uns durch verschiedene Zweifel, welche sich bei der Vollziehung der Art. XXIX, XXX. und XXXI. Unseres Edikts vom 6. Jänner l. J. *) in Bezug auf die in fremden Diensten befindlichen Baiern ergeben haben, bewogen, zu verordnen wie folgt:

- 1) Alle in ausländischen Hof-, Staats- oder Militärdiensten befindlichen Baiern sind gehalten, binnen Jahresfrist, bei Verlust aller bürgerlichen Rechte, und sonach auch ihres gegenwärtigen und zukünftigen Vermögens, nach Unserm Edikte vom 29sten August 1808 über die Konfiskationen, Unsere Bewilligung in ausländischen Diensten zu bleiben, soweit sie solche nicht schon früher erhalten haben, zu erhalten.

*) Regierungsbl. S. 219 und folgende.

- 2) Hierunter sind alle diejenigen begriffen, welchen in dem dermaligen Umfange Unseres Reiches nach dem Art. III. und IV. Unseres Edikts vom 6ten Jänner l. J. oder nach den vorher bestandenen Gesezen, vermöge Geburt oder durch Naturalisation, solche mag in den neu erworbenen Landen vor, oder nach deren Vereinigung mit Unserer Krone erfolgt seyn, das Indigenat zu- steht, wenn sie auch gleich zu der eben erwähnten Epoche sich in den Diensten des fremden Staates befunden haben sollten.
- 3) Sofern einige unter ihnen schon in Folge spezieller Verfügungen aus den fremden Diensten abberufen worden sind, hat es bei der darin festgesetzten Frist sein Verbleiben.
- 4) Eben so hat es rücksichtlich der Mediatisirten bei Unserer Verordnung vom 13ten November 1810 sein Verbleiben.
- 5) Die Gesuche müssen an Unsere Person gerichtet, in der vorgeschriebenen Form doppelt verfaßt, und von dem Bittsteller eigenhändig unterschrieben seyn; dieselben müssen den Vor- und Zunamen, den Geburtsort, den Karakter, den dermaligen

Wohnort und den jüngsten Aufenthaltsort des Bittstellers in Baiern, endlich die Beweggründe seines Gesuches und die Bestellung eines Anwaltes im Inlande enthalten, und mit den dießsfälligen Belegen versehen seyn.

- 6) Die Gesuche sind bei Unserer Gesandtschaft an dem Hofe, in dessen Diensten die Betheiligten stehen, oder wo keine Gesandtschaft sich befindet, bei Unserm Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten einzureichen. An solches sind auch von den Gesandtschaften die bei ihnen überreichten Gesuche einzubefördern, wo sohin darüber nach Einvernehmung des einschlägigen General - Kommissärs, Unsere Entschliessung erholt, und durch denselben ausgeschrieben werden wird.

München den 21. März 1812.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General Sekretär

Baumüller.

(Regierungsblatt 1812. XX. Stück. S. 548—550.)

C.

Die auswärtigen Güter - Besizer betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

In Vollziehung des Art. XXXVI. et seq. Unseres Edikts vom 6ten Jänner dieses Jahrs *) verordnen Wir in Bezug auf die auswärtigen Güter - Besizer, wie folgt:

- 1) die auswärtigen Unterthanen anderer Staaten, welche in dem Umfange Unseres Reiches eigene oder lehenbare Güter besitzen, haben die in dem Art. XXXVIII. vorgeschriebene Erklärung, ob sie in dem Unterthans - Verbande mit jenem Staate bleiben wollen, oder nicht, bis zum 1sten Jänner 1813 abzugeben.
- 2) Dieß erstreckt sich jedoch nicht auf die Mediatisirten, welche diese Erklärung nach Unserer Verordnung vom 21sten November

*) Siehe oben.

1810 schon vor dem 1sten Juli 1811 abgeben mußten.

3) Denselben liegt jedoch ob, gleich den übrigen, sofern sie mit dem Staate, worin sie sich aufhalten, im Unterthans - Verbande bleiben wollen, nach den Art. XL. und XLI. zu Erfüllung der ihnen als Güter-Besizer obliegenden Verbindlichkeiten, einen Stellvertreter aus der Mitte Unserer Unterthanen, sofern es nicht schon geschehen ist, bis zum 1sten Jänner 1813 anzuordnen, und wie dieß geschehen, anzuzeigen.

4) Die §. 1. und 3. vorgeschriebene Erklärung und Anzeige muß bei dem Landgerichte, in dessen Bezirke die Güter gelegen sind, oder, wenn der auswärtige Unterthan in mehreren Landgerichts - Bezirken Güter besitzt, bei dem General - Commissariate des Kreises, oder endlich, wenn die Güter in mehreren Kreisen gelegen sind, bei Unserm Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten übergeben werden.

5) Die Erklärung muß den Vor- und Zunamen, den Geburts- und Wohnort, den

Charakter des auswärtigen Unterthans, und endlich eine genaue Angabe der Güter, welche er in dem Umfange Unsers Reiches besitzt, mit der Bemerkung ihrer Lage und Eigenschaft erhalten, und mit den erforderlichen Urkunden belegt seyn.

- 6) Auf die Güter derjenigen auswärtigen Unterthanen, welche bis zum 1sten Jänner 1813 den ihnen §. 1. und 3. auferlegten Verbindlichkeiten nicht genügt haben werden, soll der Beschlag gelegt, und derselbe so lange, bis dieses geschieht, gehandhabt werden.

München den 21. März 1812.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär
Baumüller.

(Regierungsblatt 1812. XX. Stück. S. 550 — 552.)

CLV.

(Zu dem I. Titel §. 8.)

Die Nachsuchung fremdherrischer Titel
und Dekorationen betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Ohngeachtet schon Unsere Verordnung vom 18ten August 1801 *) allen Unsern Dienern und Unterthanen das Nachsuchen und den Gebrauch fremdherrischer Würden, Titel und Dekorationen ohne vorher erhaltene landesherrliche Bewilligung, bestimmt untersagt, so müssen Wir doch öfters wahrnehmen, daß, diesem Verbote zuwider, Unsere Bewilligung zum Gebrauche solcher Auszeichnungen erst nach derselben Erlangung nachgesucht werde.

Wir wollen daher jene Verordnung andurch erneuern, und werden in Zukunft keine

*) Regier. und Intelligenzbl. v. J. 1801. S. 569.

Bewilligung eben genannter Art mehr ertheilen, wenn nicht das darum supplizirende Individuum schon vorerst Unsern ausdrücklichen Konsens nachgesucht und enthalten hat, sich um die betreffende fremdherrische Würde oder Dekoration bewerben zu dürfen.

Gegenwärtige Verfügung wird durch das allgemeine Regierungsblatt zu Jedermanns Wissenschaft bekannt gemacht.

München den 15. Oktober 1811.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär
Baumüller.

(Regierungsblatt 1811. LXVII. Stück. Seite 1583.)

CLVI.

(Zu dem I. Titel. §. 8.)

Der Eintritt der königlichen Staatsdiener
in auswärtige literarische Sozietäten
betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Mehrere Unserer Staatsdiener sind seit einiger Zeit in auswärtige literarische Sozietäten getreten, und bekennen sich als korrespondirende oder Ehren-Mitglieder derselben in öffentlichen Ausfertigungen. Weit entfernt, das wissenschaftliche Verkehr, und die darauf berechneten sozialen Verbindungen erschweren zu wollen, finden Wir Uns doch aus mehreren Rücksichten bewogen, Unsern Staatsdienern aufzugeben, daß sie nie ohne Unser Vorwissen neben ihren Dienstes-Pflichten auch noch Verbindlichkeiten gegen dergleichen Sozietäten über-

nehmen, und ihrem verliehenen Dienstes - Charakter fremdartige Prädikate beifügen sollen.

Indem Wir diese Unsere Gesinnungen durch das Regierungsblatt bekannt machen lassen, tragen Wir den General-Kreis-Kommissariaten auf, darüber zu wachen, daß sich die Staatsdiener ihrer Kreise allenthalben hiernach achten.

München den 28. Jänner 1810.

Aus Seiner Majestät des Königs Spezial-Vollmacht.

Graf Morawitzky.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
von Krempelhuber.

(Regierungsblatt 1810. V. Stück. Seite 65—66.)

CLVII.

(Zu dem I. Titel §. 8.)

Das Verbot des auswärtigen Lottospielles
betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,

von Gottes Gnaden König von Baiern.

Obgleich bereits ältere und neuere Verordnungen bestehen, durch welche das Spiel in auswärtigen Lotterien, das Kollektiren für dieselben, das Unternehmen einer Privat-Lottoanstalt, oder eines sogenannten Wett-Komtoirs, und das Ausspielen von Gütern oder Effekten durch die Lotterien, in Unsern Staaten verboten ist, so haben Wir doch aus mehreren zu Unserer Kenntniß gebrachten Vorfällen wahrnehmen müssen, daß diese Verordnungen theils wieder in Vergessenheit gekommen, theils nicht überall, besonders in den neu erworbenen Theilen

len Unseres Reichs, hinlänglich bekannt sind, und anbei in ihrer Vollziehung wegen Unvollständigkeit zu Anständen Anlaß geben.

Wir finden Uns daher bewogen, nach vorläufiger Vernehmung Unsers geheimen Raths, nachfolgende allgemeine Verordnung zu erlassen.

I. Das Spiel in ausländischen Lotterien, das Kollektiren für dieselben, das Unternehmen einer Privat-Lottoanstalt, oder eines sogenannten Wett-Comtoirs, und das Ausspielen von Gütern oder Effekten durch irgend eine Lotterie ist und bleibt ohne Unsere allerhöchste Bewilligung in Unserm Reiche Jedermann verboten.

II. Auf die Uebertretung dieses Verbotes werden nach Verschiedenheit der Fälle folgende Strafen gesetzt:

1) Derjenige Unserer Unterthanen, welcher schuldig befunden wird, in einer ausländischen Lotterie gespielt zu haben, wird mit 25 Gulden, oder wenn er wegen Dürftigkeit diese Geldstrafe nicht bezahlen kann, mit acht-tägigem Gefängnisse bestraft.

2) Derjenige Unserer Unterthanen, welcher überführt wird, in Unserem Reiche für

auswärtige Lotterien Kollecten übernommen, oder das Spielen in denselben durch Versendung der Loose, Spiellisten, oder wie immer befördert zu haben, soll mit 50 Gulden, oder bei Zahlungs - Unvermögenheit, mit vierzehntägigem Gefängnisse bestraft werden.

Der nämlichen Strafe sollen auch die Ausländer unterliegen, welche in Unserem Reiche mit Kollectiren für ausländische Lotterien, oder mit Beförderung des Spielens in denselben betreten werden.

3) Wer in Unseren Staaten eine Privat-Lottoanstalt, oder ein sogenanntes Wett - Komtoir auf die Ziehungen anderer Lotterien unternimmt, soll mit 100 Gulden, oder mit vierwöchentlichem Gefängnisse gestraft werden. Diejenigen hingegen, welche in einer solchen Privat - Lottoanstalt spielen, sollen der Strafe unterliegen, welche auf das Spielen in auswärtigen Lotterien gesetzt ist.

4) Wer ohne vorläufige höhere Autorisation ein Gut, oder was immer für Effekten auf die Ziehung irgend einer Lotterie ausspielen läßt, soll eine Geldstrafe, die dem vierten Theile des Werthes des ausgespielten Objectes gleichkommt, oder einer verhältnißmässigen Gefäng-

nissstrafe unterliegen. Diejenigen hingegen, welche an einem solchen Spiele Antheil nehmen, sollen mit dem dreifachen Geldbetrage der von ihnen abgenommenen Loose, oder ebenfalls mit verhältnissmässigem Gefängnisse gestraft werden.

III. Gegen diejenigen, welche gegenwärtiges Verbot in irgend einem Punkte auf eine und die nämliche Weise öfter übertreten, sollen die im vorgehenden §. auf eben dieselbe Art der Uebertretung festgesetzten Strafen von jedem neuen Uebertretungsfalle verdoppelt, und nach Umständen noch höher gesteigert werden.

IV. In allen Fällen, wo es sich um Uebertretung der gegenwärtigen Verordnung handelt, soll die Judikatur in erster Instanz den konstituirten Polizei - Behörden, sohin in Städten den Polizei - Direktionen, oder Polizei-Kommissariaten, und auf dem Lande, so wie in kleineren Städten den Land- oder Untergerichten zustehen.

V. Von den Untergerichten findet in einem präklusiven Termine von 30 Tagen die Appellation zu den einschlägigen General-Kommissariaten Statt, welche in zweiter und letzter Instanz erkennen.

VI. Erreicht die Strafe die Summe von 400 fl., so gestatten Wir dem Verurtheilten in einem Termine von 30 Tagen den Rekurs an Unsern geheimen Rath.

VII. Das richterliche Verfahren in Untersuchung und Aburtheilung der strafbaren Handlungen, wodurch dieser Verordnung entgegen gehandelt wird, ist summarisch.

VIII. Von den angefallenen Geldstrafen soll ein Drittheil dem Anzeiger oder Denunzianten, ein Drittheil dem Lokal - Armenfond, und ein Drittheil der Kasse der General - Lotto - Administration zufallen und ausgehändigt werden.

IX. Alle Obrigkeiten, besonders aber alle Polizei - Behörden werden hiemit nachdrücklich beauftragt, über die genaue Beobachtung dieser Verordnung strenge zu wachen. Bei gegründetem Verdachte, daß derselben entgegen gehandelt werde, sind sie ermächtigt, Haussuchungen anzustellen, alle auf das verbotene Spiel Bezug habenden Papiere und Gelder in Beschlag zu nehmen, und die Verdächtigen bei wahrscheinlicher Gefahr der Entweichung zu arretiren. Wo aber diese letzte Maasregel nothwendig erachtet wird, muß die Untersuchung

längstens innerhalb 48 Stunden nach der Arrestirung ihren Anfang nehmen. Finden die Behörden eine Milderung der ausgesprochenen Strafe oder eine Verwandlung derselben in eine ausserordentliche hinreichend motivirt, so haben sie die Gründe Unserm Ministerium des Innern mittels Berichts vorzulegen, und die Entschliessung zu gewärtigen.

Diese Verordnung soll durch das Regierungsblatt kund gemacht werden.

München den 14. August 1810.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär
G. Geiger.

(Regierungsblatt 1810. XXXX. Stück. Seite 674—678.)

CLVIII.

(Zu dem I. Titel. §. 8.)

Die Vollstreckung fremdrichterlicher Erkenntnisse betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,

von Gottes Gnaden König von Baiern.

Da sich über die Anwendung Unserer Verordnung vom 9ten Oktober 1807, die Vollstreckung fremdrichterlicher Erkenntnisse betreffend, verschiedene Anfragen und Anstände ergeben haben, so haben Wir eine nähere Bestimmung derselben für nothwendig erachtet, und erklären daher nach Vernehmung Unsers geheimen Raths, wie folgt:

§. 1. Oben erwähnte Verordnung vom 9ten Oktober 1807 beschränkt sich blos auf diejenigen Fälle, wo von einem nach staatsrechtlichen Grundsätzen incompetenten auswärtigen Gerichte, wider einen dießseitigen Unterthan er-

kannt worden ist ; erstreckt sich daher nicht auf den Fall, wenn bei dem Gerichte des auswärtigen Staats entweder der allgemeine Gerichtsstand des Wohnortes, oder einer der besondern Gerichtsstände der gelegenen Sache, des Arrestes, des Kontrakts oder der geführten Verwaltung begründet war.

§. 2. Der Vollstreckung eines fremdrichterlichen Erkenntnisses an den in Baiern befindlichen Gütern des Sachfälligen kann jedoch nur unter der Voraussetzung Statt gegeben werden, wenn 1) durch gerichtliche Zeugnisse dargethan ist, dafs in dem auswärtigen Staate selbst, von dessen Gerichten erkannt worden, keine tauglichen oder hinreichenden Vollstreckungsmittel vorhanden seyen, und wenn sich 2) keine diesseitigen Unterthanen mit Forderungen gemeldet haben, rücksichtlich welcher ihnen an den zur Vollstreckung des fremdrichterlichen Erkenntnisses angewiesenen Sachen ein gleiches oder vorzügliches Recht gesetzlich zusteht.

§. 3. Soll die Hilfsvollstreckung an der Substanz unbeweglicher Güter geschehen, so ist zuvörderst der Inhalt des fremdrichterlichen Erkenntnisses, nebst Anzeige der Güter, auf wel-

che die Hülfsvollstreckung nachgesucht worden ist, öffentlich bekannt zu machen. Auch sind alle diesseitigen Unterthanen, welche etwa aus dem Grunde einer Hypothek oder anderem Titel ein gleiches oder vorzügliches Recht an jenen Gütern zu haben vermeinen, innerhalb eines bestimmten präklusiven Termins aufzufordern, bei dem einschlägigen Untergerichte ihre Forderungen geltend zu machen.

§. 4. Das Gesuch um Vollstreckung eines fremdrichterlichen Erkenntnisses ist, unter Beilegung des Urtheils in Original oder beglaubigter Abschrift, bei dem Appellationsgerichte des Kreises anzubringen, innerhalb welchem die Exekution geschehen soll. Diese Gerichtsstelle hat nach geschöpfter Ueberzeugung, daß dasselbe nach den Bestimmungen des §. 1. von einem zuständigen Gerichte erkannt worden sey, und die Rechtskraft beschritten habe, wie auch nach Beobachtung der §. 2 und 3. enthaltenen Vorschriften, dem betreffenden Untergerichte den Auftrag zur Hülfsvollstreckung zu ertheilen.

§. 5. Der bei einem auswärtigen Gerichte begründete allgemeine Gerichtsstand des Konkurses erstreckt sich nicht auf die im Inlande liegenden Güter des Schuldners oder die bei

inländischen Gerichten anhängigen Prozesse, so weit nicht durch besondere Uebereinkunft ein Anderes bestimmt ist.

Alle Unsere Gerichts- und andere Behörden haben sich nach dieser unserer Verordnung zu achten; wobei sich übrigens von selbst versteht, daß der Vollstreckung fremdrichterlicher Erkenntnisse nur alsdann und nur in so ferne Statt gegeben werden könne, als von auswärtigen Staaten gleiche Grundsätze rücksichtlich der Erkenntnisse Unserer Gerichtsstellen beobachtet werden. Doch sind Unsere Gerichtsstellen nicht eigenmächtig, sondern nur nach Unserer ausdrücklichen Genehmigung, eine Retorsion geltend zu machen, berechtigt.

München den 2. Juni 1811.

MAX JOSEPH.

Graf Reigersberg.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl

der General - Sekretär

Nemmer.

(Regierungsblatt 1811. XXXVIII. Stück. Seite 745—748.)

CLIX.

(Zu dem II. Titel §. 4.)

Königliches Familien - Gesetz.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Haben in Gemäfsheit des zweiten Titels §. IV. der Konstitution Unseres Reichs mit Rücksicht auf die älteren Geseze und Verträge Unseres Hauses, in so weit diese auf die veränderten politischen Verhältnisse desselben noch anwendbar sind, nachfolgendes Familien - Gesetz errichtet. Wir beschliessen darnach und verordnen:

I. Titel.

Von den Personen des königlichen
Hauses.

Artikel 1. Das königliche Haus begreift:

- a) alle Prinzen und Prinzessinnen Unseres Hauses, welche von Uns oder von einem Des-

cendenten des gemeinschaftlichen Stammvaters Unseres Hauses durch anerkannte rechtmässige Ehen abstammen,

b) ihre Gemahlinnen und Wittwen während ihres Wittwenstandes.

Art. 2. Der König ist das Haupt der Familie, in welcher Eigenschaft Er eine besondere Aufsicht mit bestimmtem Rechte über dieselbe ausübt.

Art. 3. Während der Minderjährigkeit des Königs sind diese Rechte dem Reichs-Verweser übertragen.

Art. 4. Der Titel eines baierischen Prinzen, einer baierischen Prinzessin, ist nur den Descendenten Unseres Hauses nach der Bestimmung des Art. 1. gestattet.

Art. 5. Der älteste Sohn des Königs heisst Kronprinz, und erhält in der schriftlichen Anrede:

Durchlauchtigster Kronprinz,

Gnädigster Herr!

Im Kontexte und in mündlichen Anreden:

Eure königliche Hoheit!

Art. 6. Die nachgeborenen Prinzen und Prinzessinnen in der königlichen Hauptlinie heissen:

Königliche Prinzen, Königliche
Prinzessinnen.

Sie erhalten in der schriftlichen Anrede:

Durchlauchtigster Prinz,
Gnädigster Herr!

Durchlauchtigste gnädigste Prinzess-
sinn!

Im Kontexte und in mündlichen Anreden:
Eure königliche Hoheit!

Art. 7. Die Prinzen und Prinzessinnen
der Nebenlinien erhalten den Titel:

Herzog, Herzoginnen in Baiern;
in der schriftlichen Anrede:

Durchlauchtigster Herzog!

Durchlauchtigste Herzoginn!

Im Kontexte: Eure Herzogliche
Durchlaucht!

Art. 8. Das Wappen des Kronprinzen
enthält einen Hauptschild mit 42 silbernen und
lazurnen Rauten, und einem rothen Mittelschilde,
in welchem eine königliche geschlossene
aus zwei Halbzirkeln bestehende Krone sich be-
findet. Die Schildhalter sind die zwei Löwen,
aber ohne Paniere. Auf dem Hauptschilde ist
oben eine solche Krone, wie in dem Mittel-
schilde. Das ganze Wappen steht unter einem

Gezelte, und ist mit denjenigen Orden umgeben, mit welchen der Kronprinz dekorirt worden.

Art. 9. Das Wappen der nachgebornen Prinzen in der königlichen Hauptlinie besteht aus einem einzigen Hauptschilde mit 42 Rauten (ohne Mittelschild) auf dem Hauptschilde ist eine königliche Krone, wie die obige mit zwei Halbzirkeln geschlossen, aber ohne Reichsapfel, statt dessen steht ein doppeltes Laub. (Eichenlaub.)

Art. 10. Das Wappen der Prinzen aus den Nebenlinien hat einen einzigen Hauptschild mit 42 Rauten, wie bei den königlichen Prinzen, welche aber statt der Krone mit einem herzoglichen Hute besetzt ist; die Schildhalter sind zwei Löwen; das ganze Wappen steht unter einem herzoglichen Purpurmantel.

II. T i t e l.

Von den Heurathen der Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses.

Art. 11. Kein baierischer Prinz und keine baierische Prinzessin darf eine eheliche Verbindung eingehen, ohne zuvor die Einwilligung des Königs darüber erholt zu haben.

Art. 12. Wenn dieser keine Anstände dabei findet, so wird ein Bewilligungs-Brief darüber mit des Königs eigenhändiger Unterschrift und der Kontrasignatur des Ministers der auswärtigen Verhältnisse, welchem die Funktionen eines Staatssekretärs des königlichen Hauses übertragen sind, unter königlichem Siegel ausgefertigt.

Art. 13. Unterbleibt diese förmliche Einwilligung des Hauptes der Familie, so hat die geschlossene Ehe eines Mitglieds derselben keine rechtliche Wirkung, und sie ist als nichtig anzusehen, ohne daß es eines besonderen gerichtlichen Ausspruchs hiezu bedarf.

Art. 14. Alle aus einer solchen Ehe erzeugten Kinder werden als uneheliche betrachtet, und weder sie noch ihre Mutter können auf eine Staats-Erbfolge, Apanage, Aussteuer oder Witthum, oder die Vortheile einer Ehe zur linken Hand nach dem bisherigen Herkommen und den älteren Familien-Verträgen Ansprüche machen, sondern diese beschränken sich nur auf eine Alimentation aus dem eigenen Vermögen des Vaters.

Art. 15. Alle von den Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses geschlos-

senen Eheverträge sind nichtig, wenn sie die königliche Bestätigung nicht erhalten haben.

Art. 16. Kein Mitglied des königlichen Hauses kann ohne Einwilligung des Königs adoptiren; von dessen Bestimmungen hängen die Wirkungen der Adoption ab.

III. T i t e l.

Von den Akten über die Geburt, die Vermählungen und die Sterbfälle der königlichen Familie.

Art. 17. Bei diesen Akten, welche Uns, die Prinzen oder Prinzessinnen Unsers Hauses betreffen, werden hiedurch Unserm Minister der auswärtigen Angelegenheiten die Funktionen des Beamten des Civilstandes aufgetragen.

Art. 18. Sie werden nach den Vorschriften Unsers Gesetzbuches verfaßt, in ein Register eingeschrieben, welches doppelt geführt werden muß, und in dem Archive Unsers Hauses hinterlegt wird.

Art. 19. Der König ernennt aus den nächsten Prinzen des Hauses, nach diesen aus den Ministern, Kron - und ersten Staatsbeamten, die zu solchen Akten erforderlichen Zeugen.

Art. 12. Wenn dieser keine Anstände dabei findet, so wird ein Bewilligungs-Brief darüber mit des Königs eigenhändiger Unterschrift und der Kontrasignatur des Ministers der auswärtigen Verhältnisse, welchem die Funktionen eines Staatssekretärs des königlichen Hauses übertragen sind, unter königlichem Siegel ausgefertigt.

Art. 13. Unterbleibt diese förmliche Einwilligung des Hauptes der Familie, so hat die geschlossene Ehe eines Mitglieds derselben keine rechtliche Wirkung, und sie ist als nichtig anzusehen, ohne daß es eines besonderen gerichtlichen Ausspruchs hiezu bedarf.

Art. 14. Alle aus einer solchen Ehe erzeugten Kinder werden als uneheliche betrachtet, und weder sie noch ihre Mutter können auf eine Staats-Erbfolge, Apanage, Aussteuer oder Witthum, oder die Vortheile einer Ehe zur linken Hand nach dem bisherigen Herkommen und den älteren Familien-Verträgen Ansprüche machen, sondern diese beschränken sich nur auf eine Alimentation aus dem eigenen Vermögen des Vaters.

Art. 15. Alle von den Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses geschlos-

senen Eheverträge sind nichtig, wenn sie die königliche Bestätigung nicht erhalten haben.

Art. 16. Kein Mitglied des königlichen Hauses kann ohne Einwilligung des Königs adoptiren; von dessen Bestimmungen hängen die Wirkungen der Adoption ab.

III. T i t e l.

Von den Akten über die Geburt, die Vermählungen und die Sterbfälle der königlichen Familie.

Art. 17. Bei diesen Akten, welche Uns, die Prinzen oder Prinzessinnen Unsers Hauses betreffen, werden hiedurch Unserm Minister der auswärtigen Angelegenheiten die Funktionen des Beamten des Civilstandes aufgetragen.

Art. 18. Sie werden nach den Vorschriften Unsers Gesetzbuches verfaßt, in ein Register eingeschrieben, welches doppelt geführt werden muß, und in dem Archive Unsers Hauses hinterlegt wird.

Art. 19. Der König ernennt aus den nächsten Prinzen des Hauses, nach diesen aus den Ministern, Kron - und ersten Staatsbeamten, die zu solchen Akten erforderlichen Zeugen.

Art. 20. Wenn der König an dem Orte, wo der Akt vor sich geht, nicht gegenwärtig seyn sollte, und die Zeugen nicht selbst ernannt hat, so geschieht die Ernennung derselben aus den oben bezeichneten Personen durch den Minister der auswärtigen Verhältnisse aus besonderem Auftrage des Königs, und im Falle auch der ebengenannte Minister nicht gegenwärtig seyn sollte, so werden folgende Zeugen bestimmt:

- a) Ein volljähriger Prinz des Hauses, wenn ein solcher anwesend ist;
- b) die zwei ersten im Orte befindlichen königlichen Staatsbeamten, nebst den Kavalieren, welche den Hofstaat des Prinzen bilden.

Der Akt selbst muß von dem ersten königlichen Beamten aufgenommen, und sodann mit der Unterschrift der Zeugen an den Minister der auswärtigen Verhältnisse eingesendet werden, welcher denselben untersucht, und wenn er nach Vorschrift der Geseze verfaßt, und nichts dagegen zu erinnern gefunden worden ist, dem Könige vorlegt, und sodann in das Hausarchiv zur Aufbewahrung abgiebt,

Art. 21.

Art. 21. Der Minister darf jedoch keinen Akt der Prinzen oder Prinzessinnen des Hauses über die Heurath, Adoption, oder Anerkennung der natürlichen Kinder aufnehmen, ohne von dem Könige durch ein besonderes Reskript dazu autorisirt worden zu seyn, welches in den Akt eingetragen werden muß.

Art. 22. Bei Sterbfällen der Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses wird das Siegel in ihren Pallästen und Häusern durch den Minister der auswärtigen Angelegenheiten in seiner Eigenschaft als Staats-Sekretär des königlichen Hauses angelegt, oder durch desselben Bevollmächtigten, zu welchem an dem Orte, wo erwähnter Minister nicht gegenwärtig ist, der erste allda wohnende königliche Staatsbeamte aus beständigem Auftrage ernannt wird.

IV. Titel.

Von der Aufsicht des Königs über die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses.

Art. 23. Da die Erziehung der Prinzen und Prinzessinnen des Hauses den wichtigsten Einfluß auf das Wohl der Völker hat, so

kommt dem Könige als Regenten und Haupte der Familie die Befugniss zu, Einsicht von der Erziehung aller Prinzen und Prinzessinnen seines Hauses zu nehmen, zu welchem Ende der Erziehungsplan mit einer Anzeige der gewählten Erzieher und Erzieherinnen Ihm vorgelegt werden muß; was Er daran abzuändern gut findet, muß befolgt werden.

Art. 24. Er bestimmt den Ort, wo, und die Art, wie die Erziehung der Prinzen bis zu ihrer Volljährigkeit vollendet werden soll.

Art. 25. Kein Prinz und keine Prinzessin des königlichen Hauses darf ohne ausdrückliche Erlaubniss des Königs in einen fremden Staat sich begeben.

Art. 26. Ueberhaupt steht es dem Monarchen zu, alle zur Erhaltung der Ruhe, Ehre, Ordnung und Wohlfahrt des königlichen Hauses dienliche Maasregeln zu ergreifen.

V. T i t e l.

Von der Erbfolge.

Art. 27. Diese richtet sich sowohl in Ansehung des Rechts, als der Ordnung, nach den in dem II. Titel, §. I. II. III. der Konsti-

tution Unsers Königreiches enthaltenen Bestimmungen.

Art. 28. Da die Prinzessinnen sowohl nach den ältern Gesezen Unsers Hauses, als insbesondere nach den oben angeführten §. II. und III. der Konstitution bis zur gänzlichen Erlöschung des Mannsstammes von der Erbfolge ausgeschlossen sind, so bedarf es künftig bei ihren Verehelichungen keiner besondern Verzichtleistung auf dieselbe, sondern es ist hinreichend, daß in den Ehepakten statt eines besondern Verzichtes sich lediglich auf die bemerkten Paragraphen der Konstitution bezogen werde.

Art. 29. Nach gänzlicher Erlöschung des Mannsstammes geht das Recht der Erbfolge auf die männliche Nachkommenschaft der Töchter über.

Art. 30. Die Erbfolge-Ordnung bleibt in dieser die nämliche, welche im II. Titel §. I. der Konstitution für den Mannsstamm festgesetzt ist.

Art. 31. Hiernach succedirt in dem vorausgesetzten Falle unter den männlichen Nachkommen der Töchter der erstgeborne Sohn der ältesten Tochter, oder derjenigen Prinzessinn,

welche dem letzten Monarchen im Grade am nächsten verwandt ist; bei mehreren im gleichen Grade verwandten Prinzessinnen hat der erstgeborne Sohn der ältesten Prinzessin in der Erbfolge-Ordnung den Vorzug vor den übrigen.

Art. 32. Wenn keine männliche Nachkommenschaft von der ältesten Tochter vorhanden ist, so fällt die Succession auf den erstgebornen Sohn der zweitgebornen Prinzessin Tochter u. s. w. Das Nämliche hat statt bei den nach Art. 31. zur Succession berufenen männlichen Nachkommen der übrigen Prinzessinnen.

Art. 33. Wenn eben die bestimmte Successions-Ordnung in der weiblichen Descendenz auf einen Prinzen fällt, welcher zur Succession in einem auswärtigen in dem rheinischen Bunde nicht begriffenen Staate berufen ist, oder schon wirklich einen solchen Staat als Regent besitzt, und nicht geneigt ist, auf den Besiz dieses Staates oder auf die Succession in demselben zu verzichten, so soll in diesem Falle an dessen Stelle der zunächst folgende Sohn treten, oder wenn in dieser Linie nur ein einziger Prinz vorhanden wäre, derjenige

Prinz, welcher nach dem Art. 31. zur Succession berufen ist.

Art. 34. Sollte der unglückliche Fall sich ergeben, daß nach den bisherigen Bestimmungen sowohl in der männlichen als weiblichen Nachkommenschaft Unseres Hauses kein successionsfähiger Erbe weder wirklich vorhanden, noch mit Wahrscheinlichkeit zu hoffen wäre, so würde es dem letzten Monarchen zur Pflicht gemacht, durch Annahme eines Prinzen aus einem fürstlichen Hause, welcher noch keinen Staat besitzt, und zur Regierung desselben nicht unmittelbar berufen ist, an Kindesstatt sich einen Nachfolger zu bestimmen.

Art. 35. Wenn der Prinz, welcher adoptirt werden soll, und desselben Aeltern oder nächste männliche Verwandte, und im Falle der Minderjährigkeit desselben Vormund, in einer schriftlichen Urkunde hiezu eingewilliget haben, so versammelt der adoptirende Monarch den Familien-Rath des königlichen Hauses; in Gegenwart desselben erklären sowohl der adoptirende Monarch als der zu adoptirende Prinz, oder desselben Bevollmächtigter, ihre Einwilligung zur Adoption, welche zugleich die De-

signation des Adoptirten zum künftigen Thronfolger für den Fall einer nicht erfolgenden männlichen Descendenz enthält. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten verfaßt über diese Handlung einen von sämmtlichen Anwesenden zu unterzeichnenden Akt.

Art. 36. Dieser auf solche Art ausgefertigte Akt wird der National - Repräsentation durch ein Dekret eröffnet. Sodann geschieht die Eintragung in das Register, welches über die das königliche Haus betreffende Akte des Civilstandes gehalten wird.

Art. 37. Der auf diese Art adoptirte Prinz tritt in die Linie der direkten Nachkommenschaft des Monarchen, und erhält den Titel eines baierischen Prinzen.

Art. 38. Stirbt in der Folge der Monarch ohne Hinterlassung einer rechtmässig ehelich männlichen Descendenz, so succedirt unmittelbar der Adoptirte.

Art. 39. Sollte aber nach der Adoption noch ein männlicher, rechtmässig ehelicher Erbe geboren werden, so bleibt das Erbfolge-Recht des Adoptirten bis zur Erlöschung der daraus entstehenden männlichen Descendenz

nach dem im Artikel 34. bestimmten Falle suspendirt.

Art. 40. Der Adoptirte und seine Nachkommen erhalten indessen alle Vorrechte und Vortheile baierischer Prinzen und Prinzessinnen.

VI. T i t e l.

Von Apanagen, Aussteuer und Witthum.

Art. 41. Nach dem II. Titel §. V. der Konstitution darf künftig keine Appanage auf liegende Güter konstituiert werden, sondern es soll in einer Apanagial - Rente in Geld von höchstens 100,000 fl. auf die königliche Staatskasse angewiesen werden, welche in monatlichen Raten an die nachgeborenen Prinzen ausbezahlt wird.

Art. 42. Diese Apanage wird von dem Könige durch einen besondern Akt regulirt und angewiesen, sobald der nachgeborne Prinz die Volljährigkeit erreicht hat, und bei seiner Vermählung ein eigenes Haus für ihn gebildet wird.

Art. 43. Bis dahin werden die nachgeborenen Prinzen zwar auf Kosten der königlichen

chen Staatskasse unterhalten, dieser Unterhalt wird aber jährlich von dem Könige besonders angeordnet.

Art. 44. Wenn für einen nachgebornen Prinzen eine Appanage, welche die konstitutionsmässige Summe nicht übersteigen darf, festgesetzt und angewiesen ist, so muß derselbe davon nicht nur den Unterhalt seiner Familie und seines Hauses, sondern auch die Aussteuer seiner Töchter, die Etablirung seiner Söhne und die Witthume in seiner Linie bestreiten.

Art. 45. Ein solcher apanagirter Prinz muß allezeit die in seinem Hause getroffenen Einrichtungen dem Könige zur Bestätigung anzeigen. Sollte desselben Familie so zahlreich seyn und die ausgesetzte Apanage zu ihrem standesmässigen Unterhalte nicht hinreichen, so wird der König für solche einzelne Fälle eine weitere väterliche Unterstützung eintreten, oder eine sonstige geeignete Vorsorge dafür treffen lassen.

Art. 46. Das Heurathgut einer Prinzessin aus der königlichen Hauptlinie ist im II. Titel §. VI. der Konstitution auf 100,000 fl. festgesetzt. Diese werden auf die königliche

Staatskasse angewiesen und ausbezahlt, wie man in den Ehepakten übereinkommen wird.

Art. 47. Die Aussteuer der apanagierten Prinzessinnen muß aus der Apanage bestritten werden.

Art. 48. Das Witthum der regierenden Königin wird durch eine besondere Akte des Königs bestimmt; es darf aber das Maximum nicht überschreiten, welches im §. VI. des II. Titels der Konstitution festgesetzt ist.

Art. 49. Diese Akte wird von dem Könige selbst ausgefertigt, und mit seinem Kabinet - Siegel bedruckt; dann in Gegenwart zweier von dem Könige besonders hiezu ernannten Zeugen dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten zugestellt, worüber ein besonderes Protokoll aufgenommen wird.

Art. 50. Die Akte wird alsdann in dem Haus - Archive bis zu dem Zeitpunkte des eintretenden Falles aufbewahrt.

Art. 51. Nach dem erfolgten Ableben des Monarchen wird sie seinem Nachfolger von dem Minister der auswärtigen Verhältnisse vorgelegt, welcher gehalten ist, dieselbe pünktlich

vollziehen, und der Wittwe eine Abschrift der Akte zustellen zu lassen.

Art. 52. Die nachgeborenen Prinzen bestimmen auf eine ähnliche Art das Witthum ihrer Gemahlinnen, jedoch muß der hierüber ausgefertigte Akt dem Könige zur Bestätigung vorgelegt werden.

Art. 53. Der Unterhalt des Kronprinzen wird von dem Könige allezeit besonders regulirt, und auf die königliche Staats - Kasse angewiesen.

VII. T i t e l.

Von dem Hofstaate des königlichen Hauses.

Art. 54. Der König ernennt das Personal seines Hofstaates, jenes der Königin, des Kronprinzen, der königlichen Wittwen und der Apanagirten in der königlichen direkten Linie; die Wahl des Hofstaates der Prinzen der Nebenlinien muß ihm wenigstens angezeigt, und kann nur mit seiner Genehmigung angeordnet werden.

VIII. T i t e l.

Von dem Privat - Vermögen der Glieder des königlichen Hauses.

Art. 55. Die in dem II. Titel §. XI. der Konstitution bestätigte Fideikommiß - Pragma-

tik vom 20sten Oktober 1804 hat §. II. diejenigen Gegenstände aufgezählt, die zu dem Staats- und Haus-Fidei-Kommis-Vermögen gehören, worüber folglich dem jedesmaligen Regenten keine Privat-Disposition zusteht.

Art. 56. Die übrigen Glieder Unsers Hauses sind bei den Dispositionen über ihr Privat-Vermögen den bürgerlichen Gesezen unterworfen, die sie beobachten müssen.

Art. 57. Die Erbfolge in ihrem Privat-Vermögen geschieht nach den bürgerlichen Gesezen.

Art. 58. Ueber die ihnen angewiesene Apanage steht ihnen ohne Genehmigung des Königs keine giltige Disposition, selbst nicht in ihrer Linie, zu.

Art. 59. Nach Abgang ihrer männlichen Erben fällt sie an die Krone zurück.

IX. Titel.

Von der Regentschaft und den Vormundschaften.

Art. 60. In dem §. I. des II. Titels der Konstitution sind die Bestimmungen über die Reichs-Verwesung während der Minderjährigkeit enthalten. Derjenige Prinz des Hauses oder

derjenige Kronbeamte, welchem die Reichs-Verwesung übertragen wird, muß bei dem Antritte der Regentschaft in einer Versammlung, welche zu diesen Feierlichkeiten zusammen berufen werden muß, und aus den Staats- und Konferenz - Ministern, den obersten Kronbeamten, Hofämtern und den Mitgliedern Unsers geheimen Rathes besteht, nachstehenden Eid:

„Ich schwöre, die Geschäfte des Staates in
„Gemäßheit der Konstitution des Reiches
„und der Geseze zu verwalten, die Integri-
„tät des Königreiches, die Rechte der Na-
„tion und der königlichen Würde zu erhal-
„ten, und dem künftigen Könige die Ge-
„walt, deren Ausübung mir anvertraut ist,
„getreu zu übergeben.“

ablegen, worüber ein besonderes Protokoll aufgenommen wird.

Art. 61. Die Regentschaft dauert bis zur Großjährigkeit des Königs.

Art. 62. Der Regent übt während seiner Reichs - Verwesung alle in der Konstitution nicht ausgenommenen Rechte aus.

Art. 63. Er ist für die Akte seiner Verwaltung nicht persönlich verantwortlich.

Art. 64. In allen wichtigen Angelegenheiten ist er aber verbunden, das Gutachten des Ministeriums, welches als der Regentschaftsrath anzusehen ist, zu erhalten.

Art. 65. Der Akt, durch welchen der König den Regenten für die Minderjährigkeit des Kronprinzen ernennet, wird durch den Minister der auswärtigen Angelegenheiten im Hausarchive bis zum Ableben des Monarchen aufbewahrt, und dann durch diesen in oben benannter Versammlung publizirt.

Art. 66. Dem Regenten wird die Akte seiner Ernennung mitgetheilt, welcher hierauf nach abgelegtem obigen Eide sogleich die Reichsverwesung übernimmt.

Art. 67. Während der Dauer derselben hat er seine Wohnung in der königlichen Residenz, und wird auf Kosten der Kronschatzkammer unterhalten, auf welche er nebstdem zu seiner Privat-Disposition in monatlichen Raten jährlich 500,000 Gulden anweisen darf.

Art. 68. Ausser den gewöhnlichen etatsmässigen Ausgaben für das königliche Haus und der ihm oben angewiesenen besondern Summe, darf er über den Ueberschuß des Kron-

schazes nicht disponiren, sondern dieser muß aufbewahrt, und zu den Händen des künftigen Königs überliefert werden.

Art. 69. Seinem gewöhnlichen Titel wird beigesetzt: des Königreichs Baiern Verweser.

Art. 70. So wie alle Ausfertigungen im Namen des minderjährigen Königs geschehen, so werden auch alle Münzen mit seinem Brustbilde, Wappen und Titel geprägt, und die Siegel nebst den königlichen Wappen, wo es erforderlich ist, mit seinem Namen bezeichnet.

Art. 71. Nachdem der König das Alter von 18 Jahren erreicht, und in der obengenannten feierlichen Versammlung nachstehenden Eid:

„Ich schwöre, nach der Konstitution des
„Reichs und den Gesezen zu regieren, und
„jederzeit unparteiische Justiz administriren
„zu lassen.“

abgelegt hat, so werden alle Akten der Regentschaft geschlossen, und der Regierungs - Antritt des Königs wird in der Residenz und in dem ganzen Königreiche öffentlich proklamirt.

Art. 72. Ueber die Eides - Ablegung des Königs und den Regierungs - Antritt desselben wird eine Akte verfaßt, in das Haus - Archiv hinterlegt, und durch ein Dekret der National-Repräsentation mitgetheilt.

Art. 73. Die Prinzen des königlichen Hauses können für die Verwaltung des Vermögens und die Erziehung ihrer minderjährigen Kinder Vormünder ernennen; diese müssen aber von dem Könige bestätigt werden.

Art. 74. Wenn der Vater entweder selbst keine Vormünder ernannt hat, oder die Ernannten haben die königliche Genehmigung nicht erhalten, so kommt ihre Bestellung dem Könige zu.

Art. 75. Die Vormünder müssen bei der Erziehung der Prinzen und Prinzessinnen dasjenige beobachten, was Art. 23. und 24. deshalb verordnet ist.

Art. 76. In Ansehung der Verwaltung des Vermögens haben sie die Vorschriften der Gesetze des Königreichs zu beobachten, jedoch wird bei ihren Handlungen die Bestätigung des Königs erfordert, wo bei Privaten die Bestätigung der Gerichte vorgeschrieben ist.

X. T i t e l.

Von der Gerichtsbarkeit über das königliche Haus und von dem Familien-Rathe.

Art. 77. Real- und vermischte Klagen gegen ein Glied des königlichen Hauses werden bei den einschlägigen königlichen Appellationsgerichten angebracht.

Art. 78. Der königliche Fiskus wird in solchen Fällen bei diesen Gerichten durch die geeigneten Beamten zu Recht stehen.

Art. 79. Für alle anderen persönlichen gerichtlichen Angelegenheiten der Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses wird der König einen Familien-Rath anordnen.

Art. 80. Dieser besteht aus dem Könige, dem Kronprinzen, denjenigen Prinzen des königlichen Hauses, welche das 18te Jahr erreicht haben, den Ministern und übrigen Kronbeamten.

Art. 81. Der Familien-Rath wird von dem Könige, oder in dessen Abwesenheit von dem Kronprinzen präsidirt: sind beide nicht gegenwärtig, so wird das Präsidium nach Gutfinden des Monarchen einem Andern übertragen.

gen. Diese Uebertragung geschieht durch ein besonderes Dekret.

Art. 82. Der Familien-Rath versammelt sich nur auf ausdrücklichen Befehl des Königs, und zu dem von ihm bestimmten Zwecke.

Art. 83. Zu dessen Geschäfts - Sphäre gehören:

- a) alle Beschwerden gegen die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses;
- b) alle bloß persönlichen Klagen gegen dieselben;
- c) die Interdiktionen der Prinzen oder Prinzessinnen;
- d) die Ehescheidungen in Beziehung auf ihre bürgerlichen Wirkungen;
- e) die Vormundschafts - Sachen.

Art. 84. Bei persönlichen Klagen wird zuerst eine gütliche Vereinbarung der Beteiligten versucht. Kommt ein Vergleich zu Stande, und der König hat ihn genehmigt, so unterbleibt die Zusammenberufung des Familien-Raths.

Art. 85. Hat die Zusammenberufung statt, so wird diese durch ein Dekret an sämtliche Mitglieder bekannt gemacht.

Art. 86. Der Justiz - Minister hat bei dem Familien - Rathe den Vortrag.

Art. 87. Sollte eine gerichtliche Angelegenheit von grosser Wichtigkeit und grossem Umfange eintreten, so nimmt der Familien-Rath die Eigenschaft eines königlichen obersten Gerichtshofes an, und alsdann werden die Präsidenten der obersten Justizstelle und des Appellationsgerichts der Residenzstadt demselben für diesen Fall beigelegt.

Art. 88. Die beiden Justiz - Präsidenten besorgen die gesetzliche Instruktion des Verfahrens, und führen den Vortrag.

Art. 89. Der Familien - Rath erkennt in der ihm beigelegten Eigenschaft nach den rechtlichen Verhältnissen des Falles.

Art. 90. Das Erkenntniss muß von dem Könige bestätigt werden.

Da Wir in dieses Familien - Statut alle jene Dispositionen aufgenommen haben, welche in den ältern Familien - Gesezen und Verträgen Unsers Hauses enthalten, und auf die gegenwärtigen Verhältnisse desselben noch anwendbar sind, so erklären Wir alle in dem gegenwärtigen Geseze nicht ausdrücklich bestätigten äl-

tern Familien-Gesetze und Verträge als aufgehoben, und denselben soll künftig keine rechtliche Wirkung mehr beigelegt werden.

Wir halten Uns als erstes souveraines königliches Haupt Unserer Familie hiezu um so mehr berechtigt, als Wir dadurch Unser königliches Haus mit dem Wohle Unsers Volkes enger verbunden haben, in welcher Hinsicht dieses Familien-Statut insbesondere in den Dispositionen, welche die Erbfolge und Regentschaft betreffen, als ein Anhang der Konstitution Unsers Reiches angesehen werden solle, und mit jener einer gleichen Garantie übergeben wird.

Alle Glieder Unsers königlichen Hauses, die National- Repräsentation, und alle Landesstellen werden hierauf als auf ein pragmatisches Staatsgesetz verpflichtet, und zur genauen Befolgung desselben hiedurch angewiesen.

So gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den 28. Juli 1808.

MAX JOSEPH.

Freiherr von Montgelas.

(Regierungsblatt 1810. Stück XLVI. Seite 777 — 796).

CLX.

(Zu dem II. Titel §. II.)

Die künftigen Normen bei den Veräusserungen der Staats - Realitäten betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Die in mehreren Theilen unsers Königreiches nach und nach eingetretene Verschiedenheit in der Behandlung der Staats - Realitäten - Verkäufe, die in der Folge erklärte Ablösbarkeit der Geld- und Korn - Bodenzinse, die unterm 20sten August l. J. mit dem Staats - Schuldenwesen getroffene Einrichtung, und selbst die in verschiedener Beziehung geänderten Zeitumstände machen eine allgemeine, das Ganze umfassende Bestimmung der künftigen Verkaufs - Normen nothwendig. Wir haben demnach auf den Antrag Unsers geheimen Finanz - Ministeriums beschlossen, und verordnen hiemit allergnädigst, wie folgt:

I.

In Betracht, daß nun ohnehin alle Geld- und Korn-Bodenzinse als ablösbar erklärt sind, soll von nun an von diesen Bodenzinsen bei allen Verkäufen der Staats-Realitäten gänzlich Umgang genommen werden.

II.

An den Kaufs-Summen soll künftig, damit für diese bei aufgehobenem Bodenzinse die nöthige Sicherheit erhalten werde, die Hälfte baar und in klingender Münze bezahlt, und die zweite Hälfte in Kasse-Tratten, in Obligationen des jüngsten Land-Anlehens, oder in andern liquidirten und inkatastrirten verzinslichen Staats-Obligationen, und zwar entweder sogleich, oder in jährlichen Fristen nebst den Interessen zu 4 Prozent entrichtet werden; wobei auch solche Staats-Kasse-Tratten oder Obligationen von bestimmten Zahlungs-Terminen, von welchen die Zahlungszeit in die bestimmte Fristenzeit fällt, angenommen werden, wodurch also die Staats-Papiere mobilisirt werden, und zugleich dem Käufer die Wahl der Zahlung in Fristen für die ganze zweite Hälfte freigestellt ist. Diese Papiere sind an die Kreis-Kasse, und von dieser an die Zentral-Staats-Kasse,

statt baar Geld mit der Bemerkung, von welchen Realitäten diese eingegangen sind, einzusenden.

Hiebei wird erklärt, dafs, so oft das Wort: **Baar** ausgedrückt wird, dadurch immer die **Bezahlung in klingender Münze** verstanden seyn soll.

Ausgeschlossen sind jedoch:

- a) die Obligationen, welche zur Ueberweisung an die Königreiche Italien und Württemberg, und an das Großherzogthum Würzburg geeignet sind, und noch zur Zeit auch bis nach Vollendung der Liquidation die Nürnbergschen Obligationen.
- b) Die bei dem Stiftungs - und Kommunalwesen anliegenden Kapitalien.
- c) Die auf bestimmte Zahlungs - Termine lautenden Obligationen und Kasse - Tratten, in so weit sie bei der Zahlungszeit noch nicht verfallen sind.

III.

Die Kaufs - Objekte, welche den Betrag von hundert Gulden nicht übersteigen, müssen baar bezahlt werden.

IV.

Einrichtungen, Fahrnisse, Viehstand- und Material-Vorräthe müssen gleichfalls in Baarem abgelöst oder bezahlt werden.

V.

Obige Verkaufs - Normen sind auf die Staats - Realitäten - Verkäufe in den ehemaligen Fürstenthümern Baireuth und Regensburg nicht anzuwenden, sondern es bleibt vor der Hand wegen der besondern Verhältnisse bei den diefalls ertheilten Normen.

VI.

Da es auch in Ansehung der Nebenbedingungen und in der Form der Behandlung in den verschiedenen Theilen des Reichs nicht allenthalben gleichgehalten, und öfters sehr wesentliche Unterlassungen bemerkt worden sind, so ist sowohl zur künftigen Gleichförmigkeit, als auch zur genauern Verfassung der Verkaufs-Protokolle die hier beigefügte besondere Zusammenstellung aller bisher Bezug habenden Bedingungen und Punkten gefasst worden, welche künftig in allen über die Versteigerung der Staats - Realitäten abzuhaltenden Protokollen, soweit sie auf das unterliegende Objekt, anwend-

bar sind, vorgetragen und genau beobachtet werden sollen.

VII.

Soll kein Verkauf einer Staats - Realität gültig seyn, welcher nicht von Uns, oder Unserm Finanz - Ministerium ausdrücklich genehmiget ist. Eben so wenig kann ohne diese ausdrückliche Ratifikation eine Disposition mit einer solchen Realität zu einem andern Zwecke Statt finden.

VIII.

Darf sub poena nullitatis keine Realität eher extradirt werden, als bis die erste Hälfte der Kaufs - Summe normalmässig berichtet worden ist.

IX.

Was übrigens die Formen betrifft, so sind sowohl die grössern Gebäude, als auch die Grundstücke vorläufig allezeit vermessen, und alle Verkaufs - Objekte schätzen zu lassen, und über die Schätzungen ordentliche Protokolle zu halten.

Die Versteigerungen, besonders die wichtigsten, sind allezeit in den gelesensten öffentlichen Blättern der nächsten Kreise, und in den zwei Münchner Zeitungen, wie auch in der

Gegend des Ortes selbst bei Zeiten bekannt zu machen, und die Beweise der geschehenen öffentlichen Bekanntmachung sind dem Protokolle beizulegen.

Es ist endlich über das Resultat einer jeden Versteigerung eine Tabelle nach der bereits bestehenden Form in duplo zu verfassen, und alle diese Produkte sind nebst den Planen zur geeigneten Behörde, und von dieser an das Finanz - Departement einzusenden.

Diese Unsere allerhöchste Verordnung ist in allen Theilen des Reichs genau zu beobachten, und in dem Regierungsblatte öffentlich bekannt zu machen.

München den 30. September 1811.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General - Sekretär
G. Geiger.

Allgemeine Bedingungen und Formen, welche bei Versteigerungen von Staats-Realitäten zu beobachten, und im Protokolle aufzunehmen sind.

- 1) Die in der Frage stehende Staats-Realität darf zu keiner Zeit auf eine Grundgerechtigkeit verliehen oder verlassen werden.
- 2) Es wird das *Constitutum possessorium* stipulirt, und nebenbei das *Dominium* mit den rechtlichen Wirkungen, und insbesondere mit dem damit verbundenen *Jure Separationis pro Quantitate der Kaufs-Summe* reservirt.
- 3) Wenn der Käufer mit der normalmässigen Bezahlung nicht genau einhält, wird ohne richterliche Dazwischenkunft, die befragte Realität ohne weiters nochmal versteigert, und der Käufer haftet für den durch die zweite Lizitation sich ergebenden Schaden, und hat zugleich die neuen Versteigerungskosten zu tragen.
- 4) Die befragte Realität wird als Zehentfrei erklärt, in soweit nicht Zehentrechte eines Dritten darauf ruhen.

5) In Ansehung der Gebäude soll der Käufer so lange der Brandversicherungs - Anstalt beitreten, bis die Zahlung vollständig geleistet seyn wird, worüber die Rentämter verantwortlich gemacht werden.

6) Es sollen die allgemein treffenden Steuern und übrigen Staats - Abgaben entrichtet, so wie auch die Gemeinde - Abgaben und Bürden getragen werden.

7) Lizitanten, deren Zahlungs - Fähigkeit der Lizitations - Kommission nicht schon bekannt, oder bereits notorisch ist, haben sich deßfalls vorläufig mittels Zeugnisse zu legitimiren.

8) Die Mandatarien haben, wenn sie die Meistbiethenden geblieben sind, sogleich nach geschlossener Versteigerung den eigentlichen Käufer zu benennen.

(Regierungsblatt 1811. LXVII. Stück. S. 1577 — 1582.)



CLXI.

(Zu dem II. Titel §. II.)

Die Auflösung der Privat-Lehen betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben die Reklamationen einiger Privat-Lehenherren in Beziehung auf die §. §. 27. und 29. Unsers Lehen-Edikts in Erwägung gezogen, und nach Vernehmung Unsers geheimen Rathes folgende Entschliessungen gefasst:

I. Der in dem Lehen-Edikte festgesetzte jüngst auf den 1sten Jänner 1811 verlängerte Termin zur Auflösung der Privat-Lehen, und Afterlehen soll bis zum 1sten Jänner 1812 verlängert werden.

II. Während dieser Zeit bleibt es dem freien Einverständnisse zwischen den Privat-Lehenherren und Lehenholden überlassen, auf welche Art sie den bisherigen Lehenverband auflösen wollen.

III. Wenn beide während dieses Zeitraumes nicht auf eine gänzliche Allodifikation oder Bestimmung eines Bodenzinses, oder Festsetzung eines andern gesetzlichen Grundvertrages übereinkommen, so sollen die bisherigen Privat- und Afterlehen in Erbrecht dergestalt umgewandelt werden, daß

- a) gegen Zurückstellung der Lehenbriefe und Ausfertigung von Erbrechts-Reversen sogleich den Grundholden Erbrechts-Briefe, jedoch für diese Umwandlung ohne Ansaz eines Laudemiums und mit blosser Aufrechnung der Fertiggelder ohne Anrechnung der andern Taxen ausgefertigt werden sollen; daß
- b) in den Veränderungsfällen, welche sich in dienender Hand ergeben, ein Laudemium von $7\frac{1}{2}$ Prozent des wahren Gutswerths nach unparteiischer Schätzung erhoben werde; daß
- c) ein jährlicher Kanon nicht Statt finde; eine solche jährliche Abgabe aber, welche bei einem Lehen bisher schon bestanden hatte, unter dem Namen einer Grundstift verbleibe, endlich, daß
- d) die allenfallsige Ablösung des auf solche Art neu errichteten Erbrechts auf die näm-

liche Weise, wie bei andern Grundgerechtigkeiten nach freier Uebereinkunft beider Theile Statt finden solle.

IV. Der in §. 29. des Lehen-Edikts festgesetzte zwanzigjährige Durchschnitt für die Berechnung des Bodenzinses ist für die Fälle, wo ein Bodenzins regulirt wird, so zu verstehen, daß auf zwanzig Jahre ein Haupt- und ein Nebenfall zusammen mit 10 Prozeno des wahren zur Zeit der Verhandlung bestehenden Werthes mit Zuschlagung der passirlichen Taxen, Spotteln und andern Lehen-Bürden angenommen, und von der ganzen hierdurch sich ergebenden Summe der zwanzigste Theil als Bodenzins festgesetzt werde.

V. Die in §. 27. des Lehen-Edikts angeordnete Einsendung der Lehen-Auflösungs-Verträge an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten soll auf die Afterlehen allein beschränkt werden.

VI. Bei den übrigen Privat-Lehen soll es genügen, daß mit dem Verflusse des Auflösungs-Termins sämtliche Privat-Lehenherren eine Anzeige der bereits aufgelösten, oder in andere Grund-Verträge umgeänderten Lehen einsenden, um sodann durch die Behörden die noch man-

gelnde Verwandlung in Erbrecht nach dem Inhalte des §. 3. auf Kosten des säumigen Theils ex officio verfügen lassen zu können.

VII. Nach dem Verflusse des Termins soll kein, wie immer Namen habender Lehen - Haupt- oder Nebenfall bei Strafe des doppelten Ersazes an den Lehenmann mehr gefodert werden dürfen, und überhaupt solche Lehen nach dem Termine in allen rechtlichen Verhältnissen der Erbfolge, der Veräusserung, und sonst wie Erbrecht behandelt werden; dagegen haben aber

VIII. Die Lehenholden oder Besizer der Lehen - Objekte von dem Tage des geendigten Termins dasjenige an den ehemaligen Lehenherrs zu leisten und zu bezahlen, was die Verhältnisse des oben (§. 3.) näher bezeichneten Erbrechts mit sich bringen.

IX. Diejenigen Fälle, welche sich vor dem Ablaufe des oben bestimmten Termins oder vor einer innerhalb dieses Zeitraums zu Stande gekommenen gütlichen Ausgleichung ergeben, sollen nach den bisherigen Lehen - Verhältnissen behandelt werden.

X. Derjenige Fall, wo Privat - Lehen mit Allodien so sehr vermischt sind, daß sie sich

kaum ausscheiden lassen, muß der gütlichen Ausgleichung zwischen dem Obereigenthümer, und den Grundholden zur Eruirung des Lehenwerths überlassen bleiben.

Indem Wir diese Unsere Entschliessungen als Theile des konstitutionellen Lehen-Edikts bekannt machen, erklären Wir zugleich, daß sie jene Privat- und Afterlehenherren, welche vormals Reichsstände waren, nicht berühren, diesen vielmehr die in Unserer Erklärung vom 3ten Februar v. J. bestimmte Art der Auflösung des Lehen-Verbandes vorbehalten bleibe.

München den 16. August 1810.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf allerhöchsten königlichen Befehl
der General - Sekretär
Baumüller.

(Regierungsblatt 1810. XXXIX. Stück. S. 657—660.)

CLXII.

(Zu dem II. Titel §. 11.)

Die Fassionen der Kron - Lehen, und zur
Allodifikation geeigneten Ritter -, und mit
Jurisdiktion versehenen Beutel - Lehen
betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Entbieten Allen und Jeden, die dieses lesen,
oder lesen hören, Unsere Gnade, und Unseren
Grufs, und fügen denselben anmit zu wissen:

Nachdem Wir in dem Edikte über die
Lehen - Verhältnisse vom 7ten Juli 1808 die Be-
stimmungen, unter welchen künftig Lehen in
Unserem Reiche bestehen, die bisher bestande-
nen aber in freies Eigenthum übergehen kön-
nen, ausgesprochen, und zugleich verordnet
haben, dafs sowohl die Festsetzung der Klassen
für die künftig bestehenden Mann - Lehen der
Krone, als auch die Berechnung der Allodifi-

kations - Gebühren bei den aus dem Lehen - Ver-
bande tretenden bisherigen Lehen, auf den
wahren Werth derselben, die Ausmittlung der
jährlichen Ablösungs - Taxe für die ehemals
üblich gewesene Ritterpferde - Stellung hinge-
gen auf die reinen Lehen - Einkünfte sich grün-
den solle: so ist es zur Ausführung dieses auf
die Beförderung des National - Wohlstandes ab-
zielenden neuen Lehen - Systems nothwendig,
daß vor Allem der Werth eines jeden Lehens
und neben demselben bei den fortbestehenden,
mit der ehemaligen Ritterpferde - Stellung be-
lasteten Thron - und Kanzlei - Lehen auch ihr
reiner Ertrag hergestellt werde.

In dieser Absicht haben Wir beschlossen,
und beschliessen wie folgt:

§. I.

Alle Unsere Vasallen, welche ehemalige
Reichs -, dann Provinzial -, Ritter - und mit Ju-
risdiktion versehene Beutel - Lehen in Unserem
Reiche besitzen, (nur mit Ausnahme derjenigen
Lehen, welche von dem ehemaligen Tiroler -
Lehen - Hofe relevirten, worüber die besonders
bestehenden Verordnungen forthin zu beobach-
ten sind) haben nach dem Inhalte der unten
folgenden Instruktion die Fassionen über ihre

Lehen zu verfassen, und solche unter ihrer Unterschrift und Sieglung längstens bis den 1sten Jänner 1813 bei Unserem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten um so mehr zu überreichen, als man ausserdem auf Kosten der säumigen Vasallen die Fassionen durch eigene Kommissäre würde herstellen lassen.

§. II.

Die über die Lehen eingereichten Lehen-Fassionen werden durch die Lehen- und Hoheits-Sektion Unsers Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten geprüft, und das Lehen von dem allenfalls damit vermischten Allod soviel möglich ausgeschieden werden.

§. III.

Dortselbst sollen ferner die Verträge, welche Unsere Vasallen mit ihren After-Lehenleuten über die Auflösung des Afterlehen-Verbandes abgeschlossen haben, untersucht, und in der Berichtigung dieses Gegenstandes soweit vorgeschritten werden, daß derselbe in Absicht auf die fernern Vorbereitungen zur Klassifikation und Allodifikation Unserer Lehen keinen Aufschub mehr verursachen kann.

§. IV.

Hierauf werden die Fassionen mit den Revisions-Bemerkungen denjenigen einschlägi-

gen Finanz-Direktionen zugeschlossen, in derer Kreise alle, oder wenigstens die meisten Zugehörungen eines Lehens gelegen sind.

§. V.

Diese scheiden die Fassionen über die Bestandtheile der Rustikal - Lehen - Zugehörungen von jenen über den Ertrag derselben, dann über die Dominikal - und Gewerbe - Renten, und theilen die drei letztern den betreffenden Rentämtern mit.

§. VI.

Den Rentämtern wird es zur Pflicht gemacht, die ihnen zugeschlossenen Fassionen ungesäumt zu liquidiren, und dadurch nicht nur allein die Existenz, sondern auch die wahre Grösse aller Lehen - Gefälle und darauf allenfalls haftenden im Abzuge passirlichen Bürden zu erheben, zu welchem Ende sowohl die vorzuladenden Jurisdiktions -, Grund -, Zins -, Zehent - und Afterlehenbaren Hintersassen dann Pächter etc. ihre Briefe, Einschreibbüchlein, Pacht - Kontrakte etc. mitzubringen, als auch die Vasallen, oder deren Beamte die Saalbücher, Rechnungen, Heberegister, und überhaupt alle Dokumente vorzulegen haben, woraus ihre Rustikal - Dominikal - und Gewerbe - Renten -

Fassionen verfaßt worden sind, und womit die Ansätze in denselben gerechtfertiget werden können.

§. VII.

Die entdeckten Abgänge, und unrichtigen Ansätze werden von den Rentämtern in der Fassion sogleich berichtiget, und die abzuhaltenden Liquidations - Protokolle sowohl von den Prästationspflichtigen, als auch von den Vasallen respektive deren Beamten eigenhändig unterzeichnet.

§. VIII.

Sollte ein Vasall den angegebenen Natural-Ertrag des selbst eingehobenen, oder verpachteten, oder auf After - Lehen verliehenen Zehents von den letztern zehn oder fünf Jahren mit Rechnungen, Zehent - Registern, Verpachtungs - Protokollen, und dergleichen nicht erweisen können, so liquidirt das einschlägige Rentamt die Zehent - Fassions - Tabelle einsweilen nur in Hinsicht der darin aufgeführten Zehentholden respektive After - Vasallen, und übergiebt sodann dieselbe dem betreffenden Landgerichte, welches theils durch die Zehentholden, und theils durch beeidigte Sach - und Ortskundige Männer den Natural - Betrag der gewöhnlichen Getreide - Aussaat, und der Aerndte

eines jeden Zehentholden auf Kosten des Vasallen zu erheben, den jährlichen Ertrag derjenigen Früchte aber, von welchen der kleine Zehent gegeben wird, so wie auch den Blutzehent-Betrag im Gelde schätzen zu lassen, und das von den Schätzleuten unterzeichnete Schätzungs-Protokoll dem gedachten Rentamte zur Berechnung und Einstellung des Zehent-Betrages für jeden Zehentholden in den geeigneten Fassions-Tabellen zurückzugeben hat.

§. IX.

Während die Landgerichte und Rentämter mit der Erhebung und Liquidirung der Lehen-Gefälle beschäftigt sind, haben die Finanz-Direktionen, um die Bestandtheile der Lehen vollkommen zu berichtigen, die Fassionen über die Rustikal-Lehen-Zugehörungen mit den Rustikal-Steuer-Fassionen des nämlichen Vassallen, und mit den Rustikal-Steuer-Katastern selbst zu vergleichen, und nach Befund ihre Uebereinstimmung unter der gewöhnlichen Unterschrift und Fertigung zu bestätigen, sofort bei Grundstücken, dann bei Ziegel- und Kalkbrennereien, Gips-, Marmor- und andern Steinbrüchen, Torfstechereien etc. die entsprechenden Numern, eidlichen Schätzungen, eigenen

Fatirungen, und ämtlichen Gutachten, dann die ausgemittelten Steuer-Kapitalien, welche letztere die Stelle des Lehenwerthes vertreten, aus den Rustikal - Steuer - Katastern in die geeigneten Kolumnen der Rustikal - Lehen - Fassionen überzutragen.

§. X.

Bei den Wohngebäuden, Lust -, Jagd- und andern Häusern, welche keine Rente bringen, wie auch bei Jagden und Fischereien, werden in Absicht auf die Eignung und Klassifikation der Lehen die eigenen Fassionen der Vasallen zum Grunde gelegt.

§. XI.

Sollte ein oder der andere Vasall in der Steuer-Fassion einige Gegenstände als Lehen-Zugehörungen angegeben haben, welche in der Lehen - Fassion entweder gar nicht berührt, oder als allod jedoch ohne Beweise vorgetragen sind, so haben die Finanz-Direktionen vor Allen die besagten Vasallen hierüber zu vernehmen, und ihnen aufzutragen, dafs sie entweder ihre Rustikal-Lehen-Fassionen genau nach den übergebenen Rustikal-Steuer-Fassionen umändern, oder die vorgegebene Allodial-Eigenschaft sogleich erweisen sollen.

§. XII.

Sobald die Rentämter die Liquidation der Lehen-Renten geendiget, und die liquidirten Fassionen nebst den Liquidations-Protokollen an die Finanz-Direktionen eingesendet haben, ersezen leztere die noch leeren Kolumnen für die eidliche Schätzung, eigene Fatirung, amtlichen Gutachten, und Lehenwerths - Kapitalien etc. in den einzelnen Fassionen über die in Erbrecht umgewandelten Afterlehen, und bestimmen hieraus den zwanzigjährigen Durchschnittsbetrag der künftigen Laudemien. Sie ersezen ferner in den Abtheilungs-Fassionen alle noch vorhandenen Abgänge, und ziehen am Ende selbst in den Haupt-Fassionen die Summen über den Gesamt-Werth und Ertrag eines Lehens.

§. XIII.

Wenn der Werth und Ertrag eines Lehens vollkommen hergestellt sind, so haben die Finanz-Direktionen die Fassionen nebst ihren allenfallsigen Erinnerungen und der mit den Vasallen, Rentämtern und andern Stellen gepflogenen Korrespondenz ungesäumt an Unser Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten einzubefördern.

Zur Urkunde dessen haben Wir gegenwärtige Verordnung allerhöchst eigenhändig vollzogen, und mit Unserm königlichen Insiegel bedrucken lassen.

So gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München den zwölften Tag des Christmonats im Eintausend acht hundert und eilften, und Unserer königlichen Regierung im sechsten Jahre.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär
Baumüller.

I n s t r u k t i o n

f ü r

die königlichen Vasallen, wie sie die Fassionen über ihre lehenbaren Besizungen in Absicht auf die Eignung und Klassifikation derselben zu verfassen haben.

E i n l e i t u n g.

Die Bestandtheile der Lehen werden in Absicht auf die verschiedenen Normen, nach welchen sie zu fatiren sind, in Rustikal-, Dominikal- und Gewerbe - Besizungen abgetheilt; und da am Ende bei einem jeden Lehen alle einzelnen Fassionen dieser drei Abtheilungen in eine Hauptlehen - Fassion gebracht werden müssen: so zerfällt gegenwärtige Instruktion in vier Abschnitte.

Im Ersten werden die Bestimmungen festgesetzt, wie die Häuser und Grundstücke und andere Rustikal - Lehen - Zugehörungen; im

Zweiten, wie die Dominikal - Renten, und im Dritten, wie die Gewerbe fatirt werden müssen; dann im Vierten, wie die Haupt - Fassion über einen ganzen Lehen - Körper herzustellen sey.

Bevor aber zu dieser Abhandlung geschritten wird, muß hier noch die Bemerkung vorausgeschickt werden, daß in gegenwärtiger Instruktion von den gemeinen Bauern-, Beutel- und Zins - Lehen keine Rede sey, sondern daß sich dieselbe nur auf die ehemaligen Reichs- und Provinzial - Ritter - Lehen, dann auf die beutellehenbaren Landgüter und andere Güter erstrecke, worauf die Besizer ehelin eine Patrimonial - Gerichtsbarkeit ausgeübt haben, oder noch dermalen ausüben.

Erster Abschnitt.

Von der Fatirung der Grundstücke und Häuser, dann anderer Rustikal - Bestandtheile eines Lehens.

§ 1.

Unter die Rustikal - Zugehörungen eines Lehens werden gerechnet:

- a) die Gärten, Aecker, Wiesen, Weinberge, Weiden und Alpen, Waldungen, Weiher, Teiche und Seen u. s. w.;
- b) die Wohngebäude, Schlösser, Lust- und Jagdhäuser u. s. w.
- c) die Ziegel- und Kalkbrennereien — die Gips-, Marmor- und andere Steinbrüche, die Torfstechereien, Jagdbarkeiten und Fischereien u. s. w.

§. II.

Bei Bestimmung der Klasse für die fortbestehenden Mann - Lehen der Krone, und bei Berechnung der Allodifikations - Taxe für die aufhörenden Lehen wird von obigen Rustikal - Lehen - Bestandtheilen (die Wohn- und Lustgebäude, dann Jagdbarkeiten und Fischereien, von welchen nur der fatirte Werth in Ansatz kommt, allein ausgenommen) das zum Behufe des allgemeinen Steuer - Provisoriums erhobene Steuer - Kapital als wahrer Lehen - Werth zum Grunde gelegt.

In dieser Hinsicht haben die königlichen Vasallen die Fassion über die Rustikal - Zugehörungen ihrer Lehen im Wesentlichen nach den Normen der zweiten Instruktion zur Verordnung über besagtes Steuer - Provisorium vom

13ten Mai 1808 (Regierungsblatt vom nämlichen Jahre Stück XXVI. Seite 1118 — 1138) zu verfassen, und dabei nur folgende Abweichungen wohl zu beobachten.

1) Wenn schon die Rustikal - Zugehörungen eines Lehens in verschiedenen Steuer - Distrikten des nämlichen Rentamtes liegen, so werden sie doch in eine Rustikal - Lehen - Fassion aufgenommen, und darin nach den Steuer - Distrikten vorgetragen.

Sollten aber

2) die Rustikal - Bestandtheile eines Lehens in zwei oder mehrern Rentämtern zerstreuet seyn: so ist für jeden Rentamts - Bezirk eine abgesonderte Rustikal - Lehen - Fassion zu verfassen, und darin wieder die Ordnung der Steuer - Distrikte zu beobachten.

3) Die Anmerkungen der Rustikal - Steuer - Fassion über die Gerichts - und Zehentbarkeit, dann über die auf dem Lehen allenfalls haftenden Passiv - Dominikal - Reichnisse, und über die Resultate des letzten Lehen - Ankaufes u. s. w. bleiben in der Rustikal - Lehen - Fassion ganz weg, indem sich solche in die Haupt - Lehen - Fassion eignen, wovon im vierten Abschnitte die Rede seyn wird. Dagegen aber erhält

4) die Rustikal - Lehen - Fassion folgende 6 Kolumnen, welche in der Rustikal - Steuer - Fassion nicht vorkommen:

- a) für den Flächeninhalt der lehenbaren Grundstücke nach dem baierischen Tagwerke zu 40000 Quadratschuhe;
- b) für den entsprechenden Nummer der Häuser - und Rustikal - Steuer - Kataster;
- c) für die eidliche Schätzung;
- d) für den fatirten Werth;
- e) für die ämtlichen Gutachten, und
- f) für das Steuer - respektive Lehen - Werthes - Kapital.

Die zwei Kolumnen für den Flächeninhalt und für den fatirten Werth. allein können die königlichen Vasallen ausfüllen, die übrigen vier aber haben sie einstweilen offen zu lassen, bis sie von den königlichen Finanz - Direktionen werden ersetzt werden.

§. III.

Um die bisherigen Bestimmungen faßlicher zu machen, wird sub Nro. I. ein Formular angeschlossen, nach welchem die königlichen Vasallen ihre Rustikal - Lehen - Fassionen herzustellen haben.

§. IV.

Diejenigen königlichen Vasallen, deren Lehen zwar mit der Ritter - Pferdestellung bisher belastet waren, die aber nach dem Lehen - Edikte vom 7ten Juli 1808 der Allodifikation nicht unterliegen, haben zum Behufe der Bestimmung der jährlichen Ablösungs - Taxe dieser Ritter - Pferdebestellung neben dem Rustikal - Lehen - Besizthum auch den Ertrag desselben von den lezten 20 oder wenigstens 10 Jahren aus den Rechnungen, Verpachtungs - Kontrakten u. s. w. auszuziehen, und in einer Tabelle nach dem Muster Nro. II. aufzuführen, sofort hieraus am Ende den 20 - oder 10jährigen Durchschnitts Betrag zu berechnen, wobei Folgendes zu beobachten ist:

1) An den Rechnungs - Auszügen dürfen die bisherigen Steuern, Ritter - Pferdestellungen, Relevien, Kriegsschäden, Kriegs - Beiträge und Passiv - Kapitalien sammt der Lezten Zinsen in keinen Abzug gebracht seyn;

2) wenn in den Pacht - Kontrakten über Oekonomien oder einzelne Grundstücke neben dem jährlichen Pachtschillinge im Gelde auch Naturalien bedungen sind, so wird zwar die Geldrechnungs für jedes Jahr sogleich in die Fissions - Tabelle nach vorstehendem Muster

sub Nro. II. eingetragen, die Natural - Giebigkeiten aber sind nach der Vorschrift sub Nro. III. in ein Verzeichniss zu bringen, und nach den bestimmten Preisen zu Geld anzuschlagen, sofort die über den Geld - Anschlag für jedes Pachtjahr gezogene Summe ebenfalls in die geeignete Kolumne der Tabelle sub Nro. II. überzutragen, und derselben besagtes Verzeichniss als eine Beilage anzuschliessen;

3) die Waldungen von grösserem Umfange sind nicht mit den Oekonomien zu vermengen, sondern es ist der Durchschnitts - Ertrag derselben besonders zu fatiren;

4) wenn Rustikal - Zugehörungen eines Lehens in verschiedenen Rentämtern liegen sollten, so sind die Ertrags - Tabellen über dieselben eben so wie die Rustikal - Besizthums - Fassionen für jeden Rentamts - Bezirk besonders herzustellen.

Zweiter Abschnitt.

Von der Fatirung der lehenbaren Dominikal-Renten.

§. V.

Von den Dominikal - Renten giebt es hauptsächlich fünferlei Gattungen, nämlich:

a) Ge-

- a) Gerichts-
- b) Grund-
- c) Zehent-
- d) Zins- und
- e) Afterlehenherrliche Renten.

§. VI.

Diese Dominikalgefälle, sie mögen selbstständige Lehen, oder nur Zugehörungen der Lehen seyn, unterliegen keiner Schätzung, sondern die königlichen Vasallen haben den jährlichen Ertrag derselben zu fatiren, woraus sodann ihr Werth nach bestimmten Normen berechnet wird.

§. VII.

Um eine vollkommene Gleichförmigkeit zu erzwecken, sind für jede der obgenannten fünf Gattungen der Dominikal - Lehenfälle abgesonderte Fassionen genau nach den Tabellen-Vorschriften zu verfassen, welche unter den Nummern IV. bis XIX. anliegen, und worüber die näheren Bestimmungen in folgenden §§. enthalten sind.

§. VIII.

In jeder dieser Fassions - Tabellen sind die Zahlungspflichtigen nach den Ortschaften und Steuer Distrikten mit ihren Haus- und Fami-

lien - Namen aufzuführen, und bei einem jeden dessen Rechnisse nach ihrem wahren jährlichen Betrage ohne allen Abzug in Ansatz zu bringen.

§. IX.

Sollten die zu einem Lehen gehörigen Zahlungspflichtigen in verschiedenen Rentämtern sich befinden, so müssen für jeden Rentamts - Bezirk abgesonderte Fassions - Tabellen verfaßt werden.

§. X.

Alle Giebigkeiten können zwar nach den in jedem Orte üblichen, in den Fassionen unter den Anmerkungen namentlich anzuführenden Münzwährungen und Maassen angesetzt werden; doch müssen die am Ende einer jeden Fassions - Tabelle gezogenen Gesamtsummen der Geld - und zu Geld angeschlagenen Naturalgefälle in den Konventions - oder 24 Gulden-Fufs, jene der Getreide-Renten hingegen in die Münchner-Mäfserei reduziert werden.

§. XI.

Wenn bei einem Lehenkörper eine Gattung der Dominikal - Renten ganz mangelt, so ist eine Fehlanzeige zu verfassen. Sollten aber Gefälle vorkommen, welche in den Fassions-

Formularien nicht namentlich angeführt sind, so müssen dieselben gehörigen Orts unter eigenen Rubriken eingeschaltet werden.

§. XII.

Von den Jurisdiktionsgefällen, welche nach dem Formular sub Nro. IV. zu fatiren sind, kommen nur die ständigen Giebigkeiten in Ansatz, welche als gutsherrliche Renten dem Vasallen auch in dem Falle bleiben, wenn die Gerichtsbarkeit wirklich erlöschen sollte, als Frohnen, Vogtei - Gilten, Vogtei - Zinse u. s. w. Die unständigen Jurisdiktions - Taxen und Sporteln hingegen werden, wie es in Absicht auf die Steuer - Rektifikation geschieht, als Ersaz der Gerichts - Verwaltungs - Kosten angesehen, und also nicht fatirt.

§. XIII.

Bei den grundherrlichen Renten, über welche die Fassion nach der Vorschrift sub Nro. VI. zu verfassen ist, kommt Folgendes zu beobachten.

1) Die Gefälle aus den Erbzins - und Schupf - Lehen, welche nur im uneigentlichen Sinne Lehen genannt werden, werden den grundherrlichen Renten ganz gleich geachtet,

und mit denselben in eine Fassion aufgenommen.

2) Von dem zuletzt erhobenen Laudemium oder Handlohne ist mit Ausschlusse der in der neuen Taxordnung vom Jahre 1810 abgeschafften grundherrlichen Taxen bei den zu einem Lehen gehörigen Erbrechtern, Erbzinsleuten, veranleiteten Freistiftern und Neustiftern der zwanzigste, bei Leibrechtern und Schupflehenleuten hingegen der fünfzehnte Theil als jährlicher Betrag anzusezen.

3) Das Mortuarium, sofern dasselbe in dem Anspruche besteht, welchen einige königliche Vasallen bisher auf einen Theil der Verlassenschaft ihrer verstorbenen Hintersassen, nämlich auf das beste Haupt, als auf einen Ausfluß der aufgehobenen Leibeigenschaft gemacht haben, kommt in Absicht auf die Eignung und Klassifikation der Lehen in keinen Anschlag, und wird daher auch nicht fatirt.

Wo aber

4) das Mortuarium vielmehr ein Abfahrt-Laudemium seyn sollte, ist es unter der Rubrik der Laudemien aufzuführen.

§. XIV.

Die Jurisdiktions- und grundherrlichen Frohnen, dann die KÜCHENDIENSTE sind entweder bereits RELUIRT, oder sie werden noch in NATURA geleistet.

Im ersten Falle werden bei einem jeden Frohn- und KÜCHENDIENST - PFLICHTIGEN die RELUITIONS - SUMMEN als jährlicher Ertrag dieser Prästationen in der Fassion angesetzt.

Im zweiten Falle hingegen sind die NATURAL - PRÄSTATIONEN nach einem billigen Maasstabe zu Geld anzuschlagen, und nach diesem Anschlage in den Fassions - Tabellen vorzutragen, wobei jedoch folgende Bestimmungen beobachtet werden müssen.

1) Haben die königlichen Vasallen die jurisdiktionsherrlichen Natural - Scharwerke nach dem sub Nro. V. anliegenden Formular in ein Verzeichniß zu bringen, und jeden Frohndienst nach Billigkeit selbst im Gelde anzuschlagen, sofort die bei einem jeden Frohnpflichtigen gezogene Summe des Geldanschlags in die geeignete Kolumne der Fassion über die jurisdiktionsherrlichen Renten nach dem Muster sub Nro. IV. überzutragen, und das Frohnen - Verzeichniß als eine Beilage anzuschliessen.

2) Nach dem nämlichen Formular sub Nro. V. sind auch die grundherrlichen Natural-scharwerke in ein Verzeichniß zu bringen, und im Gelde anzuschlagen, nur mit dem Unterschiede, daß die bei einem jeden Frohnpflichtigen gezogene Summe des Geldanschlags der Fassion über die grundherrlichen Renten nach der Vorschrifts - Tabelle sub Nro. VI. einverleibt werden muß. Das Frohnen - Verzeichniß wird auch hier als Beilage angeschlossen.

3) Was die Natural - Küchendienste betrifft, haben die königlichen Vasallen, soferne der Geldanschlag dieser Prästationen nicht schon in den Grundgerechtigkeits - Briefen enthalten ist, solche nach dem sub Nro. VII. anliegenden Formular in ein Verzeichniß zu bringen, und dieselben nach den nämlichen Preisen in Geld anzuschlagen, nach welchen diese Natural - Rechnisse von den königlichen Grund-Unterthanen bei demjenigen Rentamte im Gelde bezahlt werden, in dessen Bezirke die zum Lehen gehörigen Grundholden liegen.

Die im besagten Verzeichnisse bei einem jeden Grundholden gezogene Summe der zu Gelde angeschlagenen Natural - Küchendienste sind in der geeigneten Rubrike der Fassion

über die grundherrlichen Renten nach der Vorschrift sub Nro. VI. vorzutragen, und die Küchendienst-Spezifikation als Beilage anzubiegen.

§. XV.

Alle zu einem Lehen gehörigen Zehentholden nebst ihrem zehentbaren Besizthume, wie auch der Antheil des königlichen Vasallen an dem Zehent, und die Gattungen des letztern müssen für einen jeden Rentamts - Bezirk in einer Fassions-Tabelle nach dem Formular sub Nro. VIII. angegeben werden.

§. XVI.

Es sollte zwar in dieser Fassion auch der Zehent - Betrag für jeden Zehentholden besonders ausgeworfen werden; da aber die königlichen Vasallen dabei manchmal zu viele Schwierigkeiten finden dürften, so haben sie die dafür bestimmten Kolumnen offen zu lassen, und nur den summarischen Zehent - Betrag der letzten zehn oder fünf Jahre zu fatiren.

§. XVII.

Um über die Art, wie vorstehende summarische Fatirung geschehen soll, nähere Bestimmungen geben zu können, werden die Zehenten abgetheilt

- a) in den grossen Früchten - Zehent, welcher von Wein, Weizen, Kern, Dinkel oder Felsen, Korn, Gerste, Haber, Erbsen, Linsen, Bohnen u. s. w. genommen wird;
- b) in den kleinen Früchten - Zehent, welcher sich nach dem verschiedenen Orts - Herkommen auf Obst, Kraut, Rüben, Flachs, Hanf, Hopfen, Heu, Grummet, Erdäpfel u. dgl. erstreckt, und
- c) in den Blut - Zehent, welcher von Kälbern, Lämmern, Spanferkeln, Gänsen, Enten, Hühnern und dergleichen gegeben wird.

§. XVIII.

Ad a) In Hinsicht auf die Fatirung des lehenbaren grossen Früchten - Zehents werden folgende Bestimmungen festgesetzt:

- 1) Haben die königlichen Vasallen den summarischen Betrag des grossen Früchten - Zehents von einem jeden der letzten zehn Jahre, oder wenn dieses wegen des mangelhaften Zustandes der Rechnungen, Zehent - Register, Verpachtungs - Protokolle u. s. w. nicht wohl möglich wäre, wenigstens der letzten 5 oder 3 Jahre nach den sub Nris. IX. und X. angelegten Formularen zu fatiren.

2) Der summarische Betrag des von dem Vasallen selbst eingehobenen grossen Zehents wird für jedes Jahr in Früchten, jener des verpachteten Zehents hingegen entweder in Früchten, oder im Gelde angesetzt, je nachdem eines oder das andere im Pacht - Kontrakte bedungen worden ist.

3) Zehentstroh und After - Getreid werden bei selbst eingeführtem Zehent nicht in Anschlag gebracht, dagegen aber dürfen auch keine Perzeptions - Kosten in Abzug kommen.

4) Sollte der Fall eintreten, daß weder eine Rechnung, noch ein Zehent - Register, noch ein Verpachtungs - Protokoll, noch sonst etwas vorhanden wäre, woraus der zehn-, fünf- oder dreijährige Durchschnitts - Betrag des grossen Zehents fatirt und erwiesen werden könnte: so hat der königliche Vasall solches unter der Vormerkung auf dem Titelblatte der Fassions - Tabelle nach dem Muster sub Nro. VIII. anzuführen, und alldort auch wenigstens den beiläufigen Natural - Ertrag des grossen Früchten - Zehents vorzutragen, in der Fassion selbst aber die Kolumnen für den besagten Zehent - Ertrag offen zu lassen, indem solche die königlichen Rentämter bei der Liquidation ausfüllen werden.

§. XIX.

Ad b) c) Bei der Fatirung der kleinen Früchten - und Blut-Zehenten ist zu unterscheiden:

1. ob dieselben von dem königlichen Vasallen selbst eingehoben, und in eigener Regie benützt werden, oder
2. ob sie in Pacht gegeben sind?

Ad 1) Der approximative jährliche Geldwerth derjenigen Früchte, von welchen der königliche Vasall den kleinen Zehent zu beziehen und selbst eingebracht hat, wird zwar am Ende von den einschlägigen königlichen Landgerichten durch unpartheyische Schätzungen für jeden Zehentholden besonders erhoben, sofort hieraus von den Rentämtern der jährliche Geldbetrag des kleinen Zehents berechnet, und in den geeigneten Kolumnen der Fassion nach dem Muster sub Nro. VIII. vorgetragen; jedoch haben die königlichen Vasallen vor der Hand wenigstens den summarischen Natural-Betrag der letzten 10, 5 oder 3 Jahre nach der Vorschrift sub Nro. XI. zu fatiren; und für jedes Jahr nach einem billigen Maasstabe im Gelde anzuschlagen, sofort hieraus am Ende den 10 -, 5 - oder 3 jährigen Durschnitts - Betrag zu berechnen,

wobei zu bemerken ist, daß die Früchte nach dem in jedem Orte üblichen Maasse und Gewicht ohne Reduktion in die Münchner-Mätserei angesetzt werden können.

Was den vom Vasallen bezogenen Natural-Blutzehent betrifft, so ist der summarische Betrag desselben von den letzten 10, 5 oder 3 Jahren, nach dem Formular sub Nro. XII. zu fatiren, und der am Ende berechnete Durchschnitts-Betrag nach den nämlichen Preisen im Gelde anzuschlagen, nach welchen bei den königlichen Rentämtern, in deren Bezirke die Zehentholden liegen, die vorhin bestandenen Natural-Küchendienste dermalen im Gelde bezahlt werden.

Ad 2) Bei der Fatirung des verpachteten kleinen Früchten - und Blut - Zehents ist nur Folgendes zu beobachten:

- a) wenn für diese zweierlei Zehenten das Pachtgeld besonders bedungen ist, so muß dasselbe auch in der Fassion nach der Vorschrift sub Nro. X. abgesondert vorgetragen werden. Sollten aber
- b) diese Zehenten mit dem großen Früchten-Zehent zusammen verpachtet seyn, so, daß das Pachtgeld in einer Summe ausgedrückt ist, so

wird der Ertrag des grossen und kleinen Früchten - dann Blut-Zehents in der erstberührten Fassions-Tabelle für jedes Jahr auch nur in einer Summe und in einer Kolonne angesetzt.

- c) Im Falle, daß ein königlicher Vasall wegen Mangel der Rechnungen und anderer Quellen weder den Natural- noch Geld-Betrag des kleinen Früchten- und Blutzehents von den letzten zehen oder wenigstens drei Jahren angeben und erweisen könnte, hat er das nämliche zu beobachten, was oben §. XVIII. Nro. 4. bei dem grossen Früchten-Zehent bestimmt worden ist, nur mit dem Unterschiede, daß hier der beiläufige Zehent-Ertrag im Gelde unter der Vormerkung der Fassion sub Nro. VIII. aufzuführen ist.

§. XX.

Was die zu einem königlichen Lehen gehörigen Grundzinse, eingelegten Gilten etc. betrifft, so ist bei ihrer Fatirung das sub Nro. XIII. anliegende Formular zu beobachten.

§. XXI.

Bei Fatirung der Afterlehen wird nicht auf die Renten gesehen, welche bisher aus den-

selben geflossen sind, sondern es müssen diejenigen Giebigkeiten in Ansatz gebracht werden, die besagte Afterlehen in ihren neuen Verhältnissen abwerfen, in welche sie nach ihrer Auflösung übergegangen sind. Es ist daher nothwendig, daß die königlichen Vasallen die zu ihren Lehen gehörigen Afterlehen noch vor der Einreichung ihrer Lehen-Fassionen in die in den allerhöchsten Verordnungen bestimmten Grund-Verträge umwandeln.

§. XXII.

In Absicht auf die weitem Normen, nach welchen die königlichen Vasallen ihre Afterlehen-Fassionen zu verfassen haben, muß unterschieden werden:

- a) zwischen den Afterlehen, welche Zugehörungen von königlichen Lehen der mediatisirten Fürsten, Grafen und Herren, und
- b) zwischen jenen, welche zu königlichen Lehen gehören, deren Besizer vorhin keine Reichsstände waren.

§. XXIII.

Ad a) Die Bestimmungen, an welche sich die mediatisirten Fürsten, Grafen und Herren in Hinsicht auf die königliche allerhöchste Er-

klärung vom 3ten Februar 1809 zu halten haben, sind folgende:

- 1) wenn die Afterlehen innerhalb des zur gütlichen Ausgleichung über ihre Auflösung festgesetzten Termins vollkommen allodifizirt worden sind, oder noch werden, so enthält die Anlage sub. Nro. XIV. das vorgeschriebene Formular zu ihrer Fatirung.
- 2) Jene Afterlehen aber, welche in bodenzinsiges Eigenthum umgewandelt werden, sind nach dem Muster sub Nro. XV. zu fatiren.
- 3) Sollten einige Afterlehen durch gütliches Einverständniß der Afterlehen-Herren und ihrer Afterlehen-Leute in Erbrecht umgewandelt werden: so haben die mediatisirten Fürsten, Grafen und Herren die Fassions-Vorschrift mit den übrigen königlichen Vasallen gleichheitlich, von welchen im nachstehenden §. XXIV. Lit. c. die Rede seyn wird.
- 4) In jedem Falle sind die Afterlehen-Auflösungs-Verträge so wohl in Originalien als in Abschriften den Fassionen beizulegen, wovon erstere mit der erfolgenden allerhöchst-lehenherrlichen Ratifikation wieder

zurückgesendet, letztere aber ad Acta genommen werden.

§. XXIV.

Die königlichen Vasallen, welche vorhin keine Reichsstände waren, haben in Folge der königlichen allerhöchsten Erklärung vom 16ten August 1810 die Fassionen

- a) über ihre ganz geeigneten Afterlehen nach der Vorschriftstabelle sub Nro. XVI.;
- b) über die in bodenzinsiges Eigenthum umgeschaffenen Afterlehen aber nach dem Formular sub Nro. XVII. zu verfassen;
- c) bei den in Erbrecht umgeschaffenen Afterlehen ist zu unterscheiden, ob sie in Grundstücken oder in Zehenten bestehen.

Im ersten Falle ist die Fassion nach dem Formular sub Nro. XVIII. herzustellen, wobei bemerkt wird, daß die königlichen Vasallen die Kolumnen für die eidlichen Schätzungen, amtlichen Gutachten und Werths-Kapitalien, dann für den Betrag des Laudemiums in vorkommenden Veränderungsfällen etc. offen zu lassen haben, indem solche von den königlichen Finanz-Direktionen aus den Rustikal-Steuer-Katastern werden ersetzt werden.

Im zweiten Falle muß der Ertrag, welchen dergleichen in Erbrecht umgeschaffene Zehenten dem vormaligen After-Vasallen oder dermaligen Grundholden jährlich abwerfen, factirt werden, um sodann hieraus den Werth derselben und den Laudemial-Betrag berechnen zu können.

Die Fassion hierüber ist nach dem Formular sub Nro. XIX. zu verfassen.

d) Diejenigen königlichen Vasallen, welche den Ertrag solcher Zehenten nicht genau fatiren und belegen können, haben dieses in einer der Fassion vor auszuschickenden Vormerkung zu erinnern, und alldort für jeden dergleichen Zehent wenigstens den beiläufigen Ertrag anzuführen; die für den erhobenen wahren Ertrag neben andern in der Fassion bestimmten Kolumnen aber einsweilen unbesezt zu lassen, indem solche wieder theils von den königlichen Finanz-Direktionen und theils von den betreffenden Rentämtern werden ausgefüllt werden.

Endlich

e) haben die lezterwähnten Vasallen eben so, wie die mediatisirten Fürsten, Grafen und Herren

Herren ihren Fassionen über die Afterlehen in jedem Falle die Lehen - Auflösungs - Verträge in Originalien und Abschriften beizulegen.

Dritter Abschnitt.

Von der Fatirung der lehenbaren Gewerbe.

§. XXV.

Der Werth der lehenbaren radizirten Gewerbe, z. B. der lehenbaren Fabriken, Bierbräuereien, Mühlen etc. wird nicht durch die eidliche Schätzung erhoben, sondern aus dem Ertrage derselben nach bestimmten Normen berechnet, ohne die dazu gehörigen Gebäude in einen besondern Anschlag zu bringen.

§. XXVI.

Bei lehenbaren Bräuhäusern, es mögen dieselben die königlichen Vasallen auf ihre eigene Regie oder durch Pächter betreiben lassen, werden von einem jeden Mezen des verbräuten Malzes 24 Kreuzer wahrer Gewinn zur Berechnung des Werths - Kapitals angenommen.

Die königlichen Vasallen haben daher in ihrer dießfallsigen Fassion, welche nach dem Formular sub Nro. XX. herzustellen ist, nur die Zahl der in einem jeden der letzten vier Sudjahre $180\frac{7}{8}$ — $18\frac{10}{11}$ versottenen Mezen Malz in Münchner-Mäfserei anzugeben, und diese Angabe mit einem Zeugnisse des einschlägigen königlichen Aufschlagamtes zu belegen.

§. XXVII.

Bei den übrigen lehenbaren muß unterschieden werden

- a) zwischen den auf eigene Regie der Vasallen betriebenen, und
- b) zwischen den verpachteten.

ad a) Von den ersten haben die königlichen Vasallen den reinen Ertrag der letzten 20 oder wenigstens 10 Jahre von Jahr zu Jahr genau und abgesondert aus den Rechnungen und andern Quellen auszuziehen, und nach dem sub Nro. XXI. beiliegenden Muster in einer Tabelle aufzuführen.

Dieser aus den Rechnungen gezogene Ertrag muß jedoch frei seyn vom Abzuge der Kriegs-Beiträge und Kriegsschäden aller Art, der Passiv-Kapitalien und deren Interessen,

dann der Natural-Bezüge der Vasallen aus diesen Gewerben, und der bisherigen Steuern.

Dagegen sind die 5 prozentigen Zinsen des erforderlichen Verlags-Kapitals von dem rohen Ertrage in Abzug zu bringen.

Die Besoldungen der Beamten eignen sich nur dann in einen Abzug, wenn sie solche bestimmt als Gewerbs-Administratoren entweder im Gelde oder in Naturalien beziehen, und sich hierüber ausweisen können.

ad b) Bei den verpachteten Gewerben wird der Pachtschilling für jedes der letzten 20 oder 10 Jahre ohne allen Abzug in der Fassionstabelle nach obigem Muster sub Nro. XXI. vorgetragen, und am Ende der berechnete Durchschnitts-Betrag für ein Jahr sowohl bei den verpachteten als selbst betriebenen Gewerbs-Gerechtigkeiten ausgesetzt.

V i e r t e r A b s c h n i t t.

Von Verfassung der Haupt-Fassionen über ein königliches Lehen.

§. XXVIII.

Ueber ein jedes für sich bestehendes königliches Lehen, es mag dasselbe nach dem Le-

benedikte vom 7ten Juli 1808 der Allodifikation unterliegen, oder als künftiges Mannlehen der Krone fortbestehen, muß eine Haupt-Fassion verfaßt, und es müssen in dieselbe alle Lehen-Zugehörungen gebracht werden, wenn sie auch in verschiedenen Kreisen und Rentämtern liegen sollten.

§. XXIX.

Unmittelbar vor dieser Haupt-Lehenwerths-Fassion haben die königlichen Vasallen folgende Vormerkungen zu machen:

1) Ob es ein Ritter - oder Beutellehen, ein Mann - oder ein durchgehendes Mann - und Weiber-Lehen sey?

2) Ob das Lehen nur aus Rustikalien bestehe, oder ob dasselbe auch Dominikal - und Gewerbe-Zugehörungen habe?

3) Ob mit dem Besize des Lehens die Ausübung der Patrimonial-Gerichtbarkeit ehemals verbunden gewesen, oder noch sey, und wie viel jurisdiktionbare Hintersassen zu demselben gehören?

4) Ob — und was für ein jährlicher Kannon, Grundzins, Zehent etc. auf dem Lehen

hafte, und wem dieselben bezahlt werden müssen.

5) Worin die Resultate des letzten Lehen-Ankaufs bestanden, soferne solche bekannt sind.

6) Ob und was für Allodien oder anderwärtige Lehen, welche spezifisch angegeben werden müssen, mit den königlichen Lehen vermischt seyen?

7) Ob — und was von dem Lehengute und dessen Zugehörungen allenfalls abgängig, wann, und wie dasselbe weg, und wohin gekommen sey?

8) Ob — und was von dem Lehen streitig sey, wo der Streit anhängig, und worauf der Ausgang desselben beruhe?

9) Ob auf den fortbestehenden Kron-Lehen die Ritterpferde-Stellung ehemals üblich gewesen, oder nicht?

10) Ob — und was für lebende Lehen-Erben der Vasall habe, welcher ein zur Allodifikation geeignetes Lehen besitzt, und

11) ob er die gänzliche Eignung oder nur die Umwandlung des Lehens in bodenzinsiges Eigenthum wünsche?

§. XXX.

Die Haupt-Lehenwerths-Fassion zerfällt bei ganzen Lehen-Körpern in drei Abtheilungen, nämlich

- a) der Rustikalien,
- b) der Dominikalien, und
- c) der Gewerbe.

Unterabtheilungen bilden die verschiedenen Rentamts-Bezirke, in welchen manchmal die Zugehörungen eines Lehens zerstreut liegen.

§. XXXI.

Zur Vereinfachung der Haupt-Fassion über den Werth eines ganzen Lehen-Körpers sind über die Dominikal- und Gewerbe-Zugehörungen besondere Abtheilungs-Fassionen, wovon die einzelnen Fassions-Tabellen Beilagen werden, zu verfassen, und in denselben sowohl die Geld-Anschläge aller Getreide-Renten, und die Kapitals-Erhebungen aller Geld- und zu Geld angeschlagenen Giebigkeiten, als auch die Abzüge der passirlichen darauf ruhenden Lasten an dem Lehenwerthe vorzunehmen.

Für die Abtheilungs-Fassion über die Dominkal - Renten ist das vorgeschriebene Formular sub Nro. XXII., für jene über die Gewerbe aber sub Nro. XXIII. angelegt.

§. XXXII.

Was die Rustikal - Zugehörungen eines Lehens betrifft, enthält die Fassion nach dem Muster sub Nro. I. schon eine vollständige Darstellung derselben, und es ist daher eine weitere Abtheilungs - Fassion hierüber nicht mehr nothwendig.

§. XXXIII.

Alle drei Abtheilungs - Fassionen erhalten, wie die Haupt - Lehenwerths - Fassion, ihre Unterabtheilungen nach den verschiedenen Rentamts - Bezirken, in welchen sich Zugehörungen eines Lehens befinden, wie aus dem Formular sub Nro. XXII. zu ersehen ist.

§. XXXIV.

Die für die Kreise des Königreichs festgesetzten Preise, nach welchen die königlichen Vasallen in den Abtheilungs - Fassionen die Getreide - Renten im Gelde anzuschlagen haben, sind folgende:

Namen der K r e i s e.	Preise für das Schäffel nach der Münchener-Mäfserei.							
	Weizen u. Korn.		Korn.		Gerste.		Haber.	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Main-Kreis	9	—	7	—	5	—	3	30
Rezat-Kreis	10	—	8	—	6	—	4	—
Regen-Kreis	8	—	6	—	5	—	3	30
Ober-Donaukreis	10	—	8	—	6	—	4	—
Unter-Donaukreis	8	—	6	—	5	—	3	30
Iller-Kreis	12	—	9	—	7	30	4	30
Isar-Kreis	9	—	7	—	5	30	4	—
Salzach-Kreis	10	—	8	—	6	30	4	—

Diejenigen Früchte, welche hier nicht besonders genannt worden, sind im Verhältnisse zu den übrigen anzuschlagen.

§. XXXV.

In der Dominikal-Abtheilungs-Fassion sind die ständigen Lehen-Renten von den unständigen auszuscheiden, und in zwei verschiedenen Kolumnen vorzutragen; erstere werden mit 25, und letztere mit 20, in der Gewerbs-Abtheilungs-Fassion hingegen jeder Gewerbs-Ertrag ohne allen Unterschied mit 15 ins Kapital erhoben.

§. XXXVI.

Zum Abzuge an dem Lehenwerthe eignet sich vorzüglich die provisorische Steuer.

Die bisherigen unständigen Reichnisse der Vasallen an den Lehenherrs passiren in keinem Auszuge; und sollten allenfalls noch andere Passiv-Dominikal-Reichnisse, z. B. Grundzinse u. s. w. auf einem Lehen haften, so können sie nur dann in Abzug gebracht werden, wenn sie nicht schon bei dem Steuer-Kapital der Rustikal-Lehen-Besizungen in Anschlag gekommen sind.

Verwaltungs-Kosten, Besoldungen, Pensionen, Nachlässe, Passiv-Kapitalien u. s. w. werden im Abzuge nicht gestattet.

§. XXXVII.

Der Betrag der zum Abzuge geeigneten Lehenbürden wird nicht nur für jede Abtheilungs-Fassion, sondern bei den Dominikal-Lehen-Zugehörungen auch für die ständigen und unständigen Gefälle besonders ausgeschieden, und sodann bei Rustikal-Lehen-Gegenständen mit 20, bei den Dominikal- und Gewerbe Zugehörungen aber auf die nämliche Art, wie die Renten, worauf die Bürden ruhen, dahin bald mit 25, bald mit 20, und bald mit 15 zu Kapital erhoben.

§. XXXVIII.

Der über Abzug dieser zu Kapital angeschlagenen Lehen-Lasten in jeder Abtheilungs-

ben die königlichen Vasallen, welche dergleichen Lehen besitzen, neben der Haupt-Lehenwerths-Fassion, wovon bisher gehandelt worden ist, auch eine Haupt-Lehen-Ertrags-Fassion herzustellen.

Das Formular für dieselbe liegt sub Nro. XXV. an, und es ist dabei Folgendes zu beobachten.

1) Die Haupt-Lehen-Ertrags-Fassion zerfällt in die nämlichen Abtheilungen, wie die Haupt-Lehenwerths-Fassion; doch ist hier die Verfassung besonderer Abtheilungs-Fassionen nicht nothwendig.

2) Sie enthält die Rustikal-Ertrags-Fassion nach der Vorschrift sub No. II. unter der Bezeichnung mit A. ausschliessend, die Abtheilungs-Fassionen über die Dominikal- und Gewerbe-Zugehörungen nach dem Muster sub Nro. XXII. und XXIII. aber gemeinschaftlich mit der Hauptwerths-Fassion als Beilagen.

3) Die Vormerkungen, welche §. XIX. für die Haupt-Lehenwerths-Fassion vorgeschrieben sind, bleiben hier als überflüssig weg.

4) Zum Abzuge an dem Lehen-Ertrage sind zwar die provisorischen Steuern geeignet,

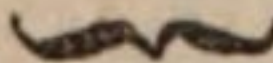
keineswegs aber die Ausgaben auf die bisherigen Ritterpferde - Stellungen, Relevien, Kriegsschäden, Kriegs - Beiträge und Passiv - Kapitalien.

5) Wenn sich bei einem königlichen Lehen von dieser Art After - Lehen befinden, welche in Erbrecht übergehen, so können die königlichen Vasallen den künftigen Laudemial - Betrag derselben nicht bestimmen, und also auch die Total - Lehen - Ertrags - Summe nicht ziehen.

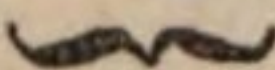
In solchen Fällen haben sie demnach sowohl dafür, als auch für die zum Abzuge geeigneten provisorischen Steuern in der Haupt - Ertrags - Fassion Raum zu lassen, damit die königlichen Finanz - Direktionen die Abgänge ersetzen können.

(Regierungsblatt 1811. Stück LXXX. Seite 1833 — 1863.)

Nro. I. Beilage Lit A. zur
Fassion über die zum kön. Lehen N. gehörigen
im Kreise N. Landgerichte N. Rent-

Namen des Steuer- Distrikts.		Rustikal - Lehen - Bestandtheile.	
Steuer- Distrikt A. 	1	Das Hofmarks - Schloß, Haus No. 4. . .	
	2	Der dazu gehörige Garten . . .	
	3	Das Haus für den Hofmarks - Beamten, Haus No. 5.	
	4	Der dazu gehörige Garten . . .	
	5	Das Gerichtsdieners - Haus, Haus No. 6.	
	6	Das Jägerhaus, Haus No. 7. . . .	
	7	Die Hofbau - Oekonomie enthaltend a) das Maierhaus, Haus No. 8. nebst den übrigen Oekonomie - Gebäuden. . b) Zwei Gärten nämlich aa) Der Küchen - Garten u. s. w. . c) Sechs Felder, und zwar aa) Die lange Breiten u. s. w. . d) Vier zweimädige Wiesen, nämlich aa) Die Schloßwiese u. s. w. . e) Zweimädige Wiesen, als aa) Die Stockwiese u. s. w. . f) Ein Gehölz, das Spiz - Holz genannt	
	8	Die Fischerei im Doblache . . .	
	9	Die kl. Jagdbarkeit in dem ganzen Hof- marksbezirk.	
	10	Das Wohnhaus des Ziegelmeisters, Haus No. 9.	
	11	Der Ziegelofen	
	12	Eine Waldung, der Schwarzwald genannt	
Steuer- Distrikt B. 	Aus dieser Waldung erhalten 6 Forst- berechtigte, gemäß des beiliegenden na- mentlichen Verzeichnisses jährlich 30 Klafter Brennholz und das benöthigte Bauholz, jährlich zu 20 Stämme ange- schlagen, und bezahlen für jede Klafter Brennholz 6 kr., für jeden Baumstamm aber 3 kr.		
	Summa . . .		
	Jährl. Betrag d. prov. Rustik. u. Häuser- Steuer.		
	Rest des Werths der lehenbaren Häuser und Rustikalien.		

Nro. I. Beilage Lit A. zur
Fassion über die zum kön. Lehen N. gehörigen
im Kreise N. Landgerichte N. Rent-

Namen des Steuer- Distrikts.		Laufender Nro.	Rustikal - Lehen - Bestandtheile.	
Steuer- Distrikt A. 	1	Das Hofmarks - Schloß, Haus No. 4.	.	.
	2	Der dazu gehörige Garten	.	.
	3	Das Haus für den Hofmarks - Beamten, Haus No. 5.	.	.
	4	Der dazu gehörige Garten	.	.
	5	Das Gerichtsdienner - Haus, Haus No. 6.	.	.
	6	Das Jägerhaus, Haus No. 7.	.	.
	7	Die Hofbau - Oekonomie enthaltend a) das Maierhaus, Haus No. 8. nebst den übrigen Oekonomie - Gebäuden.	.	.
		b) Zwei Gärten nämlich aa) Der Küchen - Garten u. s. w.	.	.
		c) Sechs Felder, und zwar aa) Die lange Breiten u. s. w.	.	.
		d) Vier zweimädige Wiesen, nämlich aa) Die Schloßwiese u. s. w.	.	.
		e) Zweimädige Wiesen, als aa) Die Stockwiese u. s. w.	.	.
		f) Ein Gehölz, das Spiz - Holz genannt	.	.
	8	Die Fischerei im Doblbache	.	.
	9	Die kl. Jagdbarkeit in dem ganzen Hof- marksbezirk.	.	.
	10	Das Wohnhaus des Ziegelmeisters, Haus No. 9.	.	.
	11	Der Ziegelofen	.	.
	12	Eine Waldung, der Schwarzwald genannt	.	.
Steuer- Distrikt B. 	Aus dieser Waldung erhalten 6 Forst- berechtigte, gemäß des beiliegenden na- mentlichen Verzeichnisses jährlich 30 Klafter Brennholz und das benöthigte Bauholz, jährlich zu 20 Stämme ange- schlagen, und bezahlen für jede Klafter Brennholz 6 kr., für jeden Baumstamm aber 3 kr.			
	Summa . . .			
	Jährl. Betrag d. prov. Rustik. u. Häuser- Steuer.			
	Rest des Werths der lehenbaren Häuser und Rustikalien.			

Haupt - Lehenwerths - Fassion.

Häuser, Gründe und andere Rustikal - Bestandtheile
amte N. Verfaßt den 1812.

Flächeninh. nach dem baierischen Tagwerke.		Entsprechender Numer im Häuser - und Rustikal - Steuer - Kataster.	Eidliche Schätzung.	Faktirer Werth.	Amuliches Gutachten.	Lehenwerths - Kapital.	Anmerkungen.
Vermög. Vermesung.	Vermög. Schätzung.		fl.	fl.	fl.	fl. k.	
1	1						
1 1/2	1 1/2						
1	1						
1	1						
1	1						
1 1/2	1 1/2						
18	1						
6	1						
2	1						
50	1						
1	1						
1	1						
270 1/2	1						
1	1						
329	1						
1	1						
1	1						

Unterschrift
u. Sieglung
d. k. Vasall.

No. II. Beilage Lit. A. zur Haupt-
Fassion über den 20jährigen Durchschnitts-Ertrag der zu dem könig-
Rentamte N.

Bestimmung des Jahrs.	Ertrag der auf eigne Regie benützten Rust. Lehen- Zugehörungen.										Ertrag der Oekonomie			
	Oekono- mie.	Wal- dung.	Ziegel- brennerei	Kalk- brennerei	Gips- bruch	Marmor- bruch.	Torf- stecherei.	Jagd- barkeit.	Fischerei.		im Gelde.	in Natura- lien zu Gelde an- geschlag.		
	fl. k.	fl. k.	fl. k.	fl. k.	fl. k.	fl. k.	fl. k.	fl. k.	fl. k.	fl. k.	fl. k.	fl. k.	h.	
1791		250									100	153		
1792		280									100	153		
1793		270									100	153		
1794		260									100	153		
1795		300									100	153		
1796		290									100	153		
1797		270									125	152		
1798		260									125	152		
1799		300									125	152		
1800		320									125	152		
1801		280									125	152		
1802		310									125	152		
1803		340									125	152		
1804		290									125	152		
1805		300									300			
1806		310									300			
1807		320									300			
1808		330									300			
1809		340									300			
1810		300									300			
Sa.		5920									3400	2154		
im 20jähr. Durch- schnitt auf 1 Jahr.		296									170	152	25	6

Lehen - Ertrags - Fassion.

lichen Lehen N. gehörigen Rustikalien, im Kreise N., Landgerichte N.,
Verfaßt den 1812.

verpachteten Rustikal - Lehen - Zugehörungen.														Summe des Ertrags aller Rustikal-Lehen-Zugehörungen.			Anmerkungen.		
Ziegelbrennerei.		Kalkbrennerei.		Gipsbruch.		Marmorbruch.		Torfstecherei.		Jagdbarkheit.		Fischerei.		etc. etc.					
fl.	k.	fl.	k.	fl.	k.	fl.	k.	fl.	k.	fl.	k.	fl.	k.	fl.	k.	fl.		k.	h.
100										5		10				618			
100										6		10				649			
100										8		10				641			
100										10		10				633			
100										7		10				670			
100										12		10				665			
120										8		10				685			
120										9		10				676			
120										7		10				714			
120										10		10				737			
120										12		10				699			
120										14		10				731			
130										9		10				766			
130										8		10				715			
130										5		10				745			
130										6		10				756			
130										8		10				768			
130										7		10				777			
130										10		10				790			
130										12		10				752			
2360										173		200				14187			
118										8 39		10				755	4	6	

Unterschrift und Sieglung des königl. Vasallen.

Nro. III. Beilage ad Nrum. II.

Tabellarisches Verzeichniß der kontrahirten Natural-Giebigkeiten, welche die Pächter der zu dem königl. Lehen N. gehörigen Oekonomie zu N. in den letzten 26 Jahren zu reichen hatten, nebst dem Geld-Anschlage derselben. Verfaßt den 1812.

Bestimmung der Jahre, für welche die Oekonomie - Pachtkontrakte abgeschlossen worden sind.		Kontrahirter jährlicher Pachtschilling in Naturalien.		Anschlag derselben im Gelde, nach den bestimmten Preisen.		Summa des Geld - Anschlags.		Anmerkungen.
				fl. kr. hl		fl. kr. hl		
1791 — 1796		a) 4	Schäffel Waizen a 9 fl. — kr.	36	—	—	Konventions - oder 24 Gulden - Fuß, und Münchner Maßerei.	
		b) 8	Korn a 7 fl. — kr.	56	—	—		
		c) 6	Gerste a 5 fl. 30 kr.	35	—	—		
		d) 7	Haber a 4 fl. — kr.	28	—	—		
		S u m m a.			153		—	
1797 — 1804		a) 5	Schäffel Waizen	45	—	—	Unterschrift und Siegelung des königlichen Vasallen.	
		b) 6	Korn	42	—	—		
		c) 6	Gerste	33	—	—		
		d) 8	Haber	32	—	—		
		S u m m a.			152		—	
1805 — 1810		In diesen Jahren bestand der kontrahirte Pachtschilling durchaus im Gelde, und betrug jährlich .			500	—	300	—

Nro. IV. Beilage zur Abtheilungs - Fassion über die Dominikal - Lehen - Zugehörungen.
Fassions - Tabelle über die Jurisdiktions - resp. gutherrlichen Prästationen der zum Lehen N. gericht-
baren Hintersassen im Kreise N. Landgerichte N. Rentamte N. Verfasst den 1812.

Laufender Nro.	Ortschaft und Steuerdistrikt dann Haus - und Familien - Namen der zum Lehen gerichtbaren Hintersassen.	Besitzthum derselben.	Namen d. Prästat.					Vogtei - Zins im Gelde.			Jurisdiktionsherrl. Frohnen.			Anmerkungen.
			Weizen oder Kern.	Roggen.	Gerste.	Haber.	etc. etc.	Andere Natural-Reichnisse.	Geldanschl. d. letztern Natur.	Reichnisse.	fl. k. h.	im Geld reluit.	zu Geld an-geschlagen.	
			fl. k. h.	fl. k. h.	fl. k. h.	fl. k. h.	fl. k. h.	fl. k. h.	fl. k. h.	fl. k. h.	fl. k. h.	fl. k. h.	fl. k. h.	
1	I. Ortschaft N. im Steuerdistr. A.	1 Hof											5 24	—
	Georg Huber beim Voiten genannt.	2 1											5 24	—
2	Christ. Weber beim Hoissen.	1 1											2 12	—
3	Joh. Schneider beim Loibl.	1 1											—	—
	II. Ortschaft N. im Steuerdistr. B.												—	—
4	Johann Gruber beim Straber.	1 1											2 12	—
5	Mich. Weisbauer b. Hansen.	1 1											1 12	—
6	Georg Hutter beim Strasser.	1 1											1 12	—
Summa		11 1/2											17 36	

Unterschrift und Sieglung des königl. Vasallen.

Nro. V. Beilage

**Tabellarisches Verzeichniß über die Natu-
baren Unterthanen im Kreise N. Landgerichte N.
Anschlage dieser Prästationen**

Laufender Nro.	Ortschaften und Steuer-Distrikt dann Haus- und Familien- Namen der Frohnpflichtigen	Besizthum derselben.	Jurisdiktionsherr- Natural-Frohn-
I. Ortschaft N. im Steuer-Distrikte A.			
1	Georg Huber, beim Voiten genannt.	$\frac{1}{2}$ Hof	1) unentgeltlich 4 Klafter Brennholz führen. 2) 2 Tage mit 4 Och- sen Dünger führen.
2	Christoph Weber. beim Hoissen.	$\frac{1}{2}$ —	1) unentgeltl. 4 Klaft. Brennholz führen. 2) 2 Tage mit 4 Och- sen Dünger führen.
3	Johann Schneider beim Loibl.	$\frac{1}{4}$ —	1) unentgeltl. 2 Klaft. Brennholz führen. 2) 1 Tag mit 2 Och- sen Dünger führen.
II. Ortschaft N. im Steuer-Distrikte B.			
4	Johann Gruber, beim Streber.	$\frac{1}{4}$ —	1) unentgeltl. 2 Klaft. Brennholz führen. 2) 1 Tag mit 2 Och- sen Dünger führen.
5	Michael Wisbauer, beim Hansen.	$\frac{1}{8}$ —	1) unentgeltlich 2 Ta- ge Dünger aufladen. 2) 1 Tag Jagd-Schar- werk.
6	Georg Hutter, beim Strasser.	$\frac{1}{8}$ —	1) unentgeltl. 2 Tage Dünger aufladen. 2) 1 Tag Jagd-Schar- werk.

ad Nrm. IV.

ral-Frohndienste, welche die zum Lehen N. gericht-
Rentamte N. zu leisten verbunden sind, nebst dem
im Gelde. Verfaßt den 1812.

liche Dienste.	Anschlag derselben im Gelde.			Summa des Geld-An- schlags bei einem jeden Frohnpflich- tigen.			Anmer- kungen.
	fl.	k.	h.	fl.	k.	h.	
							Konventions- Münzfufs.
.	2	24	—				
.	3	—	—				
Summa				5	24	—	
.	2	24	—				
.	3	—	—				
Summa				5	24	—	
.	1	12	—				
.	1	—	—				
Summa				2	12	—	
.	1	12	—				
.	1	—	—				
Summa				2	12	—	
.	—	48	—				
.	—	24	—				
Summa				1	12	—	
.	—	48	—				
.	—	24	—				
Summa				1	12	—	
Summarum				17	36	—	Unterschrift u. Sieglung des königl. Vasallen.

Nro. V. Beilage

Tabellarisches Verzeichniß über die Natu-
baren Unterthanen im Kreise N. Landgerichte N.
Anschlage dieser Prästationen

Laufender Nro.	Ortschaften und Steuer-Distrikt dann Haus- und Familien- Namen der Frohnpflichtigen	Besizthum derselben.	Jurisdiktionsherr- Natural-Frohn-
I. Ortschaft N. im Steuer-Distrikte A.			
1	Georg Huber, beim Voiten genannt.	$\frac{1}{2}$ Hof	1) unentgeltlich 4 Klafter Brennholz führen. 2) 2 Tage mit 4 Och- sen Dünger führen.
2	Christoph Weber. beim Hoissen.	$\frac{1}{2}$ —	1) unentgeltl. 4 Klaft. Brennholz führen. 2) 2 Tage mit 4 Och- sen Dünger führen.
3	Johann Schneider beim Loibl.	$\frac{1}{4}$ —	1) unentgeltl. 2 Klaft. Brennholz führen. 2) 1 Tag mit 2 Och- sen Dünger führen.
II. Ortschaft N. im Steuer-Distrikte B.			
4	Johann Gruber, beim Streber.	$\frac{1}{4}$ —	1) unentgeltl. 2 Klaft. Brennholz führen. 2) 1 Tag mit 2 Och- sen Dünger führen.
5	Michael Wisbauer, beim Hansen.	$\frac{1}{8}$ —	1) unentgeltlich 2 Ta- ge Dünger aufladen. 2) 1 Tag Jagd-Schar- werk.
6	Georg Hutter, beim Strasser.	$\frac{1}{8}$ —	1) unentgeltl. 2 Tage Dünger aufladen. 2) 1 Tag Jagd-Schar- werk.

ad Nrm. IV.

ral-Frohndienste, welche die zum Lehen N. gericht-
Rentante N. zu leisten verbunden sind, nebst dem
im Gelde. Verfaßt den 1812.

liche Dienste.	Anschlag derselben im Gelde.			Summa des Geld-An- schlags bei einem jeden Frohnpflich- tigen.			Anmer- kungen.
	fl.	k.	h.	fl.	k.	h.	
							Konventions- Münzfuß.
.	2	24	—				
.	3	—	—				
Summa				5	24	—	
.	2	24	—				
.	3	—	—				
Summa				5	24	—	
.	1	12	—				
.	1	—	—				
Summa				2	12	—	
.	1	12	—				
.	1	—	—				
Summa				2	12	—	
.	—	48	—				
.	—	24	—				
Summa				1	12	—	
.	—	48	—				
.	—	24	—				
Summa				1	12	—	
Summarum				17	36	—	Unterschrift u. Sieglung des königl. Vasallen.

Nro. VI. Beilage zur Abtheilungs-Fassion

Fassions-Tabelle über die grundherrlichen Prästationen der zum
Rentamte N.

Laufender No.	Ortschaft und Steuer - Distrikt dann Haus - und Familien - Namen der Gundholden.	Grundbares Besizthum derselben.	Gattung der Grundgerechtigkeit.	Bei Veränderungs-Fällen.						Materschaftsfristen.	Stiften und Pfenning - Gilten.			Reluirte Küchen - Dienste.	Natural - Küchen-Dienste zu Geld angeschlagen.			
				Jahr der letzten Veränderung.	Laudemien.						Stiften und Pfenning - Gilten.	Reluirte Küchen - Dienste.	Natural - Küchen-Dienste zu Geld angeschlagen.					
					fl. k. h.	fl. k. h.	fl. k. h.	fl. k. h.	fl. k. h.						fl. k. h.			
I. Ortschaft N. im Steuerdistrikte A.																		
1	Georg Huber beim Voiten genannt.	$\frac{1}{2}$ Hof	Freistift.	1798	100	—	—	5	—	—	—	1	7	4	—	2	1	—
2	Christoph Weber beim Hoissen.	$\frac{1}{2}$ —	—	1800	90	—	—	4	30	—	—	1	7	4	—	1	45	—
3	Johann Schneider beim Loibl.	$\frac{1}{4}$ —	Erbr.	1802	45	—	—	2	15	—	—	2	30	4	—	—	24	4
II. Ortschaft N. im Steuerdistrikte B.																		
4	Joh. Gruber beim Streber.	$\frac{1}{4}$ —	Freistift.	1796	50	—	—	2	30	—	—	2	30	4	—	—	24	4
5	M. Wiesbauer beim Hansen.	$\frac{1}{8}$ —	—	1806	30	—	—	1	30	—	—	1	15	—	—	—	10	—
6	Geg. Hutter beim Strasser.	$\frac{1}{8}$ —	Erbr.	1805	25	—	—	1	15	—	—	1	15	—	—	—	10	—
Summa .		$\frac{13}{4}$	—	—	340	—	—	17	—	—	—	9	46	—	—	—	4	55

über die Dominikal-Lehen-Zugehörungen.

Lehen N. gehörigen Grundholden im Kreise N., Landgerichte N.,
Verfaßt den 1812.

[illegible]

Nro. VII. Beilage

Tabellarisches Verzeichniß über die Natural-
Grundholden im Kreise N., Landgerichte N., Rent-
schlage dieser Reichs-

Laufender Nr.	Ortschaften und Steuer-Distrikt, dann Haus- und Familien-Na- men der Grundholden.	Grundbares Besizthum.	Gattung der Grundgerech- tigkeit.	Natu- Küchen-
	I. Ortschaft N. im Steuer-Distrikte A.			
1	Georg Huber, beim Voi- ten genannt.	$\frac{1}{2}$ Hof	Frei- stift.	a) 1 Lamm . b) 1 Gans . . c) 2 Hühner d) 50 Eier .
2	Christoph Weber, beim Hoisen	$\frac{1}{2}$ —	Frei- stift.	a) 1 Gans . b) 1 Ente . c) 2 Hühner d) 50 Eier .
3	Johann Schneider, beim Loibl	$\frac{1}{4}$ —	Erb- recht.	a) 1 Huhn . b) 25 Eier .
	II. Ortschaft N. im Steuer-Distrikte B.			
4	Johann Gruber, beim Streber	$\frac{1}{4}$ —	Frei- stift.	a) 1 Huhn . b) 25 Eier .
5	Michael Wisbaur, beim Hansen	$\frac{1}{8}$ —	Frei- stift.	a) 1 Kafs . b) 12 Eier .
6	Georg Hutter, beim Stras- ser	$\frac{1}{8}$ —	Erb- recht.	a) 1 Kafs . b) 12 Eier .

ad Nrm. VI.

Küchendienste, welche die zum Lehen N. gehörigen amte N., zu leisten haben, nebst dem Geld-Annisse. Verfaßt den 1812.

ral Dienste.	Anschlag derselben im Gelde.			Summa des Anschlags bei jedem Grundhol- den.			Anmer- kungen.
	fl	k.	h.	fl.	k.	h.	
• • • • •	—	36	—				Konventions- Münzfuß.
• • • • •	—	20	—				
• • • • •	—	24	—				
• • • • •	—	25	—				
Summa .	—	—	—	2	1	—	
• • • • •	—	36	—				
• • • • •	—	36	—				
• • • • •	—	24	—				
• • • • •	—	25	—				
Summa .	—	—	—	1	45	—	
• • • • •	—	12	—				
• • • • •	—	12	4				
Summa .	—	—	—	—	24	4	
• • • • •	—	12	—				
• • • • •	—	12	4				
Summa .	—	—	—	—	24	4	
• • • • •	—	4	—				
• • • • •	—	6	—				
Summa .	—	—	—	—	10	—	
• • • • •	—	4	—				
• • • • •	—	6	—				
Summa .	—	—	—	—	10	—	Unterschrift und Sieglung des königl. Vasallen.
Summarum.	—	—	—	4	55	—	

Nro. VII. Beilage

Tabellarisches Verzeichniß über die Natural-
Grundholden im Kreise N., Landgerichte N., Rent-
schlage dieser Reichs-

Laufender Nr.	Ortschaften und Steuer-Distrikt, dann Haus- und Familien-Na- men der Grundholden.	Grundbares Besizthum.	Gattung der Grundgerech- tigkeit.	Natu- Küchen-
I. Ortschaft N. im Steuer - Distrikte A.				
1	Georg Huber, beim Voi- ten genannt.	$\frac{1}{2}$ Hof	Frei- stift.	a) 1 Lamm . b) 1 Gans . . c) 2 Hühner d) 50 Eier .
2	Christoph Weber, beim Hoisen	$\frac{1}{2}$ —	Frei- stift.	a) 1 Gans . b) 1 Ente . c) 2 Hühner d) 50 Eier .
3	Johann Schneider, beim Loibl	$\frac{1}{4}$ —	Erb- recht.	a) 1 Huhn . b) 25 Eier .
II. Ortschaft N. im Steuer - Distrikte B.				
4	Johann Gruber, beim Streber	$\frac{1}{4}$ —	Frei- stift.	a) 1 Huhn . b) 25 Eier .
5	Michael Wisbaur, beim Hansen	$\frac{1}{8}$ —	Frei- stift.	a) 1 Kafs . b) 12 Eier .
6	Georg Hutter, beim Stras- ser	$\frac{1}{8}$ —	Erb- recht.	a) 1 Kafs . b) 12 Eier .

ad Nrm. VI.

Küchendienste, welche die zum Lehen N. gehörigen amte N., zu leisten haben, nebst dem Geld-Annisse. Verfaßt den 1812.

ral Dienste.	Anschlag derselben im Gelde.			Summa des Anschlags bei jedem Grundhol- den.			Anmer- kungen.
	fl	k.	h.	fl.	k.	h.	
• • • • •	—	36	—				Konventions- Münzfuß.
• • • • •	—	20	—				
• • • • •	—	24	—				
• • • • •	—	25	—				
Summa .				2	1	—	
• • • • •	—	36	—				
• • • • •	—	36	—				
• • • • •	—	24	—				
• • • • •	—	25	—				
Summa .				1	45	—	
• • • • •	—	12	—				
• • • • •	—	12	4				
Summa .				—	24	4	
• • • • •	—	12	—				
• • • • •	—	12	4				
Summa .				—	24	4	
• • • • •	—	4	—				
• • • • •	—	6	—				
Summa .				—	10	—	
• • • • •	—	4	—				
• • • • •	—	6	—				
Summa .				—	10	—	
Summarum.				4	55	—	Unterschrift und Sieglung des königl. Vasallen.

Nr. VIII. Beilage zur Abtheilungs-Fassion über die Dominikal-Lehen-Zugehörungen.
Fassion über die zum Lehen N. gehörigen Zehentholden im Kreise N. Landgerichte N. Hent-
amte N., und über den Ertrag des Zehents. Verfasst den 1812.

Laufender Nr.	Ortschaft und Steuer-Distrikt dann Haus- und Familien - Namen der Zehentholden.	Zehentbarer Gegenstand.	Antheil des Vassallen am Zehent.	Gattung des Zehents.	Grosser Früchten-Zehent.					Erhobener kleiner Früchten - Zehent zu Geld angeschlagen.	Erhobener Blutzehent zu Geld angeschlagen.	Anmerkungen.
					Weizen und Kern.	Roggen.	Gerste.	Haber.	etc. etc.			
1.	Ortschaft N. im Steuerdistrikt A.											
1	Georg Huber beim Voiten genannt.	Hof	$\frac{1}{2}$									
2	Chsth. Weber beim Hoissen.	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$									
3	Joh. Schneider beim Loibl.	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$									
	II. Ortschaft N. im Steuer-Distrikt B.											
4	Joh. Gruber beim Streber.	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{4}$									
5	Ml. Wiesbauer beim Hansen.	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{8}$									
6	Georg Hutter beim Strasser.	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{8}$									
	Summa	13	13									
	Ganzer Zehent durchaus.				Grosser, kleiner und Blutzehent.							

Unterschrift und Sieglung des königl. Vasallen.

Nr. IX. Beilage zur Abtheilungs - Fassion über die Dominikal - Lehen - Zugehörungen.

Fassions-Tabelle über den 10jähr. summarischen Durchschnittsbetrag des zum Lehen N. gehörigen und von unterzeichnetem Vasallen selbst eingeführten grossen Früchten-
Zehent zu N. im Kreise N. Landgerichte N. Rentamte N.
Verfaßt den 1812.

Bestimmung der Jahre.	Weizen und Kern.				Roggen.				Gerste.				Haber.				etc. etc.	
	Schäfl.	Mezen.	Viertel.	Sechsz.	Schäfl.	Mezen.	Viertel.	Sechsz.	Schäfl.	Mezen.	Viertel.	Sechsz.	Schäfl.	Mezen.	Viertel.	Sechsz.		
1801	1	1	—	1	4	—	2	—	4	—	—	—	4	2	1	—	—	—
1802	1	1	2	—	5	—	—	—	4	3	2	—	5	—	—	—	—	—
1803	1	3	—	—	4	5	2	—	4	2	1	—	4	5	2	—	—	—
1804	1	—	2	1	4	2	2	—	5	5	2	—	4	2	2	—	—	—
1805	1	2	1	—	4	1	2	—	4	3	—	—	4	5	2	—	—	—
1806	1	1	1	—	4	4	2	—	4	2	2	—	4	3	2	—	—	—
1807	1	4	—	—	5	—	—	—	4	5	2	—	5	1	1	—	—	—
1808	1	2	—	—	4	3	2	—	3	5	2	—	4	3	2	—	—	—
1809	1	3	2	—	4	2	2	—	4	1	1	—	4	4	2	—	—	—
1810	1	2	—	2	4	1	1	2	4	3	—	—	4	2	2	—	—	—
Sa.	13	3	1	—	46	—	3	2	43	2	—	—	46	3	—	—	—	—
Trift im 10jähr. Durch- schnitt auf ein Jahr.	2	1	—	2	4	3	2	3	4	2	—	—	4	4	2	—	—	—

in
Münchener
Mäfserei.

Unterschrift u. Sieglung des kön. Vasallen

Nro. X. Beilage zur Abtheilungs-Fassion über die Dominikal-Lehen-

Zugehörungen.

Fassions-Tabelle über den summarischen 10jähr. Durchschnitts-Betrag des zu dem Lehen N. gehörigen und von dem unterzeichneten Vasallen in Zeitpacht verlassenen grossen, kleinen und Blutzehent zu N., im Freise N., Landgerichte N., Rentante N. Verfasst den 1812.

Bestimmung des Jahres.															In Pacht verlassener grosser Zehent.										Kontrahirtter Pachtschilling in Früchten.										Konttra. Pacht-shilling i. Gelde.										Verpachteter klein. Fräch: ten - Zehent.										Verpachteter Blutzehent.										Anmerkungen.																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																						
															Weizen oder Kern.										Roggen.										Gerste.										Haber.										etc. etc.																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																
1801																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																							

Trift im 10jähr. Durchschnitt auf 1 Jahr.

Unterschrift u. Siegelung des königl. Vasallen.

**Nro. XII. Beilage zur Abtheilungs-Fassion über
die Dominikal-Lehen-Zugehörungen.**

Fassions-Tabelle über den summar. 10jähr. Durch-
schnitts-Betrag des zum Lehen N. gehörigen und von
dem unterzeich. Vasallen selbst eingehob. Natural-Blut-
zehents zu N. im Kreise N. Landgerichte N. Rentamte
N. Verfaßt den 1812.

Bestimmung der Jahre.		Selbst eingezoge- ner Natural-Blut- zehent.					Anmerkungen.
		Lämmer.	Spanferk	Gänse.	Hühner	etc.	
	1801.	2	2	3	5		Konventions - Münzfufs.
	1802.	2	1	2	4		
	1803.	1	2	1	6		
	1804.	2	1	3	5		
	1805.	2	2	2	4		
	1806.	1	1	3	5		
	1807.	1	2	1	6		
	1808.	2	1	2	5		
	1809.	1	1	1	5		
	1810.	1	2	2	5		
Summa		15	15	20	50		
Trift im 10jähr. Durchschn. auf ein Jahr		$\frac{1}{2}$	$1\frac{1}{2}$	2	5		
Geld-Anschlag dieses Blut- Zehents.							
Lämmer $1\frac{1}{2}$ à 36 kr. 54 kr.							
Spanferk. $1\frac{1}{2}$ à 36 kr. 54 kr.							
Gänse 2 — à 36 kr. 1 fl. 12 kr.							
Hühn. 5 — à 12 kr. 1 fl. — kr.							
Summa 4 fl. — kr.							

Unterschrift u. Sieglung des kön. Vasallen.

Nro. XIII. Beilage zur Abtheilungs-Fassion über die Dominikal-Lehen-Zugehörungen.
 Fassions-Tabelle über die zum Lehen N. gehörigen Grundzinse, eingelegten Giltten etc.
 im Kreise N. Landgerichte N. Rentante N. Verfasst den 1812.

Laufender Nro.	Ortschaft und Steuerdistrikt dann Haus- und Familien - Namen der Censisten.	Gegenstand, worauf die Abgabe haftet.	Gattung und Namen des Cens, Gattergilt, Grundzins.	Natural - Abgaben.					Geld-Abgabe.	Anmerkungen.
				Weizen und Kern.	Roggen.	Gerste.	Haber.	etc. etc.		
									fl k. h.	
1	Ortschaft N. im Steuerdistrikt A.									
	Georg Schu- bauer, beim Koller genannt.	Holz- grund.	Grund- zins.						1 30	
2	Christoph Schrei- ber beim Stuber.	Wiesen							— 24	
									1 54	

Unterschrift und Sieglung des königl. Vasallen.

Nro. XIV. Beilage zur Abtheilungs-Fassion über die Dominikal-Lehen-Zugehörungen.

**Fassions - Tabelle über die zu dem Lehen N. gehörigen, innerhalb des zur gütlichen Aus-
gleichung festgesetzten Termins ganz allodifizirten und in freies Eigenthum umgewandelten
After-Lehen im Kreise N. Landgerichte N. Kantons N. Verfaßt den 1812.**

	Laufender Nro.	
	Ortschaft und Steuerdistrikt dann Haus- und Fa- milien-Namen der After-Va- salen.	
	Afterleh. Gegenstan.	
	Gattung d. Afterleh.	
	Erhobener Werth des Afterlehens.	
	Verglichene After- Lehens - Eignungs- Summe.	
	Weizen oder Kern.	Vormaligjährhl. Afterlehens-Kanon, welcher der- mal. unter d. Namen einer Grundgilt fortbesteht. In Naturalien.
	Roggen.	
	Gerste.	
	Haber.	
	ete. etc.	
	Fl. Sc. h.	Im Gelde.
		Anmer- kungen.

Unterschrift und Siegelung des königl. Vasallen.

Nro. XV. Beilage zur Abtheilungs-Fassion über die Dominikal-Lehen-Zugehörungen.
Fassions - Tabelle über die zu dem Lehen N. gehörigen in bodenzinsiges Eigenthum
umgewandelten After - Lehen im Kreise N. Landgerichte N. Rentamte N. Verfaßt den 1812.

7.

Laufender Nro.	Ortschaft und Steuerdistrikte dann Haus- und Familien-Namen der After - Vasallen.	Afterlehenb. Geg.		Gattung d. Afterleh.		Erhobener Werth des After - Lehens.		Vergleichenes Bodenzins - Kapital.		Jährlicher Boden - Zins.		Anmerkungen.															
												Weizen oder Kern.		Roggen.		Gerste.		Haber		etc. etc.		Im Gelde.		fl. k. h.			
In Naturalien.																											
Vormalig jährl. Afterlehen-Kanon, welcher dermal, unter d. Namen einer Grundgilt fortbesteht.																											

Nro. XVI. Beilage zur Abtheilungs-Fassion über die Dominikal-Lehen-Zugehörigkeiten
Fassions - Tabelle über die zu dem Lehen N. gehörigen innerhalb des festgesetzten Ter-
mins ganz allodifizirten und in freies Eigenthum umgewandelten After-Lehen im Kreise N.
Landgerichte N. Rentamte N. Verfaßt den 1812.

Laufender Nro.		Ortschaft und Steuerdistrikt dann Haus- und Familien - Namen der After-Vasallen.		Afterlehenbarer Gegenstand.		Verglichene Lehen-Eignungs-Summe.		Vormal. jährl. After-Lehen-Kanon, welcher dermal unter dem Namen einer Grundgilt fortbesteht.										In Naturalien.		Im Gelde.		Anmerkungen.							
		Ortschaft N. im Steuerdistrikt N.				A. K. l. h.												Weizen oder Kern.		Roggen.		Gerste.		Haber.		etc. etc.		A. K. l. h.	
		1 Mich. Oberbuecher, beim Schieber genannt.		1/2 Hof		200 — —																							
		2 Math. Schober, beim Stelzen.		1/8		80 — —																							
		Sa.		280 — —																									

Unterschrift und Sieglung des königl. Vasallen.

No. XVII. Beilage zur Abtheilungs-Fassion über die Dominikal-Lehen-Zugehörungen.
 Fassions-Tabelle über die zu dem Lehen N. gehör. innerhalb des zur gültlichen Ausgleichung mit dem After-Vasallen festgesetzten Termins in bodenzinsiges Eigenthum umgewandelten After-Lehen im Kreise N. Landgerichte N. Rentante N. Verfasst den 1812.

Laufender Nro.	Ortschaft und Steuerdistrikt dann Haus- und Fa- milien - Namen der After - Va- sallen.	Afterlehenbarer Gegenstand.	Werth des After - Lehens.			Passirliche Sporeln.			Jährlicher Bodenzins.			In Naturalien.					Im Gelde		Anmerkungen.	
			fl.	k.	fl.	k.	h.	fl.	k.	h.	Weizen oder Korn.	Roggen	Gerste.	Haber.	etc.					
	Ortschaft N. im Steuerdist. N.																			
1	Georg Berger b. Strohbauer.	1 2 Hof.	1200	—	17	—	—	—	6	51	—									
2	Lorenz Spizer beim Dobler.	Wiese.	300	—	4	15	—	—	1	42	6									
	Sa.		1500	—	21	15	—	8	33	6										

Unterschrift und Sieglung des königl. Vasallen.

Nro. XVI. Beilage zur Abtheilungs-Fassion über die Dominikal-Lehen-Zugehörungen

Fassions - Tabelle über die zu dem Lehen N. gehörigen innerhalb des festgesetzten Termins ganz allodifizirten und in freies Eigenthum umgewandelten After-Lehen im Kreise N.

Landgerichte N. Rentante N. Verfaßt den 1812.

Laufender Nro.		Ortschaft und Steuerdistrikt		Afterlehenbarer Gegenstand.		Verglichene Lehen-Eignungs-Summe.		Vormal. jährl. After-Lehen-Kanon, welcher dermal unter dem Namen einer Grundgilt fortbesteht.						Im		Anmerkungen.
		Hans- und Familien - Namen der After-Vasallen.				R. K. H.		Weizen oder Kern.	In Naturalien.	Roggen.	Gerste.	Haber.	etc. etc.	R. K. H.	Gelde.	
		Ortschaft N. im Steuerdistrikt N.														
1		Mich. Oberbuecher, beim Schieber genannt.		1/2 Hof	200	—	—									
2		Math. Schober, beim Stelzen.		1/8	80	—	—									Konventions-Münzfufs.
				Sa.	280	—	—									

Unterschrift und Sieglung des königl. Vasallen.

Nro. XVIII. Beilage zur Abtheilungs - Fassion
Fassions - Tabelle über die zum Lehen N. gehörigen,
Landgerichte N., Rentamte N.

[illegible]

über die Dominikal-Lehen-Zugehörungen.

nach Verflusse des zur gütlichen Ausgleichung mit den Afterlehen-
lehenbaren Zehenten im Kreise N. Landgerichte N. Rentamte N.
den 1812.

[illegible]

Unterschrift und Sieglung des königl. Vasallen.

Nr. XIX. Beilage zur Abtheilungs-Fassion

Fassions - Tabelle über die zum Lehen N. gehörigen vor oder
leuten festgesetzten Termins in Erbrecht umgewandelten after-
Verfaßt

[illegible]

**Nro. XX. Beilage zur Abtheilungs - Fassion über
die lehenbaren Gewerbe - Zugehörungen.**

**Fassions - Tabelle über den 4jährigen Durch-
schnitts - Ertrag des zum Lehen N gehörigen Bräu-
hauses zu N., im Kreise N., Landgerichte N.,
Rentamte N. Verfaßt den 1812.**

Bestimmung der Sudjahre.	Zahl der ver- sottenen Mezen Malz nach Münchener Mäs- serei.	Jährlicher Ertrag des Bräuhauses nach 24 kr. Gewinn vom Mezen Malz.		
		fl.	k.	h.
180 $\frac{7}{8}$	2000	800	—	—
180 $\frac{8}{9}$	2050	820	—	—
180 $\frac{9}{10}$	2100	840	—	—
18 $\frac{10}{11}$	2400	960	—	—
Summa	8550	3420	—	—
Trift im 4jährigen Durchschnitt auf ein Jahr.	2137 $\frac{1}{2}$	855	—	—

Unterschrift und Sieglung des königl. Vasallen.

Nro. XXI. Beilage zur Abtheilungs - Fassion über die lehenbaren Gewerbe - Zugehörungen.

Fassions - Tabelle über den Durchschnitts-Ertrag d. zum Lehen N. gehörigen Manufakturen, Fabriken u. Gewerbe im Kreise N., Landger. N., Rentamte N. Verfaßt den 1812.

Bestimmung des Jahrs.	Ertrag d. auf eigene Re- gie betriebenen Gewerbe.					Ertrag der verpachteten Gewerbe					Anmerkungen
	Mühle.	Glas- schleiferei	Glashütte.	Hochofen.	etc etc.	Mühle.	Glas- schleiferei	Glashütte.	Eisen- hammer.	etc. etc.	
	fl. k.	fl. k.	fl. k.	fl. k.	fl. k.	fl. k.	fl. k.	fl. k.	fl. k.	fl. k.	
1791											
1792											
1793											
1794											
1795											
1796											
1797											
1798											
1799											
1800											
1801											
1802											
1803											
1804											
1805											
1806											
1807											
1808											
1809											
1810											
Sa.											
Trift im 20jähr.											
Durchsch. a. 1 J.											

Unterschrift u. Siegl. des kön. Vasallen,

Nro. XXII. Beilage Lit. B. zur
Abtheilungs-Fassion über sämtliche zum kön. Lehen N. gehörigen

Nam. d. kA., inwelch. d Gü- ter lieg., wora. d Dom. Rent. begründ. sind.	Numern der beiliegenden Spezial- Fassionen.	N a m e n der Dominikal - Lehen - Renten.	
		N.	
	IV. V. VI. VII.		Jurisdiktionsherrliche Frohnen zu Geld angeschlagen 1. Laudemien 2. Stiften und Pfenninggilt 3. Natural-Küchendienste zu Geld angeschlagen 4. Getreide-Gilt, und zwar a) Korn 4 Schäffel, 1 Mezen, 1 Viertel, 2 Sechsz b) Gerste 4 — — — — — c) Haber 2 — — — — —
	VIII. IX.		Selbst eingeführter grosser Früchten-Zehent, und zwar a) Weizen 1 Schäffel, 2 Mezen, — Viertel, 2 Sechs. b) Korn 4 — 3 — 2 — 2 — c) Gerste 4 — 2 — — — — d) Haber 4 — 4 — 2 — —
	X.		Verpachteter grosser, kleiner und Blutzehent
	XI.		Selbst eingeführt. kl. Früchtenzeh. zu Geld angeschlagen
	XII.		Selbst eingeh. Natural - Blutzehent zu Geld angeschlagen
	XIII.		Grundzinse, eingelegte Gattergilt
	XIV. XV.		Diese nur für die aufgelösten After-Lehen d. mediatisir- ten Fürsten, Grafen und Herren geeigneten zwei Fassions- Formularien passen für gegenwärtiges Lehen nicht, also
	XVI.		Völlig geeignete After - Lehen
	XVII.		In bodenzinsiges Eigenthum umgewandelte After-Leh.
	XVIII.		In Erbrecht umgeschaf. afterlehenbare Güter u. Gründe
	XIX.		In Erbrecht umgewandelte afterlehenbare Zehenten
		Summa der zum Lehen N. gehörigen Dominikal-Renten im Rentamte N. . Kapitals - Anschlag	
		Jährl. Betrag der provis. Steuer zu $\frac{1}{2}$ Prozent d. Werth-Kapitals der Dominikal- Lehen-Renten im Rentamte N Kapitals - Anschlag.	
		Rest d. Kapital-Anschl. für d. zum Lehen N. geh. Dom. Renten im Rentamte N.	
Rentamt N. N.	IV. V.		Jurisdiktionsgefälle
	VI. VII.		Grundherrliche Renten
	VIII. XII.		Zehenten
	XIII.		Grundzinse
	XIVet XV		Diese zwei Formularien passen nach obiger Bemerkung auf gegenwärtiges Lehen nicht, also
	XVI.		Die ausgeglichene Eigenthums-Summe d. in ganz freies Eigenthum umgeschaffenen Afterlehen beträgt 280 fl., wo- von d. jährl. Zinsen zu 4 v. 100 hier in Ansatz kommen mit
	XVII		Jährl. Bodenzins von den in bodenzinsiges Eigenthum umgewandelten Afterlehen
	XVIII.		In Erbrecht umgewandelte afterlehenb. Güter u. Gründe
	XIX.		In Erbrecht umgeschaffene afterlehenbare Zehenten
		Summa der zum Lehen N. gehörigen Dominikal-Renten im Rentamte N. . Kapitals - Anschlag.	
		Jährl. Betrag der prov. Steuer zu $\frac{1}{2}$ Proz. des Werth-Kapitals der Dom.-Lehen Renten im Rentamte N. N. Kapitals - Anschlag.	
		Rest d. Kapital-Anschlags für d. zum Lehen N. geh. Dom.-Renten im Rentamte	
		Summa d. reinen Kap. Werths aller zum Leh. N. geh. Dom. Rent. in d. R. Aemtern	

Haupt-Lehenwerths-Fassion.

Dominikal-Renten u. deren Werth im Kreise N. Verfaßt den 1812.

jährl. Geldbetrag derselben, abgetheilt nach dem verschie- denen Kapitals-Anschlage mit							Total- Summa.			Anmerkungen.
25.			20.							
fl.	k.	h.	fl.	k.	h.	fl.	k.	h.		
17	36	—	—	—	—					
—	—	—	17	—	—					
9	46	—	—	—	—					
4	55	—	—	—	—					
29	36	2	—	—	—					
22	—	—	—	—	—					
8	—	—	—	—	—					
12	11	2	—	—	—					
32	18	1	—	—	—					
23	50	—	—	—	—					
18	34	2	—	—	—					
—	—	—	—	—	—					
—	—	—	31	5	—					
—	—	—	4	—	—					
—	—	—	—	—	—					
—	—	—	—	—	—					
—	—	—	—	—	—					
—	—	—	—	—	—					
—	—	—	—	—	—					
178	46	7	52	5	—					
4469	31	7	1041	40	—	5511	11	7		
—	—	—	—	—	—					
—	—	—	—	—	—					
—	—	—	—	—	—					
I	54	—	—	—	—					
—	—	—	—	—	—					
II	12	—	—	—	—					
8	33	6	—	—	—					
—	—	—	—	—	—					
—	—	—	—	—	—					
21	39	6	—	—	—					
541	33	6	—	—	—	541	33	6		
N. N.										
N. und N. N.										

Unterschrift u. Siegl.
des kön. Vasallen.

**Nro. XXIII. Beilage Lit. C. zur Hauptlehen-
Werths - Fassion.**

Abtheilungs - Fassion über sämtliche zu dem
königl. Lehen N. gehörigen Gewerbe im Kreise N.
Verfaßt den 1812.

Namen des Rentamtes, worin die lehenbaren Gewerbe ge- trieben wer- den.	Numern der bei- liegenden Spe- zial - Fassionen.	Namen der lehenbaren Gewerbe.	Jährlicher E r t r a g derselben.			Kapitals- Anschlag derselben mit 15.		
			fl.	k.	h.	fl.	k.	h.
N.	XX.	Bräuhaus .	855	—	—	12825	—	—
	XXI.	Von den in diesem Fas- sions-Formu- lar angeführ- ten Gewerben befindet sich bei dem Le- hen N. kei- nes, also .	—	—	—	—	—	—
Summa der zum Lehen N. gehörigen Gewerbe im Rent- amte N.			855	—	—	12825	—	—
Jährl. Betrag der Klassen - Steuer . .								
Rest des Kapital - Anschlags für die zu dem Lehen N. gehörigen Ge- werbe.								

Unterschrift u. Sieglung des kön. Vasallen.

Nro. XXIV. Haupt-Fassion

über

den Werth des königl. Lehens N. im Kreise N.

Verfaßt den 1812.

Vormerkungen.

1) Das Lehen N. ist ein durchgehendes Mann - und Weiber - Ritter - Lehen.

2) Unter den Bestandtheilen desselben befinden sich nicht nur Rustikalien und Dominkalien, sondern auch ein Gewerbe. —

3) Mit dem Besize dieses Lehens ist zwar die Patrimonial - Gerichtbarkeit verbunden; die Ausübung derselben aber wurde in Gemäßheit der allerhöchsten Verordnung vom 7. November 1807. dem königl. Landgerichte N. überlassen.

Uebrigens sind nur die in der beigegebenen Fassions - Tabelle sub Nro. IV. mit Namen aufgeführten sechs Hintersassen jurisdiktionsbar zum Lehen gehörig.

4) Ein jährlicher Kanon haftet auf dem Lehen zwar nicht: doch muß zum Pfarr - Gotteshause N. eine jährliche Wachsgilte per 1 fl. 30 kr. verreicht werden. Die Oekonomie - Gründe sind zehentfrei.

5) Das Lehen ist im Jahre 1790 mit Einschlusse der todten und lebendigen Haus - und Baumannsfahrnifs um 30000 fl. gekauft worden.

6) Das ganze Gut ist ein königliches Lehen, und es befinden sich dabei weder Allogen, noch anderwärtige Lehen.

7) Keine Lehen - Zugehörung ist abgängig; auch waltet

8) über keinen Lehen - Bestandtheil ein Streit vor.

9) Die Ritterpferde - Stellung war ehemals üblich.

NB. Vorstehende Bemerkung ist nur bei jenen königlichen Lehen nothwendig, zu welchen wenigstens 50 jurisdiktionsbare Hintersassen gehören, und die also als künftige Mannlehen der Krone fortbestehen können.

10) Der unterzeichnete Vasall hat zwei lebende Söhne und eine Tochter, nämlich Karl und Ludwig, dann Josephine. Der erste ist 18, der zweite 15, und die dritte 13 Jahre alt. Andere zur Lehenfolge berechnigte Agnaten sind nicht vorhanden.

11) Er wünscht, daß sein Lehen in bodenzinsiges Eigenthum umgewandelt werden möchte.

Nro. XXV. Haupt-Fassion
über
den Ertrag des königlichen Lehens N. im Kreise N.
Verfaßt den 1812.

Namen des Rentamtes, in welchem die Lehen-Be- standtheile liegen.	Buchstabe der beiliegenden Abthei- lungs-Fassionen.	Namen der Lehen - Renten nach ihren Abtheilungen.	Jährlicher Betrag derselben.		
			fl.	k.	h.
N.	A.	Rustikal - Gefälle	75	4	6
	B.	Dominikal - Renten und zwar . . .			
		1) Ständige . . .	178	46	7
		2) Unständige . .	52	5	—
	C.	Gewerb - Renten	855	—	—
Summa des Ertrages der Zugehörungen des Lehens N. im Rentamte N.			1840	56	5
N.	A.	Rustikal - Gefälle	—	—	—
	B.	Dominikal - Renten und zwar . . .			
		1) Ständige . . .	21	39	6
		2) Unständige . .	—	—	—
	C.	Gewerbe - Renten	—	—	—
Summa des Ertrages der Zugehörungen des Lehens N. im Rentamte N.			21	39	6
Summa des Gesamt-Ertrages aller Zuge- hörungen des Lehens N. in den Rentäm- tern N. und N. N.			1862	36	3
Jährl. Betrag der provisorischen Steuern					
Rest des Gesamt-Ertrages aller Lehen- Zugehörungen					

Unterschrift u. Sieglung d. kön. Vasallen.

CLXIII.

CLXIII.

(Zu dem II. Titel §. 11.)

Klassifikation der Belehnungsgebühren.

Seine Majestät der König haben rücksichtlich der Belehnungs - Gebühren folgendes allgemeines Regulativ allergnädigst zu bestimmen geruhet:

A. In die erste Klasse, welche tausend Gulden Tax bezahlt, reihen sich

a) die Thron - Lehen, und

b) solche Kanzlei - Lehen, deren Werth auf $\frac{150}{m}$ Gulden, und darüber steigt.

B. In die zweite Klasse sind diejenigen Kanzlei - Lehen geeignet, welche einen Werth von $\frac{100}{m}$ bis $\frac{150}{m}$ ausschliessig erreichen. Diese Klasse zahlt 500 fl. Taxen.

C. Zur dritten Klasse mit 250 fl. Taxen qualifiziren sich die Kanzlei - Lehen mit einem Werthe von $\frac{75}{m}$ bis $\frac{100}{m}$ fl. ausschliessig.

D. Die vierte Klasse mit 100 fl. Taxen erreichen die Kanzlei-Lehen mit einem Werthe von $\frac{50}{m}$ bis $\frac{75}{m}$ fl. ausschliessig.

E. $\frac{25}{m}$ bis $\frac{50}{m}$ fl. ausschliessend an Lehenwerth sind in die fünfte Klasse der Kanzlei-Lehen, d. i. mit 50 fl. Tax zu sezen.

F. Alle Kanzlei-Lehen unter $\frac{25}{m}$ fl. sind in die letzte Klasse mit 25 fl. Tax geeignet.

München den 17. Juni 1810.

N a c h t r a g.

(Zu dem I. Titel. §. 4.)

(Oberdonaukreis.)

Die Verlegung des Landgerichts und Rent-
amts Raitenbuch betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben Uns über die gemeinschaftlichen Anträge des General-Kommissariats und der Finanz-Direktion des Ober-Donaukreises, daß in Rücksicht der unzulänglichen Amts-Lokalitäten des Landgerichts Raitenbuch, dieses Landgericht in das bisher zum Landgerichte Beilngries gehörige Städtchen Greding verlegt werden möchte, Vortrag erstatten lassen, und beschliessen hierauf, wie folgt:

I. Der ganze Steuer-Distrikt Greding, bestehend aus dem Städtchen gleichen Namens, und den Dörfern Hausen und Mettendorf,

soll von dem Landgerichte Beilngries getrennt, und dem bisherigen Landgerichte Raitenbuch einverleibt werden.

II. In diesem Städtchen Greding soll das bisherige Landgericht Raitenbuch seinen Wohnsitz nehmen, und auch von demselben künftig seinen Namen erhalten.

Der Sitz des bisherigen Rentams Raitenbuch soll desgleichen nach Greding versetzt werden.

III. Der Vollzug der vorstehenden Translokation soll erst mit dem Anfange des nächsten Etats-Jahres oder mit dem 1sten Oktober l. J. ins Werk gesetzt werden.

München den 10. Mai 1812.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär
F. Kobell.

(Regierungsblatt 1812. XXX. Stück. Seite 383—384.)

(Isarkreis.)

Die Purifikation der Grenzen zwischen den
Landgerichten Aichach und Fried-
berg, und Aichach und Rain
betreffend.

Auf den berichtlichen Antrag des General-Kom-
missariats des Isarkreises vom 31sten Dezember
v. J. beschlossen seine königliche Majestät, wie
folgt:

I.

Der Weiler Guggers soll wegen seiner
vermischten Lage von dem Landgerichte Aich-
ach getrennt, und mit dem Bezirke des Land-
gerichts Friedberg vereinigt werden.

II.

Das Dorf Handzell, Landgerichts Rain,
im Ober-Donaukreise, soll an das Landgericht
Aichach im Isarkreise, ganz übergehen, da es
schon zu dessen Steuerdistrikte gehört.

III.

Der Vollzug dieser vorstehenden Purifikationen soll, der Rentenperzeption wegen, erst mit dem 1sten Oktober l. J. vor sich gehen.

München den 9. Mai 1812.

(Regierungsblatt 1812. Stück XXXI. Seite 914—915.)



Die Vereinigung des Steuer - Distrikts
Hohenwarth mit dem Landgerichte
Schrobenhausen betreffend.

Auf den gemeinschaftlichen Antrag des General-Kommissariats des Isarkreises und der Kreis-Finanz - Direktion, genehmigten Seine Majestät am 16ten Mai l. J., daß der bisher zum Landgerichte Pfaffenhofen gehörige Markt Hohenwarth, mit dem ganzen Steuer - Distrikt gleichen Namens, der nähern Lage wegen, mit dem Landgerichte Schrobenhausen vereinigt werde.

Es hat jedoch diese Vereinigung erst mit dem 1sten Oktober l. J. in Wirkung zu treten.

(Regierungsblatt 1812. Stück. XXXII. Seite 932)

(Innkreis.)

Die Landgerichte Schwaz und Hall
betreffend.

1) Mit dem 1sten Oktober des laufenden Jahres anfangend soll der ganze Bezirk des gegenwärtigen Landgerichts Schwaz dem Rentamte Rattenberg, der Bezirk des Landgerichts Hall hingegen dem Rentamte Innsbruck zugetheilt werden.

2) Damit den Unterthanen durch diese Verfügung bei Entrichtung ihrer grundherrlichen Abgaben keine Beschwerde verursacht werde, haben die Rentbeamten von Innsbruck und Rattenberg zu deren Perzeption an eigens anzuberaumenden Tagen, ersterer sich nach Hall, und letzterer nach Schwaz, zu begeben, und nur diejenigen Individuen, welche die Entrichtung ihrer Grundabgaben an diesen Tagen versäumen, zu deren Ueberbringung nach Innsbruck und Rattenberg anzuhalten.

(Regierungsblatt 1812. XXX. Stück. Seite 894.)

Das

Das Rentamt Telfs betreffend.

In Gemäfsheit einer allerhöchsten Entschliesung vom 16ten Mai l. J. wird mit dem 1sten Oktober d. J. anfangend das bisher bestandene Rentamt Telfs im Innkreise dergestalt aufgelöst werden, dafs hievon der ganze Bezirk des Landgerichtes Silz dem Rentamte Landeck, der ganze Bezirk des Landgerichtes Telfs hingegen dem Rentamte Innsbruck zugetheilt wird.

(Regierungsblatt 1812. Stück XXXIII. Seite 958.)

(Zu dem I. Titel §. 5.)

Die Adels - Matrikeln betreffend.

WIR MAXIMILIAN JOSEPH,
von Gottes Gnaden König von Baiern.

Wir haben unterm 11ten April 1809 die in den organischen Edikten vorgeschriebenen Termine auf unbestimmte Zeit suspendirt, und unter diesen auch jene Zeitfrist bis jezt offen gelassen, welche in dem organischen Edikte über den Adel vom 28sten Juli 1808 allen in Unserm Königreiche begüterten, angesessenen oder bediensteten Adelichen aller Klassen gesetzt worden ist, in welcher sie ihre Adelstitel vorlegen, und die Eintragung in die Reichs - Adels - Matrikel nachsuchen sollen. Da in diesem Zeitraume sämtliche Adeliche Unsers Reichs, welche der in dem erwähnten Edikte ihnen auferlegten Verbindlichkeit noch nicht oder nicht vollständig nachgekommen sind, nicht verab-

säumt haben werden, alles hiezu Erfoderliche aufzusuchen und vorzubereiten, so befehlen Wir nunmehr, daß vom heutigen Tage an bis zum 1sten Jänner 1813 als dem hiedurch bestimmten letzten und unerstrecklichen Termine alle Adelichen der ältern sowohl als der in neuern Zeiten acquirirten Landestheile, mit Vorlegung ihrer Adelstitel bei Unserm Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten einkommen sollen.

Alle jene, welche bis dahin dieses unterlassen, sollen angesehen werden, als hätten sie auf ihre bisherige Adelstitel und Prädikate selbst verzichtet, und es sollen denselben nach geschlossener Adels - Matrikel, in welche sie nicht eingetragen werden konnten, von Unsern Ministerien, den Justiz- und Administrativ-Stellen und Aemtern, die ihnen vorhin beigelegten Adelstitel und Prädikate in Zukunft nicht mehr gegeben werden.

Diejenigen Adelichen jeden Grades, welche ihre Dokumente vollständig vorgelegt haben, und deren Einverleibung in die Adels-Matrikel Unsers Königreichs von Uns genehmigt worden ist, erheben bei Unserm Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten den zu

ihrer künftigen Legitimation nöthigen und gefertigten Matrikular-Extrakt gegen Entrichtung der Taxe, welche auf folgende Art bestimmt wird:

Für die Immatrikulation eines

- a) bloßen Adelichen mit dem Prädikate von
15 fl. — kr.
- | | | | | | | | | |
|--------------|---|---|---|---|-----|---|---|---|
| b) Edeln | . | . | . | . | 20 | - | - | - |
| c) Ritters | . | . | . | . | 25 | - | - | - |
| d) Freiherrn | . | . | . | . | 45 | - | - | - |
| e) Grafen | . | . | . | . | 60 | - | - | - |
| f) Fürsten | . | . | . | . | 100 | - | - | - |

wodurch alle Siegel-Ausfertigungs- und Kanzlei-Gebühren berichtigt seyn, und wobei die Bekanntmachungen der geschehenen Eintragung in die Adels-Matrikel keine weitere Auslage verursachen sollen. Diese Bekanntmachungen werden von Zeit zu Zeit durch das allgemeine Regierungsblatt erfolgen.

Damit aber auch die Adels-Matrikel ununterbrochen fortgesetzt, und stetshin in Ordnung erhalten werde, so befehlen Wir wiederholt, daß die immatrikulirten und wirklich ausgeschriebenen Adelichen sodann alle bisher in ihrem Familienstande vorgefallenen Veränderungen durch Vermählungen, Geburten und

Sterbfälle, wie es schon unterm 28sten Juli und 22sten Dezember 1808 vorgeschrieben worden ist, sogleich anzeigen, und jederzeit im letzten Quartal des Kalender Jahres nachtragen. Die hierin nachlässig befundenen Familien-Väter sollen nach Jahr und Tag als Saumselige zur Anzeige namentlich und öffentlich aufgerufen werden.

Da ferner der Zuwachs einer adelichen Familie durch Nachgeborene wegen unterlassener Einsendung der Geburts-Zeugnisse in die Adels-Matrikel nicht eingetragen werden konnte, so soll nach dem Tode des letzten Immatrikulirten dieselbe adeliche Familie als erloschen vom Reichs-Heroldenamte vorgemerkt, und ausgeschrieben werden, und im Falle, wo die Matrikel auf Ansuchen eines noch übrigen und bisher nicht angezeigten Sprossen der Familie wieder geöffnet werden soll, ist die Immatrikulations-Taxe neuerdings zu bezahlen.

Indem Wir Uns der genauesten Befolgung dieser Unserer Verordnung versehen, wollen Wir zugleich die Behörden und Individuen, welche Wir zur Beglaubigung der Adels-Urkunden und Belege berechtigt haben, insbesondere aber die Vorstände Unserer Stadt- und

Landgerichte auffodern, dafs sie dieses Geschäft mit der erforderlichen Genauigkeit verrichten, und die Vidimation und Legalisation nach den bekannten und besonders vorgeschriebenen Formen ausfertigen.

München den 22. Mai 1812.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär
Baumüller.

(Regierungsblatt 1812. XXXII. Stück, S. 921—924.) |



Landgerichte auffodern, dafs sie dieses Geschäft mit der erforderlichen Genauigkeit verrichten, und die Vidimation und Legalisation nach den bekannten und besonders vorgeschriebenen Formen ausfertigen.

München den 22. Mai 1812.

MAX JOSEPH.

Graf von Montgelas.

Auf königlichen allerhöchsten Befehl
der General-Sekretär
Baumüller.

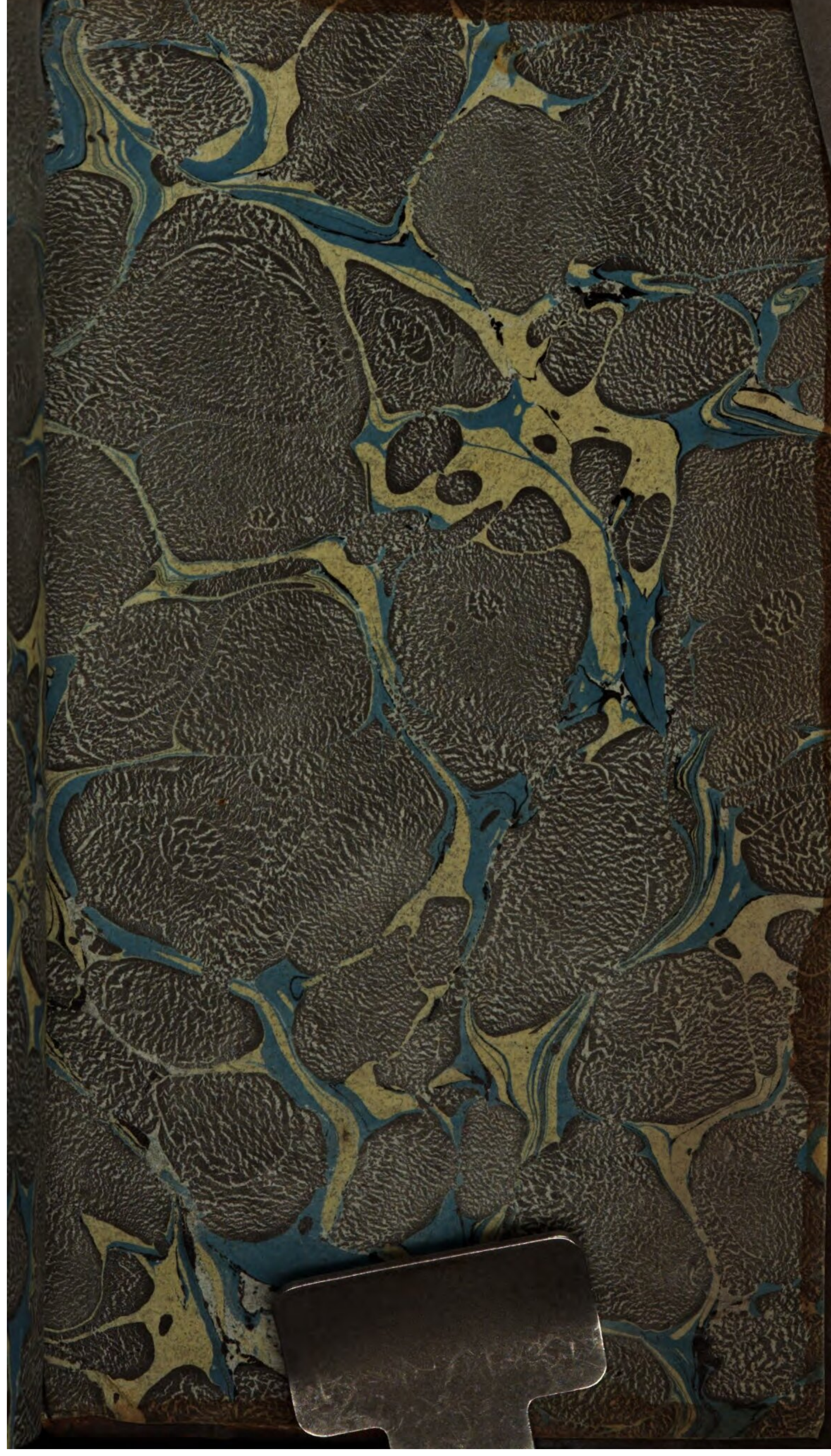
(Regierungsblatt 1812. XXXII. Stück, S. 921—924.) |











Handbuch der Staatsverfassung und Staatsverwaltung des Königreichs Baiern

Bd.: 5

München (1812)

Bibl.Mont. 4781-5

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10725869-3